

Bruch | Stüd

Die Novemberpogrome in Sachsen 1938 – ein Forschungsprojekt

PROJEKT

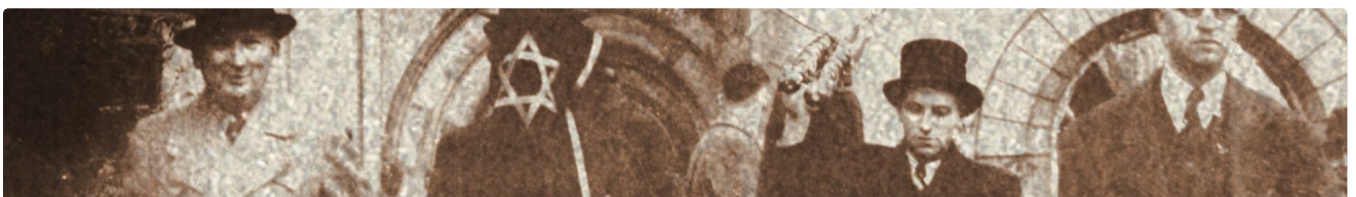
KOOPERATION

AUSSTELLUNG

DATENBANK

PUBLIKATIONEN

KONTAKT



Öffentliche Zurschaustellung von Beamten der Jüdischen Gemeinde Dresden vor der Synagoge am 10. November 1938 (Foto: Archiv JüdGemDresden)

Ein Objekt und seine Geschichte (2): Ein Kleiderbügel aus Meißen

Bruchstücke 1938|2018 / tagged 9. November 1938, Judenverfolgung,
Kristallnacht, Novemberpogrome, Pogromnacht, Reichskristallnacht,
Sachsen / 15. Juli 2018 /

Zu den Objekten, die einen Bezug zur Geschichte der sächsischen Pogrome gestatten, zählen auch

Werbeartikel jener Geschäfte, die am 9. und 10. November 1938 angegriffen wurden.

Ein Kleiderbügel aus Meißen

In Meißen war von der Gewalt unter anderem das Geschäft von Alexander Löwenthal betroffen. Die Gesamtschadenssumme belief sich auch fast 12.400 Reichsmark, für die Löwenthal selbst aufkommen musste (vgl. Christl, Andreas; Steinecke, Gerhard: Juden in Meißen. Nossen 2000, S. 25).

Bei einer Haushaltsauflösung im nahe gelegenen Radebeul fand sich vor einigen Monaten ein Kleiderbügel des Meissner Herren- und Knabengarderobegeschäfts, der die Aufschrift „A. Loewenthal, Meissen.“ trägt.

Es sind Objekte wie dieses, die einen Zugang zur Geschichte einer von den Pogromen betroffenen Familie



erlauben. Löwenthal und seine Frau Else wurden 1942 von Berlin nach Riga transportiert und wurden dort vermutlich sofort ermordet. Das Schicksal der beiden Kinder Kurt und Käthe ist

unbekannt.

[Leave a reply](#)

[← Ein Objekt und seine
Geschichte \(1\): Eine
Schere aus Buchenwald](#)

[Pogrom im Roman \(2\):
Der Reisende →](#)

Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht.
Erforderliche Felder sind mit * markiert

Kommentar *

Name *

E-Mail *

Website

KOMMENTAR ABSCHICKEN

©2015 BRUCH|STÜCKE. All Right Reserved.
Theme Designed By ThemeVan | Powered by WordPress



Die besten Excel Projektplan Vorlagen

Testen Sie Smartsheet kostenlos

Ein Projektplan ist ein grundlegender Teil des Toolkits eines jeden Projektmanagers. Auch wenn es verführerisch erscheinen kann, Aufgaben so schnell wie möglich abzuschließen, können Sie Zeit und Geld sparen, wenn Sie sich die Zeit nehmen, Ihre Strategie auszuarbeiten. Ihr Projekt wird sich ständig verändern und Sie benötigen eine Vorlage für einen Projektplan, die damit Schritt halten kann.

Aber wie sollen Sie bei so vielen verfügbaren Vorlagen wissen, welche die richtige für Sie ist? Wir haben Sie alle sortiert und die besten Excel-Vorlagen für Projektpläne gefunden. Wir werden Ihnen die verschiedenen Arten von Vorlagen erläutern und wann Sie jede einzelne davon verwenden sollten. Zudem können Sie eine Vorlage für einen Projektplan in Excel kostenlos herunterladen. Wir werden auch besprechen, was ein Projektplan ist und wie Sie in Excel und auch in Smartsheet einen von Grund auf neu erstellen können. Smartsheet ist eine Arbeitsausführungsplattform, die es Ihnen ermöglicht, Projekte mit Zusammenarbeit in Echtzeit und Prozessautomatisierung besser zu verwalten.

Wie möchten Sie Ihren Projektplan erstellen?

Mit einer vorformatierten Vorlage für Projektpläne in Smartsheet

- oder -

Einen Projektplan in Excel herunterladen und erstellen



Dauer: 3 Minuten



Dauer: 30 Minuten

In this article

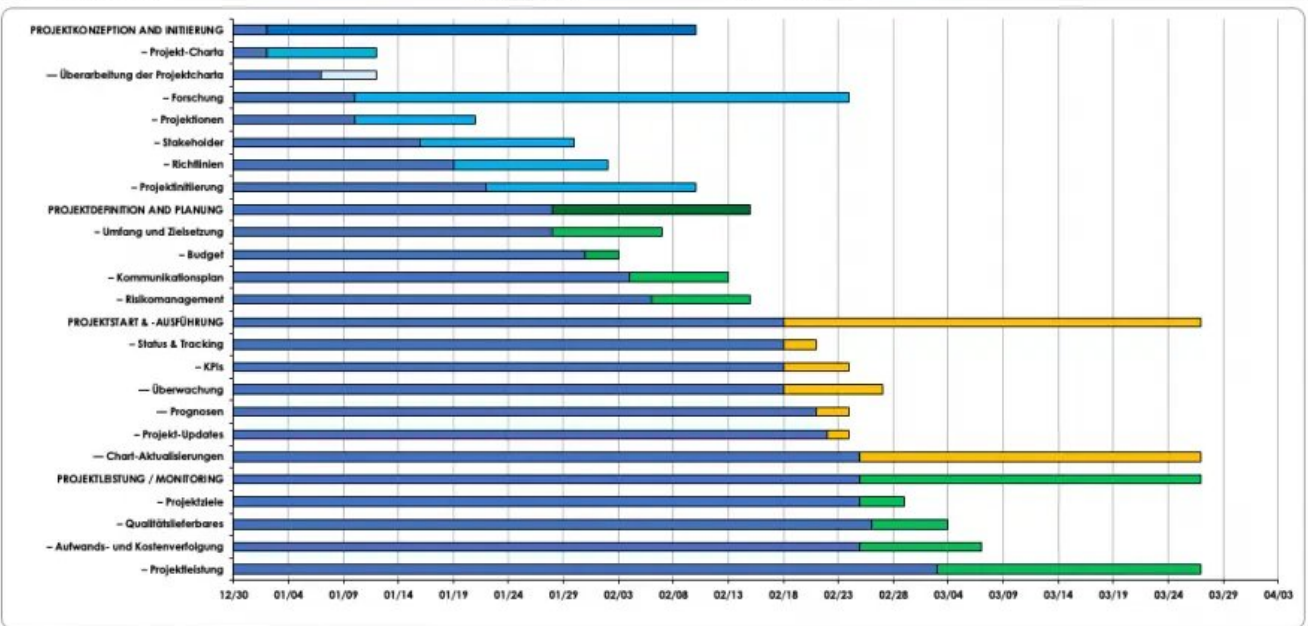


Vorlagen für Projektpläne

PROJEKTPLAN-VORLAGE

PROJEKTITEL		STARTDATUM		PROJEKTDauer			
<input type="text"/>		01/02		in Tagen			
PROJEKTMANAGER		ENDDATUM		85			
<input type="text"/>		03/26					
WBS NR.	AUFGABENNAME	Status	ZUGEWIESEN AN	STARTDATUM	ENDDATUM	DAUER in Tagen	Kommentare
1	PROJEKTKONZEPTION AND INITIIERUNG	vollständig		01/02	02/09	39	
1.1	- Projekt-Charta	vollständig		01/02	01/11	10	
1.1.1	- Überarbeitung der Projektcharta	vollständig		01/07	01/11	5	

1.2	- Forschung	vollständig	01/10	02/23	45
1.3	- Projektionen	vollständig	01/10	01/20	11
1.4	- Stakeholder	vollständig	01/16	01/29	14
1.5	- Richtlinien	In Bearbeitung	01/19	02/01	14
1.6	- Projektinitiierung	In Bearbeitung	01/22	02/09	19
2	PROJEKTDEFINITION AND PLANUNG	In Bearbeitung	01/28	02/14	18
2.1	- Umfang und Zielsetzung	Auf Warteschleife	01/28	02/06	10
2.2	- Budget	In Bearbeitung	01/31	02/02	3
2.3	- Kommunikationsplan	In Bearbeitung	02/04	02/12	9
2.4	- Risikomanagement	vollständig	02/06	02/14	9
3	PROJEKTSTART & -AUSFÜHRUNG	vollständig	02/18	03/26	38
3.1	- Status & Tracking	In Bearbeitung	02/18	02/20	3
3.2	- KPIs	In Bearbeitung	02/18	02/23	6
3.2.1	- Überwachung	In Bearbeitung	02/18	02/26	9
3.2.2	- Prognosen	Nicht gestartet	02/21	02/23	3
3.3	- Projekt-Updates	Nicht gestartet	02/22	02/23	2
3.3.1	- Chart-Aktualisierungen	In Bearbeitung	02/25	03/26	31
4	PROJEKTLEISTUNG / MONITORING	In Bearbeitung	02/25	03/26	31
4.1	- Projektziele	In Bearbeitung	02/25	02/28	4
4.2	- Qualitätslieferbares	Auf Warteschleife	02/26	03/03	7
4.3	- Aufwands- und Kostenverfolgung	Nicht gestartet	02/25	03/06	11
4.4	- Projektleistung	Nicht gestartet	03/03	03/26	24



[Excel-Vorlage herunterladen](#)

Einen Vorlage für einen Projektplan kann so einfach oder so komplex sein, wie Sie möchten. Sie können auswählen, dass eine statische Zeitachse oder ein dynamisches Gantt-Diagramm einbezogen werden soll, und sich auf Aktionselemente oder Geschäftsziele konzentrieren.

Ein Projektplan wird am häufigsten im Kontext der Projektmanagement verwendet, mit Gantt-Diagrammen zur Planung und Berichterstattung zum Status, wenn sich das Projekt verändert. Der Hauptunterschied zwischen einem Projektplan und einem Arbeitsplan ist das Gantt-Diagramm. Ein Gantt-Diagramm ist ein dynamisches, horizontales Balkendiagramm zur Darstellung eines Projektzeitplans und ist ein wichtiges Element, das mit den Entscheidungsträgern geteilt werden kann, um den Projektstatus zu kommunizieren. Diese Art von Vorlage dient Projektmanagern, die größere Projekte mit vielen Beteiligten verwalten.

Vorlage für einen einfachen Projektplan

EINFACHE PROJEKTPLANVORLAGE

PROJEKTNAME

PROJEKTMANAGER

umfasst auch eine Zeitachse, die dabei hilft, Erwartungen festzulegen und die Transparenz zu steigern, indem alle auf dem neuesten Stand gehalten werden, was den Lieferumfang und Deadlines angeht. Eine Vorlage für einen Arbeitsplan ist am besten für größere Teams geeignet, die an großen Projekten mit vielen Aufgaben und Fälligkeitsdaten arbeiten.

Vorlage für einen Projektimplementierungsplan

UMSETZUNGSPROJEKT
PLANVORLAGE

< PROJEKTNAME >
UMSETZUNGSPLAN

VERSION 1.0 | MM/DD/YYYY

ZIEL 1		Niedrig	vollständig					
Aktionsschritt 1		Mittel	IN BEARBEITUNG					
Aktionsschritt 2		Hoch	NOT GESTARTET					
Aktionsschritt 3			IN DER WARTESCHLEIFE					
ZIEL 2								
Aktionsschritt 1								
Aktionsschritt 2								
Aktionsschritt 3								
ZIEL 3								
Aktionsschritt 1								
Aktionsschritt 2								

Vorlage für einen Projektaktionsplan herunterladen - Word

Legen Sie mit dieser Vorlage für einen Projektaktionsplan die Hauptziele Ihres Projekts fest, identifizieren Sie die erforderlichen Aktionen zur Erreichung dieser Ziele und weisen Sie eine Person zu, die für die jeweilige Aufgabe verantwortlich ist. Weisen Sie Aufgaben Prioritäten zu, zeigen Sie Status an und listen Sie Start- und Enddaten auf, um Ihr Projekt voranzutreiben.

Vorlagen für Geschäftspläne


VORLAGE FÜR BUSINESS-PLÄNE

Projektplan für neue Unternehmen
 Phase 1: Strategischer Plan
 Phase 2: Definieren Sie das Geschäft

Aufgaben	Starten	Ende	Tage	9/2	9/3	9/4	9/5	9/6	9/7	9/8	9/9	9/10	9/11	9/12	9/13	9/14	9/15	9/16	9/17	9/18	9/19	9/20	9/21	9/22	9/23	9/24	9/25	9/26	9/27	9/28	9/29	9/30	10/1				
Phase 1: Selbstschätzung																																					
Geschäftsvision definieren	9/2	9/2	0	█																																	
Kompetenzen identifizieren	9/3	9/3	0		█																																
Entscheiden Sie, ob Sie fortfahren w	9/4	9/4	0			█																															
Phase 1: Chancen definieren																																					
Forschungsmarkt	9/5	9/5	0			█																															
Interviews führen	9/6	9/10	4			█	█	█	█	█																											
Benötigte Ressourcen identifizieren	9/11	9/13	2								█	█																									
Betriebskosten identifizieren	9/13	9/14	1									█																									
Phase 1: Potenzielle Risiken bewerten																																					
Marktgröße bewerten	9/15	9/17	2														█	█	█																		
Schätzwettbewerb	9/17	9/18	1																█																		
Die benötigten Ressourcen bewerten	9/18	9/19	1																		█																
Finanzanforderungen festlegen	9/19	9/21	2																			█	█														
Rentabilität bewerten	9/21	9/22	1																					█													
Strategie prüfen	9/22	9/23	1																							█											
Phase 2: Definieren des Marktes																																					
Zugriff auf verfügbare Recherchen	9/23	9/25	2																						█	█											
Marktanalyse erstellen	9/26	9/29	3																											█	█	█					
Marktanalyse implementieren	9/29	10/1	2																													█	█				

[Excel-Vorlage herunterladen](#)

Eine Vorlage für einen Geschäftsplan hebt die Unternehmensziele und den Plan für deren

Erreichung hervor. Sie konzentriert sich auf die Zukunft Ihres Unternehmens und wie Sie planen, Ihre Ziele zu erreichen. Geschäftspläne sind viel strategischer ausgerichtet als ein Arbeits- oder Aktionsplan und umfassen häufig eine formulierte Vision, ein Unternehmensprofil, eine wirtschaftliche Analyse und mehr. Ein Geschäftsplan ist am besten geeignet für Personen, die ihr eigenes Geschäft starten, ihr Unternehmen ausbauen wollen oder Hilfe von außerhalb suchen. 

Was ist ein Projektplan?

Ein Projektplan soll den beabsichtigten Umfang eines Projekts darlegen, die Kommunikation unter den Entscheidungsträgern erleichtern und Planungsannahmen und Entscheidungen nachverfolgen. Er ist ein dynamisches Dokument, das eine Liste der Entscheidungsträger, eine Erklärung zum Umfang, einen Projektzeitplan, die Basis für die zeitliche Planung und die Kosten, die Basis für Managementpläne sowie einen Kommunikationsplan umfassen kann und sich im Laufe eines Projekts ändern kann. Es sollte angemerkt werden, dass ein Projektplan nicht nur eine Projektzeitachse ist, auch wenn diese eine wichtige Komponente des Plan ist.

Sie sollten stets einen Projektplan erstellen, bevor Sie ein neues Projekt in Angriff nehmen. Beginnen Sie mit dem, was Sie mit dem Projekt erreichen möchten, und schlüsseln Sie dies dann auf in die Dinge, die Sie tun müssen, um das Ziel zu erreichen. Wenn Sie dann einen detaillierten Plan aller Dinge haben, die erledigt werden müssen, denken Sie über das Timing, das Budget, die Ressourcen und mehr nach.

Ganz zum Schluss sollte ein Projektplan die folgenden Fragen zu einem Projekt beantworten:

- **Warum?** - Warum nehmen wir dieses Projekt in Angriff? Welches Problem wird dieses Projekt lösen oder angehen?
- **Was?** - Woran arbeiten wir? Welche Liefergegenstände und Ziele sind die wichtigsten?
- **Wer?** - Wer ist an dem Projekt beteiligt und wofür ist die Person verantwortlich?
- **Wann?** - Wann soll das Projekt beginnen und enden? Welche Meilensteine gibt es?

Was ist der Zweck eines Projektplans?

Ein Projektplan ist eine der wichtigsten Zutaten für ein erfolgreiches Projekt. Er wird verwendet, um die Erwartungen zu dokumentieren und zu kommunizieren, um den Zeitplan und die Lieferung zu kontrollieren und Risiken zu berechnen und zu verwalten. Im Allgemeinen fungiert er als Roadmap für alle am Projekt beteiligten Personen.

Dies sind die vier größten Vorteile eines Projektplans:

- **Verbesserte Kommunikation:** Indem Ihr gesamter Plan für alle dargelegt wird, können Entscheidungsträger früh im Prozess Feedback geben, wenn die Dinge in die richtige Richtung laufen. Ein Projektplan hilft auch dabei, die Erwartungen besser zu verwalten, indem Sie Meilensteine und Zeitachsen aktualisieren können, während das Projekt voranschreitet.
- **Mehr Transparenz:** Mit einem Projektplan wissen die Entscheidungsträger und Teammitglieder genau, wo sie auf jedem Schritt des Weges die erforderlichen Informationen finden können. Erwartungen und die Projektzeitachse werden klar definiert, damit alle auf demselben Stand sind, was die Prioritäten und Ziele angeht.
- **Bessere Organisation:** Viele Projekte umfassen Dutzende von Aufgaben, Abhängigkeiten und Meilensteinen, und es kann schwierig sein nachzuverfolgen, wie sich alles entwickelt. Ein

Projektplan lässt Sie das Timing der einzelnen Aktivitäten durchdenken und wie es sich auf den Rest der Projekts auswirkt. Sie wissen stets, wie viel Zeit Sie für jede einzelne Aufgabe verwenden sollten und wie viele Dinge Sie gleichzeitig abschließen können.

Der Prozess der Projektplanung

Wenn Sie mit der Planung Ihres Projekts beginnen, sollten Sie sich mit den Schritten vertraut machen, die für die detaillierte Planung eines Projekts von Anfang bis Ende erforderlich sind. Führen Sie hierfür diese Schritte aus:

1. **Konzept und Arbeitsaufnahme:** Beginnen Sie damit, das Gesamtkonzept Ihres Projekts festzulegen und die Planung für das Erreichen zu erstellen.
2. **Roadmap-Erstellung:** In dieser Phase legen Sie eine ungefähre Zeitachse für die Aufgaben fest, die erforderlich sind, um Ihr Projekt abzuschließen.
3. **Auflistung der Liefergegenstände:** Jedes Projekt erfordert spezifische Liefergegenstände, die Sie am Anfang Ihrer Planungsphase identifizieren sollten, damit alle Teammitglieder wissen, was von ihnen erwartet wird.
4. **Identifizierung der Meilensteine eines Projekts:** Filtern Sie bestimmte Punkte im Projekt heraus, die Sie als wichtige Meilensteine ansehen. Diese Meilensteine können aus bestimmten Aufgaben bestehen, die Sie abschließen, einem Zielbudget, das erreicht werden soll, oder einem Team, das Sie zusammenstellen.
5. **Budget-Festlegung:** Die Festlegung eines bestimmten Budgets ist einer der wichtigsten Teile eines Projektplans. Sie sollten sich an dieses Budget halten, während Ihr Projekt voranschreitet. Auf diese Weise können Sie spezifische Ressourcen und Budgets bestimmten Aufgaben zuordnen, ohne die prognostizierten Kosten zu überschreiten.
6. **Festlegung der Teammitglieder:** Bei jedem Projekt muss ein Team mit Personen zusammengestellt werden, das das Projekt umsetzt. Arbeiten Sie mit anderen zusammen, um sich an bestimmte Personen zu wenden, die das Projekt am besten umsetzen können.
7. **Risikoanalyse:** Sie müssen alle möglichen Risiken oder Bedrohungen für Ihr Projekt identifizieren, einschließlich all derer, die zu Budgetproblemen, Projektverzögerungen usw. führen könnten. Listen Sie alle möglichen Risiken auf und geben Sie die Details dazu an, wie Sie die Probleme beheben möchten, sollten sie auftreten.
8. **Projektkommunikation:** Sobald Sie die wichtigsten Komponenten Ihres Projekts dargelegt haben, müssen Sie diese Pläne und Ziele an das gesamte Team kommunizieren – einschließlich wichtiger Entscheidungsträger und aller externen Beteiligten. Entwickeln Sie eine Möglichkeit, die Projektpläne angemessen und effizient an alle Beteiligten zu kommunizieren.
9. **Projektstart:** An diesem Punkt sollte Ihr Projekt gestartet werden können. Stellen Sie sicher, dass Sie alle Grundlagen abgedeckt und alle Details dargelegt haben, bevor Sie beginnen. Dann können Sie loslegen.

So erstellen Sie ein Projektplan in Excel

Hier ist eine schrittweise Anleitung zur Erstellung eines Projektplans in Excel. Sie erstellen zunächst eine Tabelle mit Ihren Projektinformationen, und dann zeigen wir Ihnen, wie Sie Ihre Projektzeitachse erstellen.

1. Fügen Sie der Tabelle Überschriften hinzu

Zunächst müssen Sie Ihrer Tabelle einige Überschriften hinzufügen.

1. Lassen Sie die erste Zeile in Ihrer Tabelle leer. Geben Sie die Überschriften in die zweite Zeile ein. In diesem Beispiel verwenden wir *Aufgaben*, *Verantwortlicher*, *Start*, *Ende*, *Tage* und *Status*. Für mehr Details könnten Sie auch weitere Überschriften hinzufügen, wie *Budget*, *Kosten* und mehr.
2. Markieren Sie den Text und klicken Sie in der Gruppe *Ausrichtung* auf das Symbol zum Zentrieren, um den Text in den Überschriften zu zentrieren.
3. Um die Überschriften für richtige Abstände zu formatieren, markieren Sie den gesamten gerade eingegebenen Text und klicken Sie auf der Registerkarte *Start*, in der Gruppe *Zellen* auf *Formatieren*. Wählen Sie *Spaltenbreite* und setzen Sie die Breite auf etwa 15-20, damit Sie ausreichend Platz haben, um Ihre Projektinformationen einzugeben.



	A	B	C	D	E	F
1	Task	Owner	Start	End	Duration	Status
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
11						

2. Ihre Projektdaten hinzufügen

1. Beginnen Sie mit der Spalte *Aufgabe* und geben Sie die Aufgaben für Ihren Projektplan ein. Sie können so viele oder weniger Aufgaben eingeben, wie Sie möchten. Um Ihren Projektplan visuell zu organisieren, empfehlen wir das Hinzufügen eines Titels für jede Aufgabengruppe oder jede Phase. In diesem Beispiel verwenden wir *Voraussetzungen*, *Beginn*, *Entwicklung*, *Betrieb* und *Einführung*.
2. Dann geben Sie die für die einzelnen Aufgaben verantwortlichen Personen sowie die Start- und Enddaten ein.
3. Um die Anzahl in der Spalte *Tage* automatisch zu berechnen, klicken Sie in eine Zelle in der Spalte *Tage* und geben Sie = ein. Klicken Sie dann auf die Zelle *Enddatum*, geben Sie ein Minuszeichen (-) ein und klicken Sie dann auf die Zelle *Startdatum*. Klicken Sie auf „Eingabe“. Ziehen Sie die rechte untere Ecke dieser Zelle in der Spalte ganz nach unten, woraufhin die übrigen Werte automatisch anhand dieser Formel für Sie berechnet werden.
4. Geben Sie den Status der einzelnen Aufgaben ein. Wir verwenden *Abgeschlossen*, *Läuft*, *Überfällig* und *Nicht begonnen*.
5. Es sollten nun in Ihrer Tabelle alle Informationen angezeigt werden, aber Sie werden bemerken, dass die Abstände in Abhängigkeit der Länge Ihres Textes deaktiviert sind. Um dieses Problem zu beheben, markieren Sie alle Informationen und klicken in der Gruppe *Zellen* auf *Formatieren*. Wählen Sie *Spaltenbreite automatisch anpassen*, um die Spaltenbreite automatisch an Ihren Inhalt anzupassen.

6. Um Ihren Inhalt zu zentrieren, markieren Sie den Text und klicken Sie in der Gruppe *Ausrichtung* auf das Symbol zum Zentrieren.

[L] [SEP]

	A	B	C	D	E	F
1	Task	Owner	Start	End	Duration	Status
2	Prerequisites					
3	Set kick-off meeting	Alex B.	2-Sep	2-Sep	0	Complete
4	Agree on objectives	Frank C.	3-Sep	7-Sep	4	Complete
5	Initiation					
6	Detailed Reqs.	Jacob S.	7-Sep	9-Sep	2	Complete
7	Hardware Reqs.	Jacob S.	9-Sep	11-Sep	2	Overdue
8	Final Resource Plan	Jacob S.	11-Sep	15-Sep	4	In Progress
9	Staffing	Alex B.	15-Sep	17-Sep	2	In Progress
10	Development					
11	Technical Reqs.	Frank C.	17-Sep	21-Sep	4	Not Started
12	DB Development	Shari W.	21-Sep	23-Sep	2	Not Started
13	API Development	Shari W.	23-Sep	25-Sep	2	Not Started
14	UI Client	Alex B.	25-Sep	29-Sep	4	Not Started
15	Testing	Kennedy K.	29-Sep	2-Oct	3	Not Started
16	Dev. Complete	Jacob S.	2-Oct	5-Oct	3	Not Started
17	Operations					
18	Hardware Config.	Alex B.	5-Oct	7-Oct	2	Not Started
19	System Testing	Kennedy K.	7-Oct	9-Oct	2	Not Started
20	Launch		9-Oct	9-Oct	0	

3. Fügen Sie Farben hinzu, um den Projektstatus auf den ersten Blick erkenntlich zu machen

Es ist ganz einfach, Ihren Projektplan mit Farben und einer visuellen Hierarchie anzupassen. Indem Sie den Stil und die Schriftgrößen ändern, können Sie wichtige Informationen hervorheben und den Projektstatus auf den ersten Blick erkenntlich machen.

1. Um die Schriftfarbe zu ändern, klicken Sie auf die Zelle, deren Text Sie ändern möchten. Wählen Sie auf der Registerkarte *Start* die gewünschte Farbe aus der Dropdown-Liste mit Farben aus.
2. Um die Hintergrundfarbe einer oder mehrerer Zellen zu ändern, wählen Sie die zu ändernde(n) Zelle(n) aus. Klicken Sie auf das Symbol für den Farbeimer und wählen Sie die Füllfarbe aus.
3. Um Schriftarten zu formatieren, wählen Sie eine oder mehrere Zellen aus. Auf der Registerkarte *Start* können Sie die Schriftart und die Schriftgröße ändern und den Titel Fett, Kursiv oder Unterstrichen machen.

Wir empfehlen, eine Hintergrundfarbe für die Hauptüberschrift und für jede Gruppe oder Phase von Aufgaben sowie für Ihr Zielabschluss- oder -startdatum hinzuzufügen. Sie können die Schriftfarbe auch in der Spalte *Status* ändern, sodass sie den aktuellen Fortschritt widerspiegelt (z. B. könnte Rot *Überfällig*, Grün *Abgeschlossen* darstellen usw.).

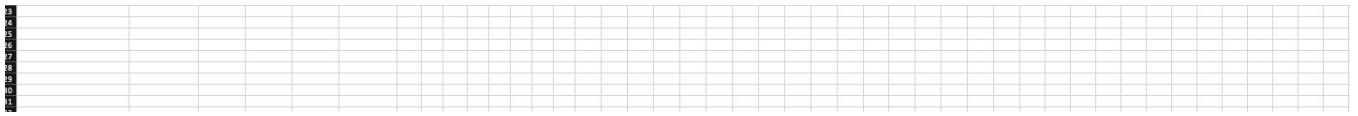
	A	B	C	D	E	F
1	Task	Owner	Start	End	Duration	Status
2	Prerequisites					
3	Set kick-off meeting	Alex B.	2-Sep	2-Sep	0	Complete
4	Agree on objectives	Frank C.	3-Sep	7-Sep	4	Complete
5	Initiation					
6	Detailed Reqs.	Jacob S.	7-Sep	9-Sep	2	Complete
7	Hardware Reqs.	Jacob S.	9-Sep	11-Sep	2	Overdue
8	Final Resource Plan	Jacob S.	11-Sep	15-Sep	4	In Progress
9	Staffing	Alex B.	15-Sep	17-Sep	2	In Progress
10	Development					
11	Technical Reqs.	Frank C.	17-Sep	21-Sep	4	Not Started
12	DB Development	Shari W.	21-Sep	23-Sep	2	Not Started
13	API Development	Shari W.	23-Sep	25-Sep	2	Not Started
14	UI Client	Alex B.	25-Sep	29-Sep	4	Not Started
15	Testing	Kennedy K.	29-Sep	2-Oct	3	Not Started
16	Dev. Complete	Jacob S.	2-Oct	5-Oct	3	Not Started
17	Operations					
18	Hardware Config.	Alex B.	5-Oct	7-Oct	2	Not Started
19	System Testing	Kennedy K.	7-Oct	9-Oct	2	Not Started
20	Launch		9-Oct	9-Oct	0	

4. Die Zeitachse für Ihren Projektplan erstellen

Sie haben bereits alle Ihre Projektinformationen zu der Tabelle hinzugefügt, sodass es nun Zeit ist, die entsprechende Zeitachse für das Projekt zu erstellen. Die Verwendung einer Zeitachse in Ihrem Projektplan ermöglicht Ihnen die Festlegung von Erwartungen und die Steigerung der Transparenz, sodass alle Beteiligten in Bezug auf die Prioritäten und Fälligkeitsdaten ausgerichtet sind.

Daten hinzufügen und formatieren

1. Geben Sie in derselben Zeile wie Ihre Tabellenüberschriften, in der nächsten verfügbaren Spalte zwei Daten Ihrer Projektzeitachse ein. Dann halten Sie die Umschalttaste gedrückt, wählen Sie die zwei Daten aus und ziehen Sie die untere rechte Ecke über die Zeile, bis Sie Ihr Enddatum erreicht haben.
2. Wenn Sie das Datumsformat ändern möchten, wählen Sie alle Daten aus und klicken Sie mit der rechten Maustaste. Wählen Sie *Zellen formatieren*.
3. Wählen Sie im Popup-Feld *Datum* im Abschnitt *Kategorie* aus und wählen Sie dann das gewünschte Datum.
4. Sie werden bemerken, dass die Zellen sehr breit sind. Um die Zeitachse kompakter zu machen, wählen Sie alle Daten aus und wählen Sie dann eine kleinere Schriftgröße. In diesem Beispiel haben wir die Schriftgröße 9 ausgewählt.
5. Wählen Sie dann erneut alle Daten aus und klicken Sie in der Gruppe *Zellen* auf *Formatieren*. Wählen Sie *Spaltenbreite automatisch anpassen*, um die Spaltenbreite automatisch an die Daten anzupassen.



5. Abschluss

1. Um einem Projektplan Rasterlinien hinzuzufügen, wählen Sie den gesamten Projektplan aus, sowohl die Tabelle als auch die Zeitachse, und klicken Sie in der Gruppe *Schriftart* auf das Rahmensymbol. Wählen Sie *Alle Rahmenlinien*.
2. Wenn Sie mehr Projektinformationen hinzufügen möchten, wählen Sie zunächst die erste Spalte aus, klicken Sie mit der rechten Maustaste und wählen Sie *Einfügen > Ganze Zeile*. Wiederholen Sie dies, bis Sie acht leere Zeilen haben.
3. Geben Sie dann in die erste Spalte Folgendes ein: *Projektname, Projektmanager, Lieferumfang des Projekts, Startdatum, Enddatum* und *Gesamtfortschritt*. Geben Sie dann die entsprechenden Informationen ein.

	A	B	C
1	Project Name	Product Release	
2	Project Manager	Alex B.	
3	Project Deliverable	New features	
4			
5	Start Date	2-Sep	
6	End Date	9-Oct	
7	Overall Progress	20%	
8			
9			
10			
11	Task	Owner	Start



[ÜBER UNS](#)

[LEADERSHIP](#)

[INVESTOREN](#)

[NEUIGKEITEN](#)

[KARRIERE](#)

[KONTAKT](#)

[RECHTLICHE INFORMATIONEN](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[TRUST CENTER](#)

[ENTWICKLER UND API](#)

[HILFE](#)

©2023. Alle Rechte vorbehalten. Smartsheet Inc.







Aufrüstung der Wehrmacht



(c) Bundesarchiv, Bild 146-1976-097-22 / CC-BY-SA 3.0

Junkers-Werk [Aschersleben](#): Serienbau von [Ju-88](#)-Rümpfen

Als **Aufrüstung der Wehrmacht** werden wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zwischen der [Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler](#) am 30. Januar 1933 und dem Beginn des [Zweiten Weltkrieges](#) in Europa am 1. September 1939 bezeichnet, die der Vergrößerung des [Militärs](#) des [Deutschen Reiches](#) dienen.

Die Aufrüstung der ab 1935 in der [Wehrmacht](#) zusammengefassten Teilstreitkräfte [Heer](#), [Kriegsmarine](#) und [Luftwaffe](#) war integraler Bestandteil der [nationalsozialistischen](#) Politik und für [Hitler](#) die wichtigste Voraussetzung für die Wiedergewinnung der [Großmachtstellung](#) des Deutschen Reiches. Als Bilanz des energisch vorangetriebenen Rüstungsprogrammes, dessen Fundament

schon in der [Weimarer Republik](#) gelegt wurde, entstand mit der Wehrmacht ein starker militärischer Machtfaktor auf dem europäischen Kontinent, wobei zugunsten eines schnellen Aufbaus materielle und personelle Qualitätsmängel in Kauf genommen wurden. Die im [Friedensvertrag von Versailles](#) zugestandenen 115.000 Mann der [Reichswehr](#) konnten aufgrund der 1935 eingeführten [Wehrpflicht](#) bis 1939 zu einer 1,1 Millionen Mann starken „aktiven Truppe“ erweitert werden, welche durch die [Mobilmachung](#) bei Kriegsbeginn auf 4,5 Millionen Mann anstieg.

Im direkten Zusammenhang mit der Aufrüstung entstand die [Vierjahresplan](#)-Behörde, deren Aufgabe neben der Funktion als eigene Rüstungsorganisation auch die Erweiterung der Wirtschaft zur „Kriegsfähigkeit“ war. Mit dem rasant ansteigenden Militärhaushalt ging eine enorme [Staatsverschuldung](#) einher. Wegen ineffizienter Organisation und des Fehlens eines Gesamtrüstungsplanes konnten aber die für einen längeren Krieg notwendige [Tiefenrüstung](#) nicht aufgebaut und umfassende Reserven nicht bereitgestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

1 Vorgeschichte

1.1 Ausgangslage in der Weimarer Republik

1.1.1 Erstes Rüstungsprogramm

1.1.2 Zweites Rüstungsprogramm

1.2 Wandel der Rüstungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus

2 Aufrüstung der Wehrmacht 1933 bis 1939

2.1 Aufrüstung des Heeres

2.1.1 Rüstungsprogramme

2.1.2 Wirtschaftliche Probleme

2.2 Aufrüstung der Marine

2.2.1 Schiffsbaupläne

2.2.2 Wirtschaftliche Probleme

2.3 Aufrüstung der Luftwaffe

2.3.1 Luftrüstungsprogramme

2.3.2 Wirtschaftliche Probleme

3 Organisation der Rüstungswirtschaft

3.1 Charakteristik der Rüstungskoordination

3.2 Finanzierung der Rüstung

4 Die Wehrmacht bei Kriegsbeginn

4.1 Heer

4.2 Marine

4.3 Luftwaffe

4.4 Auswirkungen

5 Literatur

6 Weblinks

7 Einzelnachweise

8 Anmerkungen

Vorgeschichte

Ausgangslage in der Weimarer Republik

Die Niederlage im [Ersten Weltkrieg](#) sowie der daraus resultierende [Friedensvertrag von Versailles](#) bestimmte das Denken der [Reichswehr](#). Die auferlegten drastischen Beschränkungen stießen seitens der Politik und in der Bevölkerung auf breiten Widerstand, sodass das vertragsmäßig zugewilligte, aber wie beispielsweise in der [Ruhrbesetzung](#) zu keiner Verteidigung fähige 100.000-Mann-Heer mit seinen sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen nicht nur in den Augen der militärischen Spitzen als Übergangslösung und als Ausgangsformation für eine größere und keinen Bedingungen unterworfenen Streitmacht angesehen wurde.^[1] Um dieses Ziel zu erreichen, war die Reichswehrführung bereit, gegen den als Reichsgesetz geltenden Versailler Vertrag zu verstoßen und illegale Maßnahmen zu ergreifen wie die Ausrüstung der [Einwohnerwehren](#) mit militärischem Gerät, die Billigung der [Schwarzen Reichswehr](#), die Einrichtung von Schwarzen Kassen wie zum Beispiel bei der [Lohmann-Affäre](#), die Verschleierung von staatlichen Rüstungsinvestitionen durch das [Montan-Schema](#), die geheime Rüstungsplanung durch die [Stega](#), die Weiterführung des verbotenen Generalstabes unter der Tarnbezeichnung [Truppenamt](#) und die militärische Kooperation mit der Sowjetunion im Rahmen des [Rapallo-Vertrages](#) zur Gewinnung von grundlegenden taktischen und technischen Kenntnissen. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre blieben jedoch das Ausmaß und die militärische Effizienz dieser Maßnahmen auf personellem und materiellem Gebiet relativ gering.^[2]

Erstes Rüstungsprogramm



Reichskanzler [Wilhelm Marx](#) billigte die Finanzierung der geheimen Rüstung

Die Entlassung [Hans von Seeckt](#)s als Chef der [Heeresleitung](#) im Oktober 1926 und die sich in der Armeeführung langsam durchsetzende Erkenntnis, dass nur eine Kooperation mit dem [Reichstag](#) als Legislative eine politische Absicherung der gewünschten Rüstungsmaßnahmen erbringen werde, bedeutete eine Wende in der Beziehung zwischen der Reichswehr und der von ihr skeptisch betrachteten [Reichsregierung](#).^[3] So kündigte Reichswehrminister [Geßler](#) vor dem [Kabinett](#) im November 1926 an, die bisher gegenüber der Staatsführung praktizierte Geheimhaltung aufzugeben und von nun an umfassend über die bislang eingeleiteten Rüstungsmaßnahmen zu informieren. Aufgrund der somit akzeptierten politischen Kontrolle über die Reichswehr war das Kabinett unter Reichskanzler [Wilhelm Marx](#) sowie dessen sozialdemokratischem Nachfolger [Hermann Müller](#) bereit, die Finanzierung der immer noch geheimen Rüstungsmaßnahmen zu übernehmen. Daraufhin wurde nach fast zweijähriger Vorarbeit das „Erste Rüstungsprogramm“ am 29. September 1928 vom Chef der Heeresleitung genehmigt und am 18. Oktober vom Kabinett Müller verabschiedet. Das Ziel dieses Programms, welches erstmals das gesamte materielle Aufrüstungsvorhaben des Heeres in ein auf fünf Jahre konzipiertes Programm integrierte, war die Ausstattung an Gerät und Munition für ein 16-Divisionen-Heer, eine beschränkte Bevorratung und Maßnahmen zur Verbesserung der industriellen Fertigungsmöglichkeiten im [Mobilmachungsfall](#). Dieses Ziel sollte bis 1932 erreicht sein; dafür sollten 350 Millionen [Reichsmark](#) aus einem geheimen Fonds ausgegeben werden.^[A 1] Gemessen am Gesamtetat der Reichswehr in Höhe von 726,5 Mio. RM (= 8,6 % des Staatshaushaltes) erscheinen die somit jährlich zur Verfügung stehenden 70 Mio. RM relativ unbedeutend, jedoch kann es als ein Novum in der deutschen Heeresgeschichte angesehen werden, dass die komplexen Faktoren einer von modernen industriellen Fertigungsverfahren bestimmten militärischen Rüstung in einem zielgerichteten Programm aufeinander abgestimmt worden sind.^[4]

Zweites Rüstungsprogramm



(c) Bundesarchiv, Bild 102-01048 / CC-BY-SA 3.0

Reichswehrminister [Wilhelm Groener](#) baute die Armee innerhalb politischer Rahmenbedingungen aus

Mit dem im Januar 1928 neu berufenen Reichswehrminister [Wilhelm Groener](#), 1918 Erster

Generalquartiermeister der **OHL**, setzte eine Dynamisierung der Rüstungsanstrengungen ein, da mit ihm ein Mann an die Spitze berufen wurde, der über hinreichende politische, wirtschaftliche und militärische Kompetenz verfügte.^[5] Unter der Prämisse des weiteren Aufbaus der Reichswehr wurde im Frühjahr 1932 das „Zweite Rüstungsprogramm“ verabschiedet, das später die Basis für die Aufrüstung im **Dritten Reich** bildete. Bei einem Aufwand in Höhe von 484 Millionen Reichsmark sollte die Aufstellung eines 21-Divisionen-Heeres, dessen Ausstattung mit Waffen, Gerät und Munition sowie dessen Bevorratung für sechs Wochen realisiert werden. Die erstmals bedachte **Luftwaffe** sollte 110 Mio. RM erhalten und aus insgesamt 150 Flugzeugen bestehen.^[6] Bezugnehmend auf die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war das Programm auf fünf Jahre (April 1933 bis März 1938) ausgelegt. Eine im November erfolgte Modifizierung sah vor, dass bis zum Frühjahr 1938 insgesamt 570.000 Mann aktiv unter Waffen stehen sollten. Da es sich um ein auf ein Maximum an Rüstungsmaßnahmen ausgelegtes und dementsprechend eng kalkuliertes Programm handelte, erwies es sich aufgrund der wirtschaftlichen Veränderungen, die mit den Folgen der **Weltwirtschaftskrise** einhergingen, als besonders empfindlich, so dass sich Groener gezwungen sah, weitere Gelder in Höhe von einer Milliarde Mark, verteilt auf fünf Jahre, von der Reichsregierung anzufordern.^[7] Finanziell erschwerend kamen die Preisdiktate einiger Rüstungsunternehmen hinzu, die sich angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise mittels Preisgestaltung *gesundstoßen* wollten. Die wenigen Rüstungsbetriebe hatten eine **Monopolstellung**, da es gemäß dem Versailler Vertrag nur einer geringen Anzahl von Unternehmen (beispielsweise **Borsig** oder **Simson**) erlaubt war, Rüstungsgüter herzustellen.^[8]

Unklar ist, inwiefern die zwei Rüstungsprogramme auf einem streng geheimen Plan aus dem Jahre 1925 basierten. Schon 1923 ließ Seeckt als Chef der Heeresleitung von einer kleinen Gruppe mit 18 Mann wichtige Eckpunkte für ein kriegsverwendungsfähiges Heer mit 102 Divisionen und 3 Millionen Mann erstellen.^[9] Allerdings ist umstritten, ob überhaupt und in welchem Umfang dieser Plan Auswirkungen auf die spätere Rüstungsplanung hatte.^[A 2] Rückblickend auf die Rüstungspolitik in der Weimarer Republik ergibt sich jedoch zweifelsfrei die Tatsache, dass eine langfristige und umfassende Rüstungsplanung nicht erst mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, sondern schon in der Zeit der Weimarer Republik mit dem ersten und zweiten Rüstungsprogramm einsetzte.^[10]

Wandel der Rüstungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus

Mit der **Machtübernahme** Adolf Hitlers setzte eine radikale Veränderung der Wehrpolitik ein. Die Groenersche Richtlinie – die besagte, dass ausschließlich politische Gesichtspunkte für die Aufgaben der in ein multilaterales Sicherheitssystem eingebetteten Reichswehr maßgebend seien – wurde zügig verlassen und die seit Gründung der Reichswehr latent vorhandenen Revisionsabsichten zum Primat der Reichswehrstrategie erklärt. Besonders bezeichnend war Hitlers **Ansprache** vor den Repräsentanten der Reichswehr am 3. Februar 1933, bei der er gleich zu Beginn verkündete, dass die Wiedergewinnung der politischen Macht das alleinige Ziel seiner Politik sein werde und die Voraussetzung hierfür der Aufbau der Wehrmacht sei.^[11] Die Aufrüstung der von Hitler als wichtigste Einrichtung des Staates bezeichneten Reichswehr erhielt oberste Priorität.

Stand der Rüstung nach der Machtübernahme





Handel He 51 A.1, L.103 V21 Rüstungen, Döhring im Sommer 1933

Die drei Reklamestaffeln der getarnten Luftwaffe bestanden aus einer Handvoll Doppeldeckern, wie dieser [He 51](#)

Eine im März 1933 aufgrund der [Westerplatte-Affäre](#) erstellte Denkschrift für Reichswehrminister [Werner von Blomberg](#) kennzeichnete die derzeitige militärische Lage als „hoffnungslos“. Dem Heer fehlte es an personellen Reserven, militärischem Gerät und vor allem an Munition.^[12] Zwar konnte damit gerechnet werden, dass die abgeschlossenen Vorarbeiten des „Zweiten Rüstungsprogrammes“ bald erste greifbare Ergebnisse erbringen, jedoch war im März 1933 noch keine einzige der vielen Maßnahmen des Umbauplanes vom November 32 realisiert worden. Für die 15.000 Mann der [Reichsmarine](#) stand noch nicht einmal das vom Versailler Vertrag zugestandene Schiffsmaterial zur Verfügung. Bei den leichten Seestreitkräften war das Limit fast erreicht, aber von den erlaubten sechs [Panzerschiffen](#) waren erst drei in Auftrag gegeben und noch keines fertiggestellt worden. Die offiziell noch nicht existente [Luftwaffe](#) bestand aus drei „Reklamestaffeln“ mit nur einer geringen Anzahl von zivilen Übungsmaschinen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Reichswehr die personellen Bestimmungen des noch gültigen Versailler Vertrages nur unwesentlich überschritten.^[13]

Außenpolitische Faktoren

Mit der öffentlichen Ankündigung konkreter Rüstungsmaßnahmen hielt sich Hitler aus Gründen der ungeklärten außenpolitischen Situation vorerst zurück, da man keine militärische Intervention seitens Frankreichs oder Polens riskieren und das Ergebnis der [Genfer Abrüstungskonferenz](#) abwarten wollte. Obwohl Hitler – im Gegensatz zu Blomberg und [Neurath](#) – einem positiven Abschluss der Konferenz aufgrund der Vermeidung einer außenpolitischen Isolation nicht völlig abgeneigt war, kam es zu keiner grundlegenden Übereinkunft, da die vorgelegten Vermittlungsvorschläge aus Sicht der deutschen Delegation keine Verbesserung bedeuteten.^[A 3] Der am 14. Oktober 1933 verkündete Austritt Deutschlands aus dem [Völkerbund](#) und der Abrüstungskonferenz stellte dann den endgültigen Bruch mit Groeners kollektivem Sicherheitssystem dar und markierte die Wendung zu der von Blomberg favorisierten, allein auf militärischer Stärke beruhenden Politik.

Aufrüstung der Wehrmacht 1933 bis 1939

Aufrüstung des Heeres

Für die Rüstungsmaßnahmen des Jahres 1933 galt immer noch das „Zweite Rüstungsprogramm“. Da man anfangs einen offenen Vertragsbruch vermeiden wollte, wurden die jetzt reichlich fließenden Mittel vorerst für eine indirekte Aufrüstung in Form weitläufiger militärischer Infrastrukturmaßnahmen sowie den Aufbau heereseigener Betriebe verwandt. Eine umfangreiche Verletzung der Versailler Restriktionen fand dagegen im Verborgenen statt, was sich besonders bei der intensiven Unterstützung des Militärs beim Aufbau einer Rüstungsindustrie bemerkbar machte. So wurde im sogenannten „Innerdeutschland“ die Gründung zahlreicher Rüstungsunternehmen veranlasst oder unterstützt. Bis 1934 nahmen 18 große Unternehmen, beispielsweise [Borsig](#) in Berlin, die Krupp-Tochter [Grusonwerk](#) in Magdeburg oder die zum [Bochumer Verein](#) gehörende [Hanomag](#) in Hannover, ihre verbotene Rüstungsproduktion auf.^[14]

Rüstungsprogramme

Gegen Ende 1933 veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen: außenpolitisch, nachdem sich die britische und die französische Regierung faktisch mit dem Austritt des Reiches aus dem [Völkerbund](#) abgefunden hatten und innenpolitisch, weil die Reichswehr sich der Konkurrenz zur [SA](#) mittels Erweiterung der eigenen Basis erwehrte. Das langfristige Planungsprogramm aus dem Jahr 1932 erschien der Reichswehr nicht mehr zeitgemäß; im Dezember 1933 fiel die Entscheidung für den Aufbau eines 300.000-Mann-Heeres. Das Programm, das am 18. Dezember 1933 vom Chef des [Truppenamtes](#) Generalleutnant [Ludwig Beck](#) unterzeichnet wurde, sah die Aufstellung eines stehenden 21-Divisionen-Friedensheeres bis März 1938 vor, aus dem ein mobilisierbares 63-Divisionen-Kriegsheer entstehen sollte.^[15]



(c) [JonCatalan](#) at [en.wikipedia](#), CC BY 3.0

Trotz forciertes Aufrüstung besaß das Heer im Frühjahr 1935 erst zwölf [Panzerkampfwagen I](#)

Im Frühjahr 1934 drängte Hitler auf eine Beschleunigung des Dezemberprogramms, wobei er konform mit Beck lag, der die Auffassung vertrat, dass der Schwerpunkt des Aufbaus in den ersten zwei Jahren liegen müsse. Allerdings plädierte Beck für eine [Tiefenrüstung](#) statt einer von Hitler favorisierten [Breitenrüstung](#). Basierend auf dem organisatorischen Fundament des „Zweiten Rüstungsprogrammes“ erreichte das Reichsheer ohne nennenswerte Probleme im Frühjahr 1934 eine Stärke von 180.000 Mann.^[16] Die größtenteils nur aus Rumpfverbänden bestehenden 21 [Divisionen](#) hatten aber bei weitem nicht ihre volle personelle und materielle Stärke erreicht, denn die Heeresvermehrung erfolgte nach dem Schema, dass jede Division zwei neue aufzustellen hatte. So waren von den vorgesehenen 189 Infanteriebataillonen erst 109 aufgestellt und die [zwei Panzerbataillone](#) besaßen lediglich 12 [Panzerkampfwagen](#). Das Heer hatte nur einen Nachschubvorrat von sechs Wochen; in Planspielen rechnete man ab dem 3. Kriegsmonat mit einem Absinken des Nachschubes auf wenige Prozent und die mögliche Kriegsproduktion von Munition erreichte nur 50 Prozent.^[17]

Juli-Programm 1935

Da zur Abwehr eines möglichen französischen Angriffes bis zu 10 sofort einsetzbare Divisionen an der Westgrenze stehen mussten und diese Kader somit für den Aufbau des Heeres ausfielen, erhöhte die Heeresführung das anzustrebende Rüstungsziel auf 30 bis 36 Divisionen.^[18] Mit Hitlers Proklamation der [Wehrhoheit](#) („Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht und Wiederherstellung der Wehrhoheit“) am 16. März 1935^[19] wurde die Stärke des Friedensheeres auf nunmehr 36 Divisionen

festgelegt. Mit der gleichzeitigen Bekanntgabe des "Wehrgesetzes"^[20] wurden auch formal die letzten Beschränkungen des Versailler Vertrages abgestreift und die Einführung der allgemeinen **Wehrpflicht** (zum 1. Oktober 1935) verkündet, womit Hitler ein 1933 an die Generalität gegebenes Versprechen einlöste.^[21] Im Juli wurden dann die vom **Generalstab** ausgearbeiteten Pläne verabschiedet, wonach zum 1. Oktober 1939 die Heeresstärke rund 700.000 Mann (eingeteilt in 33 Infanterie- und 3 Panzerdivisionen) betragen sollte. Zum ersten Mal wurden auch konkrete Angaben zum Kriegsheer gemacht, das zum April 1936 auf 28 Divisionen, im Jahr 1939 auf 49 und endgültig im Jahr 1941 auf die geplante Stärke von 63 Divisionen anwachsen sollte.^[22]



(c) Bundesarchiv, Bild 102-01817A / CC-BY-SA 3.0

Werner von Fritsch (Mitte) als **OBdH** trat für einen kontinuierlichen Ausbau ein

Diese markante Revision des Dezemberplanes von 1933, in dem die Aufstellung des Kriegsheeres schon für das Frühjahr 1938 vorgesehen war, war wohl (neben der verspäteten Einführung der Wehrpflicht) einem Konflikt innerhalb der militärischen Führung geschuldet, in dem man sich uneinig über die weitere Vorgehensweise war.^[23] **Beck** und **Fritsch** plädierten jetzt für eine langsamere und kontinuierliche Aufstellung von neuen Formationen. Der Chef des **Allgemeinen Heeresamtes**, **Oberst Fromm**, wollte dagegen die sofortige Aufstellung dieser 36 Divisionen, bei denen es sich seiner Meinung nach nur um **Infanteriedivisionen** handeln könne und die **Kavalleriedivisionen** und **Panzerdivisionen** zusätzlich hinzu kommen sollten. General **von Schwedler** als Chef des **Heerespersonalamtes** lehnte dagegen eine Vermehrung des Heeres für 1936 kategorisch ab – mit dem Argument, dass 1933 das Korps aus 3.800 Offizieren bestand und sich diese Zahl zwei Jahre später um 72 Prozent auf 6.553 erhöht hatte, was unausweichlich eine Minderung der militärischen Qualität zur Folge haben müsse. Für das Jahr 1941 kalkulierte man einen Fehlbestand von 13.150 Offizieren; mit dessen Ausgleich wurde unter normalen Umständen erst im Jahre 1950 gerechnet.^[24]

Als Kompromiss legte die Heeresleitung als Zwischenetappe das Herbst-Ziel 1935 auf ein 24-Divisionen-Heer fest, dessen personelle Vergrößerung auf 400.000 Mann durch die Übernahme von zwei Dritteln der **kasernierten Landespolizei** gewährleistet wurde.^[25]

Den Verantwortlichen war bewusst, dass diese personelle Vervierfachung in zweieinhalb Jahren eine Minderung der Qualität bedeutete, denn die materielle Ausstattung konnte damit bei weitem nicht mithalten. Deutlich wurde die Missachtung der materiellen Relevanz durch die Tatsache, dass bei der Planungskonzeption das **Heereswaffenamt** nicht hinzugezogen wurde.^[22]

Entwurf „Erhöhung der Angriffskraft des Heeres“





Die geplante Ausstattung von Infanteriedivisionen mit je einer [Sturmgeschütz](#)-Abteilung ließ sich wirtschaftlich nicht realisieren

In die kurze Zeit der Stagnation der Gesamtplanung für den Aufbau des Heeres im Jahre 1936 fiel die unter dem Stichwort *Erhöhung der Angriffskraft des Heeres* aufkommende Diskussion über die sich neu eröffnenden Möglichkeiten der jungen [Panzertruppe](#), die auch Auswirkungen auf das endgültige Rüstungsprogramm haben sollte. Im [Generalstab](#) erkannte man die Chance, dass diese neue Waffe sehr beweglich kämpfen konnte und sich damit neue operative Dimensionen eröffneten. Der Chef des Generalstabes Beck schlug daraufhin vor, zusätzlich zu den bestehenden drei Panzerdivisionen motorisierte Schützenregimenter und selbstständige Panzerbrigaden aufzubauen, die je nach Situation zu operativen Kampfverbänden zusammengefügt werden sollten. Er wollte durch Motorisierung von mehreren Infanteriedivisionen die Angriffskraft des Heeres insgesamt erhöhen. Er war auch der Ansicht, dass jedes [Armeekorps](#) mit einer [Panzerbrigade](#) ausgestattet werden sollte. Zum Programm »Erhöhung der Angriffskraft« kann auch der Entwurf des Oberbefehlshabers des Heeres, [von Fritsch](#), zählen, der aufgrund einer Denkschrift des Chefs der Operationsabteilung im Generalstab, [von Manstein](#), eine Weisung unterzeichnete, demnach jeder Infanteriedivision eine [Sturmgeschütz-Abteilung](#) zugeordnet werden sollte. Diese Weisung wurde später nach der Entlassung Fritschs im Rahmen der [Blomberg-Fritsch-Krise](#) revidiert.^[26] Einerseits stellte die Konzeption »Erhöhung der Angriffskraft« eine Verstärkung des Heeres dar, andererseits wurden deutlich die Defizite der militärischen Führung in Wirtschaftsfragen aufgezeigt, denn eine Realisierung dieses Programms stand weit jenseits der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Reiches. Das Argument vom Chef des Heeresamtes, bei der Planung die rüstungstechnischen Möglichkeiten zu berücksichtigen und die Anzahl der finanziell kaum verkraftbaren Panzerabteilungen zu reduzieren, wies Beck zurück und behauptete, „dass geldliche Gründe nicht zählen“.^[27]

Endgültiges Rüstungsprogramm

Im Jahre 1936 wurde schließlich mit dem Augustprogramm der endgültige Rüstungsplan aufgelegt. Trotz der Verringerung um eine Infanteriedivision bedeutete der Entwurf eine Stärkung gegenüber dem Juliprogramm 35, da dem Konzept »Erhöhung der Angriffskraft« mit der Aufstellung von drei [leichten Divisionen](#) und vier [motorisierten Infanteriedivisionen](#) Rechnung getragen wurde. Das bisher noch kaum in Erscheinung getretene Kriegsheer sollte aus 102 Divisionsverbänden bestehen, die sich hauptsächlich in 72 Infanteriedivisionen (plus 21 [Landwehrdivisionen](#)) gliedern und mit starken [Korpstruppen](#) eine Gesamtstärke von 3,6 Mio. Soldaten umfassen sollten. In sieben Jahren wurde so der im [Kaiserreich](#) über 40 Jahre dauernde Aufbau des [Deutschen Heeres](#) übertroffen, das zu Kriegsbeginn 1914 über 2,1 Mio. Mann verfügte.^[28]

Zum Aufrüstungsprogramm gehörte auch die Schaffung einer Infrastruktur. So wurden in Deutschland zwischen 1934 und Kriegsbeginn etwa 500 [Kasernen](#)neubauten allein für das Heer errichtet, ab [1936](#) auch im bis dahin entmilitarisierten Rheinland.

	Dezemberprogramm 1933 Heeresaufbau bis 1. April 1939	Juliprogramm 1935 Aufbau bis 1. Oktober 1939	Augustprogramm 1936 Aufbau bis 1. Oktober 1939
Armeekorps	8	12	13
Infanterie- Divisionen	21	33	32
Inf.-Divisionen (mot.)			4
Gebirgs- Divisionen		1	
Kavallerie- Divisionen	3		
Panzer-Divisionen		3	3
Leichte Divisionen			3
<i>Stärke des Friedensheeres</i>	300.000	700.000	800.000
<i>Stärke des Kriegsheeres</i>	63 Divisionen	63 Divisionen (geplante Fertigstellung 1941)	102 Divisionen (geplante Fertigstellung 1940/41)

Rüstungsverlauf bis Kriegsbeginn

Die weitere Aufrüstung verlief im Wesentlichen nach dem Augustprogramm. Im Herbst 1936 wurde die geplante Summe von 36 Infanteriedivisionen erreicht, womit man gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Anzahl um 50 Prozent verwirklichte. Organisatorisch wurde der Aufbau des Kriegsheeres verstärkt vorangetrieben, wobei ein Großteil der dafür veranschlagten Divisionen aus dem Kader des Friedensheeres gestellt werden sollte, obwohl dieses teilweise selbst nur aus Rumpfverbänden bestand. Im Jahre 1937 wurde erstmals nach drei Jahren andauernder Neuaufstellungen kein Großverband (mit Ausnahme einer Leichten Division) aufgestellt. Die wichtigste Maßnahme in diesem Jahr bestand in der Motorisierung von vier Infanteriedivisionen. Große Veränderungen traten im Jahr 1938 ein, da es mit der Eingliederung des [österreichischen Bundesheeres](#) nach dem [Anschluss Österreichs](#) und der Angliederung des [Sudetenlandes \(Münchner Abkommen\)](#) personell möglich wurde, drei Infanterie-, zwei Panzer-, zwei [Gebirgs-](#) und eine [Leichte Division](#) aufzustellen, womit das eigentliche Ziel des Augustprogrammes bereits überschritten wurde. Von großer Bedeutung für den Rüstungsstand waren die durch die [Zerschlagung der Rest-Tschechei erbeuteten](#), qualitativ hochwertigen [tschechischen](#) Armeebestände, die es ermöglichten, 15 bis 20 Divisionen mit militärischem Gerät auszurüsten.^[30] Im Sommer 1939 liefen die gestaffelten und nicht öffentlich bekanntgemachten Teilmobilisierungen an, wodurch das organisatorisch gut vorbereitete Kriegsheer zügig und relativ unauffällig auf Stärke gebracht wurde.

Wirtschaftliche Probleme

Die materielle Komponente konnte in keiner Weise mit der enormen personellen Steigerung mithalten. Eine Hochrüstung in solchem Tempo musste unweigerlich zu wirtschaftlichen Problemen führen; diese wurden aber weder von der militärischen noch von der politischen Führung berücksichtigt. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieser rasanten Aufrüstung, die immense finanzielle Dauerbelastung und die sich eventuell daraus entwickelnden sozialen Folgen spielten für die militärische Führung aber keine Rolle und wurden in Vorträgen und Denkschriften nur am Rande oder gar nicht erwähnt.^[31]

Umfang des finanziellen Volumens für den Endausbau des Heeres (Augustprogramm 1936) [32]

Haushaltsjahr	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Bisheriger Bedarf (in Mrd. RM) Juliprogramm 1935	3,58	3,68	3,86	3,44	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58
Neuer Bedarf Augustprogramm 1936	8,88	8,98	8,86	4,67	4,29	3,50	3,47	3,47	3,17
Kosten für Mindestbeschaffung (Zusätzlich zum Augustprogramm)				2,90	3,33	3,75	4,18	4,60	4,60

So ließen die Mindestbeschaffungsaufträge, welche der Industrie auch nach der Hochphase der Rüstung Aufträge vermitteln sollten, in der Zukunft untragbare Zustände entstehen, was beispielsweise daran ersichtlich wurde, dass ab 1942 dieser Posten höher war als die Unterhaltskosten des Heeres. Die unsinnige Konsequenz der Mindestbeschaffung würde sich spätestens ab 1940 zeigen, als man beispielsweise mit einem jährlichen Zuwachs von 36.000 **Maschinengewehren** rechnete, für die keine Verwendungsmöglichkeit bestand.^[33]



Die weltweite Stahlerzeugung im Jahr 1939

Zu fortwährenden Umdispositionen und somit zu einer Verlangsamung der Aufrüstung kam es ab 1936, als die Rohstoffknappheit zu einem prekären Faktor wurde. So ist es kein Zufall, dass in diesen Zeitraum der von Hitler proklamierte **Vierjahresplan** fiel. Dieses Programm zur Ausbeutung aller heimischen Rohstoffvorkommen und des Aufbaus einer Ersatzstoffindustrie – hauptsächlich für **Kunstkautschuk** und Synthetisches Benzin – ohne Rücksicht auf Rentabilität und die damit

verbundene Zielsetzung, die Wirtschaft „kriegsfähig“ zu machen, ist im Zusammenhang mit dem Augustprogramm des Heeres zu sehen. Die wirtschaftlichen Probleme wurden dadurch jedoch nicht gelöst. So konnte schon 1937 der Kupferbedarf des Heeres nur zur Hälfte gedeckt werden, was den ObdH zu einer Meldung veranlasste, dass ein erheblicher Teil der im Jahre 1939 zu fertigenden Munition ohne Führungsringe und ohne Zünder zur Auslieferung kommen werde.^[34] Neben der Verknappung von Nichteisenmetallen kam 1937 auch ein Mangel von Rohstahl dazu; Eisen und Stahl wurden kontingentiert. So konnten in diesem Jahr statt der vom Heer monatlich angeforderten 750.000 Tonnen Stahl nur 300.000 Tonnen geliefert werden.^[35] Ein weiterer Verteilungskampf in schärfster Form entstand nach Hitlers Befehl, den [Westwall](#) durch die [Organisation Todt](#) ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation auszubauen. Die Stahlknappheit führte schließlich zu einer im Dezember 1938 vom Reichswirtschaftsminister ausgerufenen Sperre für alle Aufträge von Stabstahl und Feinblechen an die Industrie, wodurch es zu gravierenden Lieferverzögerungen an Waffen, Gerät und Munition kam. Das Heeresamt und der Generalstab zogen daraufhin die Konsequenzen und meldeten, dass der Großteil des Kriegsheeres erst zum 1. April 1941 vollständig aufgestellt und der erforderliche Munitionsnachschub gar erst zum 1. April 1942 erreicht werden könne. Hitler hatte eine Bevorratung von Nachschub aber nicht ins Auge gefasst und forderte ein noch schnelleres Tempo bei der Aufrüstung, was das Heeresamt im April 1939 zur Meldung veranlasste, dass 34 Infanteriedivisionen so gut wie überhaupt keine Waffen und Geräte besitzen, das Ersatzheer nur über zehn Prozent an Gewehren und MG verfüge und der gesamte Munitionsvorrat auf 15 Kampftage gesunken sei.^[36] Die durchgeführte Breitenrüstung ließ den fabrikatorischen Aufbau von Nachschubkapazitäten nicht zu; umfangreiche materielle Reserven konnten nicht gewährleistet werden.

Aufrüstung der Marine



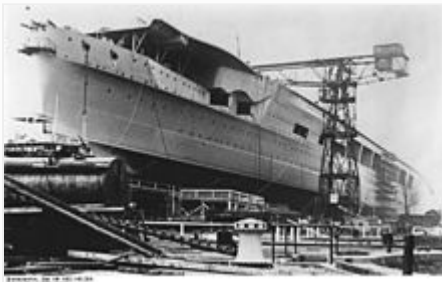
[Erich Raeder](#) konnte den anfangs skeptischen Hitler zur Forcierung des Flottenbaus umstimmen

Wie beim Heer nahm die Aufrüstung der Marine ihren Ausgang im »Zweiten Rüstungsprogramm«, wobei auch hier ab 1933 die finanziellen Mittel vorerst für Infrastrukturmaßnahmen (etwa den Aufbau von Küstenverteidigungsanlagen, Häfen, Werften und eigenen Rüstungsbetrieben) verwendet wurden. 1933 gab es keine klare Zielrichtung für den Flottenbau, weil man den Verlauf der [Genfer Abrüstungskonferenz](#) abwarten wollte und Hitler anfangs ein scharfer Gegner einer maritimen

Ausrichtung der deutschen Politik und an einer Forcierung des Flottenbaus nicht interessiert war, weil er auf diesem Wege einen Ausgleich mit England erzielen wollte. Hitler wiederholte in einem ersten Gespräch im Frühjahr 1933 mit dem Chef der Marineleitung [Raeder](#) seine politische Richtlinie, „nie mehr gegen England kämpfen zu wollen.“^[37] Jedoch scheint Raeder den Reichskanzler von der Nützlichkeit der Flotte aus Gründen der Macht- und Bündnispolitik überzeugt zu haben, denn Hitler revidierte später seine Meinung und war einer Marinerüstung nicht mehr abgeneigt.^[38] Die anfänglichen Kriegsspiele der Marine wurden mit dem Hintergrund durchgeführt, Frankreich nicht nur am Eindringen in die Ostsee zu hindern, sondern dessen Seeverbindungen auch durch eine aktive Seekriegsführung im Atlantik zu behindern. Deswegen war das Ziel der Marineführung schon seit den zwei Rüstungsprogrammen der Reichswehr die Parität mit Frankreich.^[39]

Schiffsbaupläne

Zu Beginn des Jahres 1934 wurden die Bauaufträge für die Panzerschiffe *D* und *E* mit erhöhter Tonnage (später [Gneisenau](#) und [Scharnhorst](#)) und vier Zerstörer vergeben. Nach Verlassen der Abrüstungskonferenz setzte auch in der Marineführung eine nicht mehr auf den Versailler Vertrag Rücksicht nehmende Rüstungspolitik ein, welche sich im März in einem neuen Schiffbau-Plan niederschlug. Dieser sah den Bau von acht Panzerschiffen, drei Flugzeugträgern, 18 Kreuzern, 48 Zerstörern und 72 U-Booten vor und sollte bis 1949 realisiert werden.^[38] Im Herbst wurden im Rahmen dieses Planes die Bauaufträge für die schweren Kreuzer [Blücher](#), [Admiral Hipper](#) und für fünf Zerstörer erteilt sowie die Pläne für das erste Großkampfschiff (Ersatzbau *F*, später [Bismarck](#)) forciert, so dass mit dessen Baubeginn im Sommer 1936 gerechnet werden konnte. Auch der dritte Kreuzer der [Admiral-Hipper-Klasse](#), die spätere [Prinz Eugen](#), wurde in Auftrag gegeben und im Mai 1936 auf Kiel gelegt.^[40] Mit diesen Bauanordnungen wurde der Rahmen des Versailler Vertrages gesprengt, was aber keine Konsequenzen nach sich zog, da dies vor der Öffentlichkeit gut verheimlicht werden konnte.



(c) Bundesarchiv, Bild 146-1982-145-29A / CC-BY-SA 3.0

Der voreilig konzipierte Träger [Graf Zeppelin](#) wurde, wie sein Schwesterschiff, nie fertiggestellt

In der Folgezeit kam es zu scharfen Kontroversen innerhalb der Marineführung aber auch zwischen dieser, dem [Auswärtigen Amt](#) und Hitler über die Einzelheiten der Schiffbauplanung sowie über die politische Zielsetzung; letztendlich konnte dieses Programm bis Kriegsbeginn nicht annähernd realisiert werden. Besonders ein so langfristiges Rüstungsprogramm wie der [Schiffbau](#) war empfindlich für kurzfristige Planänderungen. Im Januar 1935 betonte Hitler, dass aufgrund des zu erwartenden außenpolitischen Drucks wegen der [Saarabstimmung](#) das Rüstungstempo zu erhöhen sei, was die Marineführung dazu veranlasste, weitere Zerstörer in Auftrag zu geben und den

Baubeginn für den *Flugzeugträger A* (später *Graf Zeppelin*) auf den 1. April 1935 vorzuverlegen, obwohl über die wichtigsten Baudaten dieses Schiffes noch gar nicht entschieden worden war.^[38] Dieser voreilige Plan ließ sich nicht realisieren und erst am 16. November 1935 wurden der *Flugzeugträger A* und das Schwesterschiff *Flugzeugträger B* in Auftrag gegeben (wobei keines der beiden Schiffe je fertiggestellt wurde). Das am 18. Juni 1935 unterzeichnete – und von der Marineführung ohnehin nur als vorläufig betrachtete – *Deutsch-Britische Flottenabkommen* bedeutete somit keinen „Verzicht“ für die Kriegsmarine, denn die nun statt der 144.000 tn.I. offiziell zur Verfügung stehenden 520.000 tn.I. konnten nicht ausgeschöpft werden, weil die Werften schon voll ausgelastet waren und keine zusätzlichen Neubauten übernehmen konnten.^[41]

U-Boot-Bau



Eine von Dönitz geforderte Konzentrierung auf den *Typ VII* unterblieb

Auch die U-Boot-Baupolitik blieb ohne klare Konturen. Der Führer der Unterseeboote *Dönitz* forderte die Konzentration auf einen Haupt-Typ, ein *750-t-Boot*, das sich durch hohe Offensivkraft auf kleinem Raum auszeichnete. Doch bei der *Marineleitung* warf man den Blick auch auf größere Unternehmungen, so dass Raeder als Kompromiss im Jahr 1936 den Bau von sieben Booten des Typs VII und vier Booten des größeren *Typs IX* anordnete. Im folgenden Jahr wurden acht Boote des mittleren Typs VII, fünf Boote des größeren Typs IX und acht Boote des *Küstentyps II* in Auftrag gegeben. Die konzeptionslose Baupolitik, welche weder militärischem noch politischem Kalkül, sondern gerade gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten folgte, zeigte sich u. a. darin, dass im Sommer 1937 Aufträge für acht zusätzliche Boote vom kleinen Typ II nur deswegen vergeben wurden, weil überraschenderweise Werftkapazität zur Verfügung stand.^[38] Zu Kriegsbeginn standen nur 57 U-Boote bereit; davon war die Hälfte für ozeanische Unternehmungen geeignet.^[42]

Schiffsbauplan 1937

Hitlers Annäherungsversuche an England, um im Osten freie Hand zu bekommen, hatten nicht den gewünschten Erfolg, weshalb 1937 erstmals auch England als eventueller Gegner in die Studien der maritimen Operationsabteilungen mit einbezogen wurde.^[43] Dem wurde mit Raeders erweitertem Bauprogramm vom 21. Dezember 1937 Rechnung getragen, das nicht nur den Neubau von sechs Schlachtschiffen vorsah, sondern den schon im Bau befindlichen zwei Flugzeugträgern zwei weitere hinzufügte. Dieser Plan blieb wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage folgenlos – im Jahr 1937 konnte kein einziges Kriegsschiff bis einschließlich Zerstörer in Auftrag gegeben werden. Gegenüber den weitschweifenden Plänen nahm sich Ende des Jahres der Schiffsbestand recht bescheiden aus: die Flotte bestand aus drei Panzerschiffen, sechs Leichten Kreuzern, sieben Zerstörern und zwölf Torpedobooten.^[44]

Z-Plan

→ Hauptartikel: [Z-Plan](#)



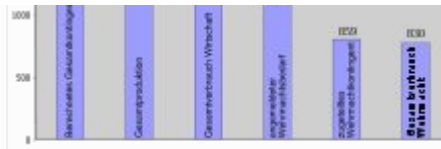
(c) Bundesarchiv, Bild 193-04-1-26 / CC-BY-SA 3.0

In der Seekriegsleitung gab es kritische Stimmen über den Sinn von Schlachtschiffen (hier: die [Bismarck](#))

Im Jahre 1938 wurde endgültig mit dem Bann einer deutsch-englischen Konfrontation gebrochen, woraufhin im Sommer die Operationsabteilung der Seekriegsleitung eine Denkschrift über die Möglichkeiten der „Seekriegsführung gegen England“ herausgab, aus welcher hervorging, dass die Kriegsmarine die erwartete britische [Seeblockade](#) nicht sprengen könne und das einzige Ziel der Seekriegsführung nur in der nachhaltigen Störung des britischen Überseehandels mittels weitreichender Panzerschiffe und dem massierten Einsatz von U-Booten liegen könne. Die Zukunft der von Hitler favorisierten Schlachtschiffe wurde in dem Bericht nur vorsichtig behandelt und in der Abschlussbesprechung ergab sich die paradoxe Situation, dass der Chef des Stabes feststellen musste, *dass man den Schiffstyp zwar brauche, aber eine völlige Klärung des Verwendungszwecks nicht erreicht werden konnte.*^[43] Diesem Bericht wurde jedoch nur am Rande Rechnung getragen und man entwickelte nach mehreren Planungsüberarbeitungen ein utopisches Programm, das unter dem Namen [Z-Plan](#) bekannt wurde. Dieses umfasste in der Endfassung insgesamt 10 Schlachtschiffe, 4 Flugzeugträger, 15 Panzerschiffe, 5 Schwere, 22 Leichte u. 22 Späh-Kreuzer, 68 Zerstörer und 249 U-Boote.^[45] Das Projekt sollte bis 1948 fertiggestellt sein, wobei die Schlachtschiffe und Flugzeugträger mit ihren extrem langen Bauzeiten vorerst in den Hintergrund rücken sollten. Zugleich beließ es der Flottenchef nicht bei dieser abenteuerlichen Vision und schlug neben einer starken Heimatflotte eine zusätzliche Auslandsflotte vor, deren insgesamt vier Kampfgruppen zu je einem Schlachtkreuzer, Schwerem Kreuzer und Flugzeugträger sowie Zerstörern, U-Booten und Versorgungsschiffen in den Weltmeeren selbstständig operieren sollten.^[46] Ähnlich wie beim Heer legte dieser realitätsferne Plan die wirtschaftliche Denkweise der militärischen Führung offen, denn selbst bei einer – kaum zu realisierenden – Fertigstellung hätte man niemals eine Parität mit der bis dahin ebenfalls ausgebauten [alliierten](#) Flotte erreichen können. Als Raeder den Z-Plan Hitler am 17. Januar 1939 vorlegte, konnte er sich mit der Priorität auf Panzerschiffe für die Kreuzerkriegsführung nicht durchsetzen, denn Hitler gab den Vorrang dem Neubau der sechs Schlachtschiffe der [H-Klasse](#) und befahl deren Fertigstellung bis 1944.^[43] Der nun politisch vorangetriebene Schlachtschiffbau entsprach nicht dem Konzept einer [Seekriegsführung](#) gegen England; die Marine währte sich aber auf dem Weg zu einer [Seemacht](#).

Wirtschaftliche Probleme





Die Stahlverteilung '39 zeigt das Missverhältnis zwischen Forderung der Wehrmacht und Zuteilung

Wie die anderen zwei Teilstreitkräfte war auch die Marine dem Problem der Stahlknappheit unterworfen. Neben diesen Lieferschwierigkeiten gesellten sich auch organisatorische Probleme, die sich dahingehend äußerten, dass der Marine zwar nach der [Konferenz Hitlers mit der Wehrmachtführung](#) am 5. November 1937 eine Erhöhung der Monatsquote von 45.000 t Stahl auf 70.000 t zugesichert worden war, die Werften aber gar nicht in der Lage waren, diese Menge zu verarbeiten, denn im April 1938 lag die interne Lieferforderung nur bei 53.000 t.^[38] Noch schwieriger gestaltete sich die Arbeiterfrage, denn der Personalmangel Ende 1938 konnte nur durch im Juli angeordnete Dienstverpflichtungen einigermaßen gedeckt werden, wodurch der erhöhte Arbeitskräftebedarf durch den Schlachtschiffneubau im Jahre 1939 aber nicht mehr zu kompensieren war. Daneben führten Wohnungsmangel für die Werftarbeiter, das Zulagewesen und die Dienstverpflichtungen zu einem schlechten Betriebsklima.^[38]

Der gesamte Schiffbau verschleppte sich aufgrund der mangelnden Versorgung mit Stahl und Nichteisenmetallen sowie des spürbar werdenden Fachkräftemangels. Eine für Raeder angefertigte Aufstellung ergab, dass seit Baubeginn die Verzögerung bei sämtlichen Schiffen durchschnittlich 12 Monate, in Extremfällen gar 22 Monate betrage^[38], obwohl enorme finanzielle Mittel in den Schiffbau investiert wurden:

Für den Aufbau der Kriegsmarine verwendete Mittel ^[47]								
Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Schiffbau (in Mio. RM)	49,6	76,1	172,3	287	561,3	603,1	458,8	545,1
Marinegesamthaushalt (in Mio. RM)	187,4	311,8	496,5	695,1	1160,7	1478,5	1756,3	2389,9
Prozent (des Marinehaushaltes)	26,4	24,5	34,7	41,3	48,4	40,8	26,1	22,8

Obwohl im Jahr 1939 im Vergleich zu 1932 mehr als das Zwölfwache an Etatmitteln ausgegeben wurde, konnten die Werften die durch den Versailler Vertrag erzwungene Pause beim Schiffbau nicht ohne Weiteres kompensieren. Sie sahen sich mit den besonderen Problemen des Kriegsschiffbaus konfrontiert und mussten erst Erfahrungen sammeln. So benötigten beispielsweise die [Deutsche Werke](#) in Kiel von der Auftragserteilung bis zur Indienststellung für den Schweren Kreuzer *Blücher* knapp fünf Jahre, für den Leichten Kreuzer *Karlsruhe* dreieinhalb Jahre und selbst für einen [Zerstörer 1934](#) fast drei Jahre. Als Extrembeispiel sei das Panzerschiff *Deutschland* aufgeführt, dessen Entwicklungsgeschichte von den ersten Konstruktionsentwürfen bis zur Indienststellung sich fast über ein Jahrzehnt verfolgen lässt.^[48]

Aufrüstung der Luftwaffe



Durch das politische Gewicht [Görings](#) eröffneten sich der jungen Luftwaffe besondere Perspektiven

Keine andere Teilstreitkraft hat eine so rasante Entstehung vollzogen wie die [Luftwaffe](#), deren Entwicklung von dem Versailler Totalverbot^[49] bis zu den 4.000 Frontflugzeugen bei Kriegsbeginn sich anfangs darauf gründen konnte, dass sie keinem starren traditionsfixiertem Leitbild folgen musste und durch das politische Gewicht ihres Chefs [Göring](#) eine exponierte Stellung besaß. Auch die Luftwaffenrüstung basierte auf dem Fundament des „Zweiten Rüstungsprogrammes“ vom Sommer 1932, wobei für 1933/34 nur die Aufstellung von reinen Ausbildungsverbänden und bis 1937 der Aufbau von 21 [Staffeln](#) mit 150 Kampfflugzeugen (78 Aufklärer, 54 Jäger und 18 Bomber) vorgesehen war.^[35] Die anfänglichen Schwierigkeiten beim Aufbau der Luftwaffe begründeten sich darauf, dass es keine vorhandene Organisationsstrukturen gab und der Personenkreis, der mit der Militärluffahrt verbunden war, klein war. So befanden sich im Sommer 1933 nur 76 Offiziere im [Reichsluftfahrtministerium](#) und die fliegenden Verbände bestanden aus drei getarnten „Reklamestaffeln“, die im Herbst 1930 aufgestellt und ausschließlich mit [Doppeldeckern](#) ausgerüstet waren. 550 qualifizierte Fliegeroffiziere standen anfangs zur Verfügung, von denen 220 in der [geheimen Fliegerschule der Reichswehr](#) im russischen [Lipezk](#) ausgebildet worden waren.^[50]

Luftrüstungsprogramme

Als die früheste Äußerung zu Grundsatzfragen der Luftkriegsführung gilt die Denkschrift „Die deutsche Luftflotte“ des Direktors der Lufthansa, Robert Knauss, die im Mai 1933 dem Staatssekretär [Milch](#) im Reichsluftfahrtministerium vorgelegt wurde.^[51] Knauss war der Meinung, dass eine [Großmachtstellung](#) Deutschlands nur mittels Aufstellung einer Bomberflotte zu realisieren sei, und argumentierte, dass der Bau von zwei [Panzerkreuzern](#) die derzeitigen Machtverhältnisse nicht ändern würde, dass aber mit den gleichen finanziellen Mitteln stattdessen 400 Bomber gebaut werden könnten, die ein ungeheures Abschreckungspotential – originär gegen Frankreich und Polen – darstellen.^[52] Trotz der von Milch bekundeten Übereinstimmung mit der Denkschrift wurden die Theorien nur unvollkommen in das erste offizielle Luftrüstungsprogramm vom Juni 1933 übernommen, das bis zum Herbst 1935 die Aufstellung von 600 Frontflugzeugen in 51 Staffeln vorsah.^[53] Der Schwerpunkt lag zwar eindeutig in der geplanten Aufstellung von 27 Bomberstaffeln, jedoch bestand die Bomberflotte weder aus dem von Knauss gewünschten Flugzeugtyp noch wurden

die empfohlenen Größenordnungen erreicht; statt der von ihm geforderten 400 Bomber sollten nur 250 bis Herbst 1935 einsatzbereit zur Verfügung stehen. Ein zuvor angedachtes Programm mit insgesamt 1000 Flugzeugen für das Jahr 1934 wurde als unrealistisch revidiert, da die Fertigungskapazitäten dies nicht zuließen.^[53]

Kapazitätsausbau



(c) Bundesarchiv, Bild 101-317-0053-18 / Amphlett, Eduard / CC-BY-SA 3.0

Die Einführung des Taktverfahrens für die Ju 52 erfolgte auf Initiative des RLM

Ein erhebliches Problem war die anfänglich geringe Produktionskapazität der deutschen Flugzeugindustrie. So arbeiteten in allen deutschen Flugzeugwerken Anfang 1933 insgesamt nur knapp 4000 Mann. Die bedeutsamsten Werke waren bis dahin **Junkers** in Dessau, **Heinkel** und **Arado** in Warnemünde, **BFW/Messerschmitt** in Augsburg, **Focke-Wulf** in Bremen und **Dornier** in Friedrichshafen. Mit der auf den **Mefo-Wechseln** beruhenden „geräuschlosen Finanzierung“ konnte die Zahl der Beschäftigten erhöht werden. Gleichzeitig wurde die Flugzeugindustrie durch das Reichsluftfahrtministerium aufgefordert, neue Werke zu bauen, wobei sie mit Unterstützung durch Kredite und Beteiligungen des Luftfahrtkontors, einer reichseigenen Investitionsgesellschaft, rechnen konnte. Die Zahl der Arbeitskräfte wuchs in knapp sechs Jahren um das Fünzigfache.^[53]

- 1934: 16.870
- 1935: 59.600
- 1936: 110.600
- 1937: 167.200
- 1938: 204.100

Auch die Rationalisierung erfolgte auf Initiative des Reichsluftfahrtministeriums. So informierte man das Unternehmen **Junkers**, dass man im Jahr 1934 vorsah, 179 Flugzeuge des Typs Ju 52 zu bestellen. Nachdem 1932 nur 18 Flugzeuge dieses Typs hergestellt wurden, entwickelte man zur Produktionssteigerung das Takt-Verfahren, bei dem von Junkers kontrollierte Zulieferbetriebe die Einzelteile herstellten und im Stammwerk Dessau nur noch die Endmontage am Band erfolgte.

Luftrüstungsprogramm 1934

Trotz des Erkennens der Wichtigkeit einer strategischen Luftkriegsführung wurde schon sehr zeitig der Schwerpunkt auf eine **taktische** Luftwaffe gelegt, da man glaubte, mit zweimotorigen Bombern die Abwehr eines eventuellen Angriffs der potentiellen Gegner Frankreich und Polen gewährleisten zu können. Da zudem die Produktionskapazitäten den gleichzeitigen Bau von schweren und mittleren Bombern nicht zuließen, wurde ein neuer Rüstungsplan notwendig. Dazu wurde am 1. Juli 1934 ein neues Produktionsprogramm beschlossen, das bei einem Kostenvoranschlag von 10,5 Mrd. RM die

Beschaffung von 17.015 Flugzeugen aller Art bis März 1938 vorsah. Dieser Plan beinhaltete insgesamt nur 5.112 Kampfflugzeuge:^[54]

- Jagdflugzeuge: 2.225
- Bomber: 2.188
- Sturzkampfbomber: 699
- Aufklärer: 1.559
- Schulflugzeuge: ca. 10.000



Die Einführung neuer Flugzeugtypen, wie der [Dornier Do 17](#), verzögerte sich aufgrund langwieriger Entwicklungsphasen

Die hohe Zahl der geplanten [Schulflugzeuge](#) machte deutlich, dass die Luftwaffenführung zu dieser Zeit noch großen Wert auf Ausbildung und Konsolidierung ihrer Teilstreitkraft legte. In der ersten Phase sollten bis Herbst 1935 rund 4.000 Flugzeuge produziert werden, was einer Vervierfachung der Flugzeugproduktion in kürzester Zeit entsprach. Ende 1934 waren bereits knapp 2.000 Flugzeuge ausgeliefert, was einen Planungsrückstand von nur sechs Prozent bedeutete und als Meisterleistung der Industriepaner im Reichsluftfahrtministerium gesehen werden kann.^[55] Zum Zeitpunkt der offiziellen Enttarnung der Luftwaffe durch Hitler im März 1935 verfügte die Luftwaffe über rund 2.500 Flugzeuge, worunter sich 800 Frontflugzeuge befanden. Allerdings handelte es sich dabei fast ausschließlich um veraltete Modelle: so waren die bislang ausgelieferten 270 Bomber Behelfsflugzeuge des Typs Ju 52 und [Do 11](#), und die 100 Jäger waren Doppeldecker vom Typ [Ar 64](#) und [Ar 65](#). Der Chef der Entwicklungsabteilung im Technischen Amt des Reichsluftfahrtministerium, Major [Wolfram von Richthofen](#), brachte die damalige Meinung auf den Punkt, als er meinte, „dass bedingt brauchbares Gerät besser als gar kein Gerät sei“.^[50]

Die neuen Mittelstreckenbomber [Do 17](#), He 111 und der Sturzkampfbomber [Ju 87](#) hatten noch eine teilweise langwierige Entwicklungsphase vor sich. Zu einem anfänglichen Engpass kam es bei der Motorenproduktion, da nur das Unternehmen Junkers in den zwanziger Jahren an deren Weiterentwicklung teilgenommen hatte und die Unternehmen Daimler-Benz und BMW nun erst Erfahrungen sammeln mussten. So kam es bis Mitte 1936 zu mehreren Ergänzungsprogrammen, die das Ziel hatten, den Technikwandel zu vollziehen, ohne dabei die geschaffenen Kapazitäten herunterzufahren. Die Industrie zeigte sich relativ flexibel, so dass der Umrüstungsprozess im Jahre 1937 vollzogen werden konnte.^[50]

Veränderte Rüstung ab 1936

Trotz der Schwierigkeiten, die der schnelle Aufbau mit sich brachte, waren die Jahre 1933 bis 1936 durch eine effektive Zusammenarbeit der führenden Männer im Reichsluftfahrtministerium geprägt; der mit Ämtern überhäufte Göring ließ seinen kompetenten Mitarbeitern [Erhard Milch](#), [Wilhelm](#)

Wimmer und Walther Wever größtenteils freie Hand. Zudem war die bisherige Rüstung geprägt von einer umsichtigen Planung, welche im Gegensatz zu den anderen zwei Wehrmachtteilen die wirtschaftlichen Faktoren der Rüstung berücksichtigte. Trotz des Rüstungsschwerpunkts auf taktische Bomber wurde die Bedeutung der strategischen Einsatzmöglichkeiten nicht außer Acht gelassen, denn Wever als Chef des Luftkommandoamtes erklärte schon 1935 in seiner »Vorschrift zur Luftkriegsführung«, dass die Aufgaben der Luftwaffe in der Offensive gegen die „Kampfkraft des Gegners, also gegen die feindliche Luftwaffe und dann gegen die Kraftquellen der feindlichen Armee“ liegen und ließ deswegen Richtlinien für die weitere Entwicklung eines strategischen Bombers erstellen.^[56]

Der von Göring misstrauisch erkannte Erfolg seiner höheren Offiziere und schließlich Wevers Tod am 3. Juni 1936 läuteten aber eine neue Ära in der Luftwaffe ein. Göring mischte sich nun mehr und mehr in die Amtsgeschäfte ein und begann, die drei höchsten Luftwaffenoffiziere gegeneinander auszuspielen.^[57] Als Wevers Nachfolger bestimmte er Generalleutnant Albert Kesselring, der als Chef des Luftwaffenverwaltungsamtes ein Experte in Organisationsfragen war, aber für die neue Stelle als Chef des Generalstabes (bis 2. Juni 1937 Luftkommandoamt) keine glückliche Wahl war. Gleichzeitig wurde der Generalstab nun direkt Göring unterstellt.^[58] Damit wurde die Position von Milch als stellvertretender OB der Luftwaffe im täglichen Dienstgeschäft faktisch beendet, weil er in dieser Funktion nur noch bei tatsächlichen Notfällen für Göring einsprang.



Udets Inkompetenz führte zu absurden Forderungen, wie der nach Sturzkampffähigkeit für den schweren Bomber He 177

Die schwerwiegendste Fehlentscheidung war die Ablösung des Chefs des Technischen Amtes General Wimmer durch Görings ehemaligen Fliegerkameraden Udet, welcher später noch zum Generalluftzeugmeister aufstieg. Udet besaß zwar hervorragende Flugerfahrung, aber keinerlei technische oder organisatorische Fähigkeiten. Auf technischem Gebiet kam es nun zu teils gravierenden Veränderungen. Die Entwicklung eines strategischen Bombers wurde für zweitrangig erklärt und der Wert von nun an auf allgemeine Sturzkampffähigkeit gelegt, von welcher sich Udet eine bessere Zielgenauigkeit versprach. Die groteske Folge war, dass zukünftige Bombertypen sturzkampffähig sein sollten, so auch die schwere He 177 und die vielversprechende Ju 88. Die im Jahre 1937 einsetzenden Überlegungen über eine bis 1940 durchzuführende Modernisierungsphase, in welcher die derzeitigen Typen wie He 111, Do 17 und Ju 86 durch fortschrittlichere Typen ersetzt werden sollten, wurden nicht weiter verfolgt, da dies einen gravierenden Eingriff in die bestehende Serienproduktion dargestellt hätte und man mit einer Umstellungsdauer der Werke von bis zu neun Monaten rechnete. Um die seiner Meinung nach komplizierten Produktionsprozesse zu vereinfachen,

kam Udet auf die Idee einer Einheitszelle mit Einheitsmotor, was angesichts der unterschiedlichen Verwendungszwecke bei der Luftkriegsführung und unter Berücksichtigung der beschleunigten technischen Entwicklungen an der Wirklichkeit vorbeiging.^[59]

Konzentriertes Luftrüstungs-Programm

Nach der von Hitler als Niederlage empfundenen [Münchener Konferenz](#) verkündete Göring in Anbetracht der internationalen Spannungen am 14. Oktober 1938 ein gigantisches Rüstungsprogramm, welches zu einer Verfünfachung der Luftwaffe führen sollte. Dabei sprach er von einer Generalmobilmachung der wirtschaftlichen Ressourcen, ohne darauf einzugehen, wie diese im Einzelnen zu erfolgen sei. Ende Oktober legte der Luftwaffengeneralstab das »Konzentrierte Luftrüstungs-Programm« vor, das die Vergrößerung der Luftstreitkräfte auf 20.000 Flugzeuge bis zum Frühjahr 1942 in folgender Aufstellung vorsah:^[50]

- 40 Kampfgeschwader (8000 Flugzeuge, zusätzlich 1 Schlachtgeschwader)
- 16 Jagdgeschwader (3000 Flugzeuge)
- 16 Zerstörergeschwader (3000 Flugzeuge)
- 12 Stukageschwader (2000 Flugzeuge)
- 10 Seekampfgeschwader (2000 Flugzeuge)
- 43 Staffeln Aufklärer (750 Flugzeuge)
- 36 Staffeln Trägerflugzeuge (500 Flugzeuge)
- 4 Transportgeschwader (500 Flugzeuge)

Wenn auch die Militärführung die Luftwaffe hauptsächlich zur Heeresunterstützung und zum Schutz des Heimatlufttraumes vorgesehen hatte, wurde die strategische Luftkriegskomponente nicht völlig vernachlässigt, denn in dem Rüstungsplan war der Aufbau von vier Geschwadern mit rund 500 Fernbombnern He 177 vorgesehen. Aber die unbefriedigenden Antriebsaggregate, die ungeklärte Treibstoffsituation sowie die ausgelasteten Produktionskapazitäten ließen eine Produktion und somit die Aufstellung einer strategischen Luftflotte nicht zu.^[50]

Wirtschaftliche Probleme

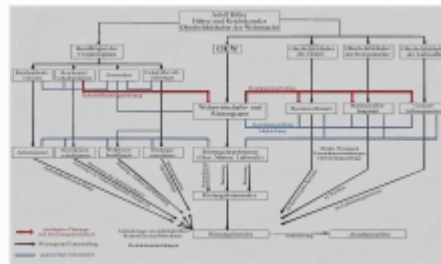


Von der [Ju 88](#) sollten bis März 1940 schon 1000 Stück ausgeliefert worden sein, jedoch kam es aufgrund der Forderung nach Sturzkampffähigkeit zu solchen Verzögerungen, dass Herbst 1939 erst 18 Stück bei der Truppe waren

Die damalige Rohstofflage machte ein solches Programm ohnehin utopisch und obsolet. Das Technische Amt kam zu dem Fazit, dass solch eine Produktionssteigerung nicht durchführbar wäre und man für die längere Aufrechterhaltung der Kampffähigkeit dieser Luftmacht in einem für 1941 angenommenen Kriegsfall Flugtreibstoff in solcher Menge benötigen würde, dass zur Auffüllung der

entsprechenden – noch nicht gebauten – WiFo-Tanklager 85 Prozent der damals bekannten Weltproduktion an Spezialbenzin hätten importiert werden müssen.^[50] Zu der inkompetenten Führung kam die allgemeine Verknappung der Rohstoffe erschwerend dazu. So konnte schon 1937 der Stahlbedarf nur zu einem Drittel gedeckt werden, wodurch es trotz der Verbesserung der Versorgungslage durch Göring als Beauftragter des Vier-Jahres-Plans zu einem Produktionsrückgang im Jahre 1938 kam.^[53] Der Versuch der politischen Führung, die seinerzeitige Stagnation durch überhöhte Forderungen zu überwinden, musste bei einem so komplizierten Unternehmen wie der Luftwaffenrüstung versagen oder sogar negative Wirkungen hervorrufen. Als ein Beispiel sei die überhastete Ausbildung erwähnt, bei der alleine vom Mai 39 bis Kriegsbeginn 281 Piloten starben und 76 schwer verletzt wurden.^[60] Auch die veränderten politischen Bedingungen übten einen negativen Einfluss aus, denn mit England erschien ein neuer Gegner am Horizont, auf den man vor allem technisch nicht vorbereitet war, denn die mangelnde Ausbildung der Besatzungen für die besonderen Bedingungen eines Einsatzes gegen die britischen Inseln sowie die geringe Eindringtiefe und relativ schwache Kampfkraft der zur Verfügung stehenden taktischen Bomber ließen erkennen, dass man auf einen solchen Kampf nicht genügend vorbereitet war. So hatte der vor allem in Großbritannien argwöhnisch betrachtete Aufbau ein internationales politisches Risiko heraufbeschworen, welches die Luftwaffe selbst nicht mehr zu bewältigen vermochte.^[A 4]

Organisation der Rüstungswirtschaft

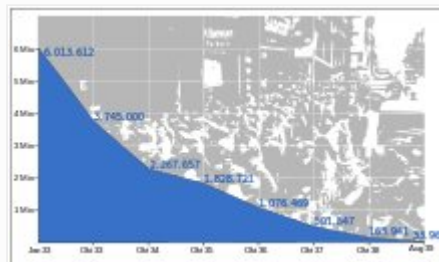


Übersicht über den komplizierten Aufbau der Rüstungswirtschaft

Das NS-Regime vertrat lautstark die These, ihr **Führerstaat** sei hinsichtlich der wehrwirtschaftlichen Mobilisierung den verachteten **westlichen** Demokratien weit überlegen. Nach 1945 urteilten Historiker, dass gerade ihr Führungsstil zu einer Ineffizienz der Wirtschaft führte, welche erst 1942 mit der Ära **Speer** überwunden wurde.^[A 5] Zwar waren sich die Verantwortlichen bewusst, dass ein zukünftiger Krieg wie auch der vergangene Krieg ein langwieriger Blockade- und Abnutzungskrieg sein würde und man sich deswegen mit der Schaffung von ausreichenden Reserven und starker Konzentration auf die Produktion militärischer Produkte zu Ungunsten des zivilen Bedarfs eine Voraussetzung für ein erfolgreiches Durchhalten schaffen müsse. Doch die daraus resultierende Konsequenz, dass nur eine strenge Zentralisierung der Entscheidungsbefugnis durch Einsetzung eines „Wirtschaftsdiktators“ den gewünschten Erfolg versprach, wurde nicht gezogen. Stattdessen wurden immer neue Institutionen geschaffen, welche sich gegenseitig behinderten oder gar bekämpften.^[61]

- 1935 wurde mit dem Reichsverteidigungsgesetz die Einsetzung eines Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft (GBK) beschlossen. Dieser hatte jedoch nur Einfluss auf die kriegs- und lebenswichtigen Betriebe; die Verantwortung über die reinen Rüstungsbetriebe verblieb bei der Wehrmacht.

- Das rasch expandierende Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des **OKW** unter der Leitung des General **Thomas** bemühte sich unaufhörlich, die wirtschaftliche Gesamtleitung in die Hand zu bekommen. Jedoch wollte Thomas als Soldat eine „militärische Kommandowirtschaft“ etablieren, wobei schon 1923 von der Reichswehr beschlagnahmte Untersuchungsberichte aus dem Ersten Weltkrieg zu einem vernichtenden Urteil über eine wirtschaftliche Militärbükratie gekommen sind.
- Mit der Institution des **Vierjahresplanes**, welcher durch Einsetzung immer neuer Generalbevollmächtigter und sorgsam voneinander abgeschotteter Sonderwirtschaftsbereiche eine eigenständige Rüstungsorganisation wurde, entstand eine starke Konkurrenz für den GBK.
- Ein weiterer Kompromiss wurde 1938 mit dem überarbeiteten Reichsverteidigungsgesetz beschlossen, wobei die Leitung der Wirtschaft im Kriegsfall der Reichswirtschaftsminister als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft (GBW) übernehmen sollte. Der GBW wie auch der GBK wurden später aufgelöst.
- Die Leitung der gesamten Kriegsvorbereitungen sollte der neu geschaffene **Reichsverteidigungsrat** übernehmen, dessen Vorsitz Göring übertragen wurde. Die Aufgaben im Kriegsfall blieben aber unbestimmt. Der Rat tagte nur ein paar Mal und traf niemals eine wichtige Entscheidung.
- Jede Teilstreitmacht hatte ihre eigene Rüstungsorganisation, welche jeweils unabhängig voneinander Entwicklungen veranlasste und Kriegsgerät bestellte: das 5.000 Mann starke Heereswaffenamt, das Marinewaffenhauptamt und den Generalluftzeugmeister. Eine zentrale Stelle für die Festlegung und Verteilung von Rüstungsaufträgen gab es nicht.



Die stark abnehmende Arbeitslosigkeit führte bald zu einem akuten Fachkräftemangel

So mehrten sich die Beschwerden aus der Industrie über die außerordentlich komplizierte wehrwirtschaftliche Organisation, welche eine Planung nahezu unmöglich machte. Durch die Vielzahl der Dienststellen kam es zu ständigen Änderungswünschen, welche die Produktion verzögerten und die Kosten in die Höhe trieben. So schuf sich die **I.G. Farben** mit der **Vermittlungsstelle W** eine eigene Verbindung zur Wehrmacht. Zudem gab eine rigoros gehandhabte Preisprüfung den Unternehmen keinerlei Anreiz, durch Rationalisierung den Gewinn zu steigern.^[A 6] Eine Massenproduktion wurde von der militärischen Führung auch gar nicht angestrebt, da man glaubte, die Gewähr für den Sieg sei der Einsatz von qualitativ hochwertigen Waffen, wobei der dazu notwendige hohe Aufwand von Mangelrohstoffen und Arbeitsstunden in Kauf genommen wurde. Das Fehlen einer Rationalisierung zeigte sich beispielsweise dadurch, dass es vor dem Krieg 136 **Pkw**-Typen und 364 **Lkw**-Typen gab, wobei bei Letzteren nur ein Viertel mit verbrauchsarmen und robusten Dieselmotoren ausgestattet war. Obwohl das Reich durch eine Reihe von Maßnahmen die weltweit höchsten Zuwachsraten in der Automobilproduktion hatte, lag man 1939 gemessen am Kraftfahrzeugbestand pro Einwohner nur an 15. Stelle und damit noch hinter Uruguay.^[A 7] Aufgrund der Fertigungslage mussten Lastkraftwagen aus dem zivilen Bestand entnommen werden, welche jedoch größtenteils nicht den

militärischen Anforderungen entsprachen und deren Instandsetzung aufgrund der Typenvielfalt schwerwiegende logistische Probleme aufwarf.

Vor diesem Hintergrund gab es keinen Spielraum für qualitative Verbesserungen, was u. a. bei den teilweise überalterten Rüstungsgütern deutlich wird, welche noch für das Jahr 1939 bestellt wurden. Von einer Einführung neuer Waffenentwicklungen wurde vorerst Abstand genommen, da dies einen Rückgang der Herstellungszahlen aufgrund der Produktionsumstellung bedeutet hätte.

Bestellte Menge von Rüstungsgütern des Heeres für das Jahr 1939 ^[62]					
Karabiner K98	1.143.182	Granatwerfer (34 + 36)	11.227	Panzer II	537
Pistole 08	139.224	10-cm-Nebelwerfer	155	Panzer III	2.087
Pistole 38	410.600	leichtes Infanteriegeschütz 18	755	Panzer IV	533
MG 34	61.998	schw. Infanteriegeschütz 33	413	Pz.Kpfwg. 38 (t)	475
2-cm-Flak 30	2.804	Gebirgsgeschütz 36	272	Panzerbefehlswagen	190
20 mm KwK 30	761	leichte Feldkanone 18	120	Panzerspähwagen	938
3,7 cm Pak	3.286	leichte Feldhaubitze 18	1.784	leichte Lkw	9.959
3,7-cm-KwK	1.749	schwere Feldhaubitze 18	1.017	mittlere Lkw	18.946
schwere Pak	260	15-cm-Kanone 18	125	schwere Lkw	3.000
7,5-cm-KwK	676	21-cm-Mörser 18	564	Zugkraftwagen	6.997

Das wohl größte Hindernis in der Rüstungswirtschaft stellte die durch eine extrem bürokratische Steuerung gekennzeichnete Rohstoffverteilung dar, welche zum wichtigsten Lenkungsorgan der Kriegswirtschaft erhoben wurde. Aber Fehler bei der Erhebung der fast unüberschaubaren Datenmenge, verhängnisvolle Auswirkungen bei kleinsten Schwankungen in einer Mangelverwaltung und die zahllosen Genehmigungen von Sonderregelungen ließen dieses System schließlich scheitern.

Dass die Rüstungswirtschaft trotz der organisatorischen Konfusion keinen starken Einbruch bei den Fertigungszahlen verzeichnete, war dem selbstständigen Handeln der Unternehmen zu verdanken, die allein schon im eigenen Interesse die oft widersprüchlichen Anordnungen ignorierten und Rohstoffe wie auch Arbeitskräfte horteten. Man entwickelte eine hohe Beweglichkeit, sich auf die Rüstungsbürokratie einzustellen, und wenn die bereitgestellten Ressourcen wie so oft nicht ausreichten, wurden die militärischen Aufträge entweder „vor sich hergeschoben“ oder zur Not auf zivile Produktion umgeschaltet.

**Verteilung der
Industrieproduktion**
in Prozent (Gesamt = 100)

Bemerkenswert untypische Züge zeigte die NS-Regierung in Hinsicht auf die Belastung der Zivilbevölkerung. So wurde eine Umstellung auf totale Kriegswirtschaft aufgrund einer befürchteten Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht vollzogen.

Sparten	1938	1939
Grundstoffe	21	21
Rüstungsgüter	7	9
Bauten	25	23
Investitionsgüter	16	18
Verbrauchsgüter	31	29

Die Sorge vor der „Heimatfront“ ließ die Nationalsozialisten vor notwendigen Eingriffen wie Betriebsstilllegungen oder einer – von den Militärs vehement geforderten – Drosselung der zivilen Produktion zurückschrecken. Um Forderungen des sozialrevolutionären Teils der Partei zur Unterstützung des Mittelstandes nachzukommen, wurde zudem eine Dezentralisierung der Produktion beschlossen, was eine übergeordnete Planung und Lenkung immer schwieriger machte und das schon bestehende Transportproblem – 1938 fehlten 4500 Lokomotiven und 100.000 Güterwaggons – noch vergrößerte.^[63] Da der spürbar anwachsende Fachkräftemangel

und der 1939 auf eine Million Mann geschätzte Fehlbedarf an Arbeitern einen Mehrschichtbetrieb kaum zuließ, konnte zudem der vorhandene Maschinenpark nicht effektiv genutzt werden.^[64]

Diesbezüglich Abhilfe zu schaffen durch die umfangreiche Einstellung von Frauen in der Rüstungsindustrie lief der nationalsozialistischen Ideologie diametral entgegen, zumal die staatliche Familienunterstützung jeglichen Anreiz für eine weibliche Berufstätigkeit unterdrückte.^[A 8]

Von einer klaren Befehlsgewalt mit straffer Lenkung der gesamten Wirtschaft sowie von einer engen Zusammenarbeit sämtlicher Stellen konnte keine Rede sein. Eine Abstimmung von ziviler und militärischer Planung unterblieb ganz. In dem komplexen Geflecht einer Wirtschaft mussten **Dirigismus**, erbittert geführte Kompetenzstreitigkeiten, altertümlich-militärisches Denken und irrationale politische Eingriffe zwangsläufig zu Fehlentwicklungen und Reibungsverlusten auf allen Ebenen führen. Man vermochte sich keineswegs rascher auf die Erfordernisse eines industrialisierten Krieges einzustellen als die westlichen Demokratien, die in der Regel ein erheblich höheres Maß an Konsens- und Kooperationsfähigkeit aufwiesen. Es bedurfte erst wie im Ersten Weltkrieg schwerer militärischer Rückschläge, bis eine tiefgreifende Änderung der Kriegswirtschaft vollzogen wurde.^[A 9]

Charakteristik der Rüstungskoordination



(c) Bundesarchiv, Bild 101I-808-1238-05 / CC-BY-SA
3.0

Hitlers Polykratie war nicht unerheblich für die unkoordinierte Aufrüstung verantwortlich (Mai 1941)

Die Aufrüstung der Wehrmacht, die im Ausland aufgrund der **Propaganda** als gut organisierter Vorgang begriffen wurde, war in Wirklichkeit eine unkoordinierte Expansion der einzelnen Wehrmachtteile, wobei die Rüstungsprogramme der jeweiligen Teilstreitkraft ohne Konsultation der

anderen beiden Teilstreitkräfte geplant worden waren. Ein einheitliches „Wehrmachtrüstungsprogramm“, das bei einer so komplexen Materie unabdingbar gewesen wäre, existierte nicht. Diese mangelnde Koordination war der unübersichtlichen Organisationsstruktur der politischen und militärischen Führungsebenen geschuldet. In Hitlers **Polykratie** blähte sich ein mit überschneidenden Kompetenzen ausgestatteter Bürokratieapparat auf, bei dem jeder Überblick verloren ging. Im Führerstaat herrschte gewissermaßen Führungslosigkeit. Soweit bekannt ist, hat Hitler bis zum Kriegsbeginn niemals eine Weisung erteilt, die den Gesamtbereich der Wehrmachtrüstung umfasste und somit eine Koordination der einzelnen Rüstungsmaßnahmen erkennen ließ. Ein weiteres schwerwiegendes Problem war das Unvermögen der militärischen Führung, auf die durch den industriellen Wandel radikal veränderte Relation zwischen Wirtschaft und Rüstung einzugehen. Durch die sich neu eröffneten Perspektiven und Hitlers Phantastereien war ein Großteil der Verantwortlichen so geblendet, dass der ökonomischen Grundlage der Rüstung nicht die angemessene Beachtung geschenkt wurde und wirtschaftlich grundlegende Gegebenheiten einfach beiseitegeschoben wurden. In einer von allen Hemmungen befreiten Aufrüstung schien alles möglich. So vollzog sich die Aufrüstung, die Hitler als die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung der Großmachtstellung des Reiches bezeichnet hatte, ohne erkennbare Systematik.^[65]

Finanzierung der Rüstung



Die **Mefo-Wechsel** waren eines der wichtigsten Finanzierungsmittel der Aufrüstung

→ **Hauptartikel:** [Wirtschaft im Nationalsozialismus](#)

Zwischen Januar 1933 und Herbst 1938 stieg der Anteil des Militärhaushaltes am deutschen **Sozialprodukt** von einem auf zwanzig Prozent.^[66] Die Militärausgaben waren bald so hoch, dass eine reguläre Deckung aus Steueraufkommen nicht mehr möglich war und die gewaltigen Rüstungsvorhaben sich nur mittels kreditexpansiver Staatsverschuldung finanzieren ließen. Eines der wichtigsten Instrumente dieser „**geräuschlosen Kriegsfinanzierung**“ waren dabei die sogenannten **Mefo-Wechsel**. Dazu wurde von vier bedeutenden Unternehmen die Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo) gegründet, die als Scheinunternehmen die von den Rüstungsbetrieben ausgestellten Wechsel akzeptierte. Diese vom Staat verbürgten Wechsel wurden von der Reichsbank verzinst, um einer vorzeitigen – und vom Staat ab 1939 finanziell nicht mehr realisierbaren – Einlösung entgegenzuwirken. Die bis zum Jahre 1938 in einer Höhe von 12 Milliarden Reichsmark ausgestellten Wechsel stellten fiskalisch gesehen einen Kredit der Rüstungswirtschaft an das Reich dar. Zwischen 1934 und 1936 deckten die Mefo-Wechsel rund 50 Prozent der Rüstungsausgaben; insgesamt betrachtet waren es bis 1939 etwa 20 Prozent.^[67] Ferner wurde die Rüstungsfinanzierung durch eine Steigerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge und durch die

Ausgabe weiterer Schatzanweisungen, wie z. Bsp. unverzinslicher Reichsschatzanweisungen, realisiert. Einen weiteren Liquiditätszufluss stellten die im Zuge der wirtschaftlichen Erholung gestiegenen Spareinlagen der Bevölkerung dar, die wiederum von den Banken mangels Alternativen und oft ohne das Wissen der Sparer in langfristige Reichsanleihen angelegt wurden.

Ab 1938 erfolgte die Finanzierung auch durch den vom „Devisenschutzkommando“ beschafften und beschlagnahmten Besitz von Devisen und Gold in den angeschlossenen, annektierten und besetzten Ländern sowie den Goldreserven der Zentralbanken und nicht zuletzt durch die Ausplünderung der deutschen Juden durch die Devisenstellen^[68] und den Milliardenraub der „Judenvermögensabgabe“ im Rahmen der Novemberpogrome 1938.

Von den politischen Führungsinstanzen wurde die Rüstungsfinanzierung als sekundäres Problem angesehen, so dass es außer dem im Januar 1939 entlassenen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht nur wenige Kritiker gab, welche die Inflationsgefahr und den steigenden Schuldenstand beanstandeten. So betrug die gesamte Reichsschuld Ende 1938 rund 40 Milliarden Reichsmark.^[A 10] Bei Kriegsbeginn waren außer 500 Millionen RM keinerlei Gold- oder Devisenreserven mehr vorhanden. Demgegenüber besaßen England und Frankreich Reserven in Höhe von 6,8 Milliarden Dollar, was nach Kaufkraftkurs umgerechnet rund 27 Milliarden RM entsprach.^[69]

Die Rüstungsausgaben, die aufgrund der nicht immer genau zu trennenden direkten und indirekten Investitionen in ihrer Höhe schwanken, zeigen sich wie folgt:

Übersicht über die unterschiedlich ermittelten Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches (in Mrd. RM)							
Jahr	W. Boelcke <i>Die Kosten von Hitlers Krieg</i> ^[70]	W. Fischer <i>Wirtschaftspolitik Deutschlands</i> ^[71]	A. Schweitzer <i>Big Business</i> ^[72]	B. Carroll <i>Design for total War</i> ^[73]	D. Eichholtz <i>Deutsche Kriegswirtschaft</i> ^[74]	Finanzminister Schwerin v. Krosigk ^[75]	errechnete Durchschnitt
1932		0,6		0,8		0,6	0,7
1933	1,9	0,7		1,9	1,5	0,7	1,34
1934	4,1	4,2	4,4	4,1	2,8	3,7	3,9
1935	5,5	5,5	5,9	6,0	5,5	5,3	5,6
1936	10,3	10,3	10,7	10,8	11	9,6	10,4
1937	11,0	11,0	14,5	11,7	14,1	10,9	12,2
1938	17,2	17,2	20,3	17,2	16,6	16,3	17,5
1939	11,9 ^[R 1]	32,3	13,9 ^[R 2]	30,0	16,3 ^[R 2]		14,0 ^[R 3]
Summe	61,9 ^[R 4]	81,2 ^[R 5]	69,8 ^[R 6]	81,7 ^[R 7]	67,8 ^[R 8]	46,5 ^[R 9]	66,5 ^[R 10]

Anmerkungen zur Übersicht über die Rüstungsausgaben

1. ↑ Ausgaben bis Kriegsbeginn.
2. ↑ ^{a b} Rechnungszeitraum April bis Kriegsbeginn.
3. ↑ Rechnungszeitraum bis Kriegsbeginn.
4. ↑ Diese Zahl kann als die genau ermittelte Summe der direkten Rüstungsausgaben der Wehrmacht bis Kriegsbeginn angesehen werden. Die oft erwähnten 90 Mrd. RM, mit denen sich Hitler in seiner Reichstagsrede am Tage des Kriegsbeginns brüstete, waren Propaganda.
5. ↑ 1933–1939. Als indirekte Rüstungsausgaben kann man noch 3 bis 4 Mrd. RM dazurechnen.
6. ↑ April 1934 bis Kriegsbeginn. Hier kann man ebenfalls indirekte Rüstungsausgaben in Höhe von 3 bis 4 Mrd. RM dazurechnen.
7. ↑ 1933–1939.
8. ↑ 1933 bis Kriegsbeginn. Rechnet man noch die Ausgaben der Länder und Gemeinden für die Rüstung dazu, ergibt sich eine Summe 78 Mrd. RM.
9. ↑ 1933–1938. Die Angaben des Reichsfinanzministers kann man unter Umständen aus Gründen der Selbstrechtfertigung als zu niedrig ansehen.
10. ↑ Durchschnitt der Spalte 1, 3 und 5, welche den Zeitraum 1933 bis zum Tage des Kriegsbeginns umfasst.

Die Wehrmacht bei Kriegsbeginn

Die Wehrmacht gab bei Kriegsbeginn ein ambivalentes Bild ab. Fakt ist, dass es die „durch einen einheitlich organisierten Prozess mit modernsten Waffen gut ausgerüstete Wehrmacht, welche mit vorhersehbarer Leichtigkeit die Nachbarländer besiegen konnte“, so nicht gegeben hat. Der Aufbau war 1939 noch nicht abgeschlossen. Unbestreitbar ist aber auch, dass die Wehrmacht von ihrer Gründung bis zum Kriegsausbruch in einem bisher in der Kriegsgeschichte einmaligen Vorgang auf eine enorme Stärke anwuchs. Insgesamt umfasste die Truppe bei Kriegsbeginn 4.556.000 Mann, welche sich auf

- 3,7 Mio. Mann beim [Heer](#),
- 677.000 Mann bei der [Luftwaffe](#),
- 150.000 bei der [Kriegsmarine](#) und
- 23.000 Mann bei der [Waffen-SS](#)

verteilt. Allerdings gab es gravierende Unterschiede zwischen der numerischen Stärke und der Qualität der kämpfenden Truppe. So bestand das Heer, welches gemäß der deutschen Kriegsdoktrin die Hauptlast der Kämpfe tragen sollte, insgesamt nur aus 730.000 aktiven und voll ausgebildeten Soldaten; bei der Marine waren es 78.000 und bei der Luftwaffe 332.000 Mann. Der Gesamtausbildungsstand stellt sich wie folgt dar:^[76]

Aktive Truppe Berufssoldaten/Wehrpflichtige	Reserve I Jahrgang 1914 und jünger	Reserve II Jahrgang 1913 und älter	Kriegsgediente Landwehr (Jg. 1894–1900)	Noch Unausgebildete Jahrgang 1906/07 u. 1918/19	Wehrmacht- Gesamtstärke
1.131.000	647.000	770.000	1.200.000	808.000	4.556.000

Zusammen mit der Schutzpolizei, Wasserstraßenschutz, Sicherheitshilfsdienst (SDH), Luftschutzdienst (LSD), verstärkten Postschutz, Wachverbände der SS, Technischen Nothilfe, Grenztruppen und dem Verstärkten Grenzaufsichtsdienst (VGAD) waren etwa sechs Millionen Personen für das Militär und den Schutz des Reichsgebietes eingesetzt.

Heer

Die rasante Ausdehnung vom 100.000-Mann-Heer des Versailler Vertrages bis zum verwendungsfähigen Friedensheer ist wie folgt zu sehen:^[77]

- Herbst 1934: 250.000 Mann (21 Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen)
- Herbst 1935: 400.000 Mann (24 Infanterie-, drei Panzer- und zwei Kavallerie-Divisionen)
- Herbst 1936: 520.000 Mann (36 Infanterie- und 3 Panzer-Divisionen)
- Herbst 1937: 550.000 Mann (32 Infanterie-, vier motorisierte Infanterie- und drei Panzer-Divisionen)
- Herbst 1938: 570.000 Mann (Der Mob-Abschnitt 1938 wurde ins Frühjahr 1939 verlegt)
- Sommer 1939: 730.000 Mann.

Zu Kriegsbeginn hatte das Feldheer eine Stärke von 2,758 Millionen Mann. Den geplanten 43 Divisionen des Augustprogrammes standen 52 Divisionen gegenüber, welche sich in 35 Infanterie-, vier motorisierte Infanterie-, sechs Panzer-, vier leichte und drei Gebirgsdivisionen gliederten. Dazu kamen noch die für das Kriegsheer zu mobilisierenden 51 Infanteriedivisionen, so dass den einst 102 projektierten Großverbänden jetzt 103 entgegenstanden. Die 3,7 Mio. Mann des gesamten Heeres gliederten sich in:^[78]

- 2.758.000 Mann beim Feldheer,
 - 2.108.000 Mann Kampfverbände
 - 223.000 Mann bodenständige Grenz- und Festungstruppen
 - 427.000 Mann Bautruppen (dieser größtenteils unausgebildete u. unbewaffnete Truppenkörper wurden 1939 aus dem RAD ausgehoben und dem Heer unterstellt)
- rund 1 Mio. Mann beim Ersatzheer und
- 23.000 Mann bei der Waffen-SS (Die SS-Verfügungstruppe wurde am 19. August 1939 dem Oberbefehlshaber des Heeres unterstellt).

Der materielle Rüstungsstand, der nicht in allen Positionen mit der Einsatzbereitschaft gleichzusetzen ist, stellt sich folgendermaßen dar:^[79]

Rüstungsstand des Heeres im Herbst 1939					
Pistolen (08 und 38)	630.000	leichte Granatwerfer 36 – Kaliber 5,0 cm	5.062	Panzer I	1.305
Gewehre K98	2.569.300	schwere Granatwerfer 34 – Kaliber 8,14 cm	3.959	Panzer II	991
Maschinenpistolen (38/40)	5.711	Nebelwerfer 10 cm und 15 cm	179	Panzer III	151

Maschinengewehre	103.300	leichte Inf.-Geschütze	2.931	Panzer IV	143
Panzerbüchsen (38,39,41)	62	schw. Inf.-Geschütze	367	Pz.Kpf.Wg. 35(t)	125
2-cm-Flak 30	895	Gebirgsgeschütze	213	Pz.Kpf.Wg. 38(t)	122
3,7-cm-Flak	63	leichte Feldkanone 18	20	Spähpz. / Befehlswagen	1.076
3,7-cm-Pak	10.560	leichte Feldhaubitzen	4.919	Zugmaschinen	5.200
4,7-cm-Pak (t)	–	schw. Feldhaubitze 18	2.434		
Pak 38	–	10-cm-Kanone 18	400		
		15-cm-Kanone 18	25		
		schwerste Artillerie	47		
<i>Infanterie-Munition</i>	6.665.459.000	<i>Artillerie-Munition</i>	29.363.000	<i>Pz.- u. PaK-Munition</i>	35.793.000

Ein gravierendes Problem, welches aber erst später im Kriegsverlauf zum Tragen kam, betraf die Reserven. Da es die Kasernen-Infrastruktur und das vorhandene Ausbildungspersonal nicht zuließen, die gleichzeitige Ausbildung mehrerer Jahrgänge zu gewährleisten, wirkte sich das Fehlen ausgebildeter Reserven verheerend für eine längere Kriegsdauer aus. Bei Kriegsbeginn verfügte man zwar über ausreichende Reserven in der Altersgruppe von 35 bis 45 Jahren, welche aber nur für Sicherungsverbände und rückwärtige Dienste zu gebrauchen war. Ein nennenswerter Ersatz aus der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen stand hingegen nicht zur Verfügung.^[80] Ein weiterer Punkt, von dem auch die Marine und Luftwaffe betroffen waren, stellte der Mangel an Spezialisten dar. Aufgrund der Technisierung der Militärmaschinerie erforderten die immer komplizierter werdenden Gerätschaften spezielles Personal zur Bedienung und Wartung, welches aber wiederum von der Kriegswirtschaft ebenso dringend benötigt wurde. Aus diesem Grund wurden die Anforderungen an den Nachwuchs schon vor Kriegsausbruch eingeschränkt, so dass selbst unehrenhaft Entlassene, nicht jedoch [jüdische Mischlinge](#), wieder eingestellt werden konnten.^[81]

Infolge der mangelhaften materiellen Lage und des unterschiedlichen Ausbildungsstandes konnte nicht jede Division in gleicher Stärke und Zusammensetzung aufgestellt und mit denselben Waffen ausgerüstet werden. So setzten sich die sich im Sommer

Personalstruktur der Infanterie-Divisionen zu Kriegsbeginn ^[35] (Zahlenangaben in Prozent)				
Typ	1. Welle (35 Div.)	2. Welle (16 Div.)	3. Welle (21 Div.)	4. Welle (14 Div.)

1. April 1934		1		5		12
1. September 1939	2	3	1	6	21	12

Als Großbritannien dem Dritten Reich am 3. September den Krieg erklärte, zog Raeder – für den der Krieg „fünf Jahre zu früh“ kam – das Fazit der Marinerüstung: „Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich noch keineswegs für den Kampf mit England hinreichend gerüstet ... Die Überwasserstreitkräfte aber sind noch so gering an Zahl und Stärke, dass sie – vollen Einsatz vorausgesetzt – nur mit Anstand sterben können.“^[84] Diese negative Lageeinschätzung entsprach dem Ergebnis einer Rüstungspolitik, welche zwischen langfristigem Schiffbau und kurzfristigen politischen Entscheidungen keiner konsequenten Leitlinie folgen konnte. Nach Kriegsbeginn wurde der Bau so gut wie aller geplanten Überwasserstreitkräfte annulliert. Die Weisung Nr. 1 vom 31. August 1939 für die Kriegsführung der Marine lautete lapidar: „Die Kriegsmarine führt Handelskrieg mit dem Schwerpunkt gegen England.“^[85]

Luftwaffe

Durch das Totalverbot der Luftwaffe konnte diese, im Gegensatz zu den anderen zwei Teilstreitkräften, nicht auf einen vorhandenen Personalkörper aufbauen, so dass die personelle Ausdehnung mit all ihren Nachteilen hier besonders stark zum Ausdruck kam. So musste schon 1935 die Offiziersausbildung von drei auf zwei Jahre reduziert werden. Im Laufe der Zeit fand eine derart immense Personalverstärkung statt, dass sich das Offizierskorps vom Zeitpunkt der Enttarnung im Jahre 1935 bis zum Kriegsbeginn verdreizehnfachte. Wenn man bedenkt, dass die Formierung eines homogenen Offizierskorps und die Einführung in die neue komplizierte Technik ein langwieriger Prozess ist und ein Großteil des Korps aus ehemaligen und mit der neuen Materie nicht vertrauten Heeresoffizieren rekrutiert wurde, so wird man über die Qualität dieses Korps skeptisch urteilen müssen. Durch die immense personelle Vermehrung und die daraus resultierende hohe Personalfuktuation war eine Konsolidierung der Truppe ab 1935 nicht mehr möglich.^[50]

Steigerung der Personalstärke ^[86]			
	1933	1935	1939
Offiziere	250	1.100	15.000
Unteroffiziere und Mannschaften	2.000	17.000	370.000

Auch die Flugzeugproduktion hatte enorme Steigerungsraten zu verzeichnen, wobei es im Jahr 1938 wegen Problemen in der Rohstoffversorgung zu einem Rückgang der seit 1936 stagnierenden Gesamtproduktion kam. Das intensive Aufbautempo ist des Weiteren bei der rasanten Vermehrung der organisatorisch neu aufgestellten Staffeln zu sehen, wobei die besonders hohen Steigerungsraten durch das Teilen bestehender Verbände zustande gekommen sind:^[50]

- 1933: 3 Staffeln

Flugzeugproduktion des Deutschen Reiches ^[87]		
Jahr	Insgesamt	davon Kriegsflugzeuge
1932	36	–
1933	368	–
1934	1.968	840

- 1934: 14 Staffeln
- 1935: 49 Staffeln
- 1936: 109 Staffeln
- 1937: 214 Staffeln
- 1938: 243 Staffeln (2.180 Frontflugzeuge)
- 1939: 275 Staffeln (Sommer)

1935	3.183	1.823
1936	5.112	2.530
1937	5.606	2.651
1938	5.235	3.350
1939	8.295	4.733

Hohe personelle Zuwachsraten hatte auch die [Flakartillerie](#) zu verzeichnen, welche von 11 Abteilungen zum Zeitpunkt der Enttarnung auf 60 Flak-Abteilungen mit 68.000 Mann zum Jahresende 1938 anwuchs. Bei der dritten Waffengattung, der [Luftnachrichtentruppe](#), verhielt es sich mit der Vermehrung von sechs Kompanien auf 102 Kompanien mit 35.500 Mann im gleichen Zeitraum analog.^[50]

Im August 1939 dienten 373.000 Mann in der Luftwaffe, welche sich in

- 208.000 Mann Fliegertruppe (darunter 20.000 Mann fliegendes Personal)
- 107.000 Mann Flakartillerie und
- 58.000 Mann Luftnachrichtentruppe

gliederten. Durch die Mobilmachungsmaßnahmen wurde hauptsächlich mittels Verdreifachung der Flak-Truppe, dessen benötigte Ausrüstung eingelagert war, die Gesamtpersonalstärke auf 677.000 Mann zu Kriegsbeginn angehoben.

Einsatzbereitschaft der fliegenden Frontverbände bei Kriegsbeginn					
	Jäger Zerstörer	Sturzkampfflieger Schlachtflieger	Bomber Schnellkampfflieger	Aufklärer Heeres- und Fernaufklärer	Transportflieger Ohne Lastensegler
Einsatzbereite Flugzeuge	1.082	377	1.105	541	502
Nicht einsatzbereit	148	23	105	120	42
Einsatzbereite Besatzungen	980	345	1.045	459	539

Die Einsatzbereitschaft der rund 11.700 Mann umfassenden Frontbesatzungen war relativ hoch, obwohl nicht alle verfügbaren Flugzeuge bemannt werden konnten. Weiterhin wurde gegenüber den ersten Rüstungsprogrammen die Luftverteidigungskomponente beträchtlich erhöht, denn die 21 Flakregimenter mit ihren 2.600 schweren, 6.700 mittleren bzw. leichten Flakgeschützen und 3.000 Flakscheinwerfern verfügten mit 107.000 Mann fast über ein Drittel des aktiven Stammpersonals von 370.000 Mann. Des Weiteren konnte die Luftwaffe auf 133 [Fliegerhorste](#), 49 Munitionsanstalten und 13 große Lufttanklager zurückgreifen.^[50]

Auswirkungen

Die massive Aufrüstung führte trotz Hitlers „Friedensreden“ neben einer Verschärfung der internationalen Beziehungen zu einem Wandel der Mächtekonstellation, so dass im Falle einer Kriegseröffnung kaum Aussicht bestand, den Konflikt lokal begrenzen zu können. Für diesen Fall reichte der Rüstungsstand aber 1939 nicht aus.^[35] So entwickelte die massive Aufrüstung eine unkontrollierbare Eigendynamik und wurde selbst zu einem Risiko für das Reich. Für die Militärs gab es keine Alternative zur Aufrüstung, wie der Gedankengang der Wehrmachtführung, auf die wegen der intensiven Aufrüstung verschlechterte außenpolitische Situation mit einer Rüstungsbeschleunigung zu reagieren, aufschlussreich zeigte.^[17]

Die 1936 vom Chef des Heeresamtes gestellte Frage, ob die Unterhaltung eines auf höchste Kriegsbereitschaft ausgelegten Heeres ökonomisch überhaupt tragbar sei, stellte sich alsbald nicht mehr, denn Hitler hatte seine Absicht verkündet, spätestens ab 1943 die Wehrmacht zum Kampf um die Erweiterung des Lebensraumes einzusetzen.^[88] Gemäß dem vorgesehenen **Blitzkriegs**-Konzept, einen diplomatisch isolierten Feind mit begrenzten, aber gewaltigen Schlägen überfallartig zu besiegen, besaß die Wehrmacht eine hohe Erstschlagskapazität. Durch die in Deutschland praktizierte **Breitenrüstung** gelang es, die Streitkräfte innerhalb einer kurzen Zeitspanne auf eine relativ hohe quantitative Stärke zu bringen, jedoch war durch das Fehlen einer Koordination der Rüstungsmaßnahmen und das Beibehalten der Friedenswirtschaft – selbst nach Kriegsbeginn – die Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie begrenzt, so dass eine **Tiefenrüstung** und der Aufbau von Nachschubreserven nicht realisiert werden konnte.^[89] Selbst von der eigenen militärischen Führung wurde die Wehrmacht im Sommer 1939 als nicht kriegsfähig bezeichnet.^[90] Im Verlauf der immer länger währenden und in dieser Form nicht geplanten Ausweitung des Konfliktes sollte sich zeigen, dass die Wehrmacht für einen langen Weltkrieg nicht gerüstet war. Der unter größten Anstrengungen in einigen Teilbereichen erreichte Rüstungsvorsprung schmolz aufgrund des Unterlassens einer wirtschaftlichen Totalmobilmachung schon nach kürzester Zeit dahin.^[91]

Bis heute gibt es unterschiedliche Rezeptionen über den Verlauf der Aufrüstung. Ältere Forschungen unterstützen die in den 1960er Jahren vom Wirtschaftshistoriker Alan S. Milward formulierte These der „Blitzkriegswirtschaft“.^[92] Die Theorie erklärte den geringen wirtschaftlichen Mobilisierungsgrad mit einer angeblich genialen Wirtschaftspolitik Hitlers, in welcher die knappen Ressourcen durch geschickten Kräfteinsatz innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen einen erfolgreichen Blitzkrieg gewährleisten sollten. Der durch die enormen investierten Mittel entstandene ökonomische Engpass sollte durch eine Art Flucht nach vorn in den Krieg überwunden werden. Durch die Ausbeutung der dabei eroberten Gebiete sollte der nächste kurze Feldzug ermöglicht werden. Der Krieg sollte sozusagen den Krieg nähren.^[93]

Nach **Adam Tooze** wäre sich Hitler und die NS-Führung vor ihrem Kriegsbeginn bewusst gewesen, dass die Rüstung der Wehrmacht für einen längeren Krieg nicht ausreichte und dass die Zeit angesichts des absehbaren Kriegseintritts der USA gegen sie arbeitete. Hitler hielt aber mit seiner Ideologie der jüdischen Weltverschwörung am Krieg fest. Durch einen Blitzkrieg sollte nach dem „Sieg im Westen“ die UdSSR rasch niedergeworfen werden, was die militärische Lage zugunsten NS-Deutschlands stark verbessern sollte. Dieses Vorhaben scheiterte 1941 vor Moskau.^[94]


Andere Forscher gehen davon aus, dass die NS-Führung eine Ausrichtung auf einen langen Krieg und die totale Mobilmachung schon immer angestrebt hätten, an dieser Aufgabe aber aufgrund Ineffizienz und der ausbleibenden Einsicht, dass das wirtschaftliche Potential zu gering für einen großen Weltkrieg war, scheiterte.^[95]

Literatur

(chronologisch)

- [Wilhelm Deist](#): *Die Aufrüstung der Wehrmacht*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hrsg. vom [Militärgeschichtlichen Forschungsamt](#). Band 1: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1979, ISBN 3-421-01934-7.
- [Burkhard Müller-Hillebrand](#): *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues*. Band I: *Das Heer bis zum Kriegsbeginn*. Mittler, Darmstadt 1954.
- [Bernhard R. Kroener](#): *Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches*. und Rolf-Dieter Müller: *Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hrsg. vom MGFA. Band 5/1: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs*. DVA, Stuttgart 1988, ISBN 3-421-06232-3.
- [Rolf-Dieter Müller](#), [Hans-Erich Volkmann](#) (Hrsg. im Auftrag des MGFA): *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. Oldenbourg, München 1999, ISBN 3-486-56383-1.
- Karl-Heinz Völker: *Die Deutsche Luftwaffe 1933–1939*. DVA, Stuttgart 1967.
- Wilhelm Deist: *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte*. Oldenbourg, München 1991, ISBN 3-486-55920-6.
- Marian Zgoraniak: *Europa am Abgrund – 1938*. Lit Verlag, Münster 2002, ISBN 3-8258-6062-0.
- [Michael Salewski](#): *Die Deutschen und die See*. Steiner, Stuttgart 2002, ISBN 3-515-07319-1 (Teil I), ISBN 3-515-08087-2 (Teil II).
- MGFA: *Grundkurs deutsche Militärgeschichte*. Band 2: *Das Zeitalter der Weltkriege. Völker in Waffen*. Oldenbourg, München 2007, ISBN 978-3-486-58099-0.



Weblinks

- [Adolf Hitler, Rede vor den Spitzen der Reichswehr, 3. Februar 1933](#). Mit einer Einführung von [Andreas Wirsching](#) und dem Wortlaut der Aufzeichnungen [Curt Liebmanns](#) und [Horst von Mellenthins](#) in: [1000dokumente.de](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Rainer Wohlfeil, Edgar Graf von Matuschka: *Reichswehr und Republik (1918–1933)*. Bernard & Graefe, 1970, ISBN 3-7637-0304-7, S. 207 ff.
2. ↑ Wohlfeil/Matuschka: *Reichswehr und Republik*. S. 218 ff.
3. ↑ Von einer „sensationellen Wende“ ist die Rede in Müller/Volkmann: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. S. 79.
4. ↑ Ernst Hansen: *Reichswehr und Industrie. Rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Mobilmachungsvorbereitungen 1923–1932*. Boldt, 1978, ISBN 3-7646-1686-5, S. 64 ff.
5. ↑ Wie kein anderer veränderte Groener die Reichswehr. → [Johannes Hürter](#): *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik*. Oldenbourg Verlag, München 1998, ISBN 3-486-55978-8, S. 355 ff.
6. ↑ 78 Aufklärer, 54 Jäger und 18 Bomber. → Müller-Hillebrand: *Das Heer 1933–1945*. Band I, S. 19 f.
7. ↑ Müller/Volkmann: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. S. 81.

8. ↑ [Simson](#) hatte das reichsweite Monopol auf die Herstellung leichter MG. → Wolf Gruner: *Deutsches Reich 1933–1937*. ISBN 3-486-58480-4, S. 372.
9. ↑ [Karl-Heinz Janßen](#): *Der große Plan*. *Die Zeit*, Nr. 11/1997, ([Artikel online](#)).
10. ↑ Diese früher lang unterschätzte Feststellung u. a. in: Johannes Hürter: *Wilhelm Groener*. ISBN 3-486-55978-8, S. 106.
[Rüdiger vom Bruch](#), Brigitte Kaderas (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten in Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Steiner, Stuttgart 2002, ISBN 3-515-08111-9, S. 265.
11. ↑ [Abschrift auf NS-Archiv.de](#) der [Liebmann-Aufzeichnung](#).
12. ↑ Die Denkschrift wurde vom Chef der Heeresleitung ([Hammerstein](#)) und vom Chef des Truppenamtes ([Adam](#)) erstellt. Dazu [MGFA: DRZW](#). Band 1, S. 400.
13. ↑ Alle Zahlen nach [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 401 f.
14. ↑ [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 243 f.
15. ↑ [Wilhelm Deist](#) (1991): *Militär, Staat und Gesellschaft*. S. 307.
16. ↑ [Militärgeschichtliches Forschungsamt](#): *Das Zeitalter der Weltkriege*. S. 262.
17. ↑ ^a ^b [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 418.
18. ↑ Die Studie wurde von Beck ausgearbeitet und von [Werner von Fritsch](#), der sogar 36 bis 40 Divisionen forderte, gebilligt. → [Klaus-Jürgen Müller](#): *General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938*. Boldt, 1980, ISBN 3-7646-1785-3, S. 202 ff.
19. ↑ *Proklamation der Reichsregierung an das deutsche Volk bezüglich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht*. Vom 16. März 1935. Auf: [documentarchiv.de](#). Vgl. *Deutsches Reichsgesetzblatt Teil I 1867–1945*, S. 375; bei der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB).
20. ↑ <http://www.documentarchiv.de/> Wehrgesetz vom 21. Mai 1935.
21. ↑ Zum Versprechen Hitlers siehe Punkt 4 der [Liebmann-Abschrift](#). Mit dem Gesetz erfolgten ab Sommer einige Umbenennungen: die Reichswehr wurde offiziell zur [Wehrmacht](#), das Truppenamt wurde in „[Generalstab](#) des Heeres“ umbenannt und die Führer der drei Teilstreitkräfte wurden zu Oberbefehlshabern.
22. ↑ ^a ^b [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 420.
23. ↑ Als Hauptursache wird die um ein Jahr verzögerte Einführung der schon seit 1933 geforderten Wehrpflicht und das Fehlen der für die Westfront abgestellten Divisionen angesehen. → [MGFA, DRZW](#), Band 1, S. 420.
24. ↑ Erhöhung: [MGFA, DRZW](#), Band 1, S. 421; Ausgleich: S. 433.
25. ↑ Es handelte sich um insgesamt 56.000 Mann. Die Ausbildung der kasernierten Hundertschaften hatte schon ab Herbst 1933 militärischen Charakter. → Rudolf Absolon: *Die Wehrmacht im Dritten Reich. Aufbau, Gliederung, Recht und Verwaltung*. Band III, Oldenbourg, 1975, ISBN 3-486-41567-0, S. 31 ff.
26. ↑ [Rüdiger von Manstein](#): *Erich von Manstein. Soldat im 20. Jahrhundert: Militärisch-politische Nachlese*. Bernard & Graefe, 1994, ISBN 3-7637-5214-5.
27. ↑ [Deist](#): *Militär, Staat und Gesellschaft*. S. 324.
28. ↑ Das Heer 1914 bestand aus 87 Divisionen und 44 Landwehrbrigaden. → [Deist](#): *Militär, Staat und Gesellschaft*. S. 326.
29. ↑ [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 439.
30. ↑ [MGFA: DRZW](#), Band 1, 1936: S. 432; 1937–1939: S. 442 ff.
31. ↑ Siehe mehrfach in [MGFA: DRZW](#), Band 1, S. 415, 422, 431, 435, 437 o. 444.
32. ↑ Zum Augustprogramm kamen nach Angaben des AHA jährlich noch Wechselunkosten in Höhe von 700 Mio. RM dazu. → [MGFA: DRZW](#), S. 434.

33. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 435.
34. ↑ Meldung des ObdH an den Reichskanzler. → MGFA: DRZW, Band 1, S. 445.
35. ↑ [a](#) [b](#) [c](#) [d](#) [e](#) Müller-Hillebrand: *Das Heer 1933–1945*. Band I, S. 37(a), 20(b), 70(c), 128(d), 126(e).
36. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, Verzögerung: S. 446; Ausstattungsmisere: S. 447.
37. ↑ Salewski: *Die Deutschen und die See*. Teil 2, S. 137.
38. ↑ [a](#) [b](#) [c](#) [d](#) [e](#) [f](#) [g](#) Jost Dülffer: *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939*. Droste, 1973, ISBN 3-7700-0320-9, S. 248 f.(a), 566(b), 313(c), 389(d), 568 f.(e), 458 ff. (f), 504 ff.(g).
39. ↑ Salewski: *Die Deutschen und die See*. S. 134.
40. ↑ Ingo Bauernfeind: *Radioaktiv bis in alle Ewigkeit – Das Schicksal der Prinz Eugen*. Mittler-Verlag, Hamburg/Berlin/Bonn 2011, ISBN 978-3-8132-0928-0, S. 10.
41. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 458.
42. ↑ Erminio Bagnasco: *U-Boote im 2. Weltkrieg*. Motorbuch, Stuttgart 1994, ISBN 3-613-01252-9, S. 56.
43. ↑ [a](#) [b](#) [c](#) Michael Salewski: *Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945*. Bernard & Graefe, Frankfurt 1985, ISBN 3-7637-5168-8.
44. ↑ Rolf GÜth: *Die Marine des deutschen Reiches 1919–1939*. Bernard & Graefe, Frankfurt am Main 1982, ISBN 3-7637-5113-0, S. 157.
45. ↑ In dem Z-Plan sind die schon geplanten und vorhandenen Schiffe der Kriegsmarine enthalten. Der Ursrungsplan umfasste sogar 8 Flugzeugträger. → Robert Bohn: *Neutralität und totalitäre Aggression*. Steiner-Verlag, Stuttgart 1991, ISBN 3-515-05887-7, S. 60.
46. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 468.
47. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 450.
48. ↑ Gert Sandhofer: *Das Panzerschiff A und die Vorentwürfe von 1920–1928*. In: *Die Marine des Deutschen Reiches 1919–1939*. Bernard & Graefe, 1972, ISBN 3-7637-5117-3, S. 83.
49. ↑ [Artikel 198](#) 
50. ↑ [a](#) [b](#) [c](#) [d](#) [e](#) [f](#) [g](#) [h](#) [i](#) [j](#) Völker: *Die deutsche Luftwaffe 1933–1939*. S. 15 f. u. 229(a), S. 58(b), S. 131(c), S. 170(d), S. 201(e), S. 138(f), S. 99 u. 121(g), S. 31, 48, 102 f.(h), S. 106 u. 111 ff.(i), S. 182 u. 193(j).
51. ↑ abgedruckt bei: Bernhard Heimann, Joachim Schunke: *Eine geheime Denkschrift zur Luftkriegskonzeption Hitler-Deutschlands vom Mai 1933*. In: *Zeitschrift für Militärgeschichte*. Nr. 3, Berlin-Ost 1964, S. 72–86.
52. ↑ Die Luftflotte sollte aus 400 Bombern (Eindringtiefe 800 km und Abwurfkapazität mindestens 2 t) und 10 Aufklärungsstaffeln bestehen. → MGFA: DRZW, Band 1, S. 475 f.
53. ↑ [a](#) [b](#) [c](#) [d](#) Edward L. Homze: *Arming the Luftwaffe. The Reich Air Ministry and the German Aircraft Industry 1919–1939*. Nebraska Press, 1976, ISBN 0-8032-0872-3, S. 74 f.(a und b), 78 u. 184(c), 222 ff.(d), 145(e).
54. ↑ Zgoraniak: *Europa am Abgrund*. S. 58.
55. ↑ Meinung in MGFA: DRZW, Band 1, S. 483.
56. ↑ L.Dv. 16 → Rolf Schabel: *Die Illusion der Wunderwaffen*. Oldenbourg Verlag, München 1994, ISBN 3-486-55965-6, S. 79.
57. ↑ siehe dazu auch Ernst Stilla: *Die Luftwaffe im Kampf um die Luftherrschaft. Entscheidende Einflussgrößen bei der Niederlage der Luftwaffe im Abwehrkampf im Westen und über Deutschland im Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Faktoren „Luftrüstung“, „Forschung und Entwicklung“ und „Human Ressourcen“*. Dissertation 2005, [urn:nbn:de:hbz:5-05816](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5-05816) . (S. 38–46: Strukturelle Schwierigkeiten und der negative Einfluss Görings auf die Organisation und Handlungsfähigkeit der Luftwaffenführung).
58. ↑ Guido Knopp, Friederike Dreykluft: *Hitlers Krieger*. Goldmann-Verlag, München 2000, ISBN

3-442-15045-0, S. 337.

59. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 488 f.
60. ↑ Leichtverletzte: 211 Mann. → MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 717.
61. ↑ Zu den Institutionen MGFA: DRZW, Band 5/1, 2. Teil: „Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung“, S. 349 ff.
62. ↑ Fast keine Planzahl wurde tatsächlich erreicht. → MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 408.
63. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 366.
64. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 364.
65. ↑ Urteil in MGFA: DRZW, Band 1, S. 497 ff.
66. ↑ Adam Tooze: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. Siedler-Verlag, München 2007, ISBN 978-3-88680-857-1, S. 755.
67. ↑ Zgorniak: *Europa am Abgrund*. S. 34.
68. ↑ Christoph Franke: *Die Rolle der Devisenstellen bei der Enteignung der Juden*. In: Katharina Stengel (Hrsg.): *Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus*. Frankfurt a. M. 2007, ISBN 978-3-593-38371-2, S. 81. ([Vorschau auf Google Books](#))
69. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 362.
70. ↑ Willi A. Boelcke: *Die Kosten von Hitlers Krieg: Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933–1948*. Schöningh-Verlag, Paderborn 1985, ISBN 3-506-77471-9, S. 28.
71. ↑ Wolfram Fischer: *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*. Leske-Verlag, Opladen 1968, ISBN 3-7850-0073-1, S. 102.
72. ↑ Arthur Schweitzer: *Big Business in the Third Reich*. Indiana University Press, Bloomington 1977, ISBN 0-253-10670-2, S. 331.
73. ↑ Berenice Carroll: *Design for Total War, Arms and Economics*. Walter de Gruyter 1968, ISBN 90-279-0299-2, S. 184.
74. ↑ Dietrich Eichholtz: *Geschichte der Deutschen Kriegswirtschaft*. Akademie-Verlag 1969, ISBN 3-598-11635-7, S. 31.
75. ↑ Angaben des Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk im [Wilhelmstraßen-Prozess](#); zit. nach Rene Erbe: *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*. Polygraphischer Verlag 1958.
76. ↑ Bernhard R. Kroener: *Die Personallage der Wehrmacht bei Kriegsausbruch*. In: [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg](#). (Band 5/1), Stuttgart 1988, S. 726–739 (graphische Darstellung S. 731).
77. ↑ Zahlen nach MGFA: DRZW, Band 1, S. 410 ff.; Mueller-Hillebrand: *Das Heer 1933–1945*. Band I, S. 66.
78. ↑ Die Zahlen schwanken zwischen 3,706 Mio. (MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 731) und 3,731 Mio. (Mueller-Hillebrand: *Heer*. S. 66) Mann. Die Zahlen für das Feldheer sind aber übereinstimmend.
79. ↑ MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 554 (aufgrund Mängel der damaligen Statistik sind Unterschiede zu anderen Zahlenangaben – vor allem bei Panzern – möglich).
80. ↑ MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 728.
81. ↑ MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 732.
82. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 448.
83. ↑ Rolf Güth: *Organisation der Marine in Krieg und Frieden 1913–1933*. In: *Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit*. ISBN 3-7637-0307-1, S. 347 ff.
84. ↑ Müller/Volkman: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. S. 270.
85. ↑ Gerhard Koop: *Schiffsklassen und Schiffstypen der deutschen Marine*. Band 5, Bernard & Graefe, Bonn 1994, ISBN 3-7637-5923-9, S. 294.
86. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 479.

87. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 242.
88. ↑ Fromm forderte eine Verlangsamung der Rüstung, wenn keine feste Absicht besteht, die Wehrmacht einzusetzen. MGFA: DRZW, Band 1, S. 436.
89. ↑ MGFA: *Das Zeitalter der Weltkriege*. S. 262.
Fazit Ineffizienz → Müller/Volkmann: *Die Wehrmacht*. S. 102.
90. ↑ Urteil u. a. Klaus-Jürgen Müller: *Das Heer und Hitler*. Oldenbourg, 1988, ISBN 3-486-55350-X, S. 407 ff.
Gotthard Breit: *Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren*. Boldt, 1973, ISBN 3-7646-1576-1, S. 185 ff.
91. ↑ So baute England schon im Sommer 1939 mehr Flugzeuge als Deutschland, ein Jahr darauf waren es schon 50 % mehr; von den wirtschaftlichen Kapazitäten Russlands und der USA, welche ab Mitte des Krieges voll ausgenutzt wurden, ganz zu schweigen. Näher dazu [Richard Overy](#): *Die Wurzeln des Sieges*. Rowohlt-Verlag, Reinbek 2002, ISBN 3-499-61314-X, S. 425.
92. ↑ Siehe dazu Alan S. Milward: *Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkrieg*. In: Forstmeier, Volkmann (Hrsg.): *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Droste-Verlag, Düsseldorf 1975, ISBN 3-7700-0399-3, S. 189–201.
93. ↑ [Timothy Mason](#): *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1977, ISBN 3-531-11364-X, S. 295 ff.
94. ↑ Vgl. [Adam Tooze](#): *Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*. 2006, Taschenbuchausgabe 2007, vor allem das Kapitel 9 „1939: Nothing to Gain by Waiting“.
95. ↑ MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 349 u. 689.

Anmerkungen

1. ↑ Der anfängliche Plan für ein 21-Divisionen-Heer wurde aus wirtschaftlichen Gründen verworfen. Der Löwenanteil entfiel auf das Heer; die Marine erhielt rund 7 Mio. RM jährlich. Die 350 Mio. RM wurden mit vollster Billigung aller Regierungsparteien mittels eines Geheimfonds im Reichshaushalt untergebracht. Dazu wurde der *Staatssekretärausschuß* gegründet, der den Etat verabschieden konnte. Dieser bestand aus je einem Vertreter des Rechnungshofes, des Reichswehr- und des Finanzministeriums und war den Kontrollmöglichkeiten des Reichstages entzogen. → [Johannes Hürter](#): *Wilhelm Groener*. ISBN 3-486-55978-8, S. 114 f.
2. ↑ [Karl-Heinz Janßen](#) beschreibt „den großen Plan“ eingehend in seinem Buch *Der Krieg der Generäle: Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*. ISBN 3-548-36277-X. Die Darstellung wird aber z. B. von dem Historiker [Dieter Pohl](#) als „streckenweise spekulativ“ kritisiert (→ *Die Herrschaft der Wehrmacht*. ISBN 3-486-58065-5, S. 41.)
Allgemein ist dieses Buch umstritten, da Hitler nur als Marionette einer auf Revanchekrieg ausgerichteten Militärführung dargestellt wird. Kritisch z. B. Ursula Heukenkamp: *Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit*. ISBN 90-420-1425-3, S. 151.
3. ↑ Hitler stand bis zuletzt einem Abschluss (den er später sowieso revidiert hätte) positiv gegenüber, da er die eigene militärische Schwäche erkannte u. der Ansicht war, „dass es falsch sei, mehr zu verlangen, als wir aus technischen oder finanziellen Gründen tatsächlich anschaffen könnten.“ Zit. n. MGFA, DRZW, Band 1, S. 398.
4. ↑ Schon seit 1933 reagierte die englische Öffentlichkeit aufgrund von Artikeln der [Yellow Press](#) beunruhigt; ab 1934 wurde die Bedrohung auch politisch ernst genommen, obwohl England damals noch keine Rolle in den dt. Luftkriegsüberlegungen spielte. So wurde die Zielsetzung

der Luftwaffenführung, eine Waffe hauptsächlich gegen Frankreich und Polen zu schaffen, durch äußere Faktoren hinfällig. → MGFA: DRZW, Band 1, S. 477.


5. ↑ Erst durch die Ernennung Speers zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition 1942 und dann 1943 zum Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion gelang eine vollständige Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion und von der handwerklichen Fertigung von Rüstungsgütern auf industrielle Massenfertigung. Das von Speer umgesetzte Konzept der „Selbstverantwortung der Industrie“ setzte alle dynamischen Kräfte einer modernen Industriegesellschaft frei und ermöglichte das „[Rüstungswunder Speer](#)“ (MGFA: DRZ, Band 5/2, S. 343). Zu einer kritischen Bewertung von Albert Speer und dem „sogenannten“ (so Tooze) Rüstungswunder vgl. Adam Tooze: *Ökonomie der Zerstörung: Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. Pantheon 2008, ISBN 3-570-55056-7, S. 550 ff.
6. ↑ Um der Entstehung von Kriegsgewinnlertum, welcher sich im Ersten Weltkrieg gebildet hatte, entgegenzutreten, entwickelte man eine Preisprüfung, die nach dem Prinzip funktionierte, dass sich die Gewinnspanne des Unternehmens nach einem fest fixierten prozentualen Verhältnis zu den realen Herstellungskosten richtete. Je höher also die Betriebskosten waren, umso höher waren auch die Gewinne, so dass eine Rationalisierung seitens der Unternehmen gar nicht angestrebt wurde.
7. ↑ Die Reihenfolge 1939 war: USA, Neuseeland, Hawaii, Kanada, Australien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Südafrika, Luxemburg, Norwegen, Uruguay, Belgien und dann Deutschland. In absoluten Zahlen lag Deutschland mit knapp 2 Mio. Kfz (Pkw, Bus und Lkw) auf dem 4. Platz, aber immer noch weit hinter den USA mit ihren 30 Mio. Kfz. → MGFA: DRZW, Band 5/1, Tabelle S. 651 (Der [Schell-Plan](#) kam vor dem Krieg nicht mehr zum Tragen).
8. ↑ Rechenbeispiel einer Familienunterstützung: Wurde der Mann, der zuvor in einer Fabrik 216 RM verdiente, einberufen, bekam selbst die kinderlose Ehefrau eine Unterstützung von 84 RM, wozu noch ein Mietzuschuss von 10 RM kam. Die somit monatlich zur Verfügung stehenden 94 RM boten keinen Anreiz für eine Berufstätigkeit, da die Frau z. B. in einer Konservenfabrik nur 53 RM verdiente. → MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 771.
9. ↑ Eine umfangreiche Übersicht über die Rüstungswirtschaft, die den Artikel sprengen würde, bietet sich u. a. in:
[Rolf-Dieter Müller](#): *Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung*. In: MGFA, DRZW, Band 5/1, S. 349–689;
Alan S. Milward: *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*. Deutsche Verlags-Anstalt, 1966; MGFA: *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Düsseldorf 1975, ISBN 3-7700-0399-3;
[Forstmeier/Volkmann](#): *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*. Droste, 1976, ISBN 3-7700-0443-4;
[Georg Thomas](#): *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft*. ISBN 3-7646-1067-0;
[Adam Tooze](#): *Ökonomie der Zerstörung: Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. Pantheon 2008, ISBN 3-570-55056-7.
10. ↑ MGFA: DRZW, Band 1, S. 249: Hierbei gibt es Unterschiede zwischen dem kurz- und langfristigen Schuldenstand. Addiert ergeben sich folgende Zahlen:
1933: 14 Mrd. RM; 1934: 16 Mrd. RM; 1935: 20 Mrd. RM; 1936: 26 Mrd. RM; 1937: 32 Mrd. RM.
11. ↑ Zahlen nach MGFA: DRZW, Band 5/1, S. 963. Hinweis: Zahlen mit anderen Quellen aufgrund von Statistikdefiziten und sonstigen Falsch- oder Mehrzählungen nicht unbedingt konform. So kommt Völker, *Luftwaffe*, auf 4093 vorhandene Flugzeuge, wovon 3646 einsatzbereit waren,

Auf dieser Seite verwendete Medien



[Bundesarchiv Bild 146-1976-097-22, Flugzeug Junkers Ju 88, Bau.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 146-1976-097-22 / CC-BY-SA 3.0

Es folgt die historische **Originalbeschreibung**, die das Bundesarchiv aus dokumentarischen Gründen übernommen hat. Diese kann allerdings **fehlerhaft, tendenziös, überholt oder politisch extrem** sein. 

Der Einflieger erprobt "V I"

Die neue Flugzeugtype hat alle Gewaltproben, die ihr der Einflieger zumuten musste, überstanden und sich als volltauglich erwiesen. Die Fabrikation in Großserie kann erfolgen. Flugzeug um Flugzeug verläßt täglich die großen Werke, um dem Feind immer von neuem zu zeigen, daß er mit einem Geringerwerden des deutschen Rüstungspotentials nicht zu rechnen hat.



[Reichskanzler Wilhelm Marx \(cropped1\).jpg](#)

Reichskanzler [Wilhelm Marx](#), Amtszeit 26. Dezember 1923 - 12. Mai 1924



[Bundesarchiv Bild 102-01048, Wilhelm Groener.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 102-01048 / CC-BY-SA 3.0



[Heinkel He 51A-1 JG132 kl96.jpg](#)

Autor/Urheber: Herbert Ringlstetter - www.aviaticus.com, **Lizenz:** [CC BY-SA 3.0](#)

Heinkel He 51 A-1 of JG 132



[Ausf A Front gray.jpg](#)


(c) [JonCatalan](#) at en.wikipedia, [CC BY 3.0](#)

Ausf A



[Bundesarchiv Bild 102-01817A, v. Rundstedt, v. Fritsch, v. Blomberg.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 102-01817A / CC-BY-SA 3.0

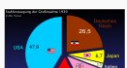
Es folgt die historische **Originalbeschreibung**, die das Bundesarchiv aus dokumentarischen Gründen übernommen hat. Diese kann allerdings **fehlerhaft, tendenziös, überholt oder politisch extrem** sein. 

1934 am Ehrenmal Unter den Linden, Berlin



[ЦМ ВОВ. Штурмовое орудие StuG III \(Германия\).jpg](#)

Sonderkraftfahrzeug (Sd.Kfz.) der Deutschen Wehrmacht bis 1945, hier: Sd.Kfz. 142, Sturmgeschütz III (StuG III), auch gepanzerte Selbstfahrlafette mit Sturmkanone 7,5-cm-StuK 37 L/24, Ausfertigung: A, B, C, D und E. Aktuelles Bild: **Sd.Kfz. 142, Ausf. B.**



[Stahlerzeugung.svg](#)

Autor/Urheber: [Hedwig Klawuttke](#)

[Hedwig Klawuttke](#) (german main account), **Lizenz:** [CC BY-SA 3.0](#)

Übersicht über die Stahlerzeugung der Weltmächte im Jahr 1939




Hinweis: Deutsches Reich incl. der bis Kriegsbeginn eingegliederten Gebiete. (Frankreichs Produktionsmenge bis dato unbekannt, dürfte aber relativ gering sein.) Datenquelle → [MGFA: "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg."](#) Band 5/1, S. 630



[Erich Raeder.jpg](#)

[Bundesarchiv Bild 146-1982-145-29A, Flugzeugträger "Graf Zeppelin", Bau.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 146-1982-145-29A / CC-BY-SA 3.0

Es folgt die historische **Originalbeschreibung**, die das Bundesarchiv aus dokumentarischen Gründen übernommen hat. Diese kann allerdings **fehlerhaft, tendenziös, überholt oder politisch extrem** sein. 



53090

Deutschlands erster Flugzeugträger

Am 8. Dezember läuft in Kiel der erste Flugzeugträger der deutschen Kriegsmarine vom Stapel.

Unser Bild zeigt die Backbordseite des neuen Flugzeugträgers.

Bei Abdruck nennen: Scherl Bilderdienst, Berlin



[U995 2004 1.jpg](#)

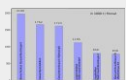
Autor/Urheber: [Darkone](#), **Lizenz:** [CC BY-SA 2.0](#)

[U 995](#), [Marinemuseum in Laboe bei Kiel](#)



[Bundesarchiv Bild 193-04-1-26, Schlachtschiff Bismarck.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 193-04-1-26 / CC-BY-SA 3.0



[Eisenbewirtschaftung.svg](#)

Autor/Urheber: [Hedwig Klawuttke](#)

[Hedwig Klawuttke](#) (german main account), **Lizenz:** [CC BY-SA 3.0](#)

Stahl- und Eisenbewirtschaftung in Deutschland 1939

(anhand des 4. Quartals hochgerechnet) → Datenquelle: [MGFA: „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg.“](#) Band 5/1, S. 623



[Goeringcaptivity2.jpg](#)



[Bundesarchiv Bild 101I-317-0053-18, Transportflugzeuge Junkers Ju 52.jpg](#)

(c) Bundesarchiv, Bild 101I-317-0053-18 / Amphlett, Eduard / CC-BY-SA 3.0



[Dornier Do 17Z.jpg](#)



[Heinkel He177.jpg](#)



[Junkers Ju88.jpg](#)

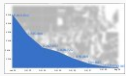


Steuerung Rüstungswirtschaft.svg

Autor/Urheber: Hedwig Klawuttke

Hedwig Klawuttke (german main account), **Lizenz:** CC BY-SA 3.0

Steuerung der Rüstungswirtschaft des Deutschen Reiches (bis 1941/42)



Arbeitslosigkeit im Reich.svg

Autor/Urheber: Hedwig Klawuttke, **Lizenz:** CC BY-SA 3.0

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich von 1933 bis Kriegsbeginn.

Datenquelle: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik* in: [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg](#)



Bundesarchiv Bild 101I-808-1238-05, Berlin, Reichstags Sitzung, Rede Adolf Hitler.jpg

(c) Bundesarchiv, Bild 101I-808-1238-05 / CC-BY-SA 3.0



Mefo-Wechsel kreuvf.svg

Autor/Urheber: Original: Nahrens, Vektorversion: selbst erstellt, **Lizenz:** CC BY-SA 3.0

Funktionsweise der Mefo-Wechsel

Lizenz für Texte auf dieser Seite: [CC-BY-SA 3.0 Unported](#).

Der original-Artikel ist [hier](#) abrufbar. [Hier](#) finden Sie Informationen zu den Autoren des Artikels. An Bildern wurden keine Veränderungen vorgenommen - diese werden aber in der Regel wie bei der ursprünglichen Quelle des Artikels verkleinert, d.h. als Vorschaubilder angezeigt. Klicken Sie auf ein Bild für weitere Informationen zum Urheber und zur Lizenz. Die vorgenommenen Änderungen am Artikel können Sie [hier](#) einsehen.

Impressum - Datenschutzerklärung



WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

[Hauptseite](#)

[Themenportale](#)

[Zufälliger Artikel](#)

Mitmachen

[Artikel verbessern](#)

[Neuen Artikel anlegen](#)

[Autorenportal](#)

[Hilfe](#)

[Letzte Änderungen](#)

[Kontakt](#)

[Spenden](#)

Werkzeuge

[Links auf diese Seite](#)

[Änderungen an
verlinkten Seiten](#)

[Spezialseiten](#)

[Permanenter Link](#)

[Seiteninformationen](#)

[Artikel zitieren](#)

[Wikidata-Datenobjekt](#)

Drucken/exportieren

[Als PDF herunterladen](#)

[Druckversion](#)

In anderen Projekten

[Commons](#)

Sprachen



[Links hinzufügen](#)

Nicht angemeldet [Diskussionsseite](#) [Beiträge](#) [Benutzerkonto erstellen](#) [Anmelden](#)

Artikel **Diskussion**

Weitere ▾

Wikipedia durchsuch



Wiki Loves
FOLKLORE

**Fotografiere deine traditionelle
Kultur, hilf Wikipedia und gewinne!**

Herbert Böhme (Superintendent)



Dieser Artikel oder nachfolgende Abschnitt ist nicht hinreichend mit **Belegen** (beispielsweise [Einzelnachweisen](#)) ausgestattet. Angaben ohne ausreichenden Beleg könnten demnächst entfernt werden. Bitte hilf Wikipedia, indem du die Angaben recherchierst und gute Belege einfügst.

Herbert Böhme (* 2. März 1879 in Oederan; † 7. Juni 1971 in Dresden) war von 1933 bis 1950 Superintendent der [Evangelisch-Lutherischen Landeskirche](#) im [Kirchenbezirk Meißen](#).

Bevor Herbert Böhme am 22. Januar 1933 zum Superintendenten berufen wurde, wirkte er als Pfarrer in [Löbau](#) sowie an der [Zionskirche](#) und in der [Kreuzkirche](#) in Dresden.

Bekannt wurde Herbert Böhme, als sich der damals 66-Jährige am 27. April 1945 gegen die Stadtoberen auflehnte und versuchte, in der zwischenzeitlich zur Festung erklärten Stadt [Meißen](#), den SS-Festungskommandanten und den damaligen Bürgermeister davon abzubringen, die Stadt bis auf das Letzte zu verteidigen, und somit unter anderem den Dom und die Burg zu verschonen. Daraufhin wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt. Nachdem er am 2. Mai 1945 zur Urteilsvollstreckung in das [Landgericht Dresden](#) überstellt worden war, hatte Generalstaatsanwalt Heinz Jung angeordnet, die etwa 300 in der Haftanstalt am Münchner Platz einsitzenden Gefangenen freizulassen.^{[1][2]}

Nach dem Ende seiner Tätigkeit als Superintendent 1950 wirkte er zum Teil noch in der [Dresdner Dreikönigskirche](#) und als [Domherr in Meißen](#).

Im Jahre 1987, sechzehn Jahre nach dem Tod Böhmes, wurde ihm zu Ehren in Meißen eine Straße nach ihm benannt.



[Gedenktafel](#) am Domplatz in [Meißen](#)

Weblinks [\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten \]](#)

Commons: Herbert Böhme – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

Einzelnachweise [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

- ↑ <https://www.stsg.de/cms/dresden/aktuelles/1945-2020-kalenderblatt-entlassung-der-letzten-haeftlinge-aus-der> ↗
- ↑ Annette Dubbers: *Die Südvorstadt. Aus der Geschichte eines Dresdner Stadtteils*. Eigenverlag Annette Dubbers in Kooperation mit dem Michel Sandstein Verlag, 2004, ISBN 3-937199-32-2, S. 49.

Normdaten (Person): **GND**: [1067636242](#) ↗ | **VIAF**: [314870459](#) ↗ | [Wikipedia-Personensuche](#)

Kategorien: [Lutherischer Theologe \(20. Jahrhundert\)](#)
| [Lutherischer Geistlicher \(Dresden\)](#)
| [Person \(Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens\)](#)
| [Domherr \(Meißen\)](#) | [Deutscher](#) | [Geboren 1879](#) | [Gestorben 1971](#) | [Mann](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 1. März 2023 um 12:28 Uhr bearbeitet.

[Abrufstatistik](#) · [Autoren](#)

Der Text ist unter der Lizenz „[Creative Commons Attribution/Share Alike](#)“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den [Nutzungsbedingungen](#) und der [Datenschutzrichtlinie](#) einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) [Über Wikipedia](#) [Impressum](#) [Mobile Ansicht](#) [Entwickler](#) [Statistiken](#)

[Stellungnahme zu Cookies](#)





WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite

Themenportale

Zufälliger Artikel

Mitmachen

Artikel verbessern

Neuen Artikel anlegen

Autorenportal

Hilfe

Letzte Änderungen

Kontakt

Spenden

Werkzeuge

Links auf diese Seite

Änderungen an
verlinkten Seiten

Spezialseiten

Permanenter Link

Seiteninformationen

Artikel zitieren

Wikidata-Datenobjekt

Drucken/exportieren

Als PDF herunterladen

Druckversion

In anderen Sprachen

Français

עברית

Links bearbeiten

Nicht angemeldet [Diskussionsseite](#) [Beiträge](#) [Benutzerkonto erstellen](#) [Anmelden](#)

Artikel [Diskussion](#)

Weitere

Wikipedia durchsuch



Wiki Loves
FOLKLORE

**Fotografiere deine traditionelle
Kultur, hilf Wikipedia und gewinne!**

Judenhaus

Als **Judenhaus** wurden in der Behördensprache des **NS-Staates** Wohnhäuser aus (ehemals) **jüdischem Eigentum** bezeichnet, in die ausschließlich jüdische Mieter und **Untermieter** zwangsweise eingewiesen wurden.^[1] Wer in diesem Zusammenhang als Jude galt, war im § 5 der *Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 14. November 1935 geregelt; ausgenommen wurden sogenannte **privilegierte Mischehen**.

Damit wurde zu Lasten der Juden Wohnraum für die sogenannte **deutschblütige** Bevölkerung freigemacht. Die Maßnahme erleichterte Diskriminierungen der jüdischen Bewohner und unterband gewachsene nachbarschaftliche Beziehungen.

Der Begriff *Judenhaus* wurde in die Alltagssprache des Dritten Reichs übernommen. Als Alternative zum nationalsozialistischen Begriff wird heute auch der Begriff *Ghettohaus* verwendet.



Weimar, [Belvederer Straße 6](#), Gedenktafel

Inhaltsverzeichnis [\[Verbergen\]](#)

- 1 [Lockerung des Mieterschutzes](#)
- 2 [Einweisung und Wohnsituation](#)
- 3 [Planungen für Berlin](#)
- 4 [Sogenannte Sammelwohnungen in Wien](#)
- 5 [Ungarn](#)
- 6 [Literatur](#)
- 7 [Weblinks](#)
- 8 [Einzelnachweise](#)

Lockerung des Mieterschutzes [\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten \]](#)

Die [Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens](#) (RGBl. I, S. 1709) vom 3. Dezember 1938 verpflichtete jüdische Hauseigentümer, ihre Immobilien



zu verkaufen. [Hermann Göring](#) teilte am 28. Dezember 1938 einschränkend mit, vordringlich sei die „[Arisierung](#)“ der Betriebe und Geschäfte, die „Arisierung“ des Hausbesitzes sei „an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen“. Es sei nämlich erwünscht, „in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, daß Juden in einem Haus zusammengelegt werden, soweit die Mietverhältnisse dies gestatten würden.“^[2]

Das [Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden](#) (RGBl. I, S. 864) vom 30. April 1939 lockerte den [Mieterschutz](#) für Juden.

In juristischen Kommentaren zum „Wohnungssonderrecht für Juden“ hieß es zur Begründung: „Es widerspricht nationalsozialistischem Rechtsempfinden, wenn deutsche Volksgenossen in einem Hause mit Juden zusammenleben müssen.“^[3] Jüdischen Mietern konnte vom „deutschblütigen“ Vermieter gekündigt werden, sofern Ersatzwohnraum nachgewiesen wurde. Eine vertraglich vereinbarte langfristige Mietdauer konnte auf die gesetzlichen Fristen reduziert werden. Jüdische Mieter konnten angewiesen werden, weitere Juden als [Untermieter](#) in ihre Wohnung aufzunehmen. Den [Mietvertrag](#) sowie die Höhe der Miete konnte die Gemeindebehörde bestimmen.

Schon im Vorgriff hatte eine „Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin und der Hauptstadt der Bewegung München“ (RGBl. I, S. 159) vom 8. Februar 1939 eine [Meldepflicht](#) für freiwerdende jüdische Wohnungen in Berlin und München eingeführt; diese sollten als Ersatzwohnraum für „deutschblütige Mieter“ dienen.^[4] Als die Konzentrationsbestrebungen in den Großstädten Berlin, München und Wien nicht den gewünschten Erfolg zeigten, wurde der Mieterschutz am 10. September 1940 dort auch für jüdische Mieter und Untermieter eingeschränkt, falls das Gebäude an einen „arischen“ Eigentümer übergegangen war oder von der Kultusgemeinde oder der [Reichsvereinigung der Juden in Deutschland](#) verwaltet wurde.^[5] Exemplarisch ist die von der Stadt [Köln](#) veröffentlichte Historie des Hauses Bier^[6] in der Hülchrather Straße 6 in Köln, für das der Künstler [Gunter Demnig](#) 2012 erstmals einen [Stolperstein](#) für ein [arisiertes](#) Wohngebäude verlegte.^[7]

Einweisung und Wohnsituation [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Bereits unmittelbar nach den [Novemberpogromen 1938](#) erwo [Hermann Göring](#) die Einrichtung von [Ghettos](#). [Reinhard Heydrich](#) hielt jedoch eine polizeiliche Überwachung dort für schwierig; er empfahl eine Unterbringung in Judenhäusern und rechnete dabei mit einer Kontrolle „durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung“.^[8]

Ab Herbst 1939 beginnend (in Wien und im [Sudetengau](#) auch schon vorher^[9]), aber auch zeitlich wesentlich später wie zum Beispiel Hamburg ab April 1942^[10]



Gedenktafel am Haus in der [Brühl 6](#) in ☐ Weimar

wurden alle [kennzeichnungspflichtigen Juden](#) auf Anweisung der [Gestapo](#) und teils unter erzwungener Mitwirkung der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* in „Judenhäuser“ eingewiesen und dort sehr beengt untergebracht. Der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland waren zahlreiche Gebäude überschrieben worden, weil kleinere Kultusgemeinden den Unterhalt nicht mehr finanzieren konnten oder sich auflösten. Oft wurden Juden in diese Einrichtungen eingewiesen: notdürftig zu Wohnzwecken umgewidmete Kindergärten und Schulen, Altersheime und Krankenhäuser, Büros und Versammlungsräume, Betsäle und Friedhofshallen.^[11]

Neben ideologischen Gründen bestimmten auch handfeste materielle Interessen diese Maßnahme. So forderte die [Stapoleitstelle Düsseldorf](#) im Herbst 1941 die Zusammenlegung mehrerer jüdischer Familien in eine Wohnung; dabei sei „als selbstverständlich vorauszusetzen, daß den Juden nur die ungesundesten und schlechtesten Wohnungen belassen“ blieben. Es würde für die deutschblütige Bevölkerung Wohnraum freigemacht, „ohne daß hierdurch eine finanzielle Belastung des Reiches oder der Gemeinden eintritt“. Die Wohnhäuser sollten jedoch „nicht alle nebeneinander zu liegen kommen (Ghettosierungsverbot)“.^[12]

Die allgemeine Wohnungsnot in Großstädten verschärfte sich laufend durch Luftangriffe. In [Hamburg](#) waren bis Ende 1941 schon über 1.000 Wohnungen durch Bomben zerstört worden. In einer vertraulichen Niederschrift hieß es: „Der ursprüngliche Plan, die Juden an mehreren Stellen im Stadtgebiet zusammenzuziehen, ist aufgegeben worden. Nunmehr hat der Führer auf Antrag des Reichsstatthalters entschieden, dass die hier wohnenden Juden bis auf ganz Alte und Sieche nach Osten evakuiert werden sollen. [...] Gerechnet wird [alsbald] mit einem Zugang von ca. 1.000 freien Wohnungen auf Grund dieser Maßnahme.“^[13]

In [Hannover](#) war die „Umsiedlungsaktion“ bereits im September 1941 abgeschlossen: Rund 1500 Juden waren in fünfzehn Gebäuden zusammengeballt; außer Wohnhäusern wurden auch ehemalige Büroräume, ein Gemeindehaus mit Schule und das israelitische Krankenhaus belegt.^[14] [Judenhäuser in Braunschweig](#) bestanden von 1939 bis Mitte/Ende 1943. Danach waren alle jüdischen Bewohner entweder ausgewandert, deportiert worden oder tot. In Hamburg wurden seit April 1942 alle noch nicht deportierten Träger von „[Judensternen](#)“ zwangsweise in Judenhäuser eingewiesen; betroffen waren davon ab Herbst 1942 auch die Partner aus „[nichtprivilegierten Mischehen](#)“. Ab 1943 mussten in einigen [Reichsgauen](#) auch Partner aus „privilegierten Mischehen“ in



Das „Judenhaus“
Knochenhauerstraße 61 (links) inspizierte der Vorsitzende der [Jüdischen Gemeinde in Hannover](#), [Max Schleisner](#)
Foto von 1898, Bildarchiv [Historisches Museum Hannover](#)

Judenhäuser umziehen.^[15]

In Hamburg wurden pro Person sechs bis acht Quadratmeter Wohnfläche zugestanden. Ein Mitarbeiter der *Reichsvereinigung* berichtete 1941 aus Hannover: „Bett neben Bett, kein Platz für Gänge. [...] Tische und Stühle fehlen wegen Platzmangels. [...] Keine 3 qm Grundfläche.“^[16] Victor Klemperer notierte über ein Dresdner Judenhaus: „Cohns, Stühlers, wir. Badezimmer und Klo gemeinsam. Küche gemeinsam mit Stühlers, nur halb getrennt – eine Wasserstelle für alle drei [...] Es ist schon halb Barackenleben, man stolpert übereinander, durcheinander.“^[17]

Die Judenhäuser und Judenwohnungen mussten gemäß einer Anweisung des [Reichssicherheitshauptamtes](#) bis zum 15. März 1942 mit einem auf weißem Papier gedruckten schwarzen Judenstern an der Eingangstür gekennzeichnet werden^[18] und standen unter Kontrolle der Gestapo^[19]. Klemperer schreibt in seinen Tagebüchern mehrfach über ihm berichtete wie auch selbst erlebte „Haussuchungspogrome“, bei denen die Bewohner von Gestapobeamten beleidigt, bespuckt, geohrfeigt, getreten, geschlagen und bestohlen wurden. „Im Aufwachen: Werden ‚sie‘ heute kommen? Beim Waschen...: Wohin mit der Seife, wenn ‚sie‘ jetzt kommen? Dann Frühstück: alles aus dem Versteck holen, in das Versteck zurücktragen. [...] Dann das Klingeln... Ist es die Briefträgerin, oder sind ‚sie‘ es?“^[20]

Planungen für Berlin [\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten \]](#)

Ab Januar 1941 und verstärkt ab Ende März 1941 mussten in Berlin zahlreiche Juden ihre Wohnungen verlassen, um Platz zu schaffen oder Ersatzwohnraum freizugeben, weil die Reichshauptstadt nach Plänen von [Generalbauinspektor Albert Speer](#) großräumig umgestaltet werden sollte.^[21] Allein im August 1941 sollten über 5000 „jüdische Wohnungen“ geräumt werden.^[22]

Nicht realisiert wurden Pläne, die im Zusammenhang mit der Einführung des Judensterns im [Reichspropagandaministerium](#) im August 1941 besprochen wurden. Danach sollten mehr als 70.000 Berliner Juden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Barackenlagern konzentriert werden.^[23] Da im Herbst 1941 die [Deportationen reichsdeutscher Juden](#) nach [Litzmannstadt \(Łódź\)](#), [Minsk](#) und [Riga](#) einsetzten, blieb es bei zahlreichen Zwangsräumungen und Wohnungszusammenlegungen.

Sogenannte Sammelwohnungen in Wien [\[Bearbeiten |](#)

[Quelltext bearbeiten \]](#)

Am Beispiel des gesamten Wohnhauses und speziell der Wohnung von [Sigmund Freud](#) in der [Berggasse 19](#) in [Wien](#) wurde das System der „Arisierung“ von Wohnungseigentum umfassend erforscht und dargestellt.^{[24][25]}

Ungarn [\[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten \]](#)


Nach der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 wurden ab Mai 1944 die

Juden im [Komitat Fejér](#) von der intakten ungarischen Kommunalverwaltung in Häuser von Juden zusammengepfercht, die dann mit einem gelben Stern gekennzeichnet wurden.^[26]

Literatur [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

- Karin Guth: *Bornstraße 22. Ein Erinnerungsbuch. „... wir mußten ja ins Judenhaus, in ein kleines Loch.“* Dölling und Galitz, Hamburg 2001, [ISBN 3-935549-06-7](#).
- Roland Maier: *Die Verfolgung und Deportation der jüdischen Bevölkerung*, in: Ingrid Bauz, Sigrid Brüggemann, Roland Maier (Hrsg.): *Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern*, Schmetterling, Stuttgart 2013, [ISBN 3-89657-145-1](#), S. 259–304.
- Guy Miron (Hrsg.): *The Yad Vashem encyclopedia of the ghettos during the Holocaust*, Yad Vashem, Jerusalem 2009, [ISBN 978-965-308-345-5](#), dort: *Judenhäuser in Germany. Bases on excerpts from articles by Marlis Buchholz and Konrad Kwiet*, S. 999–1001.
- Willy Rink: *Das Judenhaus: Erinnerungen an Juden und Nichtjuden unter einem Dach. Aktives Museum Spiegelgasse für Deutsch-Jüdische Geschichte*, Wiesbaden 2008, [ISBN 978-3-941289-02-4](#).
- Willy Rink: *Stolpersteine: Späte Gedanken über das Leben im Judenhaus*. Epubli GmbH, Berlin 2015, [ISBN 978-3-7375-4758-1](#).
- [Susanne Willems](#): *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungspolitik für den Berliner Hauptstadtbau*. Edition Hentrich, Berlin 2002, [ISBN 3-89468-259-0](#) (*Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz 10*, zugleich [Dissertation](#) an der [Universität Bochum](#) 1999 unter dem Titel: *Stadtmodernisierung, Wohnungsmarkt und Judenverfolgung in Berlin 1938 bis 1943.*).
- Renate Hebauf: *Gaußstraße 14, Ein Ghettohaus in Frankfurt am Main, Die Geschichte eines Hauses und seiner jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner zwischen 1912 und 1945*, Cocon-Verlag Hanau 2010.
- Jan Oestreich u. a.: *Verdrängt – Verfolgt – Vergessen. Das „Judenhaus“ Weender Landstr. 26 und seine BewohnerInnen*, in: *Schriften der Göttinger Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*, Heft 6, Göttingen 2016.
- [Peter Franz](#): *Das Judenhaus. Eine Viehhandlung wurde zum „Judenhaus“*. Die Nr. 11 aus der Reihe der *Apoldaer Judengeschichten*. Apolda 2019, [ISBN 3-935275-74-9](#).

Weblinks [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

-  **Commons: Judenhaus** – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien
- [Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939 \(RGBl. 1939 I, 864\)](#) ↗
- [Das Judenhaus Bornstraße 22 \(Louis-Levy-Stift\)](#) ↗ (Memento vom 13. November 2012 im *Internet Archive*), [Hamburg](#)
- [„Judenhäuser“ in Leipzig 1939–1945. Ein Schülerprojekt](#) ↗

- „Judenhäuser“ in [Düsseldorf](#), Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf. ([Website mit interaktiver Karte ↗](#))

Einzelnachweise [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

1. ↑ Angelika Schwarz: *Von den Wohnstiften zu den „Judenhäusern“*; in: [Angelika Ebbinghaus](#), Karsten Linne (Hrsg.): *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“*; Hamburg 1997; ISBN 3-434-52006-6; S. 246.
2. ↑ Als Dokument 215 abgedruckt in: [Susanne Heim](#) (Bearb.): *Deutsches Reich 1938 – August 1939*, (Dokumente, Reihe: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* Band 2) München 2009, ISBN 978-3-486-58523-0, S. 583 / ebenso als PS-069 in: IMT: *Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Band XXV, S. 132f.
3. ↑ Angela Schwarz: *Von den Wohnstiften zu den ‚Judenhäusern‘*. In: *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im 3. Reich*, herausgegeben von Angelika Ebbinghaus und Linne Karsten, Europäische Verlagsanstalt (eva), Stuttgart 1997, ISBN 978-3-434-52006-1, S. 238.
4. ↑ [Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin und der Hauptstadt der Bewegung München vom 8. Februar 1939 ↗](#) (RGBl. I, S. 159)
5. ↑ [Wolf Gruner](#): *Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt*. Berlin 1996, ISBN 3-89468-238-8, S. 66 bzw. 75.
6. ↑ [Das Haus Bier in der Hülchrather Straße. ↗](#) In: *Webseite der Stadt Köln*. Stadt Köln, abgerufen am 22. August 2018.
7. ↑ Aachener Anwaltverein (Hrsg.): *Hülchrather Straße 6 – ein Kölner Ghettohaus als Wartehalle in den Tod Sieben Stolpersteine am OLG erinnern an ermordete jüdische Bürger. ↗* (pdf; 1,9 MB) In: *Mitteilungen des AAV*. Ausgabe 17, März 2015, S. 25, archiviert vom [Original](#) am 22. August 2018; abgerufen am 23. Juli 2022.
8. ↑ *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*. Band 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939. München 2009, ISBN 978-3-486-58523-0, Dokument 146: Besprechung bei Göring..., S. 432.
9. ↑ *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945* (Quellensammlung), Band 3: *Deutsches Reich und Protektorat September 1939 – September 1941* (bearb. von Andrea Löw), München 2012, ISBN 978-3-486-58524-7, S. 43.
10. ↑ Ina Lorenz: *Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der „Endlösung“*. In: Arno Herzig und Ina Lorenz (Hrsg.): *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus*. Hamburg 1992, ISBN 3-7672-1173-4, S. 215.
11. ↑ [Konrad Kwiet](#): *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*. In: [Wolfgang Benz](#) (Hrsg.): *Die Juden in Deutschland 1933-1945*. München 1988, ISBN 3-406-33324-9, S. 633.

12. ↑ Konrad Kwiet: *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Die Juden in Deutschland 1933-1945*. München 1966, S. 634.
13. ↑ Zitat bei Ina Lorenz: *Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der „Endlösung“*. In: Arno Herzig und Ina Lorenz (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Saskia Rohde: *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus*. Hamburg 1992, ISBN 3-7672-1173-4; S. 214 f. Tatsächlich wurden bis Juli 1942 1.900 Wohnungen frei.
14. ↑ VEJ 3/215 = *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945* (Quellensammlung), Band 3: Deutsches Reich und Protektorat September 1939 – September 1941 (bearb. von Andrea Löw), München 2012, ISBN 978-3-486-58524-7, S. 527–529.
15. ↑ Deutsch-jüdische-Gesellschaft Hamburg (Hrsg.): *Wegweiser zu ehemaligen jüdischen Stätten in den Stadtteilen Eimsbüttel/Rotherbaum*; Hamburg 1985; S. 140.
16. ↑ VEJ 3/215 = *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945* (Quellensammlung), München 2012, ISBN 978-3-486-58524-7, S. 528.
17. ↑ Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942–1945*. Berlin 1995, ISBN 3-351-02340-5; S. 459 (14. Dezember 1943).
18. ↑ Joseph Walk (Hrsg.): *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*. 2. Aufl. Heidelberg 1996, ISBN 3-8252-1889-9, S. 366 / *weißer Stern* bei Ina Lorenz: *Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der „Endlösung“*. In: Arno Herzig und Ina Lorenz (Hrsg.): *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus*. Hamburg 1992, ISBN 3-7672-1173-4; S. 214 und 226 / Dokument VEJ 6/95 in: Susanne Heim (Bearb.): *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden...* Band 6: *Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren Oktober 1941–März 1943*. Berlin 2019, ISBN 978-3-11-036496-5, S. 299.
19. ↑ Beate Meyer: *Glossar*; in: Ulrike Sparr: *Stolpersteine in Hamburg-Winterhude*; Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung, 2008; ISBN 978-3-929728-16-3; S. 290.
20. ↑ Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen ... Tagebücher 1942–1945*. ISBN 3-351-02340-5, S. 215 (20. August 1942), siehe auch S. 92–98 und 119–124.
21. ↑ Susanne Willems: *Der entsiedelte Jude - Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau*. 2. durchgeseh. Auflage Berlin 2018, ISBN 978-3-360-01332-3, S. 195–325.
22. ↑ Wolf Gruner: *Judenverfolgung in Berlin 1933–1945 ...*; Berlin 1996; ISBN 3-89468-238-8; S. 79. Genauer bei Susanne Willems: *Der entsiedelte Jude*; Berlin 2002; ISBN 3-89468-259-0; S. 374.
23. ↑ Wolf Gruner: *Terra incognita? Die Lager für den jüdischen Arbeitseinsatz (1938–1942) ...*; in: Ursula Büttner (Hrsg.): *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*; Frankfurt am Main 2003; ISBN 3-596-

15896-6; S. 175.

24. ↑ [Onlineauftritt freud museum wien](#) ↗ (Memento des [Originals](#) vom 31. Januar 2012 im *Internet Archive*) **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß [Anleitung](#) und entferne dann diesen Hinweis. (PDF; 122 kB) Ausstellung 2003 *Freuds verschwundene Nachbarn*
25. ↑ [Onlineauftritt judentum.net](#) ↗ Ausstellung 2003 *Freuds verschwundene Nachbarn*, mit Fotos.
26. ↑ Artikel *Mór*, in: Guy Miron (Hrsg.): *The Yad Vashem encyclopedia of the ghettos during the Holocaust*. Jerusalem : Yad Vashem, 2009 [ISBN 978-965-308-345-5](#), S. 497f.

Kategorien: [Judenverfolgung im Deutschen Reich \(1933–1945\)](#)
| [Recht \(Deutsches Reich, 1933–1945\)](#) | [Antisemitisches Recht](#)
| [Privatrechtsgeschichte](#) | [Mietrecht \(Deutschland\)](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 16. März 2023 um 16:31 Uhr bearbeitet.

[Abrufstatistik](#) · [Autoren](#)

Der Text ist unter der Lizenz „[Creative Commons Attribution/Share Alike](#)“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den [Nutzungsbedingungen](#) und der [Datenschutzrichtlinie](#) einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) [Über Wikipedia](#) [Impressum](#) [Mobile Ansicht](#) [Entwickler](#) [Statistiken](#)

[Stellungnahme zu Cookies](#)

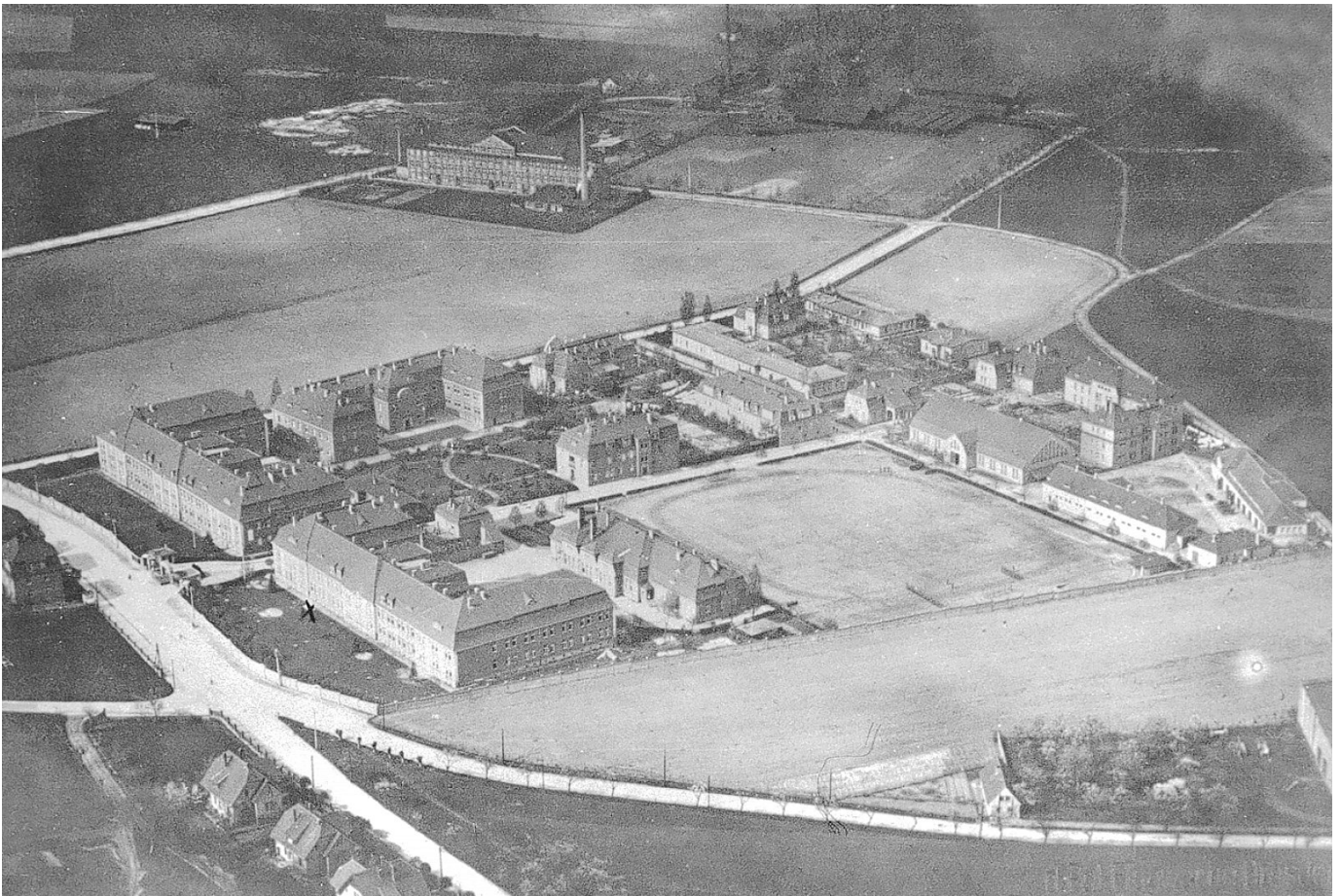




Aktuelle Seite: / [Startseite](#) ▶ / [Stadtgeschichte](#) ▶
/ [Das Militär kehrte nach Zaschendorf zurück](#)

Suchen

Das Militär kehrte nach Zaschendorf zurück



Vor 100 Jahren wurde die Jägerkaserne in Meißen-Zaschendorf eingeweiht. Dr. Günter Naumann schildert in einer Serie die Geschichte des Areals.

Für die Ausbildung an der Meißner Landespolizeischule wurde der Schießstand in Neusörnwitz genutzt. Handgranatenwerfen übte man im Spaargebirge auf der Karlshöhe und in den Sandgruben an der Großhügelstraße. Geländemärsche wurden ebenfalls ins Spaargebirge

Um unsere Webseite für Sie optimal zu gestalten und fortlaufend verbessern zu können, verwenden wir Cookies. Durch die weitere Nutzung der Webseite stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. Weitere Informationen zu Cookies erhalten Sie in unserer

Cookies
ablehnen

Cookies
zulassen

Datenschutzerklärung

die Polizei-Transportgriffe. Später kamen Selbstverteidigung, Boxen und Schwimmen hinzu. An einem hölzernen Übungshaus, aufgestellt an der östlichen Ecke des Exerzierplatzes, wurde der Häuserkampf geübt, zum Beispiel das Klettern an Blitzableitern und Balkonen und der Kampf auf steilen Dächern.

Bereits ab 1922 wurden auf dem Exerzierplatz in der Kaserne Sportfeste durchgeführt. Bei der Meißner Bevölkerung fanden sie großen Anklang. Allerdings war der Boden des Platzes zu hart, es gab zu wenig Platz für die Zuschauer. Als in den folgenden Jahren die sportliche Betätigung der Anwärter eine immer größere Rolle spielte und sehr gute Sportler auch an Landeswettkämpfen der Polizei teilnahmen, machte sich das Fehlen eines regulären Sportplatzes immer mehr bemerkbar. Zur Anlage eines eigenen Sportplatzes stellte die „Meißner Ofen- und Porzellanfabrik vorm. Carl Teichert“ der Landespolizeischule 1928 unentgeltlich Gelände auf ihrem Terrain in Zaschendorf zur Verfügung. Es war bisher als Abladeplatz für Keramikabfälle genutzt worden. Die Polizei-Anwärter legten hier im Verlauf von zwei Jahren einen Sportplatz an. Jeder Anwärter leistete dafür etwa 14 Arbeitsstunden. Die Einweihung des neuen Sportplatzes erfolgte am 13. Juli 1930 im Rahmen des jährlichen Sportfestes. Der Platz befand sich an der Hermann-Grafe-Straße schräg gegenüber der Schuhfabrik. Heute steht auf dort ein Autohaus.

Die Ausbildung wurde mit militärischer Härte durchgeführt, denn außer den Lehrern für die allgemeinbildenden Fächer waren die Ausbilder meist ehemalige Berufssoldaten. Die Landespolizeischule nahm an insgesamt 29 Sondereinsätzen teil. Dies betraf vor allem die Niederschlagung politischer Unruhen in Dresden und Leipzig. Die Dresdner Demonstranten sprachen über die dort eingesetzten Polizei-Anwärter mit besonderer Wut von den „Meißner Bluthunden“. In Meißen selbst gab es nur wenige solche Einsätze, etwa am 1. Mai 1924 gemeinsam mit der Meißner Polizei bei der Auflösung des verbotenen Demonstrationzuges. Bei den weiteren Einsätzen der Landespolizeischule handelte es sich um Katastropheneinsätze sowie die Absicherung von Staatsbesuchen und Großveranstaltungen. Obwohl von Anfang an auf eine politisch neutrale Erziehung Wert gelegt worden war, breitete sich schließlich auch in der Landespolizeischule nationalsozialistisches Gedankengut aus. Schikanöse Behandlung und militärischer Drill zogen wieder ein. Das veranlasste den SPD-Abgeordneten Liebmann dazu, im Juli 1931 im Sächsischen Landtag in einer Debatte über die Militarisierung der Polizei und die Verhältnisse an der Landespolizeischule Meißen zu sprechen. In der „Volkszeitung“ vom 5. Oktober 1931 wird unter der Überschrift „Nazipropaganda in der Polizeischule“ berichtet, dass sich Polizeihauptmann Gelbrich zum „Bund“, einer reaktionären Splitterorganisation der Polizeibeamten, bekennt und Anwärter Zeun eine „besonders stramme Nazinummer“ sei, der Chef der Polizeischule, Oberstleutnant Meißner, aber angeblich nichts von alledem wisse.

Bis 1933 gab es an der Landespolizeischule keine politische Führung. Das änderte sich ab März jenes Jahres. Am 7. März 1933 wurden im Rahmen einer sachsenweiten Aktion auch in der Meißner Landespolizeischule durch SA und SS, NSDAP und Stahlhelm die Hakenkreuz-Fahne des Dritten Reiches und die schwarz-weiß-rote Fahne des ehemaligen deutschen Kaiserreiches aufgezogen: Symbole für die Machtergreifung der NSDAP und für die Überwindung der Folgen der November-Revolution von 1918. Am 11. März sprach Polizeioberpräsident von Detten (NSDAP) in der Landespolizeischule über die Bedeutung der „nationalen Erhebung“.

Beim Neuaufbau der Landespolizei wurden an der Landespolizeischule die Ausbildungsziele und

der Lehrkörper grundlegend verändert. Der Polizeifachunterricht fiel fast ganz weg. An seine Stelle trat mehr und mehr eine Militärausbildung. Führer und Unterführer wurden zu Lehrgängen der infanteristischen Grundausbildung abkommandiert. Man führte den Stahlhelm ein. Im August 1934 erhielt die Landespolizei erstmals eine eigene Fahne. Erstmals wurden die Polizei-Anwärter durch Berühren der Fahne auf Führer und Vaterland vereidigt. Ebenfalls 1934 übertrug man der Schule die Ausbildung der Offiziersanwärter. In einer Mitteilung wurde als Voraussetzung für die Einstellung die Mitgliedschaft in der SA, der SS oder dergleichen genannt. Am 31. März 1935 wurde die Landespolizeischule in Meißen geschlossen.

Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich wurde die Meißner Jägerkaserne nun in nur dreieinhalb Monaten zur Kaserne für eine vollmotorisierte Korps-Nachrichten-Abteilung der Wehrmacht umgebaut. Fast alle bereits bestehenden Gebäude passte man dem neuen Verwendungszweck an. Vor allem aber erweiterte man die Kaserne: Die heutige Jägerstraße und das Gelände zwischen dieser und der Hermann-Grafe-Straße wurden einbezogen. Dort errichtete man sieben Kraftfahrzeughallen, eine Reparaturwerkstatt, eine Tankstelle sowie eine Gas- und Entseuchungsanlage. Das ehemalige Garnisonslazarett wurde nicht für die Nachrichten-Abteilung benötigt. Man baute es für die Heeresstandortverwaltung Meißen um, die einen separaten Zugang von der Ziegelstraße aus erhielt.

Am 15. Oktober 1935 wurde Meißen mit dem Einzug des Stammes der „Korps-Nachrichten-Abteilung 44“ in die Jägerkaserne wieder Garnisonsstadt. Vertreter der Stadtverwaltung und die Bevölkerung empfingen die einziehende Truppe herzlich. Am Kasernentor übergab Regierungsbaurat Gaile den Schlüssel an Oberstleutnant Oberhäußer, den Kommandeur der Nachrichten-Abteilung 44. Zur neuen Garnison gehörten zwei Fernsprech- und eine Funk-Kompanie. Genutzt wurde der Schießstand in Neusörnwitz.

Für die Unterbringung von Offiziersfamilien war im Herbst 1935 vom Meißner Bauverein das Vier-Familien-Wohnhaus Kruspestraße 52 errichtet worden. Im September 1936 war auch die künstlerische Ausschmückung von Räumen der Kaserne beendet. In Unteroffiziers-Speisesaal, Mannschafts-Speisesaal und Kantinenraum hatten Gerhard Schiffner und Rudolf Bergander großflächige Wandgemälde zum Thema „Meißner Soldaten im Wandel der Zeiten“ geschaffen. Ebenfalls im September 1936 wurde auf dem Mittelpfeiler des Kasernen-Eingangstors ein über zwei Meter breiter Hoheits-Adler in Bronze aufgestellt. Geschaffen hatte ihn der Meißner Künstler Alfred Borsdorf.

Am 30. April 1938 gab das „Meißner Tageblatt“ bekannt, dass der Kaserne vom Oberkommando des Heeres der Name „Hindenburg-Kaserne“ verliehen worden sei. Ab Kriegsbeginn war sie vor allem durch die „Nachrichten Ersatz Abteilung 4“ belegt. Als zweite Formation wurde hier am 1. Mai 1941 die „Nachrichten Dolmetscher Ersatz-Abteilung“ des Heeres aufgestellt, die man im April 1943 zur „Nachrichten Dolmetscher Ersatz- und Ausbildungs-Abteilung“ umbildete. Untergebracht war sie im Mannschaftshaus III. Im März 1944 wurde sie von Meißen nach St. Avold in Lothringen verlegt.

Die in Meißen ausgebildeten Angehörigen dieser Abteilung wurden an der Front für das Abhören des gegnerischen Funk- und Fernsprechverkehrs eingesetzt. Dementsprechend überwog die Fremdsprachenausbildung. Die militärische Grundausbildung, Geländeübungen, Schießübungen und Sport sowie die Fernsprechausbildung waren stark reduziert. Im Gegensatz zu allen anderen in Meißen garnisonierten Truppenteilen erfährt man über die Dolmetscher-Abteilung sehr viel aus dem „Meißner Tageblatt“. Die hoch gebildeten Angehörigen dieser Formation richteten alljährlich

zum „Tag der Wehrmacht“ und zu anderen Gelegenheiten völkerkundlich geprägte kulturelle Veranstaltungen aus, die bei den Meißnern sehr beliebt waren. Die Berichterstattung des „Tageblatts“ war begeistert. So werden die von den Dolmetschern zum „Tag der Wehrmacht“ 1943 in der Zaschendorfer Kaserne geplanten Veranstaltungen wie folgt angekündigt: „Auch in diesem Jahr wollen uns die Dolmetscher die Mannigfaltigkeit der Völker aus aller Welt zeigen, deren Sprachen sie vertreten.“ In Zaschendorf veranstalten sie „eine Tiroler Kirmes mit Bauernkapelle, mit Schuhplattlern und mit Volksbelustigungen aller Art. Von dort aus geht es zum Freihafen, einer karibischen Szene auf dem Meeresgrund und zu Medizinmännern und zur spiritistischen Sitzung. In Stuben und Buden haben die Dolmetscher Überraschungen vorbereitet. Da sind Ukrainer in ihrer Bauernstube, die Bosniaken mit ihrer Kaffeestube, da sind die ‘Goldene Stadt’, die Schwedenstube und die Afrikaschau. Daneben laufen Kabaretts, Varietévorstellungen, Chorsingen, Kapellen spielen. Jeder kann über das Megaphon seine eigene Stimme hören oder Reit- und Fahrunterricht nehmen. Er kann mit Kleinkalibergewehren oder Luftbüchsen schießen. Es gibt Eintopfessen (Löffel mitbringen!), Bier und Wein und eine Tombola. Für den Verkehr sorgen Pferdeomnibusse, die am Bahnhof eingesetzt werden.“

Die Angehörigen der Dolmetscher-Abteilung pflegten auch persönliche Kontakte zu Intellektuellen in Meißen. Dazu gehörte der von den Nazis angefeindete anthroposophische Kreis um Monica von Miltitz in Siebeneichen. Monica von Miltitz beschreibt die Angehörigen der Dolmetscher-Abteilung in ihren Lebenserinnerungen. „Noch konnte ich bis 1944 die kulturelle Mission Siebeneichens aufrecht erhalten. In Meißen war eine Dolmetscherabteilung untergebracht, in den Augen des Militärs lauter unmilitärisches Gesindel. Künstler oder Diplomaten aus dem fernen Osten, Kaufleute aus Südamerika, Philosophen, Symphoniker, Dichter und Komponisten, alles Menschen, die sehr kulturbedürftig waren. Alle 14 Tage gab es bei uns einen Kulturabend, wo Musik gemacht wurde, oder einer seine Dichtungen vorlas, oder ich einen Vortrag hielt, oder Prinz Friedrich Ernst von Sachsen-Altenburg sprach. ... 1944 wurde den Dolmetschern der Besuch in Siebeneichen verboten, und mein Sohn, der nach dem Tode seines Bruders die Bewirtschaftung des Gutes übernommen hatte und als unabhkömmlich galt, als Strafe für mich an die Front geschickt.“

Wie beliebt die Dolmetscher in Meißen waren und wie wohl sie sich hier fühlten, geht aus einem Feldpostbrief des Wachtmeisters Werner Wecken hervor. „Ihr Lieben zu Haus! Heute möchte ich Euch einmal wieder einen Gruß senden. Die Kompanie rückte am Nachmittag ab nach unserem neuen Unterkunftsart St. Avold in Lothringen. Nun bin ich noch bis Freitag mit einem Nachkommando hier und muß alle Leitungen abbauen im Kasernenbereich. Am Freitagnachmittag fahre ich dann auch fort von hier und hoffe am Sonntagabend in St. Avold zu sein. Mit sehr schwerem Herzen gehen wir von hier fort, diesem schönen Stückchen Erde. Trotz des starken Schneegestöbers, das heute Nachmittag herrschte, bereitete uns die Bevölkerung von Meißen einen Abschied, an den die Abteilung noch lange zurückdenken wird.“ Nach dem Auszug der Dolmetscher wurde das Mannschaftshaus III offenbar durch die nach Meißen verlegte "Artillerieschule I" bezogen, die bis zum 8. April 1945 in Meißen blieb.

[Geschichte](#) [Jägerkaserne](#) [Stadt Meißen](#)



Verwandte Beiträge

Preiswerte Waren und soziales Engagement
Von der Dorfschänke zum Großgasthof
Ein Bild von Meißen als Hoffnungszeichen
Alte Aufzeichnungen geben Auskunft über die Ernten
Erstes Geschäft war am Neumarkt
„Neue Sorge“ lag nahe an Meißen's Richtplatz
Feierhalle im Stil der „Neuen Sachlichkeit“
Rundgang zu bedeutenden Persönlichkeiten
Erntedank und Werbung für den sächsischen Wein
Die Geschichte einer königlichen Hochzeit
Idee einer schönen Engländerin
Erinnerung an Porzellankünstler und Keramik-Tradition
Aufschwung, Untergang und ein neuer Anfang nach Jahrzehnten
Das Tageblatt als Spiegel der Geschichte
Der Erfolg des genauen Beobachters Otto Pilz
Wie der Jugendstil aufs Meissener Porzellan kam
Auf dem Markt sah es aus wie in einem Schweinestall
Ein besonderer Blick auf Elbe und Boselfelsen
Früher Militärgelände, heute Industriegebiet
Die Zeitung und die Denkmalpflege

Beliebte Tags

Stadt Meißen Stadtgeschichte Geschichte Meissen Persönlichkeiten der Stadt Meißen Meißner Tageblatt
Einzelhandel Kunst Wirtschaft Denkmalpflege

Hauptmenü

[HOME](#)

[STADTGESCHICHTE](#)

[ONLINE ARCHIV](#)

KONTAKT

Meißner Tageblatt Verlags GmbH

Am Sand 1 c

01665 Diera-Zehren, OT Nieschütz

Telefon: (03525) 71 86 0

Fax: (03525) 71 86 12

E-Mail: info@meissnertageblatt.de

Web: www.meissnertageblatt.de

NEUSTE BEITRÄGE

- **DIE MEISSNER JAHRE DES KÜNSTLERS OSKAR ZWINTSCHER**
- **ZIEGELROTE DÄCHER, SOMMERBLAUE MONDNACHT**
- **MEISSEN IN FLAMMEN!**
- **GLÜCKSMOMENTE IN DER NACHKRIEGSZEIT**
- **EIN CÖLLNER „GESCHICHTSBUCH“**

MENÜ

-
- **LOGIN**
 - **KONTAKT**
 - **IMPRESSUM**
 - **DATENSCHUTZERKLÄRUNG**

Copyright © 2023 Meißner Tageblatt. Alle Rechte vorbehalten. Designed By NooTheme.Com.
Joomla! Ist Freie, Unter Der GNU/GPL-Lizenz Veröffentlichte Software.

Artillerie Kaserne Meissen Bohnitzsch

Meissen Bohnitzsch

1936 entstand im Meißner Stadtteil Bohnitzsch eine Artillerie Kaserne. 15 Kasernengebäude, einige Nebengebäude und riesige KFZ und NFZ Lagerhallen wurden auf dem ca. 25 Hektar großen Gelände erbaut. Nach dem Krieg ging diese wie alle Kasernen im Osten von Deutschland in Russische Hand. Bis 1992 wurde sie von den Sowjets genutzt. Ein Paintball-Veranstalter ist auf dem Gelände ansässig und vor ein paar Jahren wurde ein Teil der Gebäude abgerissen und eine Solarlandschaft zu verwirklichen. Der Rest der Kasernengebäude sollen für ein neues Gewerbegebiet weichen.

hier gehts zur Galerie:



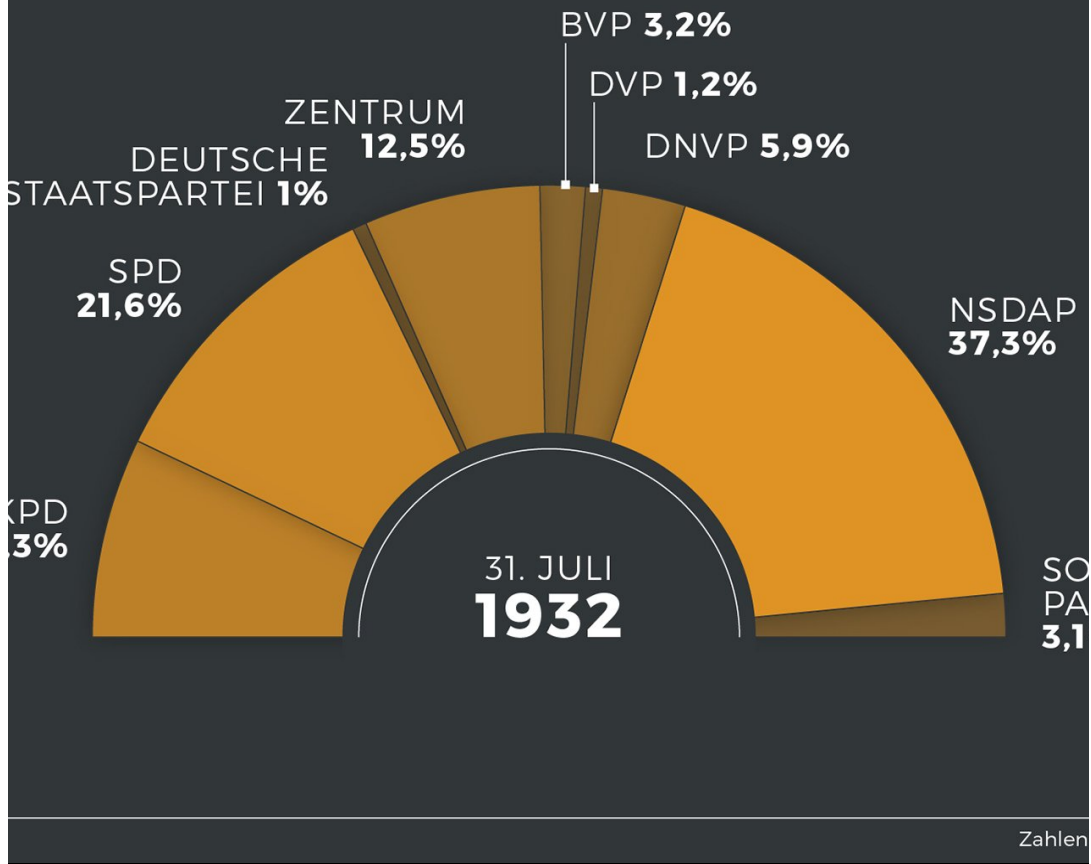
weitere Informationen, beispielsweise zur Kontrolle von Cookies, findest du hier: [Cookie-Richtlinie](#)

 Twitter

 Facebook

Wird geladen ...

Erstelle kostenlos eine Website oder ein Blog auf WordPress.com.



+ -

Ergebnis der Reichstagswahl am 31. Juli 1932

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1933, S. 539

© Infographics Group GmbH

Schlagwörter:

[Reichstagswahl](#) [Reichstag](#) [Wahl](#) [Wahlkampf](#) [Partei](#) [Demokratie](#)

Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 zeichnete sich durch die hohe Wahlbeteiligung von 83,4% aus. Die [NSDAP](#) gewann 37,3% der Stimmen und wurde die mit Abstand stärkste Partei. [Zentrum](#) und [BVP](#) konnten noch einige Mandate hinzugewinnen, die anderen Mittelparteien wurden fast vollständig aufgegeben. Die [SPD](#) verlor zehn Mandate, die [KPD](#) gewann zwölf hinzu. NSDAP und KPD stellten zusammen mehr als die Hälfte der Abgeordneten und konnten so den Reichstag beliebig blockieren.

Diese Statistik ist eingebunden in folgende LeMO-Seiten:

[Chronik 1932](#)

[Weimarer Republik - Parteien, Wahlen und Wahlrecht](#)

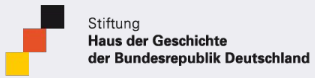
[Der "Preußenschlag" 1932](#)

[BVG-Streik](#)

[Ernennung Hitlers zum Reichskanzler](#)

Anfragen wegen Bildvorlagen bitte unter Angabe des Verwendungszwecks an: fotoservice@dhm.de

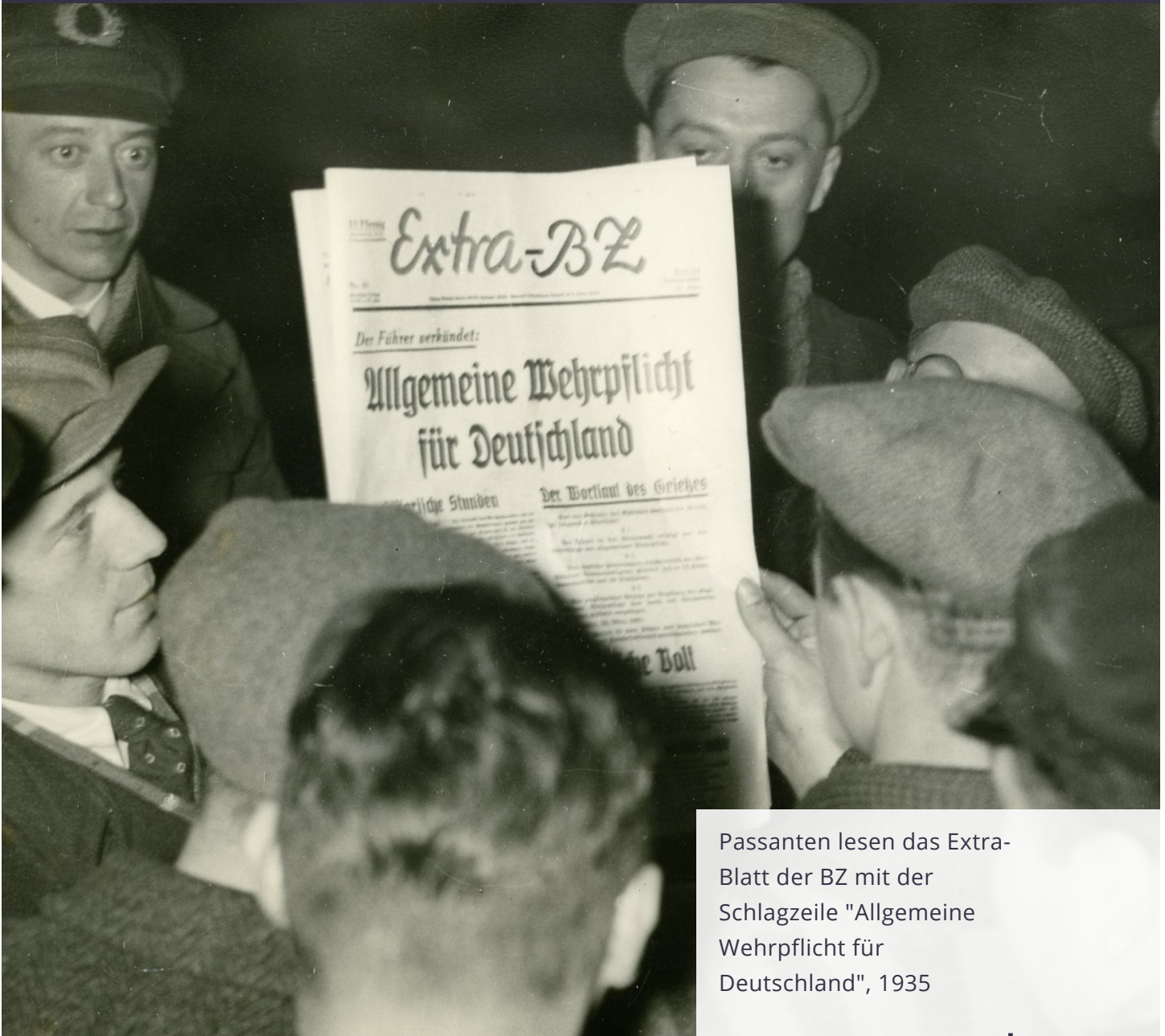
[Kontakt](#) [Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



Das
Bundesarchiv



Passanten lesen das Extra-Blatt der BZ mit der Schlagzeile "Allgemeine Wehrpflicht für Deutschland", 1935



> Der Zweite Weltkrieg > Kriegsverlauf

Die Wehrmacht

Unmittelbar nach der [Machtübernahme](#) der Nationalsozialisten 1933 erkannte der neue Reichskanzler [Adolf Hitler](#) die Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919, der die Heeresstärke der [Reichswehr](#) auf 100.000 Berufssoldaten festschrieb, für Deutschland als nicht mehr bindend

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1939 1940



an. Die Reichswehrführung, fasziniert von der Aussicht auf den Wiederaufstieg Deutschlands zur militärischen Großmacht, unterstützte bedingungslos Hitlers Außenpolitik, die ganz offen auf die Revision des Vertragswerkes von Versailles hinzielte. Um die bereits in der Weimarer Republik geheim begonnene Aufrüstung zu forcieren, entschloss sich Hitler auf Initiative von Reichswehrminister General [Werner von Blomberg](#) 1933 zum Verlassen der Genfer Abrüstungskonferenz und zum Austritt aus dem Völkerbund. Forciert haben Blomberg und sein Chef des Ministeramts, [Walter von Reichenau](#), auch die freiwillige Unterwerfung des Militärs unter den Führungsanspruch Hitlers und der [NSDAP](#).

Die Armee als politisches Instrument der NSDAP

1934 begannen politische Schulungen mit Materialien der NSDAP in der Armee, in die nationalsozialistisches Gedankengut vor allem von den jüngeren Offizieren und Unteroffizieren hineingetragen wurde. Das von Blomberg verordnete Tragen des Reichsadlers mit [Hakenkreuz](#) als Insignie des NS-Regimes auf der rechten Brustseite versinnbildlichte geradezu den Politisierungsprozess des Militärs und das angestrebte Leitbild des Nationalsozialisten in Uniform. Als Hitler den ehrgeizigen Ambitionen von [Ernst Röhm](#), die [Sturmabteilung](#) (SA) mit staatlichem Waffenmonopol auszustatten, mit der Liquidierung der gesamten SA-Führung begegnete und die Reichswehr zum "einzigem Waffenträger des Reiches" erklärte, dankte es ihm Blomberg am 2. August 1934 mit der Eidesleistung der Reichswehr auf die Person des "Führers". Der persönliche Eid auf Hitler statt auf die Verfassung sollte bis 1945 für eine Vielzahl von Soldaten eine nahezu unüberwindbare ethische Barriere darstellen, sich trotz regimiefeindlicher Haltung dem [Widerstand in der Wehrmacht](#) anzuschließen und sich an Attentatsplänen gegen Hitler zu beteiligen.

Da das deutsche Rüstungskonzept mit dem bestehenden Berufsheer schnell an personelle Grenzen stieß, bestimmte das "Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht" vom 16. März 1935 die [Einführung der allgemeinen Wehrpflicht](#). Oberster



Anwerbeplakat der Wehrmacht, 1943

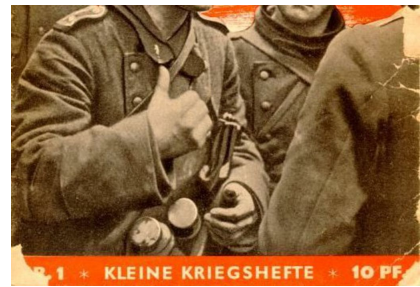


Befehlshaber der Wehrmacht war Hitler. Unter ihm übte der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber der Wehrmacht die Befehlsgewalt aus. Mit der Namensänderung von Reichswehr in Wehrmacht änderte sich 1935 auch offen die während der Weimarer Republik entwickelte Defensivstrategie der Armee. Die zeitgleichen Umbenennungen von Reichswehrminister in Reichskriegsminister und Reichsmarine in Kriegsmarine deuteten bereits auf Strukturen einer Angriffsarmee sowie auf den Beginn von Breitenrüstung und Kriegsvorbereitungen hin, die Hitler schließlich ein Jahr später schriftlich umriss. In einer geheimen Denkschrift zum [Vierjahresplan](#) erklärte er im August 1936, die Wehrmacht müsse in "vier Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein".

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Zwischen 1933 und Ende 1936 verfünffachte sich die Heeresstärke der Wehrmacht auf 550.000 Mann, 1939 erreichte das Heer eine Stärke von knapp 2,75 Millionen Soldaten. Zur "Erhöhung der Angriffskraft des Heeres" wurde ab 1935 vor allem der Aufbau von schnellen Verbänden und der Panzertruppe forciert, die den modernen Anforderungen einer beweglichen und weiträumigen Kriegführung standhalten sollten. Mit dem Stapellauf des Schlachtschiffs "Scharnhorst" begann 1936 in Deutschland die gezielte Flottenaufrüstung der Kriegsmarine. Dem ersten Schlachtschiff folgten mit der "Gneisenau" 1938 sowie ein Jahr später mit der "Bismarck" und der "Tirpitz" drei weitere. 1939 verfügte die 50.000 Mann starke Kriegsmarine zudem über drei Panzerschiffe, zwei Schwere sowie sechs Leichte Kreuzer, 22 Zerstörer, 16 Torpedoboote und 57 U-Boote. Eine rasche Entwicklung nahm aufgrund umfangreicher geheimer Vorbereitungen die am 1. März 1935 offiziell als dritte Waffengattung neben Heer und Marine in die Wehrmacht eingegliederte [Luftwaffe](#). Sie umfasste 1939 rund 400.000 Mann und über 4.000 Kampfflugzeuge modernster Bauart.

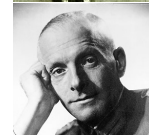
Die Kosten der Aufrüstung und die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der kriegsvorbereitenden Wehrwirtschaft waren immens. Bedenken gegen Hitlers rasante Aufrüstungspolitik und gegen die außenpolitisch riskanten Kriegsvorbereitungen äußerten im November 1937 Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, [Werner Freiherr von Fritsch](#). Der für ihn untragbar gewordenen Generale entledigte sich Hitler im Zuge einer geschickt intrigierten Doppelaffäre Anfang 1938. Hitler löste gleichzeitig das



"Kleine Kriegshefte" mit Kampfberichten von der Westfront, 1940



BIOGRAFIE
[Ludwig Beck](#)



BIOGRAFIE
[Hans Oster](#)



BIOGRAFIE
[Wilhelm Canaris](#)



Erschießung von Geiseln in Pancevo, 1941



Reichskriegsministerium auf und übernahm persönlich den Oberbefehl über die Streitkräfte. Mit dem neu geschaffenen und ihm direkt unterstellten [Oberkommando der Wehrmacht](#) (OKW) unter General [Wilhelm Keitel](#) installierte Hitler eine gefügte militärische Kommando- und Verwaltungsebene. Der Generalstab des Heeres wurde zum Oberkommando des Heeres (OKH) unter Walther von Brauchitsch umgebildet.

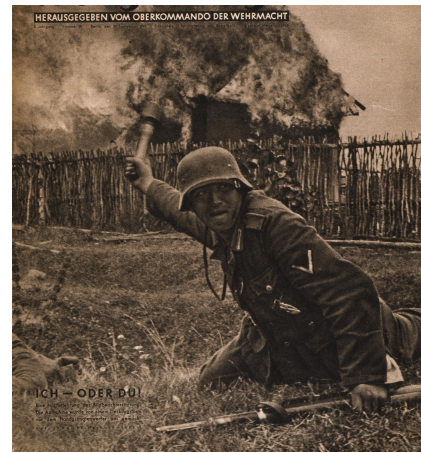
Widerstand in der Wehrmacht

Trotz dieser Maßnahmen gelang Hitler nicht die Unterbindung eines begrenzten Widerstands in der Wehrmacht, der sich um General [Ludwig Beck](#), [Hans Oster](#) und Admiral [Wilhelm Canaris](#) herausbildete. Ihre Bemühungen, aufgrund drohender Kriegsgefahr während der Sudetenkrise 1938 bei höheren Offizieren Unterstützung für einen Umsturzversuch gegen Hitler zu erlangen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Generalität. Das [Münchener Abkommen](#) und der deutsche [Einmarsch in das Sudetengebiet](#) im Herbst 1938 beendeten vorerst sämtliche Putschpläne. Knapp sechs Jahre später - im Bewusstsein der unmittelbar bevorstehenden deutschen Kriegsniederlage sowie angesichts millionenfachen Sterbens - scheiterte mit dem fehlgeschlagenen [Attentat am 20. Juli 1944](#) der einzige ernsthafte Staatsstreichversuch gegen Hitler. Obwohl es sich bei den Verschwörern nicht wie von Hitler angenommen um eine kleine Gruppe, sondern um eine beträchtliche Anzahl von Offizieren handelte, trug der weitaus größte Teil des Offizierskorps bis Mai 1945 den Zweiten Weltkrieg mit, der am 1. September 1939 mit dem deutschen [Überfall auf Polen](#) begonnen hatte.

Krieg und Kriegsverbrechen

In dem fünfwöchigen "Polenfeldzug" demonstrierte die Wehrmacht mit der angewandten "Blitzkrieg"-Taktik ebenso ihre technische Stärke und strategischen Fähigkeiten wie in der sechswöchigen [Westoffensive](#) gegen Frankreich im Frühjahr 1940. Getrennt agierende deutsche Heeresgruppen stützten sich dabei auf als Stoßkeile fungierende Panzerdivisionen, deren schnelles Vordringen von der Luftwaffe gedeckt wurde. Besonders die Sturzkampfbomber (Stukas) vom Typ Junker 87 demoralisierten die gegnerischen Streitkräfte mit ohrenbetäubendem Sirenengeheul.

Den schnellen Panzerverbänden folgte die Infanterie. Das [Maschinengewehr \(MG\) 34](#) gehörte dabei ebenso zu ihrer Grundausrüstung wie der Karabiner 98 k und die Stielhandgranate. Der Transport der Artillerie und des



Zeitschrift "Die Wehrmacht" mit Berichten über den Krieg gegen die Sowjetunion, 1941

Nachschubs wurde - trotz erheblicher Motorisierungsanstrengungen - zum großen Teil von Pferdefuhrwerken durchgeführt. Allein für den [Überfall auf die Sowjetunion](#) im Juni 1941 standen der Wehrmacht bei ihrem Aufmarsch im Osten über 700.000 Pferde zur Verfügung. Die größte jemals für einen Feldzug zusammengezogene Streitmacht umfasste mit drei Millionen Soldaten drei Viertel des deutschen Feldheeres, die über 600.000 Fahrzeuge, 3.600 Panzer und 7.100 Geschütze verfügten und von etwa 2.000 Flugzeugen unterstützt wurde.

Die Wehrmachtsführung beteiligte sich an Hitlers völkerrechtswidrigem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und an der Gewinnung von "[Lebensraum](#)" im Osten. Sie akzeptierte die Ermordung hunderttausender jüdischer und slawischer Zivilisten oder kommunistischer Politkommissare durch [Einsatzgruppen](#) in den der Wehrmacht unterstellten besetzten Gebieten. Die Massenerschießungen sollten nach Anweisungen des OKW verborgen abseits der Kampfgebiete stattfinden, um die Moral der kämpfenden Truppe durch die Konfrontation mit der "Vernichtung" nicht zu untergraben. Dennoch kam es bei Exekutionen wiederholt zur engen Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen und der Wehrmacht, die Transportkapazitäten zur Verfügung stellte oder Gelände abspernte. Einzelne Wehrmachtsverbände führten selbständig Mordaktionen an der Zivilbevölkerung durch, auch "ermuntert" durch den "Reichenau-Befehl", in dem der Generalfeldmarschall von Reichenau 1941 die Soldaten zur "Vernichtung des jüdischen Untermenschentums" aufrief.

An der Ostfront

Im Krieg gegen die Sowjetunion erlitt die Wehrmacht in der [Schlacht um Moskau](#) im Dezember 1941 ihre erste große Niederlage. Hitlers Verachtung gegenüber der Generalität, der er taktisches Fehlverhalten vorwarf, kannte nunmehr keine Grenzen. Zum Jahreswechsel 1941/42 entließ er neben den drei Oberbefehlshabern der Heeresgruppen noch weitere 35 Generale. Das OKH übernahm Hitler persönlich, wodurch er nahezu sämtliche militärischen Kompetenzen in seiner Person vereinigte. Von seinem "Führerhauptquartier" aus steuerte der Gefreite aus dem Ersten Weltkrieg operativ und taktisch die Verbände an der [Ostfront](#) - im weiteren [Kriegsverlauf](#) immer häufiger in den Tod oder die [Kriegsgefangenschaft](#). Heroische Darstellungen von der Kampf- und Opferbereitschaft von Soldaten der Wehrmacht auf Gemälden, Plakaten und Postkarten standen in starkem Kontrast zu ihren alltäglichen

Fronterfahrungen sowie zu den von ihnen erlebten Strapazen und Schrecken des Krieges.

Mit der Niederlage in [Stalingrad](#) im Februar 1943 verlor die Wehrmacht schließlich auch in der Heimat ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit. Die Mobilisierung für den "[Totalen Krieg](#)" und die Steigerung der Personalstärke der Wehrmacht konnten die Kriegswende nach Stalingrad nicht verhindern. 1944 umfasste die Wehrmacht etwa vier Millionen Soldaten im Feld, das Ersatzheer - bestehend aus Kommando- und Verwaltungsbehörden sowie Schul-, Ersatz- und Wachtruppen - etwa zweieinhalb Millionen, die Luftwaffe eine Million und die Kriegsmarine 700.000 Mann. Ausländische Verbände in der Wehrmacht setzten sich größtenteils aus Kriegsgefangenen oder in den besetzten sowjetischen Gebieten rekrutierten "Osttruppen" sowie aus West- und Nordeuropäern zusammen. Zumeist war die Kampfkraft der verschiedenen Wehrmachtseinheiten in den letzten beiden Kriegsjahren trotz Rekrutierung von Tausenden von [Hitlerjungen](#) jedoch dramatisch gesunken. Demgegenüber verfügte die [Waffen-SS](#) auch bei Kriegsende über personell starke Divisionen, die zu Lasten der Wehrmacht aufgefüllt wurden. Im Herbst 1944 erreichte die Waffen-SS, die autonom agierte und der Befehlsgewalt der Wehrmacht nur in der taktischen und operativen Kriegführung unterstellt war, mit rund 900.000 Angehörigen ihren höchsten Mannschaftsstand.

Die Versuche einer Steigerung der Kampfmoral und der Opferbereitschaft innerhalb der Wehrmacht durch zahlreiche bis Kriegsende verliehene Tapferkeitsauszeichnungen wie das [Ritterkreuz](#) vermochten die hohen Verluste an fronterfahrenen Soldaten nicht zu ersetzen und die Kriegsniederlage abzuwenden. Von den zwischen 1939 und 1945 über 17 Millionen eingezogenen Wehrmachtssoldaten deutscher und nichtdeutscher Herkunft starben bis zur deutschen [Kapitulation](#) am 8. Mai 1945 über 4,7 Millionen. Nahezu jede Familie im Deutschen Reich hatte einen Toten oder Vermissten zu beklagen.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
15. Mai 2015
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**



Herstellung von
Hakenkreuzfahnen, 1933



> NS-Regime

Alltagsleben

Neben [Hakenkreuzfahnen](#) verkündete im Frühjahr 1933 auch das massenhafte Auftreten von Angehörigen der [Sturmabteilung](#) (SA) im Straßenbild unübersehbar von der nationalsozialistischen [Machtübernahme](#). Die Nationalsozialisten veränderten das Alltagsleben der Bevölkerung im

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



☰ KAPITEL



Deutsches Reich durch Reglementierungen und neue Massenorganisationen nachhaltig. Durch Verbote von Vereinen und Verbänden wurden gesellschaftliche Nischen und eigenständige Milieus vielfach aufgelöst. Bei vielen Deutschen jedoch, sofern sie nicht aus politischen oder rassistischen Gründen verfolgt und ausgegrenzt wurden, herrschte durch positiv empfundene Veränderungen nach vergleichsweise kurzer Zeit Zuversicht und Aufbruchstimmung. Anstelle klassenkämpferischer Parolen trat nach 1933 auch bei den meisten Arbeitern und kleineren Angestellten das propagierte Gleichheitsideal der "[Volksgemeinschaft](#)" in den Vordergrund.

Durchdringung der Gesellschaft

Ihren Machtanspruch versuchten die Nationalsozialisten auch durch Veränderungen im alltäglichen Umgang miteinander zu manifestieren. Obwohl der sogenannte Deutsche Gruß mit ausgestrecktem rechtem Arm und den Worten "Heil Hitler!" nie durch ein Gesetz Rechtsverbindlichkeit erlangte, war diese Form der Begrüßung nicht nur im Verkehr mit Behörden üblich. Den Gruß zu verweigern, trauten sich nur wenige, aus Sorge vor Unannehmlichkeiten und Repressalien. Angst war nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bei vielen Menschen allgegenwärtig - vor Denunziation und Terror aufgrund regimekritischer Haltung oder vor [Ausgrenzung und Verfolgung](#), weil dem "arischen" Ideal nicht entsprochen werden konnte.

Ein großer Teil der Bevölkerung verband mit der von [Adolf Hitler](#) propagierten "nationalsozialistischen Revolution" jedoch die Hoffnung auf Überwindung von sozialer Not in Folge der [Weltwirtschaftskrise](#). Die NS-Führung war sich durchaus bewusst, dass die Konsolidierung ihrer Macht entscheidend von der Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands abhing. Eine kontinuierliche Abnahme der Arbeitslosenzahlen durch - zum Teil schon vor 1933 ausgearbeitete - Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sowie durch Rüstungsprogramme verschafften den neuen Machthabern innerhalb kurzer Zeit weitgehende Zustimmung in der deutschen Bevölkerung. Um den Arbeitsmarkt zusätzlich zu entlasten, wurden zudem



9. November 1933,
Matternstraße, Berlin



sogenannte Ehestandsdarlehen von bis zu 1.000 Reichsmark eingeführt. Mit Erhalt des Geldes verpflichteten sich Frauen, nach der Heirat ihren Beruf aufzugeben. Zugleich sollten damit Eheschließungen gefördert werden, wodurch sich die Frauen ganz auf die ihnen zugedachte Rolle als Mutter und "Erhalterin des Volkes" konzentrieren konnten. Tatsächlich stieg die Zahl der jährlichen Eheschließungen in Deutschland - bedingt auch durch materielle Verbesserungen - zwischen 1932 und 1934 von rund 510.000 auf über 732.000.

Vor allem die beliebte Freizeitorganisation "[Kraft durch Freude](#)" (KdF), die unter anderem bürgerliche Privilegien wie das Reisen nun auch für Arbeiter erschwinglich machte, erhöhte die Akzeptanz des NS-Regimes enorm. Steigender Lebensstandard, aber auch die mit hohem Propagandaaufwand durchgeführten sozialfürsorgerischen Initiativen des [Winterhilfswerks](#) (WHW), der [NS-Volkswohlfahrt](#) (NSV) und der [NS-Frauenschaft](#) (NSF) verankerten im öffentlichen Bewusstsein nachhaltig das Bild einer sich ausschließlich um das Wohlergehen der Bevölkerung sorgenden Staatsführung. Die eigentliche Zielsetzung des NS-Staats, alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens mit nationalsozialistischer Ideologie zu durchdringen, erkannten dagegen nur wenige. Konkurrierende gesellschaftliche Einwirkungen sollten durch [Gleichschaltung](#) und Anpassung aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen an die politisch-ideologischen Ziele der Nationalsozialisten eingedämmt werden. Besonders die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der [Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei](#) (NSDAP) wie die [Deutsche Arbeitsfront](#) (DAF) ermöglichten eine gezielte Einflussnahme und Kontrolle der Deutschen jeglichen Alters bis weit hinein ihr Alltagsleben.

Griff nach Jugend

Dabei spielten vor allem die Jugend und deren Erziehung eine tragende Rolle. "Nationalsozialismus ist organisierter Jugendwille" hieß eine verbreitete Losung der Zeit. Nachdem schon im Kinderzimmer die Indoktrination durch das auf die Ideologie des NS-Regimes ausgerichtete Spielzeug begonnen hatte, sollte anschließend die [Hitler-Jugend](#) (HJ) Standesunterschiede beseitigen und die nationalsozialistische Gesinnung fördern. Die anfangs noch formell freiwillige Mitgliedschaft wurde am 1. Dezember 1936 durch das "Gesetz über die Hitler-Jugend" zur Zwangsmitgliedschaft. Die HJ - neben Familie und [Schule](#) für die Mehrheit der

Propagandaplakat für das Winterhilfswerk, um 1938



Türschild mit der Aufforderung zum "Hitler-Gruß", nach 1933



Propagandaplakat für den Eintritt in die Hitlerjugend, um 1939

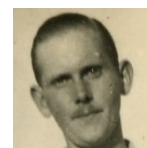
Heranwachsenden die wichtigste Sozialisationsinstanz - stützte sich jedoch nicht nur auf Zwang, sondern vor allem auf attraktive Freizeitangebote. Mit Geländespielen, Zeltlagern, Radtouren oder durch das ansonsten privilegierte Segelfliegen und Reiten wurde das Interesse der jungen Menschen geweckt. Daneben gehörten Sammelaktionen für das WHW sowie mühsame Ernteeinsätze in der Landwirtschaft zu den unumgänglichen Pflichten in der Hitler-Jugend.

Der HJ schloss sich ab 1935 für männliche Jugendliche der halbjährige [Reichsarbeitsdienst](#) (RAD) an. Ursprünglich diente er der Bewältigung der Arbeitslosigkeit, ab 1936 aber vornehmlich der vormilitärischen Erziehung und körperlichen Ertüchtigung. Das "Heranzüchten kerngesunder Körper" und die sogenannte Volksgesundheit waren Leitbilder der Nationalsozialisten sowie Bestandteile ihrer Rassentheorien. Körperliche Ausbildung und Körperkult wurden in NS-Organisationen, Schulen und den rund 43.000 ab 1934 im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen (DRL) gleichgeschalteten Sportvereinen umgesetzt.

Das Bedürfnis der Menschen nach Unterhaltung und Entspannung befriedigte neben Tanzlokalen, Bars und Theatern vor allem der [Film](#). In der Saison 1934/35 gingen rund 250 Millionen Menschen in die [Kinos](#), fünf Jahre später waren es bereits über eine Milliarde Kinobesucher jährlich. Daneben prägte besonders der Rundfunk das alltägliche Freizeitverhalten breiter Bevölkerungsschichten, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Durch Verbreitung des auf Veranlassung des Propagandaministeriums entwickelten [Volksempfängers](#) erhöhte sich die Ausstattung der deutschen Haushalte mit Radiogeräten zwischen 1933 und 1941 von 25 auf 65 Prozent. Um einer aus Überdross von der [NS-Propaganda](#) resultierenden Abwendung der Hörer entgegenzuwirken, boten die Rundfunkprogramme vor allem Unterhaltungsmusik an. Aufgrund der Zunahme der Zahl stromversorgter Haushalte auch auf den Dörfern konnten beliebte Tanzschlager nahezu überall im Deutschen Reich mitgesungen werden.

Uniformierung und Freizeit

Der nationalsozialistische Totalitätsanspruch war nicht in allen Lebensbereichen durchzusetzen. So stand der angepassten Staatsjugend ein nicht unerhebliches Potential von [oppositionellen Jugendlichen](#) gegenüber, die sich - wie alle wegen "nonkonformen Verhaltens" Auffälligen - gezielten



ZEITZEUGE
[Werner Mork:](#)
[Propaganda](#)
[und](#)

Uniformierung



ZEITZEUGIN

Gisela Richter:
Das BDM-
Mädchen Gisela

Repressionsmaßnahmen ausgesetzt sahen. Ihrer Distanz zum NS-Regime verlieh die sogenannte Swingjugend vor allem durch die Vorliebe für amerikanische, bei den Nationalsozialisten verpönte Swing-Musik Ausdruck. Eine bewusste Abgrenzung gegenüber einem normierten Alltag zeigten viele Deutsche auch durch eine individuelle Mode. Trotz der nach der Machtübernahme unübersehbar einsetzenden Uniformierung war die Kleidung im Deutschen Reich insgesamt vielschichtig. Der noch 1933 häufig erhobene Wunsch von Nationalsozialisten nach Herausbildung einer eigenen "deutschen Mode" blieb unerfüllt. Auch weiterhin orientierten sich deutsche Konfektionshäuser und zahlungskräftige Kunden an eleganter Mode aus Paris, London und New York.

Auf dem Land unterschied sich der Arbeitsalltag der Menschen kaum von demjenigen ihrer Elterngeneration. Die in vielen Bildern verklärte Agrarromantik spiegelte nicht annähernd die alltäglichen Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft wider, in der die Mechanisierung nur langsam Einzug hielt und Hand- und Spanndienste weiter vorherrschten. Die jährlich ausgerufenen "Erzeugungsschlachten" sollten die im [Reichsnährstand](#) zusammengefasste bäuerliche Bevölkerung zwar zu Höchstleistungen animieren. Eine anhaltende und zum Teil dramatische Ausmaße annehmende Landflucht negierte allerdings das Bestreben zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Autarkie, auch wenn der Anteil der Selbstversorgung zwischen 1928 und 1939 von 68 auf 83 Prozent erhöht werden konnte. Dennoch kam es wiederholt zu Versorgungsengpässen. Bestehen blieb vor allem die Auslandsabhängigkeit bei Fleisch, Ölen und Fetten, deren Verzehr nach Willen der NS-Führung eingeschränkt werden sollte. In zahlreichen Anzeigenkampagnen wurden Verbraucher aufgefordert, verstärkt auf einheimische Produkte sowie auf Fisch statt auf Fleisch zurückzugreifen. Tatsächlich stieg der Pro-Kopf-Verbrauch von Fisch in Deutschland zwischen 1932 und 1938 von 8,5 auf rund 12 kg. Der Fleischverbrauch nahm in demselben Zeitraum ebenfalls zu, allerdings - verglichen mit den westeuropäischen Nachbarn - nur um bescheidene 5,4 kg auf 47,5 kg.



Volksempfänger "VE 301", um 1935



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM



Das
Bundesarchiv



Die Ohel-Jakob-Synagoge in München nach dem Brandanschlag im November 1938

> NS-Regime > Ausgrenzung und Verfolgung

Das Novemberpogrom 1938

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten Synagogen und weitere jüdische Einrichtungen im gesamten Deutschen Reich. Menschen wurden getötet, gedemütigt, verhaftet, misshandelt und vergewaltigt, Geschäfte und Wohnungen demoliert und zerstört. Diesen Taten waren mehrere Gewaltausbrüche sowie eine Verschärfung der antisemitischen Politik im selben Jahr vorausgegangen. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März fanden dort antisemitische Exzesse statt, im Frühsommer kam es zu Ausschreitungen in Berlin, im Juni wurden tausende Deutsche in „Schutzhaft“ genommen und in Konzentrationslager gesperrt, unter ihnen auch viele Juden.

Bevor die Gewalt in der Nacht vom 9. und 10. November im gesamten Reichsgebiet explodierte, war es bereits am 7. und 8. November zu antijüdischen Gewalttaten in Fulda, Kassel, Bebra und weiteren Städten gekommen. Die Weisung zu dem Pogrom war schließlich von München ausgegangen, wo sich die Führung der NSDAP zum Gedenken an den fünfzehnten Jahrestag des Hitler-Putsches versammelt hatte, und wurde rasch durch die Parteistrukturen im ganzen Land verbreitet. Als Vorwand des von ihnen als angeblich spontanen Akt des „Volkszorns“ deklarierten Terrors nutzten die Nationalsozialisten den Tod des Legationssekretärs an der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath. Vom Rath war am Morgen des 7. November 1938 von dem erst siebzehnjährigen Herschel Grynszpan angeschossen worden. Dessen Eltern zählten zu den etwa 17.000 polnischen Jüdinnen und Juden, die auf Anweisung Heinrich Himmlers an die deutsch-polnische Grenze zwangsabgeschoben worden waren. Vom Rath erlag seinen Verletzungen am Nachmittag des 9. November.

Die aufgrund der zerstörten Schaufensterscheiben bald als „Reichskristallnacht“ bekannt gewordenen Ausschreitungen waren bis dahin der Höhepunkt eines staatlichen Antisemitismus, der mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 begonnen hatte. Beteiligt waren nicht nur Organisationen und Gliederungen der NSDAP, sondern auch Schulklassen, „einfache“ Nachbarn, Männer und Frauen. Eine Mehrheit der Bevölkerung stand dem Pogrom und vor allem den Zerstörungen ablehnend gegenüber, nicht alle beteiligten sich aktiv, aber auch nur wenige halfen ihren jüdischen Nachbarn.

KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN

< 1933 1934 1935 1936 >



Zerstörtes Geschäft in Mainz, 10. November 1938





Brennende Synagoge in Essen, 10. November 1938

Das [NS-Regime](#) deklarierte den von der Führung der NSDAP gesteuerten Pogrom als „berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes“, die nach einer weiteren Ausschaltung von Jüdinnen und Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben rief. Während und unmittelbar in Folge der Ausschreitungen starben weit mehr als 1.300 Menschen, mit mindestens 1.400 wurden über die Hälfte aller Synagogen in Deutschland und Österreich stark beschädigt oder ganz zerstört, mehr als 7.000 Geschäfte geplündert, beschädigt oder komplett demoliert. Über 30.000 Juden wurden in die [Konzentrationslager](#) Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt.

Am 12. November, zwei Tage nach den brutalen Ausschreitungen, fanden sich im Reichsluftfahrtministerium etliche Vertreter und Funktionäre, Beamte und Minister des NS-Regimes zu einer Konferenz unter der Leitung von [Hermann Göring](#) zusammen. Moniert wurde hier nicht die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland, sondern die große Zerstörung von Sachwerten. Den jüdischen Gemeinden wurde eine „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt, Versicherungsleistungen durften nicht in Anspruch genommen werden, die Beseitigung der Schäden mussten die Betroffenen selbst finanzieren. Diese Maßnahmen sowie zunehmende Entrechtung, Enteignungen und [„Zwangarisierungen“](#) sollten die Jüdinnen und Juden zur Auswanderung zwingen. Eine Möglichkeit, die vielen finanziell oder auch aus Altersgründen nicht mehr offenstand. Darüber hinaus gab es vor allem kaum Länder, die bereit gewesen wären, eine größere Zahl jüdischer Geflüchteter aufzunehmen.

Am 24. November 1938 skizzierte die [SS-Zeitung](#) „Das Schwarze Korps“ im Aufmacher-Artikel auf der ersten Seite unter der Überschrift „Juden, was nun?“ einen Weg der weiteren Ausgrenzung, Kennzeichnung und Verfolgung der Juden und Jüdinnen in Deutschland bis zur Ermordung „mit Feuer und Schwert“. Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung. Wer nun etwa im Ausland meinen sollte, er könnte diese, wie man zugeben wird, logische und unvermeidliche Entwicklung durch weiteres eintöniges Geschrei, durch Drohung und Erpressung aufhalten, beweist nur, daß er seit 1933 nichts hinzulernt hat.“

Oliver Schweinoch
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
9. November 2021
[Text: CC BY-NC-SA 4.0](#)

für den Mord an vom Rath“, November 1938

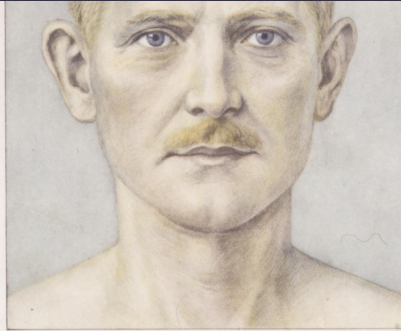


"Völkischer Beobachter" vom 14. November 1938





Formen: Großwüchsig, schlank; langköpfig, schmalgesichtig; Nase schmal; Haar wellig.



Nordische Rasse



Farben: Sehr hell, Haar goldblond, Augen blau bis grau, Haut rosig-weiß.



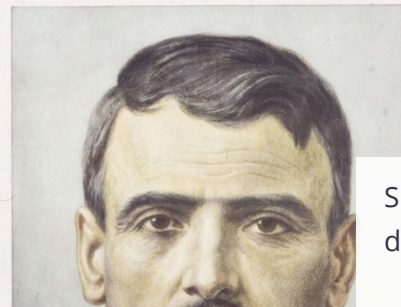
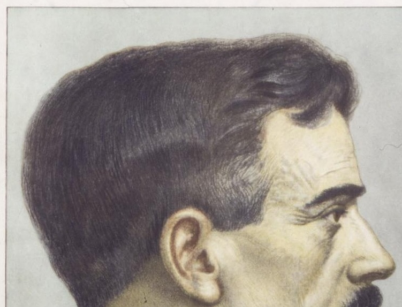
Formen: Sehr großwüchsig, wuchtig; langköpfig, breitgesichtig; Nase ziemlich schmal; Haar wellig oder lockig.



Fälische Rasse



Farben: Hell, Haar blond, Augen blau bis grau, Haut rosig-weiß.



Schautafel: Bilder
deutscher Rassen, um 1935



> NS-Regime > Ausgrenzung und Verfolgung

Die Nürnberger Gesetze

Der ideologisch verbrämte [Antisemitismus](#), abgeleitet aus den Rassentheorien des 19. Jahrhunderts, war ein grundlegendes Element nationalsozialistischer Weltanschauung. Pogromartige Exzesse gegen Juden und jüdische Geschäfte waren Folge der antisemitischen Hetze.

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



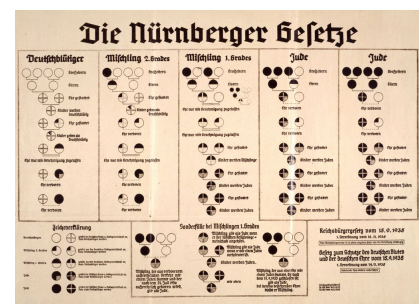
☰ KAPITEL



Auch beim reichsweit organisierten [Boykott jüdischer Geschäfte](#) entlud sich am 1. April 1933 der gesammelte Hass auf alles Jüdische. So gerne die [NSDAP](#) den "gesunden Instinkten" ihrer Anhänger freien Lauf ließ, so ungelegen kam ihr der Aufruf zum Boykott deutscher Waren, mit dem insbesondere amerikanische und englische Firmen auf den "Judenboykott" reagierten.

Die systematische Politik der NSDAP-Führung, die Juden von nun an durch Verordnungen zu entrechten und zur [Emigration](#) zu treiben, konnte den antisemitischen Terror nicht aufhalten. Um diesen Terror zu kanalisieren, ließ [Adolf Hitler](#) 1935 auf dem "[Reichsparteitag der Freiheit](#)" eine gesetzliche Regelung zum Verhältnis von "Ariern" und "Nichtariern" ausarbeiten. Am 15. September wurden das "Reichsbürgergesetz" und das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verabschiedet. Beide "Nürnberger Gesetze" stempelten die jüdischen Mitbürger zu Menschen minderen Rechts. Im Gegensatz zu den mit vollen Rechten versehenen "Reichsbürgern", die "deutschen oder artverwandten Blutes" sein mussten, konnten Juden fortan nur noch "Staatsangehörige" des Deutschen Reichs ohne politische Rechte sein. "Volljude" war, wer von mindestens drei jüdischen Großeltern abstammte. Als Bürger minderen Rechts galten auch "Mischlinge" mit einem oder zwei jüdischen Großeltern, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder mit einem "Volljuden" verheiratet waren. Alle anderen "jüdischen Mischlinge" erhielten das "vorläufige Reichsbürgerrecht".

Das "Blutschutzgesetz" verbot Eheschließungen zwischen Nichtjuden und Juden und stellte auch deren als "Rassenschande" bewerteten Geschlechtsverkehr unter Strafe. Strafbar war nun auch die Beschäftigung "arischer" Dienstmädchen unter 45 Jahren in jüdischen Haushalten oder das Hissen der [Hakenkreuzfahne](#) - die ebenfalls auf dem Parteitag 1935 zur Reichsflagge erklärt wurde - durch Juden. Wer nicht den Diskriminierungen der "Nürnberger Gesetze" zum Opfer fallen wollte, musste einen [Ariernachweis](#) erbringen. Doch kaum jemand ahnte 1935, dass diese infamen Gesetze noch längst nicht der Höhepunkt des nationalsozialistischen Rassenwahns waren.



Schautafel zu den Nürnberger Gesetzen, 1935

KAPITELÜBERBLICK



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM



Das
Bundesarchiv



Einlieferung von
Regimegegnern in das KZ-
Oranienburg, 1933



> NS-Regime

Etablierung der NS-Herrschaft

Als am Abend des 30. Januar 1933 Nationalsozialisten den lang ersehnten "Tag der Machtübernahme" mit Fackelzügen durch das Brandenburger Tor feierten, markierten die triumphierenden Kundgebungen auch symbolisch das Ende der Weimarer Republik. Wenige Stunden

☰ KAPITELÜBERBLICK

☰ KAPITEL

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



zuvor hatte Reichspräsident [Paul von Hindenburg](#) den Vorsitzenden der NSDAP zum [neuen Reichskanzler ernannt](#). Adolf Hitler beabsichtigte, eine von jeder Kontrolle durch den Reichstag befreite Regierung zu etablieren, die das von vielen Deutschen empfundene "demokratische Chaos" der Weimarer Jahre überwinden sollte. Dieses Ziel verwirklichten die Nationalsozialisten innerhalb kürzester Zeit: Unter Wahrung des Anscheins verfassungsmäßiger Legitimität schalteten sie politische Gegner mit Gewalt aus und bemächtigten sich der staatlichen Machtinstrumente. Als diese "nationale Erhebung" im Sommer 1934 ihren Abschluss fand, waren Demokratie und Pluralismus in Deutschland zerstört, ohne dass es zu nennenswerter Gegenwehr gekommen wäre.



Audio: Reportage zum Tag der "Machtübernahme", 30. Januar 1933
© Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv

Brauner Terror

In Hitlers Kabinett der "nationalen Konzentration" waren mit Reichsinnenminister [Wilhelm Frick](#) und [Hermann Göring](#) als Minister ohne Geschäftsbereich zunächst nur zwei weitere Nationalsozialisten vertreten. Acht Vertreter aus dem deutschnationalen und konservativen Lager besaßen das Übergewicht. Durch sie versprach sich Vizekanzler [Franz von Papen](#) eine "Zähmung" der Nationalsozialisten, um diese an der Umsetzung einer zu radikalen Politik zu hindern.

Was die Berater Hindenburgs als normalen Wechsel eines autoritären Präsidialkabinetts geplant hatten, entpuppte sich jedoch schnell als unkalkulierbares Risiko. Dem illusorischen Zähmungskonzept wurden bereits mit der von Hitler geforderten Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 sowie mit der dadurch notwendigen Neuwahl des Reichstages die Grundlagen entzogen. Nunmehr vom Regierungsbonus begünstigt, begann die NSDAP unter der Parole "Kampf dem Marxismus" einen Wahlkampf mit hohem Propagandaaufwand und Terror gegen Oppositionelle. Mit staatlicher



Fackelzug durch das Brandenburger Tor, 1936



Rückendeckung begingen Nationalsozialisten ungezählte Übergriffe auf Kommunisten und Sozialdemokraten sowie auf jüdische Abgeordnete.

Mit Reichsinnenminister Frick und Göring als kommissarischem preußischem Innenminister waren zwei Schaltstellen der Macht mit Nationalsozialisten besetzt, die über die Polizeigewalt verfügten. Der preußischen Polizei verordnete Göring sogleich in einem "Schießerlass" vom 17. Februar den rücksichtslosen Gebrauch der Schusswaffe gegen alle politischen Gegner. Die von Göring in Preußen aufgestellten Hilfspolizeiverbände aus 50.000 Angehörige der [Sturmabteilung](#) (SA), der [Schutzstaffel](#) (SS) sowie des "[Stahlhelms](#)" versahen ihre Uniformen mit einer "amtlichen" weißen Armbinde und nahmen bis Ende April 1933 ca. 25.000 Regimegegner in "[Schutzhaft](#)". Noch im Frühjahr 1933 begannen SA und SS mit der Errichtung erster [Konzentrationslager](#) (KZ) in [Dachau](#) und [Oranienburg](#).

Aufhebung der Grundrechte

Den entscheidenden gesetzlichen Rahmen für die Verfolgung politischer Gegner und die Festigung uneingeschränkter Machtverhältnisse für die NSDAP bildete die "Reichstagsbrandverordnung" vom 28. Februar 1933. Die einen Tag nach dem [Reichstagsbrand](#) von Hindenburg unterzeichnete Notverordnung setzte die verfassungsmäßigen Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit außer Kraft. Über das Deutsche Reich wurde auf scheinbar legalem Weg ein permanenter, während der NS-Zeit nie aufgehobener Ausnahmezustand verhängt.

In diesem Klima der Rechtsunsicherheit besaß die [Reichstagswahl vom 5. März 1933](#) keinerlei freien Charakter. Der massiven Wahlpropaganda der NSDAP hatten die anderen Parteien nur wenig entgegenzusetzen. Die Funktionäre der [KPD](#) waren verhaftet, ins Exil geflüchtet oder lebten im Untergrund. Auch zahlreiche Angehörige der [SPD](#) waren in die Illegalität gegangen oder hatten das Land verlassen. Gemessen an dem hohen Maß an Einschüchterung und propagandistischer Beeinflussung waren die 43,9 Prozent für die NSDAP eine Enttäuschung. Nur zusammen mit der "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" aus [DNVP](#) und "Stahlhelm" erreichte die NSDAP eine parlamentarische Regierungsmehrheit im Reichstag.

Audio: Rede Hitlers auf Sportpalast-Kundgebung, 10. Februar 1933
© Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv



Broschüre über die "Wegbereiter und Vorkämpfer" für das "Dritte Reich", 1933



Video: Der "Tag von Potsdam",

21. März 1933

© Chronos Film GmbH, aus:
"Berlin unterm Hakenkreuz"

Die Nationalsozialisten bedienten sich bei der Festigung ihrer Macht neben Gewalt und Terror vor allem ihrer allgegenwärtigen [Propaganda](#). Unübersehbar prägten [Hakenkreuzfahnen](#) nach dem 30. Januar 1933 das öffentliche Straßenbild. Parteiaufzüge und gewaltige Aufmärsche sollten Zustimmung für die von der NSDAP propagierte "nationalsozialistische Revolution" entfachen. Broschüren, Postkarten und Plakate mit dem Konterfei Hitlers begründeten einen Personenkult bisher unbekanntem Ausmaßes. Die von Propagandaminister [Joseph Goebbels](#) gesteuerten Medien stellten Hitler als "Heilsbringer" und "Retter des deutschen Volkes" dar. Der Mitte der 1920er Jahre in der NSDAP entwickelte Führerkult wurde zum Organisationsprinzip eines ganzen Landes. In Städten und Dörfern wurden Straßen und Plätze nach ihm benannt, vielerorts erhielt er die Ehrenbürgerschaft. Das propagierte "Dritte Reich" wollte Tradition und Machtanspruch des untergegangenen [Kaiserreichs](#) fortsetzen und die als Demütigungen empfundenen Bestimmungen des [Versailler Vertrages](#) von 1919 revidieren. Symbolisch reichte das neue, das nationalsozialistische Deutschland dem Kaiserreich beim erfolgreich inszenierten "[Tag von Potsdam](#)" am 21. März 1933 die Hand, als sich Hitler in dunkler Zivilkleidung ehrfurchtsvoll vor Reichspräsident von Hindenburg in kaiserlicher Uniform verneigte.

Auf den Wogen nationaler Euphorie vollendete Hitler zwei Tage später sein nächstes Vorhaben. Mit 444 zu 94 Stimmen nahm der Reichstag inmitten drohender SA-Verbände das "[Ermächtigungsgesetz](#)" an, mit dem die Regierung Gesetze ohne Reichstag und Reichsrat verabschieden konnte. Alle anwesenden SPD-Abgeordneten hatten die Selbstentmachtung des Parlaments abgelehnt, die Abgeordneten der KPD waren verhaftet oder bereits im Untergrund. Die Ablehnung des Gesetzes durch die SPD bestätigte die konservativen Parteien in ihrer Auffassung, auf der richtigen, auf der "antibolschewistischen" Seite unter Führung der NSDAP zu stehen. Der von Zeitungen beschworenen Gefahr eines bevorstehenden linken Aufstandes schenkte ein großer Teil der Bevölkerung bereitwillig Glauben. Dass mit der Ausschaltung organisatorischer Strukturen der politischen Linken durch die [Zerschlagung der Gewerkschaften](#) und durch die Errichtung des [Einparteienstaats](#) im Sommer 1933 eine vermeintlich feste "nationale Ordnung" herrschen sollte, entsprach grundsätzlich den Wünschen vieler Deutscher.

Herstellung und Inszenierung der "Volksgemeinschaft"

Die rasante Besetzung von wichtigen Schlüsselpositionen im Staat durch Angehörige der NSDAP förderte das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, das die Entlassung aller im Sinne der neuen Machthaber politisch unzuverlässigen oder jüdischen Beamten ermöglichte. Die staatlich sanktionierte Verfolgung der als rassistisch minderwertig diffamierten Juden hatte unmittelbar mit Beginn der Machtübernahme eingesetzt. Mit dem "[Arierparagraph](#)" erhielt zum ersten Mal ein verordneter [Antisemitismus](#) Eingang in Gesetze. Bereits Anfang April 1933 kam es zu ersten Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen. Bis Frühjahr 1934 verließen rund 37.000 Juden das Land, die meisten blieben jedoch trotz Verfolgung und Repressalien in Deutschland.

Mit der Durchdringung und Kontrolle der Bevölkerung forcierte die NSDAP ihren Drang nach totaler Macht. Ab Frühjahr 1933 waren nahezu alle Lebensbereiche einer erzwungenen, aber auch freiwilligen [Gleichschaltung](#) unterworfen. Überführt wurden die gleichgeschalteten Verbände in Einheitsorganisationen wie die [Deutsche Arbeitsfront](#) (DAF) oder die [NS-Volkswohlfahrt](#) (NSV). Die ideologische und organisatorische Ausrichtung aller politischen und gesellschaftlichen Institutionen, Verbände und schließlich jedes einzelnen Bürgers auf die Weltanschauung und Ziele des Nationalsozialismus sollte die Meinungsvielfalt rigoros beseitigen. Eine von nationalsozialistischen Studenten und Professoren initiierte Kampagne "gegen den undeutschen Geist" gipfelte in der [Bücherverbrennung](#) am 10. Mai 1933.

Die von den Nationalsozialisten als "undeutsch" empfundene pluralistische Gesellschaft sollte durch eine solidarische "[Volksgemeinschaft](#)" ersetzt werden, die durch das [Winterhilfswerk](#) (WHW) oder [Kraft durch Freude](#) (KdF) massenwirksam inszeniert wurde. Für Behinderte oder "Asoziale" gab es in der "Volksgemeinschaft" keinen Platz. Das am 14. Juli 1933 beschlossene "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" erlaubte die Zwangssterilisation, wenn mit großer Wahrscheinlichkeit Nachkommen mit schweren körperlichen oder geistigen Schäden zu erwarten waren.

Ihr charakteristisches Strukturelement erhielt die "Volksgemeinschaft" durch das "Führerprinzip", das die Einheit



Senator von Allwörden ruft zu Spenden für das Winterhilfswerk auf, 1933



Propagandaplakat der NSDAP zum 30. Januar 1933, wohl 1938



ZEITZEUGE

[Werner Mork:](#)
[Der 30. Januar](#)
[1933](#)

von Volk und Führer postulierte sowie unbedingte Treue und Gehorsam forderte. Von Teilen der auf knapp vier Millionen Mitglieder angeschwollenen SA wurde die Gefolgschaft im Frühjahr 1934 allerdings in Frage gestellt. Die SA hatte in vielen Saal- und Straßenschlachten für die NSDAP gekämpft und bei der Festigung der politischen Macht unverzichtbare Dienste geleistet. Doch die Erwartung der SA-Führung, durch die "nationalsozialistische Revolution" in führende Positionen des neuen Staates zu gelangen, erfüllte sich nicht.



ZEITZEUGE

[Werner Mork:](#)
[Die](#)
[nationalsozialistische](#)
[Machtergreifung](#)

Exponent der Unzufriedenheit war der Stabschef der SA, [Ernst Röhm](#). Mit der Parteiarmee im Rücken forderte er eine "Zweite Revolution", um die SA zur dominierenden Kraft in Staat und Gesellschaft zu machen. Seine Vorstellung von der SA als Kern der bewaffneten Macht in Deutschland bedrohte die von Hitler im Februar 1933 zugesicherte Unabhängigkeit der [Reichswehr](#). Als die internen Machtkonflikte eskalierten, nutzte Hitler im Bündnis mit der Reichswehrführung und der SS einen angeblich geplanten "[Röhm-Putsch](#)", um die SA-Führung sowie konservative Opponenten wie [Kurt von Schleicher](#), den letzten Reichskanzler der Weimarer Republik, am 30. Juni 1934 ermorden zu lassen.

Mit diesem Vorgehen "besänftigte" Hitler nicht nur eine durch Übergriffe und Machtmissbrauch der SA verbreitete Missstimmung in der Bevölkerung. Der Reichswehr versicherte er sich als eines zuverlässigen Verbündeten. Nach dem Tod Hindenburgs und der Auflösung des Reichspräsidentenamts am 2. August 1934 bot die Armeeführung an, den Eid auf die Person Hitlers zu leisten, der sich von nun an offiziell "Führer und Reichskanzler" nannte. Der Eid festigte endgültig die totalitäre Führerdiktatur der Nationalsozialisten. Potentielle Gegner waren verhaftet, ermordet oder in der [Emigration](#). Seinen "Führerwillen" gedachte Hitler nicht durch geschriebene Normen einer neuen, wenn auch nationalsozialistisch ausgerichteten Verfassung binden zu lassen. Das "Führerwort" besaß Gesetzeskraft. Institutionell zwar vollkommen irrelevant, existierte die [Weimarer Verfassung](#) bis zum Ende der NS-Herrschaft 1945 formal weiter.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
22. Juni 2015
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**





NS-Tageszeitung
"Völkischer Beobachter"
zum Ermächtigungsgesetz,
23. März 1933



> NS-Regime > Etablierung der NS-Herrschaft

Das "Ermächtigungsgesetz" von 1933

Zwei Tage nach dem von Reichspropagandaminister [Joseph Goebbels](#) erfolgreich inszenierten "[Tag von Potsdam](#)" stimmte der Reichstag am 23. März 1933 über das von Reichskanzler [Adolf Hitler](#) vorgelegte "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" ab. Mit dem Gesetz sollte die Regierung die

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



Ermächtigung erlangen, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Für ein solches, die [Weimarer Verfassung](#) änderndes Ermächtigungsgesetz bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments, wobei nur zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sein mussten. Nach Hitlers taktisch bedingter Zusicherung einer kontrollierten Anwendung des Gesetzes sowie der Zusage, die Rechte der Verfassungsorgane, der Länder und der Kirche bewahren zu wollen, signalisierten die Parteien der bürgerlichen Mitte ihre Zustimmung.

Mit 444 Stimmen der Regierungskoalition aus [NSDAP](#) und [DNVP](#) sowie von [Zentrum](#), Bayerischer Volkspartei (BVP) und [Deutscher Staatspartei](#) wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung angenommen. Lediglich die 94 Abgeordneten der [SPD](#) ließen sich nicht von den Drohgebärden der im Reichstag aufmarschierten [Sturmabteilung](#) (SA) einschüchtern und stimmten gegen die Selbstentmachtung des Parlaments. In seiner Reichstagsrede hatte ihr Parteivorsitzender [Otto Wels](#) zuvor ein eindrucksvolles Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie abgelegt.

An der Abstimmung nicht teilnehmen konnten die 81 Abgeordneten der [KPD](#). Ihre Mandate waren auf Basis der [Reichstagsbrandverordnung](#) bereits am 8. März 1933 annulliert worden.

Das zunächst auf vier Jahre verabschiedete Ermächtigungsgesetz wurde 1937, 1939 sowie 1943 verlängert und blieb bis zum Ende des NS-Regimes im Mai 1945 rechtliche Grundlage deutscher Gesetzgebung.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
22. Juni 2015
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)



BIOGRAFIE
[Otto Wels](#)





Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**





BDM-Führerinnen, 1938



> NS-Regime > Innenpolitik

Die NS-Volksgemeinschaft

Anknüpfend an völkische Gemeinschaftsvorstellungen und eine in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erfahrene Frontgemeinschaft, propagierten die Nationalsozialisten die Volksgemeinschaft als Lösung aller politischen und sozialen Gegensätze der

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



Weimarer Republik. Der rassistisch begründete, an die idealisierte Lebenswelt der "alten Germanen" angelehnte Geist einer solidarischen Gemeinschaft sollte alle Unterschiede in Herkunft, Beruf, Vermögen und Bildung negieren und eine egalitäre Einheit deutscher "Volksgenossen" begründen. Der weitverbreiteten und schon im Ersten Weltkrieg deutlich spürbaren ideologischen Strömung einer Volksgemeinschaft fiel mit Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme eine zentrale Funktion bei der Etablierung ihres totalitären Herrschaftssystems zu.

"Gemeinnutz geht vor Eigennutz" - mit derartigen Parolen stieß die Volksgemeinschaft als Ausdruck von Einigkeit und Einheitlichkeit auf eine breite Identifikationsbereitschaft in der Bevölkerung. Propagandistisch inszeniert wurde sie in Massenveranstaltungen an Gedenk- oder Feiertagen wie dem Reichsparteitag, den 1. Mai-Feierlichkeiten oder dem Erntedankfest, auf denen die Menschenmengen in Fackelzügen und Aufmärschen in einen "festen Block" zusammenschmelzen schienen. Sammelaktionen für das Winterhilfswerk (WHW) oder die "Eintopfsonntage" vermittelten eine identitätsstiftende Solidarität.

Im Namen der mythisch überhöhten Einheit der Deutschen erfolgten ab 1933 die Gleichschaltung aller gesellschaftspolitischen Bereiche, die Errichtung des Einparteienstaats und die Verfolgung von Gegnern des NS-Regimes. Davon betroffen waren vor allem die als minderwertig diffamierten Juden, die nach rassebiologischen Kriterien der Nationalsozialisten nicht der Volksgemeinschaft angehören konnten. Aus der Gemeinschaft ausgeschlossen waren zudem sogenannte Volksschädlinge, die nicht bereit waren, blinden Gehorsam gegenüber dem "Führer" Adolf Hitler zu akzeptieren oder für seine Politik Opfer zu erbringen. Die NS-Propaganda wurde nicht müde, mit Schlagworten wie "Du bist nichts, dein Volk ist alles!" die Eingliederung in eine opferbereite Volks- und Leistungsgemeinschaft zu beschwören. Nahezu widerspruchslos trug diese die Kriegsvorbereitungen mit, und auch im Zweiten Weltkrieg sollte die "Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes" nach dem Willen Hitlers auf "Leben und Tod" verschworen sein.



Propagandaplakat zum "Anschluss" Österreichs, 1938

KAPITELÜBERBLICK



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



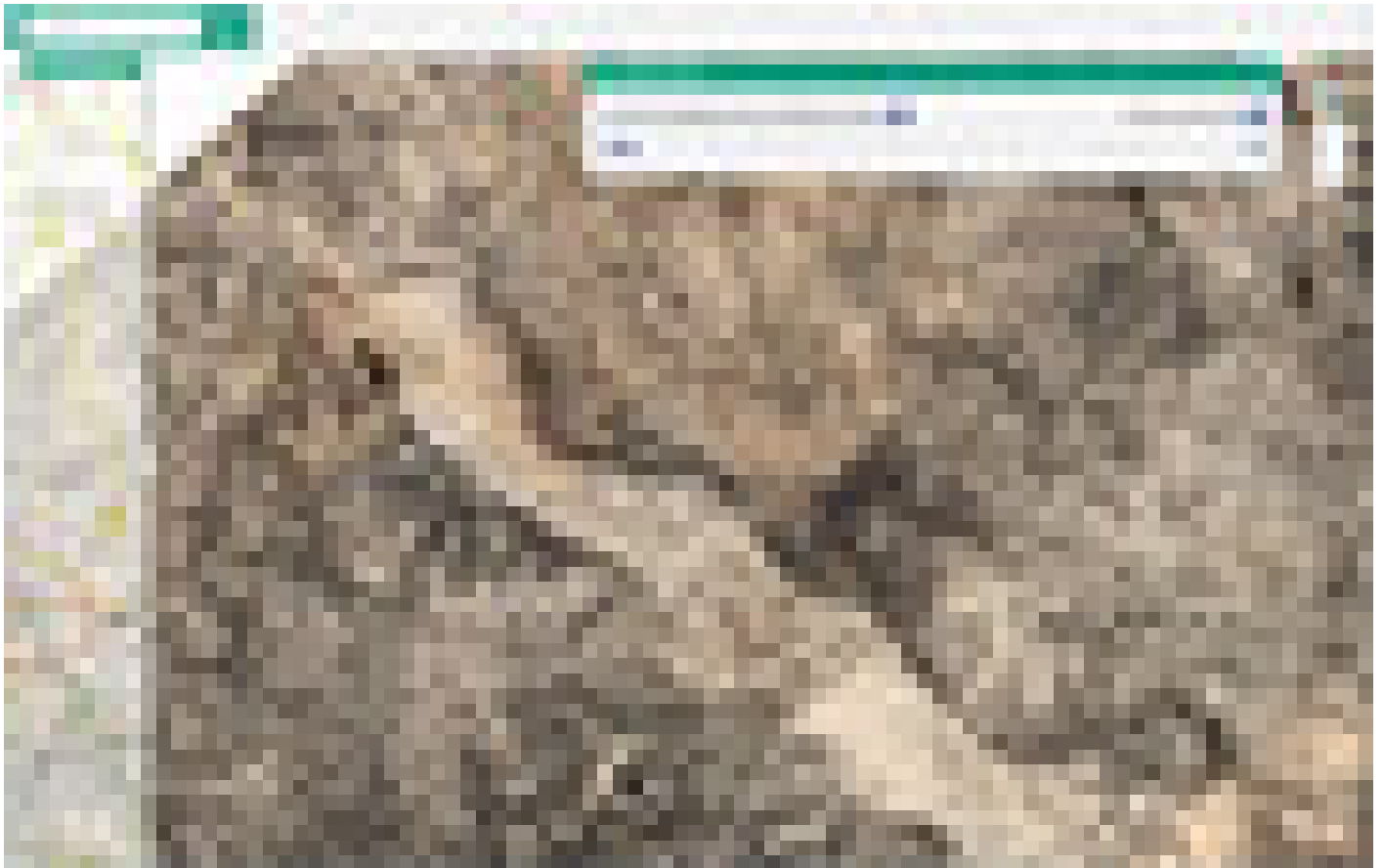
**Das
Bundesarchiv**



Slider Historische Karten

Topographische Karten von Sachsen ab 1781

Mit dieser Anwendung können Sie vier historische topographische Karten, die aktuellen topographischen Karten und die aktuellen Luftbilder (DOP) betrachten und miteinander vergleichen. Mit einem Schieberegler (Slider) können Sie jeweils zwei ausgewählte Karten gegenseitig überblenden.



🔗 [Slider aufrufen](#)
(öffnet neue Registerkarte)

📄 [Tipps zur Bedienung \(*.pdf, 0,22 MB\)](#)

Auswahl der Karten

Jeweils zwei der sechs zur Verfügung stehenden Kartenebenen können über die beiden Auswahlfelder im Fenster "Karteninhalt wählen" (rechts oben) ausgewählt werden.

Beim Start sind im linken Auswahlfeld die Meilenblätter Sachsen als älteste verfügbare topographische Karte und rechts die aktuellen digitalen Orthophotos (aktuelle Luftbilder) voreingestellt.

Mit dem Schieberegler unter den Auswahlfeldern können Sie stufenlos zwischen den beiden eingestellten Kartenwerken überblenden.

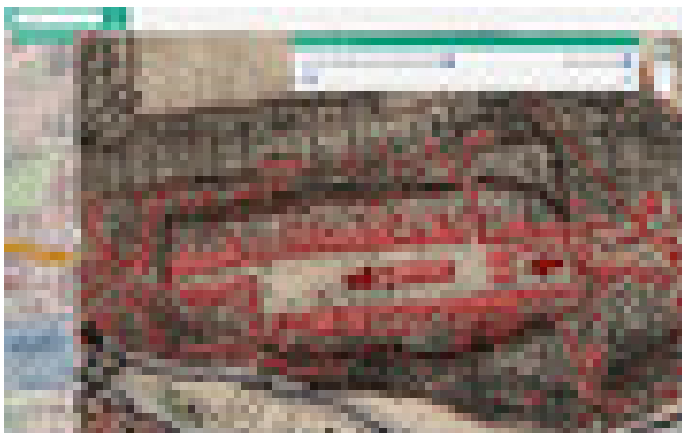
Folgende Kartenwerke und Luftbilder stehen zur Auswahl:

- 1781-1810 Meilenblätter Sachsen 1 : 12 000 (Berliner Exemplar)
- 1908-1945 Meßtischblatt (MB25) 1 : 25 000
- 1976-1989 Topographische Karte 1 : 25 000 DDR Ausgabe Staat
- 1988-2001 Topographische Karte 1 : 25 000 (TK25)
- 2016-2021 Digitale Topographische Karte 1 : 25 000 (DTK25)
- Digitale Orthophotos RGB (DOP)

➤ [Informationen zur Verfügbarkeit und Aktualität Historischer Karten des GeoSN](#)

Linkgenerator

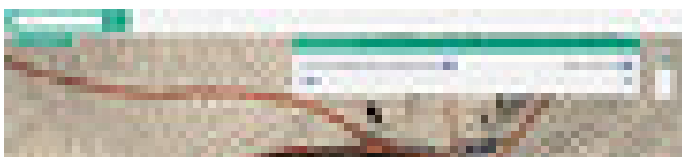
Über den Linkgenerator in Kartenwerkzeuge/ Kartenausschnitt speichern/versenden können Sie die eingestellte Karte speichern oder an andere Personen weitergeben. Der Empfänger kann den Hyperlink einfach in die Adressleiste seines Webbrowsers kopieren. Er sieht dann die Ansicht, die Sie eingestellt hatten.



Beispiellink – Rochlitz

Gebiet mit geringen Veränderungen

➤ [Link aufrufen](#)



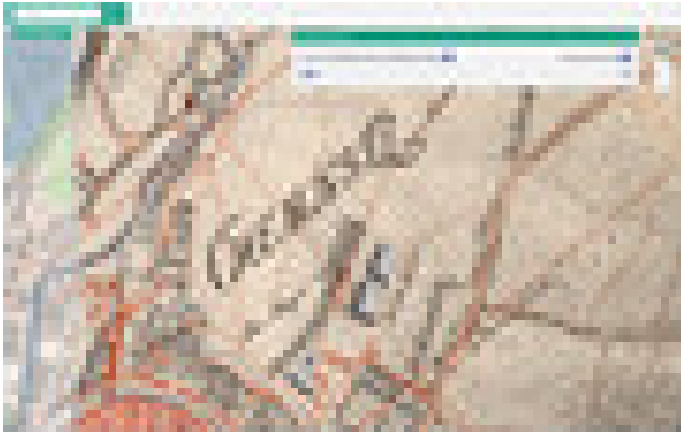
Beispiellink – Rehbach

Gebiet mit geringen Veränderungen, typisches



Angerdorf

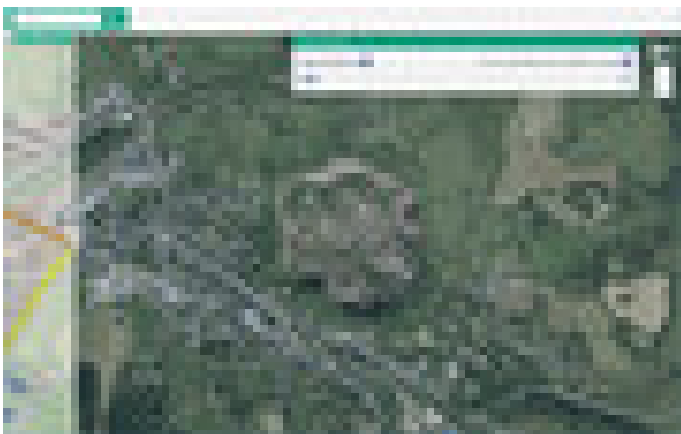
[➤ Link aufrufen](#)



Beispiellink - Chemnitz (Hauptbahnhof)

Gebiet mit erheblichen Veränderungen

[➤ Link aufrufen](#)



Beispiellink - Binge Altenberg

Gebiet mit erheblichen Veränderungen

[➤ Link aufrufen](#)

Herausgeber



Landesamt für Geobasisinformation Sachsen [GeoSN]

Olbrichtplatz 3

01099 Dresden

Telefon: 0351 8283-0

Telefax: 0351 8283-6110

E-Mail: Poststelle@geosn.sachsen.de

Service



Verwandte Portale



Helmut Böhme (Politiker)

deutscher Politiker (NSDAP), MdR / aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

FASSEN WIR UNS KURZ, INDEM WIR EINFACH DIESE SCHLÜSSELFRAGEN
BEANTWORTEN:

Können Sie die wichtigsten Fakten und Statistiken dazu auflisten Helmut Böhme
(Politiker)?

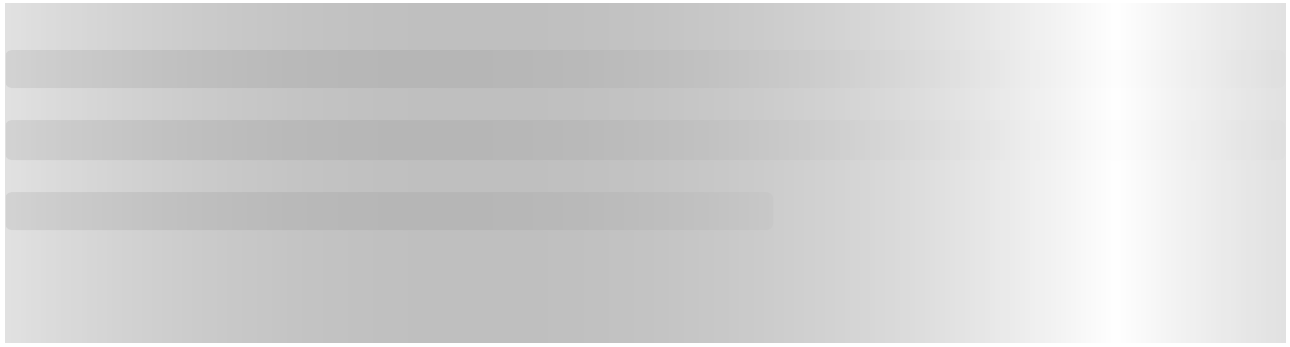
Fass diesen Artikel für einen 10-Jährigen zusammen

[ZEIGE ALLE FRAGEN](#)

Helmut Böhme (* 22. Mai 1902 in Freiberg; † 6. Mai 1945 in Meißen) war ein deutscher [Politiker](#) (NSDAP) und [SA-Führer](#).



Helmut Böhme



[Home](#)

[About us](#)

[FAQ](#)

[Press](#)

[Site map](#)

[Terms of service](#)

[Privacy policy](#)

Jungnationaler Bund

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Der **Jungnationale Bund** (*Junabu*) war während der [Weimarer Republik](#) ein Verband innerhalb der [Bündischen Jugend](#). Der Bund wurde 1921 als Abspaltung vom rechtskonservativen und monarchistischen [Deutschnationalen Jugendbund](#) (DNJ) gegründet. Der *Junabu* verstand sich als „Erziehungsbund“ zur politischen Erneuerung und lehnte die [parlamentarische Demokratie](#) ab. Nachdem sich bereits 1924 ein kleiner Flügel des Junabu als **Jungnationaler Bund – Deutsche Jungenschaft** abgespalten hatte, vereinigte sich der verbliebene **Junabu – Bund deutscher Jugend** mit dem [Großdeutschen Jugendbund](#) zur **Freischar junger Nation**, während der *Junabu – Deutsche Jungenschaft* seit 1933 wieder als *Junabu* firmierte. Angehörige dieses Bundes leisteten [Widerstand gegen den Nationalsozialismus](#) und wurden 1937 in einem aufsehenerregenden Prozess in Essen vor Gericht gestellt.



WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite
Themenportale
Zufälliger Artikel

Mitmachen
Artikel verbessern
Neuen Artikel anlegen
Autorenportal
Hilfe
Letzte Änderungen
Kontakt
Spenden

Werkzeuge
Links auf diese Seite
Änderungen an
verlinkten Seiten
Spezialseiten
Permanenter Link
Seiteninformationen
Artikel zitieren
Wikidata-Datenobjekt

Drucken/exportieren
Als PDF herunterladen
Druckversion

In anderen Projekten
Commons

In anderen Sprachen

- ★ Asturianu
- ★ English
- ★ Español
- हिन्दी
- 한국어
- ★ Português
- اردو
- ★ Tiếng Việt
- 中文

82 weitere

Links bearbeiten

Nicht angemeldet [Diskussionsseite](#) [Beiträge](#) [Benutzerkonto erstellen](#) [Anmelden](#)

Artikel [Diskussion](#)

Weitere

Wikipedia durchsuchen



Fotografiere deine traditionelle Kultur, hilf Wikipedia und gewinne!

Eduard VIII.

Eduard VIII. (englisch *Edward VIII*), gebürtig *Edward Albert Christian George Andrew Patrick David*, genannt *David*, (* 23. Juni 1894 in der *White Lodge* in London; † 28. Mai 1972 in Paris) war von 1910 bis 1936 *Prince of Wales*, vom Januar 1936 bis zu seiner *Abdankung* im Dezember desselben Jahres *König des Vereinigten Königreichs* und *Kaiser von Indien* und ab März 1937 *Duke of Windsor*. Eduard war der zweite Monarch aus dem 1917 neubegründeten *Haus Windsor*.

Inhaltsverzeichnis [Verbergen]

- Leben
 - Jugendjahre (1894–1910)
 - Thronfolger (1910–1936)
 - Erster Weltkrieg (1914–1918)
 - Bis zur Thronbesteigung (1918–1936)
 - König (1936)
 - Abdankung (1936)
 - Duke of Windsor (1937–1972)
 - Zweiter Weltkrieg (1939–1945)
 - Nach dem Zweiten Weltkrieg
 - Tod
- Ahnentafel
- Titel und Prädikat (englisch)
- Militärische Ränge
- Militärische Ehrenränge
- Auszeichnungen
 - Britische Auszeichnungen
 - Ausländische Auszeichnungen
 - Benennung geographischer Objekte
- Siehe auch
- Literatur
- Weblinks
- Einzelnachweise



Eduard „David“, Herzog von Windsor (1945)

Leben [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Jugendjahre (1894–1910) [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Eduard war das älteste Kind des späteren Königs *Georg V.* von Großbritannien und von dessen Gemahlin *Prinzessin Maria von Teck*, der späteren *Queen Mary*. Sein Vater war der zweite Sohn des Thronfolgers (*Prince of Wales*), des späteren Königs *Eduard VII.*

Eduard wurde am 16. Juli 1894 in seinem Geburtshaus *White Lodge*^[1] im Londoner *Richmond Park* vom *Erzbischof von Canterbury*, *Edward White Benson*, dem damaligen Primas der anglikanischen Kirche, im grünen Salon getauft. Sein erster Name *Edward* kam von seinem früh



verstorbenen Onkel [Albert Victor](#), dem älteren Bruder seines Vaters, der in der Familie nur *Eddy* gerufen wurde und der der vormalige Verlobte seiner Mutter war. Der Name Albert wurde auf Wunsch seiner Urgroßmutter, der Königin [Viktoria](#), nach ihrem verstorbenen Gemahl [Albert](#) eingefügt. Der Name Christian kam von seinem Urgroßvater König [Christian IX.](#) von [Dänemark](#). Die restlichen Vornamen [George](#), [Andrew](#), [Patrick](#) und [David](#) stehen für die Heiligen von [England](#), [Schottland](#), [Irland](#) und [Wales](#). Sein üblicher, familiärer Rufname war sein letzter Vorname, David.

Zusammen mit seinen Geschwistern wurde Eduard hauptsächlich von Dienstpersonal erzogen.^[2] Die spätere Königin Mary beschäftigte sich sehr selten mit ihren Kindern; der Vater war streng, so wie auch er erzogen worden war.^[3]

Thronfolger (1910–1936) [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]



Gemälde von [Arthur Stockdale Cope](#): Eduard als Prince of Wales 1912

Mit der Thronbesteigung seines Vaters im Mai 1910 wurde er als Thronfolger automatisch *Duke of Cornwall* und *Duke of Rothesay*. Am 23. Juni 1910 wurde er von seinem Vater zum *Prince of Wales* – dies ist der Titel des britischen Kronprinzen – und zum *Earl of Chester* ernannt. Die *Investitur* erfolgte am 13. Juli 1911 in *Caernarfon Castle*.^[4] Es war gleichzeitig die erste Investitur eines „Prince of Wales“ seit 1616, die in Wales stattfand. Für den Ablauf der Zeremonie war der liberale spätere *Premierminister David Lloyd George* zuständig, der Eduard dabei half, nach der Zeremonie ein paar Sätze auf *Walisisch* an die Bevölkerung zu richten.^[5] Vor dem Ersten Weltkrieg machte Eduard eine Reise zum Vetter seines Vaters, Kaiser [Wilhelm II.](#), ins *Deutsche Reich*.



Eduard als Kind, aufgenommen von seiner Großmutter Königin [Alexandra](#) (um 1900)



Eduard als Offizier des Heeres (um 1915)

Zu dieser Zeit gab es Überlegungen, Eduard mit Großfürstin [Olga Nikolajewna Romanowa](#), der ältesten Tochter von Zar [Nikolaus II.](#) und [Alexandra Fjodorowna](#), zu verheiraten. Die Pläne wurden aber aufgegeben.

Erster Weltkrieg (1914–1918) [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Im *Ersten Weltkrieg* bekam Eduard auf sein Bitten hin ein kleines Kommando als Offizier an der *Westfront* bei den *Grenadier Guards*, sollte sich aber als *Kronprinz* aus direkter Gefahr für Leib und Leben heraushalten. Einmal geriet er in einen deutschen *Artillerieangriff* und durfte von da an nicht mehr an die direkte Hauptkampflinie. Trotzdem bekam er 1916 das *Military Cross* verliehen.^[6]

Bereits seit 1911 war er auch Angehöriger der *Royal Navy*. Er unternahm 1918 als erster Kronprinz einen militärischen Flug mit einem Flugzeug. Den Pilotenschein erwarb er nach seinem Bruder [Albert](#) als zweites Mitglied des Königshauses.^[7]

Bis zur Thronbesteigung (1918–1936) [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Wie in der herrschenden Klasse üblich, unternahm er 1928 und 1930 zwei *Großwild-Safaris* in *Ostafrika* mit bekannten Jägern



Eduard vor seinem ersten Flug mit einem Flugzeug (1918)



wie [Denys Finch Hatton](#) und [Bror von Blixen-Finecke](#). In [Kenia](#) lernte er die dänische Schriftstellerin und Kaffee-Farmerin [Karen Blixen](#) kennen. Im Auftrag seines Vaters unternahm er zwei Weltreisen, um die Krone in den [Kolonien](#) in Übersee und in anderen Ländern zu repräsentieren und sich somit auf seine zukünftige Aufgabe als Monarch vorzubereiten. Insgesamt unternahm er in den Jahren von 1919 bis 1935 sechzehn größere Reisen.^[8]

Zum selben Zeitpunkt entwickelte er großes Interesse an der [sozialen Frage](#), die gerade nach der [Weltwirtschaftskrise](#) in Großbritannien drängend erschien.^[9]

Eduard lebte als Kronprinz fast ausschließlich im [Fort Belvedere](#), das sein Vater ihm 1929 geschenkt hatte. Er ließ es vollständig renovieren, [Norah Lindsay](#) entwarf die Gärten^[10] oder, wie der Herzog von Windsor es beschrieb, „sie half mir bei meinen ersten gärtnerischen Bemühungen“^[11]. Eduard beherbergte dort einen Zirkel von Freunden.^[12] Innerhalb dieses Zirkels wurde, in freier Atmosphäre ohne Hofzeremoniell, das Eduard persönlich nicht schätzte, freier Gedankenaustausch gepflegt. In diese Zeit fielen diverse Affären mit meist verheirateten und oft jüngeren Frauen, unter anderem mit der halbbritischen und halbamerikanischen Textilindustriellen [Freda Dudley Ward](#), der amerikanischen Filmschauspielerin [Mildred Harris](#) oder [Thelma Furness, Viscountess Furness](#), die viele schon als die zukünftige Gemahlin Eduards ansahen.^[13]

Diese Liebschaften störten sein ansonsten recht gutes Verhältnis zu seinen Eltern, speziell zu seinem Vater, stark. George V. befürchtete, dass Eduard sich und die Krone in nur zwölf Monaten ruinieren könne, wenn er einmal König sein sollte, und hoffte, er werde nie heiraten und Kinder bekommen.^[14]

Auch als König lebte er meist im Fort Belvedere.

König (1936) [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

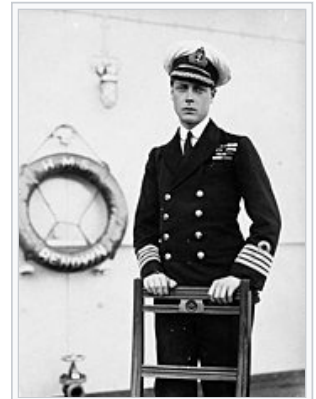
Nach dem Tod seines Vaters Georg V. am 20. Januar 1936 war er bis zu seiner Abdankung am 11. Dezember 1936 als *Eduard VIII.* König von [Großbritannien und Nordirland](#). Schon am ersten Tag seiner Herrschaft brach er das königliche Protokoll, indem er von einem Fenster des [St-James's-Palastes](#) die öffentliche [Proklamation](#) seines Herrschaftsantritts in Begleitung seiner Freundin verfolgte.^[15]

Sein Interesse an der sozialen Frage wurde öffentlich, als er als König in Südwales Kohleminen besichtigte und zu den dortigen Zuständen sagte: *Something must be done* („Es muss etwas getan werden“).^[9] Gerade die konservative Regierung befürchtete, dass der König sein Amt nicht neutral als konstitutioneller Monarch ausführen würde. Mit seinen Ansichten war er zu einer Gefahr für das konservative britische [Establishment](#) geworden.^[16]

Am 16. Juli 1936 versuchte ein irischer [Terrorist](#) namens [Jerome Brannigan](#), ein Attentat auf ihn zu verüben, was die Polizei jedoch noch rechtzeitig verhindern konnte. Die Umstände und Hintergründe dieser Tat sind nie vollständig geklärt worden. Der [MI5](#) allerdings soll frühzeitig von den Attentatsplänen gewusst und sie dennoch nicht sofort der Regierung, der Polizei und dem Hof gemeldet haben. Brannigan wurde daraufhin zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.^[17]

Im Sommer des Jahres 1936 weilte König Eduard in seinem Sommerurlaub mit Wallis Warfield an der [kroatischen](#) Adriaküste. Warfield, besser bekannt unter dem Namen [Wallis Simpson](#), eine zweimal

Eduard (Mitte) in [Kanada](#) beim offiziellen Staatsbesuch als Thronfolger ↗



Eduard, als Prince of Wales, an Bord des britischen [Schlachtskreuzers HMS Renown](#) (1919) ↗



Prinz Eduard mit der japanischen Kaiserin Teimei (1922) ↗



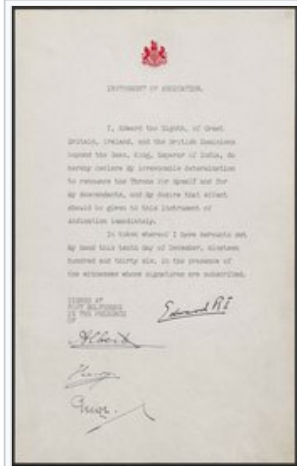
Eduard VIII. mit dem türkischen Präsidenten [Mustafa Kemal Atatürk](#) in [Istanbul](#) (4. September 1936) ↗

geschiedene bürgerliche US-Amerikanerin, hatte er durch seine ehemalige Geliebte Thelma Furness kennengelernt.^[18]

Im November 1936 eröffnete König Eduard zum ersten und einzigen Mal in seiner kurzen Regierungszeit das Parlament. Er trug dabei die Uniform eines **Admiral of the Fleet**, allerdings ohne Krone, da er bis zu seiner Abdankung nicht gekrönt wurde.

Abdankung (1936) [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

→ Hauptartikel: *Abdankung Eduards VIII.*



Eduards
Abdankungserklärung
(*Instrument of Abdication*) von
1936

Sein Verhältnis zu **Wallis Simpson** war der Presse bekannt, jedoch schwiegen die britischen Zeitungen fast allesamt über diese Romanze. Die internationale Presse berichtete hingegen offen darüber, vor allem die US-amerikanischen Magazine des Pressemagnaten **William Randolph Hearst**, die sich Eduards Person als Staatsoberhaupt nicht verbunden sahen und zum Teil anti-monarchistisch eingestellt waren.



Wallis Simpson (1936)

Auf Druck der konservativen Regierung von **Premierminister Stanley Baldwin**, der **Dominions** und der **anglikanischen Kirche** durch Erzbischof **Cosmo Gordon Lang** dankte Eduard schließlich am 11. Dezember 1936 ab, um Wallis Warfield am 3. Juni 1937 heiraten zu können.^[19] Es war offiziell nicht möglich, dass der britische Souverän als Oberhaupt der

anglikanischen Kirche eine geschiedene Frau heiraten konnte. Versuche Eduards, eine **morganatische Ehe** einzuleiten und den Thron zu behalten, wurden abgelehnt.

Seine **Abdankungsurkunde** wurde von ihm selbst und von seinen drei Brüdern als Zeugen unterschrieben. In seinem weiteren Leben trug er nur noch den Titel *Herzog von Windsor*, der ihm von seinem Bruder kurz nach der **Abdankung** verliehen wurde. Wallis Simpson wurde lebenslang die Anrede **Königliche Hoheit** verwehrt, was zu erheblichen Verstimmungen des Herzogs gegenüber seiner Familie führte. Seine Mutter weigerte sich darüber hinaus, ihn und seine Frau jemals persönlich zu empfangen.^[20]

Das Paar lebte meist im selbst gewählten Exil in den **USA** und **Frankreich**, aber auch in der **Schweiz** und **Österreich**. Es war vereinbart worden, dass das Paar sich nur auf ausdrückliche Einladung seines Bruders König **Georg VI.** in Großbritannien aufhalten dürfe. Eine Gelegenheit war zum Beispiel die Beerdigung seiner Mutter Mary 1953, für die er eine Ausnahmegenehmigung seiner Nichte, Königin **Elisabeth II.**, brauchte. Am Sterbebett seiner Mutter erschien er aber nicht mehr rechtzeitig.

Zu zwei weiteren Beerdigungen war Eduard mit seiner Frau auf Einladung der Königin in Großbritannien. Seine Schwägerin **Marina**, die Frau seines Bruders **George Edward**, war 1968 gestorben, seine ihm seit frühester Jugend sehr nahestehende Schwester **Mary Victoria** bereits im Jahre 1965.^[21]

Eduard VIII. war nach **Eduard V.** (1470–1483) der einzige englische König seit der **normannischen Eroberung** 1066, der nicht gekrönt wurde, und neben **Eduard II.** (1284–1327) und **Richard II.** (1367–1400) der einzige, der zur Abdankung gezwungen wurde, wenn man die **Rosenkriege** des 15. und den **Englischen Bürgerkrieg** des 17. Jahrhunderts außer Acht lässt.

Duke of Windsor (1937–1972) [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

1937 wurde Eduard der Titel **Duke of Windsor** verliehen. Im selben Jahr erfolgte die Hochzeit im französischen Exil; die Ehe der beiden blieb kinderlos. Die königliche Familie hat seine Frau nie vollständig akzeptiert. Insbesondere Queen Mary blieb wütend auf Edward und empört über seine Ehe mit Wallis, um nach ihren Worten „all das dafür aufzugeben“. Sie weigerte sich



seitdem, ihren Sohn offiziell zu empfangen.^[22] Nach seiner Abdankung besuchte Eduard mehrere Länder, unter anderem [Deutschland](#), wo er mit seiner Gattin von [Adolf Hitler](#) auf dem [Berghof](#) empfangen wurde.^[23] Das führte in Großbritannien zu Verstimmungen, ebenso wie sein Besuch in [Italien](#) bei [Benito Mussolini](#).^[24]



Wappen als Duke of Windsor

Die Vermögensverhältnisse Eduards sind unklar. Tatsache ist, dass er den Gegenwert der als Privatbesitz von seinem Vater geerbten Anwesen [Balmoral Castle](#) und [Sandringham House](#) erhielt und zusätzlich den Wert des [Forts Belvedere](#).^[25]

Zweiter Weltkrieg (1939–1945) [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Im September 1939 wurden der Duke und die Duchess auf dem britischen Zerstörer [HMS Kelly](#) unter dem Kommando von [Lord Louis Mountbatten](#) nach Großbritannien gebracht und Eduard im Rang eines [Generalmajors](#) im britischen Militärdienst nach Frankreich geschickt. Er inspizierte in dieser Zeit die französischen und belgischen Forts an der [Magenot-Linie](#), deren Einsicht den britischen Verbündeten durch Franzosen und Belgier vorher nicht gegeben worden war. Aussagen des deutschen Gesandten in Den Haag, [Julius Graf von Zech-Burkersroda](#), zufolge hatte Eduard im Februar 1940 die alliierten Pläne zur Verteidigung Belgiens an die Deutschen verraten.^[26]



Das französische [Schloss Candé](#), auf dem das Herzogspaar getraut wurde

Während der [deutschen Besetzung Frankreichs](#) von 1940 bis 1944 wurden Eduards Wohnsitze in Paris und in Südfrankreich auf Wunsch des Dukes durch die [Wehrmacht](#) bewacht.^[27] Eduard selbst floh nach der Besetzung zunächst nach [Biarritz](#), dann nach Spanien, um schließlich in Portugal bei einem [Bankier](#) mit deutschen Kontakten in [Lissabon](#) unterzukommen.^[28]

Folgende Zitate werden ihm nachgesagt: *After the war is over and Hitler will crush the Americans ... We'll take over ... They (the British) don't want me as their King, but I'll be back as their leader.* („Wenn der Krieg vorbei ist und Hitler die Amerikaner zerquetscht hat ... übernehmen wir ... Sie [die Briten] wollen mich nicht als ihren König, aber ich komme bald als ihr Führer zurück.“)^[29] Zu einem Journalisten sagte er angeblich: *It would be a tragic thing for the world if Hitler was overthrown.* („Es wäre eine Tragödie für die Welt, wenn Hitler gestürzt würde.“)^[29]

Auf Befehl [Winston Churchills](#) wurden der Duke und die Duchess of Windsor aus Portugal in britische Obhut auf die [Bahamas](#) gebracht und Eduard zum [Gouverneur](#) der britischen [Kronkolonie](#) ernannt. Jedoch mochte er die Inseln nicht besonders und bezeichnete sie abschätzig als „drittklassige britische Kolonie“. ^[30] Eduards Ansichten waren – bei allem sozialen Engagement auf den Bahamas – zu dieser Zeit [rassistisch](#). Er hatte Vorurteile gegenüber der schwarzen Bevölkerung der Bahamas und führte die herrschenden Unruhen auf [kommunistische](#) Agitation und [Juden](#) zurück.^[31]

Verschiedene Unterlagen, u. a. die so genannte [Windsor-Akte](#), dokumentieren die engen Verbindungen Edwards mit dem [Dritten Reich](#), seine Sympathien für Hitler und seinen Staat, allerdings belegen sie nicht etwaige Versuche zur erneuten Thronbesteigung mit Hilfe der Nazis.^{[32][33]}

Nach dem Zweiten Weltkrieg [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

1945 wurde er als Gouverneur der Bahamas abgelöst. Er und seine Frau waren das [Jetset](#)-Paar der ersten Nachkriegsjahrzehnte, das durch seinen äußerst kostspieligen Lebensstil mit vielen Reisen auffiel. So überhäufte der Duke seine Gattin, die Duchess of Windsor, im Laufe ihrer Ehe mit kostbarem Schmuck, der nach ihrem Tod für rund 160 Millionen Dollar versteigert wurde. Er und seine Frau waren bei dem [amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower](#) und im Jahr 1970 bei [Richard Nixon](#) als persönliche Gäste im [Weißen Haus](#)



und gaben 1956 im amerikanischen Fernsehen in [Edward R. Murrows](#) Fernsehshow *Person to Person* ein Interview.^[34]

Zu seiner Schwester Mary hatte er noch ein freundschaftliches Verhältnis. Er reiste mit ihr und ihrem Mann auf das **Schloss Enzesfeld** in [Enzesfeld-Lindabrunn](#) südlich von Wien. Im

November 1947 schlug Mary angeblich die Einladung zur Hochzeit ihrer Nichte Prinzessin Elisabeth mit [Philip Mountbatten](#) aus, weil Eduard nicht ebenfalls eingeladen worden war. Offiziell nahm sie aus gesundheitlichen Gründen nicht daran teil. Eduard wurde später jedoch offiziell zu den Hochzeiten seiner Nichten [Prinzessin Margaret](#) und [Prinzessin Alexandra](#) eingeladen, blieb ihnen aber aus Verbitterung über den ersten Affront fern.

Zur Beerdigung seines Bruders, König Georg VI., im Jahr 1952 war er in London.^[22] Ab demselben Jahr lebte er mit seiner Frau in einer Villa im [Bois de Boulogne](#) am Stadtrand von Paris, unmittelbar an der Grenze zum Nobelprevort [Neuilly-sur-Seine](#).^[35] 1952 kauften sie in [Gif-sur-Yvette](#) bei Paris das Landhaus Moulin de la Tuilerie.^[36]

In den 1960er Jahren verschlechterte sich sein Gesundheitszustand. [Michael E. DeBakey](#) operierte ihn im Dezember 1964 in [Houston](#) wegen eines [Aneurysmas](#) der [Bauchaorta](#).^[37] Auch wegen seines Gesundheitszustands kehrte er nach London zurück.^[38] Sir [Stewart Duke-Elder](#) behandelte ihn im Februar 1965 in einer Londoner Klinik wegen einer abgelösten [Netzhaut](#).^[37] Dort erhielt er zweimal Besuch von seiner Nichte, Königin Elisabeth II.^[39] Er erhielt außerdem Besuch von seiner Schwägerin [Prinzessin Marina, Herzogin von Kent](#) und seiner Schwester [Mary](#), die wenig später starb und zu deren Beerdigung er noch in London weilte.^[38]

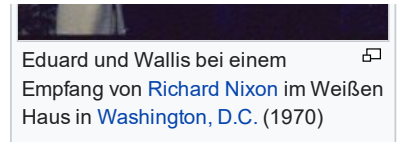
1966 gab er dem Journalisten [Georg Stefan Troller](#) auf Deutsch ein TV-Interview,^[40] er beantwortete Fragen zu seiner Abdankung.^[41] 1967 traf er anlässlich des 100. Geburtstages seiner 1953 verstorbenen Mutter erneut auf die königliche Familie und weihte mit ihnen ein Denkmal zu Ehren seiner Mutter im [Marlborough House](#) ein.^{[38][33]}

Die letzte königliche Zeremonie, an der Eduard teilnahm, war die Beerdigung von Prinzessin Marina im Jahr 1968.^[38] Im darauffolgenden Jahr lehnte er eine Einladung von Elizabeth II. zur Anerkennung von [Prinz Charles](#) als [Prince of Wales](#) ab und antwortete, dass Prinz Charles seinen „gealterten Großonkel“ dort nicht wollen würde.^[38]

Im Jahr 1970 waren er und seine Frau in einer fünfzigminütigen Reportage der [BBC](#) zu sehen.

Tod [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Eduard war seit seiner Jugend ein starker Raucher. Ende 1971 wurde [Kehlkopfkrebs](#) diagnostiziert und bei ihm eine [Kobaltkanonentherapie](#) durchgeführt.^[37] 1972 konnte er noch ein letztes Mal seine Nichte Königin Elisabeth II. sehen, die anlässlich eines am 15. Mai beginnenden, fünftägigen Staatsbesuches in Frankreich ihren Onkel privat besuchte. An den Folgen der Krebserkrankung starb er am 28. Mai 1972 in Paris. Sein Leichnam wurde nach [Windsor Castle](#) überführt. Am 5. Juni fand dort in Anwesenheit der Königin, der königlichen Familie, der Duchess of Windsor und einer großen Menschenmenge die Trauerfeier in der [St.-Georgs-Kapelle](#) statt. Die Anteilnahme der Bevölkerung an seinem Tod und seiner Beerdigung war groß. Eduard VIII. wurde auf dem königlichen Friedhof (Royal Burial Ground) von [Frogmore House](#) in der Nähe von Windsor Castle beigesetzt.








Eduard und Wallis bei einem Empfang von [Richard Nixon](#) im Weißen Haus in [Washington, D.C.](#) (1970)



Das Mausoleum der Duchess of Kent in [Frogmore Gardens](#), in dessen Nähe Eduard und seine Gattin bestattet sind

Ahnentafel [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Ahnentafel König Eduard VIII.							
	Herzog		Herzog				

Urgroßeltern	Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1784–1844) ⚭ 1817 Luise von Sachsen-Gotha-Altenburg (1800–1831)	Edward Augustus, Duke of Kent and Strathearn (1767–1820) ⚭ 1818 Victoire von Sachsen-Coburg-Saalfeld (1786–1861)	Friedrich Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (1785–1831) ⚭ 1810 Luise Karoline von Hessen-Kassel (1789–1867)	Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel (1787–1867) ⚭ 1810 Louise Charlotte von Dänemark (1789–1864)	Prinz Ludwig von Württemberg (1756–1817) ⚭ 1797 Henriette von Nassau-Weilburg (1780–1857)	Graf László Rhédey von Kis-Rhéde ⚭ Baronin Agnes Inczédy de Nagy-Várad	 König Georg III. von Großbritannien und Irland (1738–1820) ⚭ 1761 Sophie Charlotte von Mecklenburg-Strelitz (1744–1818)	Landgraf Friedrich III. von Hessen-Kassel-Rumpenheim (1747–1837) ⚭ 1786 Prinzessin Caroline Polyxene von Nassau-Usingen (1762–1823)
Urgroßeltern	Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861) ⚭ 1840  Königin Victoria (1819–1901)	König Christian IX. von Dänemark (1818–1906) ⚭ 1842 Landgräfin Louise von Hessen (1817–1898)	Prinz Alexander von Württemberg (1804–1885) ⚭ 1835 Gräfin Claudine Rhédey von Kis-Rhéde (1812–1841)	Adolphus Frederick, 1. Duke of Cambridge (1774–1850) ⚭ 1818 Landgräfin Auguste von Hessen (1797–1889)				
Großeltern	 König Eduard VII. (1841–1910) ⚭ 1863 Prinzessin Alexandra von Dänemark (1844–1925)	Herzog Franz von Teck (1837–1900) ⚭ 1866 Prinzessin Mary Adelaide von Cambridge (1833–1897)						
Eltern	 König Georg V. (1865–1936) ⚭ 1893 Prinzessin Mary von Teck (1867–1953)							
	 König Eduard VIII. (1894–1972)							

Titel und Prädikat (englisch) [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

- *His Highness* Prince Edward of York (1894–1898)
- *His Royal Highness* Prince Edward of York (1898–1901)
- *His Royal Highness* Prince Edward of Cornwall and York (1901)
- *His Royal Highness* Prince Edward of Wales (1901–1910)
- *His Royal Highness* Prince Edward, Duke of Cornwall, Duke of Rothesay (1910)
- *His Royal Highness* Prince Edward, Prince of Wales, Duke of Cornwall, Duke of Rothesay (1910–1936)
- *His Majesty* King Edward VIII (1936)
- *His Royal Highness* Prince Edward, Duke of Windsor (1937–1972)

Volle Titel

- 1910–1936: *His Royal Highness The Prince Edward* Albert Christian George Andrew Patrick David, *Prince of Wales and Earl of Chester, Duke of Cornwall, Duke of Rothesay, Earl of Carrick, Baron of Renfrew, Lord of the Isles, Prince and Great Steward of Scotland*
- 1936: *His Majesty, Edward the Eighth, by the Grace of God, of Great Britain, Ireland, and of the*

British Dominions beyond the Seas, King, Defender of the Faith, Emperor of India

- 1937–1972: *His Royal Highness The Prince Edward Albert Christian George Andrew Patrick David, Duke of Windsor*

Militärische Ränge [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]



- 1911–1913: **Midshipman**, Royal Navy
- 1913–1919: **Lieutenant**, Royal Navy
- 1914–1916: **Lieutenant**, 1. Battalion, **Grenadier Guards**, **British Army** (Erster Weltkrieg, Flandern und Italien)
- 1916–1939: **Captain**, British Army
- ab 1919: **Captain**, Royal Navy
- ab 1939: **Major-General**, British Army

Militärische Ehrenränge [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

- 20. Januar–11. Dezember 1936: **Admiral of the Fleet**, Royal Navy
- 20. Januar–11. Dezember 1936: **Field Marshal**, British Army
- 20. Januar–11. Dezember 1936: **Marshal of the Royal Air Force**

Auszeichnungen [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Britische Auszeichnungen [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Kürzel	Orden	Jahr der Verleihung	Abb.
KG	Knight of the Garter	1910	
KT	Knight of the Thistle	1922	
KP	Knight of St Patrick	1927	
GCB	Knight Grand Cross of the Bath	1936	
GCSI	Knight Grand Commander of the Star of India	1921	
GCIE	Knight Grand Commander of the Indian Empire	1921	
GCVO	Knight Grand Cross of the Royal Victorian Order	1920	
KStJ	Knight of Justice of St John	1917	
RVC	Royal Victorian Chain	1921	
MC	Military Cross	1916	
FRS	Royal Fellow of the Royal Society		
PC	Privy Counsellor	1920	



Eduard verlor alle seine Auszeichnungen mit seiner Thronbesteigung im Jahre 1936, da er als Souverän persönliches Oberhaupt der meisten Orden war, wurde aber nach seiner Abdankung von seinem Bruder Georg wieder in den Status vor seiner Thronbesteigung gesetzt.

Ausländische Auszeichnungen [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]



- Großkreuz mit der Krone des [Ordens der Wendischen Krone](#) 1911
-  Großkreuz der [Ehrenlegion](#) 1912
-  [Ritter vom Goldenen Vlies](#) 1912
-  [Großkreuz des Norwegischen St-Olav-Ordens](#) 1914
-  [Ritter des Elefanten-Ordens](#) 1914
-  [Ritter des Annunziaten-Ordens](#) 1915
-  Großkreuz des [Ordens der hl. Mauritius und Lazarus](#) 1915
-  Großkreuz des [Ordens der Krone von Italien](#) 1915
- [Ritter 4. Klasse des Russischen Ordens des Heiligen Georg](#) 1916
-  [Militärorden Michael der Tapfere 1. Klasse](#) 1918
-  [Italienisches Kriegsverdienstkreuz](#) 1919
-  Großkreuz des [Ordens Muhammad Ali](#) 1922
-  [Ritter des Königlichen Seraphinenordens](#) 1923
-  [Collane des Ordens Carol I.](#)



Orden vom Goldenen Vlies ↗

Benennung geographischer Objekte [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Nach Eduard VIII. sind folgende geographischen Objekte im ostantarktischen [Kempland](#) benannt:

- [Edward-VIII-Bucht](#)
- [Edward-VIII-Plateau](#)
- [Edward-VIII-Schelfeis](#)

Siehe auch [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

- [Stammtafel der Herrscher Großbritanniens](#)

Literatur [[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

- Peter Allen: *The Crown and the Swastika: Hitler, Hess, and the Duke of Windsor*. Robert Hale, London 1983.
- Martin Allen: *Hidden agenda. How the Duke of Windsor betrayed the Allies*, Macmillan, London 2000, [ISBN 0-333-90181-9](#).
- Michael Bloch: *The Duke of Windsor's War*. Weidenfeld and Nicolson, London 1982. [ISBN 0-297-77947-8](#).
- Michael Bloch (Hrsg.): *Wallis and Edward: Letters 1931–1937*. Summit Books, 1986. [ISBN 0-671-61209-3](#).
- Michael Bloch: *The Secret File of the Duke of Windsor*. Bantam Books, London 1988. [ISBN 0-593-01667-X](#).
- Michael Bloch (Hrsg.): *Die Windsors – Briefe einer großen Liebe – Die private Korrespondenz aus dem Nachlaß der Herzogin von Windsor*. Droemer Knauer, München 1992. [ISBN 3-426-02447-0](#)
- Frances Donaldson: *Edward VIII*. Weidenfeld and Nicolson, London 1974. [ISBN 0-297-76787-9](#).
- Rupert Godfrey (Hrsg.): *Letters From a Prince: Edward to Mrs. Freda Dudley Ward 1918–1921*. Little, Brown & Co., 1998. [ISBN 0-7515-2590-1](#).
- Ernst Haiger: *Fiction, Facts, and Forgeries: The "Revelations" of Peter and Martin Allen about the History of the Second World War*. In: *The Journal of Intelligence History*. Vol. 6, No. 1 (Summer 2006 [erschienen 2007]) S. 105–117. [ISSN 1616-1262](#) ↗.
- Suzy Menkes: *The Windsor Style*. Grafton Books, London 1987. [ISBN 0-246-13212-4](#).
- Ted Powell: *King Edward VIII. An american life*, Oxford University Press, Oxford 2018, [ISBN 978-0-19-879532-2](#).
- Andrew Roberts: *The House of Windsor*. Hrsg. von Antonia Fraser. Cassell and Co., London 2000. [ISBN 0-304-35406-6](#).
- Susan Williams: *The Historical Significance of the Abdication Files*. Public Records Office – New Document Releases – Abdication Papers. Public Records Office of the United Kingdom, London 2003.
- Susan Williams: *The people's king. The true story of the abdication*, Palgrave Macmillan, New York

2004, ISBN 1-4039-6363-0.

- HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951.
- The Duchess of Windsor: *The Heart has its Reasons: The Memoirs of the Duchess of Windsor*. Houghton Mifflin, New York 1956.
- Philip Ziegler: *King Edward VIII: The official biography*. Alfred A. Knopf, New York 1991. ISBN 0-394-57730-2.

Weblinks [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

 **Commons: Eduard VIII. (Vereinigtes Königreich)** – Album mit Bildern, Videos und Audiodateien

- [Literatur über Eduard VIII.](#) ↗ im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Zeitungsartikel über Eduard VIII.](#) ↗ in den [Historischen Pressearchiven](#) der [ZBW](#)

Einzelnachweise [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 1
- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 7
- ↑ Philip Ziegler: *King Edward VIII: The official biography*. Alfred A. Knopf, New York 1991, S. 30–31
- ↑ Alison Weir: *Britain's Royal Families: The Complete Genealogy Revised edition*. Pimlico 1996
- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 78
- ↑ Ziegler (1991), S. 48–50
- ↑ [The Prince of Wales takes to the skies in his first flight in 1918](#) ↗ Royal Insight Magazine
- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 215
- ↑ ^a ^b H. C. G. Matthew: "Edward VIII [later Prince Edward, duke of Windsor] (1894–1972)." In: Oxford Dictionary of National Biography. Oxford University Press 2004
- ↑ Allyson Hayward: *Norah Lindsay, the life and art of a Garden designer*. London, Frances Lincoln 2007, S. 175–1795
- ↑ H.R.H The Duke of Windsor, My Garden, Life Magazine 16. Juli 1956, 62-74, zitiert nach Allyson Hayward: *Norah Lindsay, the life and art of a Garden designer*. London, Frances Lincoln 2007, S. 179
- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 235
- ↑ Ziegler (1991), S. 233
- ↑ Keith Middlemas, John Barnes: *Baldwin: A Biography*. Weidenfeld and Nicolson, London 1969, S. 976.
- ↑ HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 265
- ↑ Philip Ziegler: *King Edward VIII: The official biography*. Alfred A. Knopf, New York 1991, S. 273–274
- ↑ [Andrew Cook: The plot thickens. In: The Guardian. 3. Januar 2003](#) ↗.
- ↑ Zuvor wurde ihm bereits eine Affäre mit der Pianistin und Tänzerin [Edythe Baker](#) nachgesagt. Vgl. [Biographie von Edythe Baker](#) ↗
- ↑ Lord Beaverbrook: *The Abdication of King Edward VIII*. Hamish Hamilton, London 1966, S. 57; HRH The Duke of Windsor: *A King's Story*. Cassell and Co., London 1951, S. 387
- ↑ Ziegler (1991), S. 384
- ↑ Philip Ziegler: *King Edward VIII: The official biography*. Alfred A. Knopf, New York 1991, S. 554–556.
- ↑ ^a ^b Sarah Bradford: *King George VI*. Weidenfeld and Nicolson, London 1989, ISBN 0-297-79667-4, S. 198.
- ↑ Frances Donaldson: *Edward VIII*. Weidenfeld and Nicolson, London 1974, S. 331–332
- ↑ Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz: *Unterwegs nach Deutschland – Memoiren eines Diplomaten*. Verlag der Nation Berlin, 2. Auflage, 1956.
- ↑ Ziegler (1991), S. 376–378
- ↑ [No. 621](#) ↗: Zech zu Staatssekretär [Weizsäcker](#), 19 February 1940, in *Documents on German Foreign Policy 1918–1945* (1954), Series D, Volume VIII, S. 785, quoted in Bradford, S. 434

27. ↑ Andrew Roberts: *The House of Windsor*. Hrsg. von Antonia Fraser. Cassell and Co. London 2000, S. 52
28. ↑ Michael Bloch: *The Duke of Windsor's War*. Weidenfeld and Nicolson, London 1982, S. 91
29. ↑ ^{a b} Andrew Walker: *Profile: Edward VIII*. BBC online, 29. Januar 2003 ↗
30. ↑ Michael Bloch: *The Duke of Windsor's War*. Weidenfeld and Nicolson, London 1982, S. 364
31. ↑ Ziegler (1991), S. 471–2
32. ↑ Michael Bloch: *The Duke of Windsor's War*. Hrsg.: Weidenfeld and Nicolson. London, ISBN 0-297-77947-8, S. 93–94, 98–103, 119.
33. ↑ ^{a b} *Royalty and the Atlantic World 4: The Duke and Duchess of Windsor's Arrival in the Bahamas in 1940* | Carolyn Harris. ↗ Abgerufen am 12. März 2021 (amerikanisches Englisch).
34. ↑ Time: *Peep Show*. ↗ 8. Oktober 1956, abgerufen am 19. Februar 2007.
35. ↑ Alice Furlaud: *WINDSOR'S PARIS HOME TO BECOME MUSEUM*. In: *The New York Times*. 25. Dezember 1986, ISSN 0362-4331 ↗ (nytimes.com ↗ [abgerufen am 11. September 2017]).
36. ↑ Susanne Mayer: *Hotel in Frankreich: Wenn der Vorhang fällt*. In: *Die Zeit*. 20. Oktober 2011, ISSN 0044-2070 ↗ (zeit.de ↗ [abgerufen am 11. September 2017]).
37. ↑ ^{a b c} 1972: *Duke too ill for tea with the Queen*. 18. Mai 1972 (bbc.co.uk ↗ [abgerufen am 12. März 2021]).
38. ↑ ^{a b c d e} Philip Ziegler: *King Edward VIII: The official biography*. Hrsg.: Alfred A. Knopf. New York, ISBN 0-394-57730-2, S. 554–556.
39. ↑ Hugo Vickers: *How accurate is The Crown? We sort fact from fiction in the royal drama*. ISSN 0140-0460 ↗ (thetimes.co.uk ↗ [abgerufen am 12. März 2021]).
40. ↑ *Duke of Windsor (Edward VIII) Interview in German | 1966* ↗ auf YouTube, abgerufen am 17. Oktober 2022 (deutsch).
41. ↑ Georg Stefan Troller: *Georg Stefan Troller trifft den Herzog von Windsor*. In: *Die Welt*. 16. Oktober 2022 (welt.de ↗ [abgerufen am 17. Oktober 2022]).

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Georg, Duke of York später König Georg V.	Prince of Wales 1910–1936	<i>vakant</i> (ab 1958 Charles, Duke of Cornwall)
Georg, Duke of York später König Georg V.	Duke of Cornwall Duke of Rothesay 1910–1936	<i>vakant</i> (ab 1952 Charles of Edinburgh)
Georg V.	König des Vereinigten Königreiches 1936	Georg VI.
Georg V.	Kaiser von Indien 1936	Georg VI.
<i>Titel neu geschaffen</i>	Duke of Windsor 1937–1972	<i>Titel erloschen</i>

Normdaten (Person): [GND: 118528963](#) ↗ | [LCCN: n50000854](#) ↗ | [NDL: 00620615](#) ↗ | [VIAF: 47553571](#) ↗ | [Wikipedia-Personensuche](#)

Kategorien: [Eduard VIII.](#) | [Monarch \(Vereinigtes Königreich\)](#) | [Kaiser \(Indien\)](#) | [Prince of Wales](#) | [Duke of Cornwall](#) | [Duke of Windsor](#) | [Duke of Rothesay](#) | [Earl of Carrick](#) | [Earl of Chester](#) | [High Steward of Scotland](#) | [Person \(Church of England\)](#) | [Familienmitglied des Hauses Windsor](#) | [Person \(Commonwealth of Nations\)](#) | [Gouverneur \(Bahamas\)](#) | [Admiral of the Fleet \(Royal Navy\)](#) | [Marshal of the Royal Air Force](#) | [Ritter des Hosenbandordens](#) | [Ritter des Distelordens](#) | [Ritter von St. Patrick](#) | [Knight Grand Cross des Order of the Bath](#) | [Knight Grand Commander des Order of the Star of India](#) | [Knight Grand Commander des Order of the Indian Empire](#) | [Knight Grand Cross des Royal Victorian Order](#) | [Mitglied der Ehrenlegion \(Großkreuz\)](#) | [Ritter des Annunziaten-Ordens](#) | [Träger des Ordens der hl. Mauritius und Lazarus \(Großkreuz\)](#)

| Träger des Ordens der Krone von Italien (Großkreuz)
| Großkreuz des Hausordens der Wendischen Krone | Träger des Sankt-Olav-Ordens (Großkreuz)
| Träger des Ordens des Heiligen Georg | Träger des Elefanten-Ordens
| Träger des Seraphinenordens | Träger der Royal Victorian Chain
| Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies (Spanien) | Ehrendoktor der University of Calcutta
| Träger des Chrysanthemenordens (Großkreuz mit Ordenskette)
| Träger des Militärordens Michael der Tapfere 1. Klasse | Träger des Kriegsverdienstkreuzes (Italien)
| Mitglied des Privy Council (Vereinigtes Königreich) | Mitglied des kanadischen Kronrates
| Maria von Teck | Georg V. (Vereinigtes Königreich) | Mitglied der Royal Society of Edinburgh | Briten
| Geboren 1894 | Gestorben 1972 | Mann

Diese Seite wurde zuletzt am 25. März 2023 um 16:14 Uhr bearbeitet.

[Abrufstatistik](#) · [Autoren](#)

Der Text ist unter der Lizenz „[Creative Commons Attribution/Share Alike](#)“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den [Nutzungsbedingungen](#) und der [Datenschutzrichtlinie](#) einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) [Über Wikipedia](#) [Impressum](#) [Mobile Ansicht](#) [Entwickler](#) [Statistiken](#) [Stellungnahme zu Cookies](#)



< **Das Lexikon der Wirtschaft**

Autarkie

die vollständige oder teilweise Selbstversorgung eines Haushalts, einer Region oder eines Staates mit Gütern und Dienstleistungen. Wirtschaftlich autark ist ein Land, das alles selbst besitzt oder erzeugt, was es benötigt, oder das seinen Bedarf auf das beschränkt, was es selbst erzeugt.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

< **außerordentliche Kündigung**

Automatisierung >



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#)

[Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



< **Das Politiklexikon**

Versailler Vertrag

Bezeichnung für den am 10.1.1920 in Kraft getretenen Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich ([Deutsches Reich/Deutsches Kaiserreich](#)) und den [Alliierte](#)n zur Beendigung des Ersten [Weltkrieg](#)s (1914–1918). Der V. V. wies dem Dt. Reich die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu, sah große Gebietsabtretungen, die Internationalisierung wichtiger Flüsse und den Verzicht auf alle Kolonien vor. Er verlangte die Auslieferung von Kriegsverbrechern ([Kriegsverbrechen](#)), regelte die Auslieferung von Kriegsgefangenen, führte zur (zeitweiligen) Entmilitarisierung einiger dt. Gebiete ([Gebiet/Hoheitsgebiet](#)) (z. B. Rheinland) und zur drastischen Einschränkung der dt. Wehrmacht. Der V. V. belegte das Deutsche Reich mit enormen [Reparation](#)en; enthielt aber auch die Satzung für den [Völkerbund](#). Der V. V. wurde im Dt. Reich als ungerecht angesehen (die USA und CHN schlossen mit dem Dt. Reich einen Sonderfrieden) und führte in der [Weimarer Republik](#) zu dramatischen politischen Spannungen (insb. geschürt von den Nationalisten und Nationalsozialisten, aber auch von den Rechtskonservativen und den Militärs). Obwohl infolge der dt. Verständigungspolitik (G. Stresemann) nicht alle Vertragsbedingungen umgesetzt werden mussten, gilt der V. V. als schwierigste wirtschaftliche und politische Belastung der ersten dt. [Demokratie](#).

Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: *Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl.* Bonn: Dietz 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Siehe auch:

- [Deutsches Reich/Deutsches Kaiserreich](#)
- [Alliierte](#)
- [Weltkrieg](#)
- [Kriegsverbrechen](#)
- [Gebiet/Hoheitsgebiet](#)
- [Reparation](#)
- [Völkerbund](#)
- [Weimarer Republik](#)
- [Demokratie](#)

Weitere Inhalte

Hintergrund aktuell

Vor 100 Jahren: Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo

Am 16. April 1922 unterzeichneten Vertreter des Deutschen Reichs und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik einen Vertrag zur Aufnahme wirtschaftlicher, diplomatischer Beziehungen.

Schriftenreihe

4,50 €

1919 in Weimar

Winter 1919: In Weimar tritt die Nationalversammlung zusammen, um eine Verfassung als rechtliche Basis der ersten deutschen Republik zu erarbeiten. Das Buch spiegelt Stimmungen und Befindlichkeiten der...



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#)

[Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



☰ Deutschland in Daten

Arbeitslosenversicherung

Marcel Boldorf ⓘ
28.01.2016 / 2 Minuten zu lesen



Die erste staatliche Arbeitslosenversicherung stammt aus den 1920er Jahren. Doch bereits die Weltwirtschaftskrise 1929 zeigte ihre Mängel deutlich auf. Eine Dauerarbeitslosigkeit konnte das Modell nicht auffangen. Seitdem wurde das Versicherungssystem zahlreichen Reformen unterzogen.

Die beitragsfinanzierte Erwerbslosenfürsorge nach der Reichsverordnung vom 15. Oktober 1923 vergab ihre Leistungen nach Kriterien der Bedürftigkeit. Das Versicherungssystem entstand mit dem Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungs-Gesetz (AVAVG) vom 16. Juli 1927, das einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung festschrieb. Die Kopplung an die Vermittelbarkeit beschränkte den Leistungsempfang auf Personen, die arbeitsfähig und -willig sowie unfreiwillig arbeitslos waren. Die Mittel wurden zu gleichen Teilen von Versicherten und Arbeitgebern aufgebracht, wobei der Höchstsatz 3 Prozent des Grundlohns betrug. Die Konstruktionsmängel der Arbeitslosenversicherung offenbarten sich unmittelbar nach ihrer Einführung.

Tabelle 5: Arbeitslosenversicherung (bbp) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

📄 PDF (77.4kB)

Als die Arbeitslosigkeit im Zuge der Weltwirtschaftskrise dramatisch stieg, wurden durch die zeitliche Begrenzung des Leistungsbezugs auf ein Jahr immer mehr Arbeitslose aus dem Versicherungssystem ausgeschlossen. Für sie trat der Staat mittels der Krisenfürsorge ein, um die Überforderung der kommunalen Fürsorge zu verhindern. Gleichzeitig erwirtschaftete die Arbeitslosenversicherung Gewinne, weil sie immer weniger Leistungsempfänger zählte. Sie erwies sich als tauglich, Konjunkturarbeitslosigkeit aufzufangen, versagte aber in Bezug auf Dauerarbeitslosigkeit. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging die Zahl der Leistungsempfänger stark zurück, was nicht nur Arbeitsbeschaffung und Rüstungskonjunktur, sondern auch den Ausschluss von Bevölkerungsgruppen aus dem

Sozialversicherungssystem durch das Regime widerspiegelte.



Abbildung 3: Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe (bbp) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

📄 PDF (61.4kB)

Die kriegsbedingte Arbeitskräfteknappheit endete mit der Kapitulation im Mai 1945. Bis zur Währungsreform im Juni 1948 hamsterten die Unternehmen Arbeitskräfte, weil Lohnkosten eine geringe Rolle spielten. Nach der Reform war die Beschäftigung leicht rückläufig, weil die Unternehmen die vorher gehorteten Arbeitskräfte freisetzen. Bei Gründung der Bundesrepublik bestand ein Sockel von weit über einer Million Arbeitslosen, die wegen fehlender Anwartschaftszeiten nur zu einem Bruchteil reguläres Arbeitslosengeld erhielten. Die strukturelle Arbeitslosigkeit dieser Jahre war vorrangig ein Ergebnis der Fehlallokation der

Flüchtlinge und Vertriebenen. Die boomende Wirtschaft fragte immer mehr Arbeitskräfte nach, sodass bis 1959 Vollbeschäftigung erreicht wurde, das heißt nach internationaler Auffassung eine Arbeitslosenquote unter 3 Prozent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war so groß, dass nicht nur der Zustrom aus der DDR integriert werden konnte, sondern gleichzeitig ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Nach Ende der Rekonstruktionsperiode und den Ölkrisen der 1970er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit wieder schubweise an. Im Konjunkturoch ging sie aber nicht mehr zurück, sondern eine Sockelarbeitslosigkeit verblieb. Ein weiterer markanter Anstieg war nach 1990 durch den Zusammenbruch der ostdeutschen Planwirtschaft zu verzeichnen. Seit 2006 ist die Arbeitslosenrate in Deutschland wieder rückläufig.[1] (siehe Tab 5, Abb 3)

Fußnoten



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 3.0 DE](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland" veröffentlicht.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich

direkt bei den Abbildungen.
[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)



[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



bpb: Informationen

zur politischen Bildung / izpb

☰ Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft

„Volksgemeinschaft“

Michael Wildt 

24.05.2012 / 24 Minuten zu lesen



Adolf Hitler fährt 1937 während der nationalsozialistischen Maifeier im Berliner Olympiastadion ein. (© Bundesarchiv, Bild 183-C06292 / Foto: Schwahn, Ernst)

Einleitung

Die Umwälzungen der Jahre 1933/34 hatten Staat und Gesellschaft grundlegend verändert. Alle Parteien bis auf die NSDAP waren aufgelöst, die Gewerkschaften zerschlagen, der Rechtsstaat durch die Reichstagsbrandverordnung ausgesetzt, die parlamentarische Demokratie beseitigt. Das Reichskabinett tagte nur noch sporadisch. Stattdessen organisierte der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, die Gesetze im Umlaufverfahren, indem die beteiligten Ministerien nacheinander ihre Zustimmung gaben, wobei Hitler stets das entscheidende Wort hatte. Ähnlich war auf der Länderebene die politische

Gewalt auf die Reichsstatthalter übergegangen, die in Personalunion meistens zugleich die NSDAP-Gauleiter waren. Diese langjährigen Parteikämpfer bildeten den tatsächlichen Macht Kern der NSDAP, auf sie stützte sich Hitler in seinen wichtigen politischen Entscheidungen.

Die NSDAP baute eigene politische Strukturen auf, die zum Teil mit den staatlichen verklammert waren, zum Teil neben ihnen her und über sie hinweg existierten. So wurde Heinrich Himmler als Reichsführer SS und damit Führer einer Gliederung der NSDAP 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei und sorgte in den kommenden Jahren dafür, dass dieses zentrale Exekutivinstrument ein von der SS gelenktes und durchdrungenes Herrschaftsmedium des NS-Regimes wurde. Joseph Goebbels lenkte als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sowie als Präsident der Reichskulturkammer den öffentlichen Diskurs, Presse, Rundfunk, Film und Kunst, in einem Ausmaß, das noch wenige Jahre zuvor in der kulturellen Vielfalt der Weimarer Republik kaum denkbar gewesen wäre. Zudem blieb er als Gauleiter von Berlin gerade in der Reichshauptstadt ein zentraler politischer Akteur, der insbesondere die Verfolgung der Juden immer wieder antrieb. Hermann Göring vereinigte in seiner Person nicht nur die Funktion des mächtigen Ministerpräsidenten Preußens als größtem und wichtigstem Land des Deutschen Reiches. Er war zudem Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Reichsluftfahrtminister und wurde 1936 zunächst zum Rohstoff- und Devisenkommissar, dann zum Beauftragten des Vierjahresplans ernannt. Damit errang er faktisch, obwohl es nach wie vor einen Reichswirtschaftsminister gab, die Rolle eines Wirtschaftsdiktators, der die Wirtschaft auf den Krieg ausrichtete und die Ausplünderung der Juden in Deutschland wie später in den besetzten Gebieten organisierte.

Diese Parallel- und Sonderstrukturen sorgten dafür, dass es innerhalb des Herrschaftsgefüges des NS-Regimes zu Machtrivalitäten, Kompetenzgerangel und Ämterwirrwarr kam. Albert Speer zum Beispiel, den Hitler zu seinem Lieblingsarchitekten erkor und dem er die Zukunftsplanung für die Reichshauptstadt übertrug, stand in einer steten Auseinandersetzung mit der Berliner Verwaltung und dem Oberbürgermeister Julius Lippert, die dieser bezeichnenderweise verlor und die 1940 zu dessen Rücktritt führte.

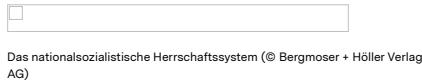
Ohne die Bereitwilligkeit der alten Eliten, das nationalsozialistische Regime zu stützen, wären die neuen Herrscher sicher rasch an ihr Ende gelangt. Die Militärs erhofften sich einen starken Ausbau der Rüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft, die den „Wehrgedanken“ in den Mittelpunkt stellte. Die Unternehmer waren selbstverständlich mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen einverstanden und erwarteten, dass ihre autoritäre Befehlsgewalt im Betrieb wieder ungehindert zur Geltung kam. Die Bürokratie sah sich zwar mit neuen politischen Strukturen konfrontiert, wurde aber vom NS-Regime von den rechtsstaatlichen Einschränkungen befreit und glaubte, nun endlich nach eigenem Gutdünken walten zu können. Der junge preußische Beamte Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, der sich später zu einem Gegner Hitlers wandelte, am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt war und deswegen hingerichtet wurde, hatte in einer Denkschrift im April 1933 gefordert, dass sich die Beamten der Zukunft als „eine Streitmacht von politischen Kämpfern“ verstehen sollten. Noch bestanden formalrechtliche Verwaltungsstrukturen parallel zu den politisch dominierten. Aber insbesondere die Verfolgung der Juden eröffnete selbst Finanzbeamten einen „Ermöglichungsraum“,

der die bisherige rechtsstaatliche Ordnung, die ihren Bürgern gleiche Rechte und Pflichten einräumt, zerstörte und Juden, aber auch Roma und Sinti, sogenannte Asoziale, kranke und behinderte Menschen zu Bürgern zweiter Klasse herabminderte, die der Verfolgung schutzlos ausgeliefert waren.

Die Herrschaftsstruktur des „Führerstaates“ war durchaus vielgestaltig, rivalisierend, auch überschneidend und widersprüchlich. Eine einheitliche, feste und überschaubare Ordnung von Regierung und Verwaltung wurde nie erreicht. Doch bedeutete dies keineswegs zwangsläufig Chaos und Schwäche des Systems. Vielmehr konnte die Einsetzung von „Kommissaren“ und „Sonderstäben“ immer wieder zu einem Abbau traditioneller Hierarchien, Verkürzung von Verwaltungswegen, Verstärkung von Kooperation unterschiedlicher Institutionen und damit zur Effizienz und Mobilisierung von Ressourcen beitragen. So sehr auch Machtkämpfe innerhalb des nationalsozialistischen Apparates, Kompetenzkonflikte zwischen wirtschaftlichen oder staatlichen Entscheidungsträgern mit der NSDAP die Politik bestimmten, so stark bestand die Fähigkeit des NS-Regimes gerade darin, daraus immer wieder eine Handlungsoption abzuleiten. Der britische Historiker Ian Kershaw hat die Bereitschaft so vieler verschiedener Institutionen zur Mitarbeit mit dem Willen, „dem Führer entgegen zu arbeiten“ begründet. Gerade die „Un“-Ordnung des NS-Regimes öffnete dem Engagement und der Handlungsbereitschaft viele Möglichkeiten, stets im Glauben, mit dem eigenen Tun im System aufzusteigen und zum Gelingen des Ganzen beizutragen.

Zusammengehalten wurde diese polykratische Struktur des NS-Regimes durch den „Führer“, der an der Spitze von Staat und Gesellschaft stand und uneingeschränkte Entscheidungsmacht besaß. Kaum einem anderen Politiker des 20.

Jahrhunderts ist es wie Hitler gelungen, die Sehnsüchte von Menschen nach sozialer und politischer Ordnung im Glauben an seine Person als „Führer“ zu binden, die traditionellen Eliten auf sich zu verpflichten und in den unvermeidlichen Machtkämpfen und Interessenskämpfen als entscheidende Instanz zu fungieren. Auf den „Führerwillen“ beriefen sich alle Machttäger des Regimes; auf Hitlers Wort kam es an, wenn Rivalitäten zu klären und Entscheidungskonflikte zu lösen waren. Hitler besaß eine Machtstellung im NS-Regime, die, gerade weil sie von der weitgehenden Zustimmung der Bevölkerung getragen war, sicher einzigartig war.



Quellentext

Charismatische Herrschaft oder Terrorsystem?



Ohne Zweifel trug zum „Führermythos“ auch die geschickte Propaganda bei, die die wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und außenpolitischen Erfolge des Regimes in erster Linie Hitler zuschrieb. Die Inszenierung der Reichsparteitage stand ganz im Zeichen der Symbiose von „Bewegung“ und „Führer“. Während der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 präsentierte sich Deutschland als erfolgreiche, wieder erstarkte Nation mit Hitler als international respektiertem Staatsmann an der Spitze. Goebbels und sein Propagandaapparat unternahmen jede Anstrengung, den „Führerkult“ zu verstärken und Hitler als nationalen Retter, als Erlöser und Heilsbringer erscheinen zu lassen. Das religiöse Element, wie es in der liturgischen Inszenierung von Parteitag, nächtlichen Weihen oder in den Totenehrungen zum Ausdruck kam, war offensichtlich, zumal Hitler diese Dimension zusätzlich verstärkte, indem er sich als von der „Vorsehung geschickt“, als „auserwählt“ und vom „Schicksal bestimmt“ bezeichnete.

Aber die Begeisterung, die so viele Deutsche teilten, war nicht nur ein Werk von Verführung und Propaganda. Mit Hitler verband sich nicht nur die Erwartung, dass er Deutschland aus der Krise, sondern vor allem zu neuer Größe führen werde. Das Zukunfts- und Heilsversprechen, das Hitler verhielt, gepaart mit den realen Erfolgen, die das Regime vorzuweisen hatte, bildete die Basis für die enorme Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft in den Vorkriegsjahren. Selbst dort, wo Korruption und Misswirtschaft nicht zu übersehen waren, wurde dies nicht dem „Führer“ als vielmehr seinen unvollkommenen Gehilfen angelastet. „Wenn der Führer das wüsste“ geriet zu einer gängigen Selbsttäuschungsformel, mit der sogar Unrecht und Verbrechen vom Glauben an Hitler abgespalten werden konnten.

Ohne diese Bereitschaft zur Selbstmobilisierung ist der Nationalsozialismus nicht zu verstehen. Die Verheißung einer „Volksgemeinschaft“ war nicht bloß eine Propagandaformel, mit der die nach wie vor anhaltenden sozialen Ungleichheiten ideologisch kaschiert werden sollten, sondern sie bildete den Zielpunkt einer künftigen sozialen Ordnung, der sich viele aus durchaus ganz unterschiedlichen Gründen verschrieben. „Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitler-Jugend einzutreten“, bekannte nach dem Krieg die ehemalige BDM-Funktionärin Melitta Maschmann, 1918 geboren und seit 1933, gegen den Willen ihrer rechtskonservativen Eltern, BDM-Mitglied, „so stoße ich auch auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen.“

Das Ziel nationalsozialistischer Politik lag in der Herstellung der „Volksgemeinschaft“, einer Gesellschaftsordnung, der nur die „erbbiologisch wertvollen“ und „rassereinen“ Deutschen angehören und aus der die „Fremdvölkischen“ und „Gemeinschaftsfremden“, allen voran die Juden, ausgeschlossen werden sollten. Inklusion wie Exklusion sind daher die beiden untrennbar zusammengehörenden Seiten der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“.



Quellentext

Sprache und Sprachlenkung im Nationalsozialismus



Integration der Arbeiterschaft

Eine der wichtigsten Gruppen, um deren Integration in die „Volksgemeinschaft“ sich die Regimeführung sehr bemühte, war die Arbeiterschaft, von der sie wusste, dass sie dem Nationalsozialismus zu einem großen Teil durchaus noch distanziert gegenüberstand. Bei den Betriebsratswahlen im März und April 1933 hatten die Vertreter der Freien Gewerkschaften noch fast drei Viertel der Stimmen erhalten, wohingegen die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) trotz Machtergreifung nur auf gut elf Prozent der Stimmen kam. Die Hitler-Regierung reagierte auf das für sie schlechte Ergebnis mit einer Aussetzung weiterer Wahlen und einem Gesetz Anfang April, mit dem Betriebsräte, die „in staats- und wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt“ seien, abgelöst und neue „ernannt“ werden konnten.

Um nach der Zerschlagung der Gewerkschaften kein Machtvakuum in den Betrieben entstehen zu lassen und die organisierte Arbeitnehmerschaft aufzufangen, wurde gleich im Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley gegründet, die die Millionen Gewerkschaftsmitglieder übernahm und zugleich das Vermögen der Gewerkschaften raubte.

Im selben Monat folgte die Einsetzung von sogenannten Treuhändern der Arbeit, die, angeblich unabhängig, tatsächlich jedoch in der Regel zugunsten der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelten. Die Tarifautonomie war damit aufgehoben. Am 20. Januar 1934 bestätigte das Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ die Rolle der Treuhänder und bestimmte, dass es künftig in den Betrieben nur eine „Betriebsgemeinschaft“ mit „Führer“ und „Gefolgschaft“ geben dürfe. Statt Betriebsräten gab es nun „Vertrauensräte“, statt Mitbestimmung nur „Beratung“. Als sich dennoch 1935 bei den betrieblichen Wahlen noch Gegenstimmen abzeichneten, erhielten die Treuhänder auch das Recht, „Vertrauensmänner“ zu ernennen. Im selben Jahr wurde zudem das „Arbeitsbuch“ wieder eingeführt, das die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkte und darüber hinaus die Kontrolle der Arbeitenden erlaubte.

Diese einschneidenden Regelungen, die die sozialen Konflikte in den Betrieben unterdrücken sollten, waren begleitet von zahlreichen Anstrengungen des NS-Regimes, die Arbeiterschaft zu integrieren. Ziel der DAF war, wie es in der Verordnung Hitlers vom 24. Oktober 1934 hieß, „die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“. Die DAF sollte dafür sorgen, „dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchster Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet“.

Schon zum 1. Mai 1933 war viel von der „Ehre der Arbeit“ die Rede, DAF-Leiter Ley besuchte in den folgenden Monaten zahlreiche Betriebe und machte es sich zur Gewohnheit, demonstrativ Arbeitern an der Werkbank die Hand zu geben. Diese symbolische Geste, die zeigen sollte, dass der „Führer“ auf den „einfachen Mann“ zugeht und ihm „von Mann zu Mann“ die Hand reicht, setzte selbstredend die autoritäre Betriebsverfassung keineswegs außer Kraft, aber die Wirkungskraft solcher „handgreiflicher Anerkennung“ darf dennoch nicht unterschätzt werden.

Offiziell war der DAF eine eigenständige Arbeits- und Sozialpolitik verwehrt, und der verordnete Lohnstopp engte ihren Handlungsspielraum erheblich ein. Gerade deswegen versuchte die Organisation nicht bloß propagandistisch, sondern auch materiell auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben Einfluss zu nehmen. Das DAF-Amt „Schönheit der Arbeit“ kümmerte sich um die Modernisierung von Betriebskantinen, den Bau von Sportanlagen oder die Verbesserung der Hygiene in den Betrieben. Das Reichsheimstättenamt drängte die Kommunen, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, und die Firmen, ihren Arbeitern billige Kredite für den Hausbau zur Verfügung zu stellen. Stamarbeiter sollten bevorzugt werden, allerdings hatten sie politisch zuverlässig und „erbggesund“ zu sein. Die DAF kümmerte sich um „deutsche Wohnkultur“, ließ Mustereinrichtungen entwerfen und Modellmöbel herstellen, die sich durch Funktionalität und Schlichtheit auszeichnen und, weil in hoher Stückzahl hergestellt, zu erschwinglichen Preisen angeboten werden sollten. Das Amt für Volksgesundheit führte ärztliche Vorsorgeuntersuchungen in den Betrieben durch, deren Daten dann statistisch aufbereitet und rassenbiologisch ausgewertet wurden. Als bei einem beachtlichen Teil der Belegschaften ein besorgniserregender Gesundheitszustand erkennbar wurde, weitete das Regime seit 1936/37 die Zahl der Betriebsärzte erheblich aus und förderte den Betriebssport, jedoch mit keineswegs bloß sozialpolitischen Absichten, sondern vor allem, um die Wehrrüchtigung zu stärken.

Die DAF förderte die betriebliche Aus- und Weiterbildung und veranstaltete seit 1934 alljährliche „Reichsberufswettkämpfe“, an denen Millionen, zumeist jugendliche Arbeitnehmer teilnahmen. Das Motto lautete: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ und verhiß damit, unabhängig von sozialer Herkunft allein durch persönliche Leistung vorankommen zu können. Mit der „Goldenen Flagge“ wurden alljährlich im „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ nationalsozialistische Musterfirmen ausgezeichnet, die eben den betriebs- und sozialpolitischen DAF-Kriterien in besonderer Weise entsprachen. Die Teilnahme war freiwillig, und doch hatten sich zum Beispiel 1939/40 nicht weniger als 273000 Betriebe gemeldet.

Das bekannteste und zweifellos populärste Amt der DAF war „Kraft durch Freude“ (KdF). Im November 1933 nach italienischem, faschistischem Vorbild gegründet, widmete es sich der Freizeitorganisation der Arbeitnehmer, veranstaltete Kulturabende und insbesondere Reisen. Bereits 1935 nahmen über 5,7 Millionen Personen an Kurzfahrten innerhalb Deutschlands teil, über 120000 Menschen kamen im selben Jahr in den Genuss einer Schiffsfahrt mit einem der zehn KdF-Dampfer. Am begehrtesten waren selbstverständlich die Auslandsreisen. 1938 fuhren bereits rund 140000 Deutsche nach Italien, andere reisten nach Norwegen, Griechenland, sogar nach Madeira und auf die Kanarischen Inseln. Dabei ist zusätzlich in Rechnung zu stellen, dass es für Arbeiter erst unter dem NS-Regime einen nennenswerten Urlaub, allerdings differenziert nach Branchen, Lebensalter und der alleinigen Entscheidung der „Betriebsführer“, von sechs bis zwölf Tagen gab.

Für die NS-Führung stand die Wehrhaftigkeit im Vordergrund, wie es Hitler bei der Gründung der Organisation unmissverständlich ausdrückte: „Ich will, dass dem deutschen Volk ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche dies, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen.“ In der alltäglichen Praxis jedoch bedeutete KdF vielmehr die Erfahrung von Freizeit und Konsum. Millionen Deutsche erlebten reale und nicht nur propagandistische Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Historiker

Hans-Ulrich Wehler hat in seiner Gesellschaftsgeschichte Deutschlands unterstrichen, dass mit der Verheißung einer „Volksgemeinschaft“ ein „Modernitätsappeal“ und ein Mobilisierungsschub verbunden waren, die entscheidend, insbesondere bei den jüngeren Generationen, zur Legitimation des Regimes beitrugen. Das Versprechen, dass jeder Einzelne nach seiner Leistung, nicht nach seiner Herkunft zähle, hat die Klassenschranken in Deutschland keineswegs eingerissen, aber durchaus zu mehr Aufstiegsmobilität und Leistungsbereitschaft geführt.

Rüstungskonjunktur

Vor allem konnte das Regime in den ersten Jahren den rapiden Abbau der Arbeitslosigkeit für sich verbuchen. Zwar hatte die Weltkonjunktur schon 1932 die Talsohle durchschritten, und ein neuer Konjunkturaufschwung war in Sicht. Aber Hitler wusste sehr genau, dass an der Fähigkeit, die katastrophal hohe Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen (September 1932) zu verringern, der Erfolg seiner Regierung gemessen werden würde. So drängte er im Kabinett auf rasche, staatlich finanzierte Arbeitsprogramme, die zum größten Teil bereits von der Regierung Schleicher auf den Weg gebracht worden waren, wie den Auftrag zum Bau einer Reichsautobahn unter Leitung des Straßenbauingenieurs Fritz Todt. Nachdem Hitler selbst am 23. September mit großem Propagandaaufwand den ersten Spatenstich gesetzt hatte, begann der Bau im Frühjahr 1934 mit 15000 Arbeitern. Die Höchstzahl wurde 1936 mit 125000 Beschäftigten erreicht, als die Arbeitslosigkeit bereits deutlich zurückgegangen war. Volkswirtschaftlich betrachtet ging vom Autobahnbau kein nachhaltiger beschäftigungspolitischer Impuls aus, aber mit ihrem Nimbus aus Dynamik, kühner Planung und Modernität verschafften die Autobahnen dem Regime einen öffentlichen Erfolg.

Zu den staatlichen Arbeitsprogrammen der ersten Jahre gehörte auch der Wohnungsbau, dessen Investitionen sich innerhalb eines Jahres verdreifachten. Bis Ende 1934 nahmen die staatlichen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Höhe von über fünf Milliarden Reichsmark an, bis 1935 stiegen sie auf 6,2 Milliarden. Tatsächlich sank die Zahl der Arbeitslosen bereits ein Jahr nach der Machtergreifung auf 2,7 Millionen, lag 1936 bei nur noch 1,6 Millionen und blieb 1937 unter einer Million.

Mittlerweile schufen vor allem die vom Staat mit etlichen Milliarden massiv geförderten Rüstungsinvestitionen neue Arbeitsplätze. So erlebte die Flugzeugproduktion einen beispiellosen Aufschwung von knapp 4000 Beschäftigten im Januar 1933 auf 54000 zwei Jahre später und annähernd 240000 Beschäftigte im Frühjahr 1938. Nicht zuletzt senkten auch die Allgemeine Wehrpflicht im März 1935 und die Einführung eines sechsmonatigen Reichsarbeitsdienstes (RAD), den alle Männer zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr vor ihrem Wehrdienst absolvieren mussten, die Arbeitslosenzahlen. In den Berichten, die sozialdemokratische Vertrauensleute heimlich an den Exilvorstand der SPD in Prag schickten, hieß es 1936 resigniert, „große Teile der Arbeiterschaft“ hätten mittlerweile „Freiheit“ gegen „Sicherheit“ am Arbeitsplatz eingetauscht.

Bezeichnenderweise hielt das NS-Regime trotz Vollbeschäftigung den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiterhin bei 6,5 Prozent des Lohnes und steckte diese zusätzlich eingenommenen Milliarden in die Rüstungsproduktion. Das Gesamtvermögen der Sozialversicherungen verdoppelte sich von 4,6 Milliarden Reichsmark 1932 auf 10,5 Milliarden 1939, wobei diese Gelder gleichfalls nicht als Leistungsverbesserungen den Arbeitnehmern zugute kamen, sondern dem Reichshaushalt als Darlehen zur Finanzierung der Rüstungsausgaben dienten.

Die Rüstung war der Hauptgrund für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Bis 1939 gab der NS-Staat dafür 62 Milliarden aus, was einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 23 Prozent entsprach. 1933 hatte der Anteil noch bei 1,5 Prozent gelegen. Von Anfang an forcierte die neue Regierung die Aufrüstung. 35 Milliarden Reichsmark sollten in den kommenden acht Jahren für die Rüstungsausgaben zur Verfügung gestellt werden – eine immense Summe, wenn man bedenkt, dass das gesamte Volkseinkommen des Deutschen Reiches 1933 ungefähr 43 Milliarden Reichsmark betrug. Dieses Geld wurde weniger durch Steuern oder sonstige Einnahmen, sondern größtenteils durch staatliche Schuldenaufnahme beschafft. Zeitgleich mit dem Aufrüstungsprogramm fiel die Entscheidung im Juni 1933, die ausländischen Schuldenzahlungen vorerst einzustellen. Dieses einseitig verkündete Schuldenmoratorium brachte das Deutsche Reich auf den internationalen Finanzmärkten in Misskredit und zeigte zugleich an, dass die neue deutsche Regierung sich nicht mehr an völkerrechtliche Verträge gebunden fühlte. Stattdessen setzte die NS-Führung auf eine Politik der Autarkie, obwohl das Reich weiterhin auf Importe von Rohstoffen und Lebensmitteln angewiesen war und dringend Devisen auch für die Rüstungsproduktion brauchte. Mit Finanztricks suchte insbesondere Reichsbankchef Hjalmar Schacht Geld zu beschaffen, stieß aber immer wieder an die Grenzen der Kapitalmärkte. Letztlich kalkulierte, wie der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze geschildert hat, die NS-Führung mit dem beabsichtigten Krieg, um dann mittels der Ausplünderung des eroberten Europas die zerrütteten deutschen Staatsfinanzen wieder zu sanieren.



Quellentext

„Wirtschaftswunder?“



Konsumgesellschaft

Für die Arbeiter blieb zwar der vom Regime verordnete Lohnstopp in Kraft. Aber zahlreiche Betriebe gingen aufgrund der guten Konjunktur und des bald spürbar werdenden Facharbeitermangels dazu über, höhere Akkordlöhne oder besondere Zulagen zu zahlen. So erreichten die Nettolöhne 1937, zumindest in den rüstungsrelevanten Wirtschaftsbereichen, wieder das Niveau von 1929, obwohl auch die Preise stiegen und neben den Steuern und Sozialversicherungsabgaben zusätzlich die Beiträge zur DAF vom Lohn automatisch eingezogen wurden. Die sich öffnende Schere zwischen den Tariflöhnen und den ungleich höheren Effektivlöhnen führte zu einer Lohndifferenzierung nach Leistungskriterien, die die bisherige Ordnung gesellschaftlicher Lohnpolitik, die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen als sozialen Vertretungsorganen in Flächentarifverträgen ausgehandelt

worden war, ablöste.

Im internationalen Vergleich des Pro-Kopf-Volkseinkommens lag Deutschland in den 1930er-Jahren jedoch weiterhin um die Hälfte zurück gegenüber den USA, auch weit hinter Großbritannien und noch hinter den Niederlanden, Frankreich und Dänemark. Während in den USA die Verbindung von Serienproduktion durch Standardisierung und Fließbandmontage einerseits und hohen Löhnen andererseits einen rasch wachsenden Binnenmarkt selbst für teure Massenkonsumgüter wie Automobile schuf, stagnierte die Konsumgüterproduktion in Deutschland durch die ausschließliche Konzentration auf die Rüstung.

Zwar versuchte das Regime durch staatlich subventionierte „Volks“-Produkte Massengüter herzustellen, aber nur der Volksempfänger, der im Sommer 1933 in Serienproduktion ging und mit einem Ratenvertrag erworben werden konnte, wurde ein Erfolgsprodukt. Besaß 1933 ein Viertel aller deutschen Haushalte ein Radio, so waren es 1938 schon etwas über 50 Prozent. Verglichen mit 68 Prozent in England und 84 Prozent in den USA war aber auch das kein Spitzenwert.

Nicht zuletzt stieß das Projekt eines KdF-Wagens – Robert Ley 1938: „In 10 Jahren jedem schaffenden Deutschen einen Volkswagen!“ – auf große Zustimmung. 336000 Menschen leisteten wöchentliche Vorauszahlungen, um ihr eigenes Auto zu bekommen. Da der politisch festgelegte Preis von 1000 RM weit unter den Produktionskosten lag, fand sich kein Unternehmen bereit, den Volkswagen zu bauen. Stattdessen übernahm die DAF aus geraubten Gewerkschaftsvermögen die Finanzierung und beauftragte Ferdinand Porsche mit der Entwicklung und dem Bau des KdF-Wagens. Von den Einzahlungen der künftigen VW-Besitzer zog die DAF einen Gewinn von rund 275 Millionen RM; die Sparer selbst verloren ihr Vermögen, denn entgegen den Versprechungen des Regimes zur Massenmotorisierung wurde von dem propagandistisch angekündigten Volkswagen in der NS-Zeit kein einziger ausgeliefert. Vielmehr lieferte Porsche Militärfahrzeuge für die Wehrmacht. Selbst wer ein privates Auto eines anderen Herstellers besaß, wurde vom NS-Regime benachteiligt, denn der Benzinpreis lag in Deutschland Ende der 1930er-Jahre aufgrund hoher Besteuerung mit 39 Pfennig pro Liter doppelt so hoch wie beispielsweise in den USA. Benzin war im NS-Regime Treibstoff für das Militär, nicht für Privatfahrer.

Gewinner und Verlierer

Der Aufschwung galt nicht für alle Branchen und Regionen gleichermaßen, wie der Historiker Frank Bajohr 2009 hervorgehoben hat. Der Rüstungsboom führte zu zahlreichen Ungleichheiten. Zu den großen regionalen Gewinnern gehörte Mitteldeutschland, wo ein neues industrielles Zentrum neben dem Ruhrgebiet entstand. In Städten wie Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt und Bitterfeld verdoppelte sich binnen weniger Jahre die Zahl der Beschäftigten. Eine Stadt wie Rostock mit Werften und dem Flugzeugwerk Heinkel steigerte ihre Einwohnerzahl innerhalb von nur sechs Jahren, von 1933 bis 1939, um ein Drittel von 90000 auf 120000 und stieg damit in die Liga deutscher Großstädte auf.

Die Flugzeugindustrie lockte mit hohen Lohnzuschlägen, modernsten Produktionsanlagen, beachtlichen betrieblichen Leistungen, neu gebauten Wohnungen und einem hohen Sozialprestige als „Hightech“-Industrie. Die Flugzeugbauer seien sehr von sich eingenommen, urteilte 1935 ein sozialdemokratischer Vertrauensmann, sodass sie für die politische Arbeit, sprich gewerkschaftliche Klassenorganisation, nicht mehr zu gebrauchen seien. Für das Gesellschaftsbild der traditionellen Arbeiterbewegung wären diese überwiegend jungen Arbeiter mit ihrer starken individuellen Aufstiegsorientierung nicht mehr anzusprechen gewesen, während sie sich den Integrationsangeboten des NS-Regimes vorbehaltlos öffneten. Die Flugzeugbauer, so äußerte sich 1934 ein Sozialdemokrat über die Belegschaft der Heinkel-Werke, hätten nur ein einziges Interesse: ihre Arbeit zu erhalten und hohen Lohn zu beziehen. Politisch seien sie „absolut uninteressiert und indifferent“, „völlig passiv“ und kämen für die politische Arbeit, d. h. für die Arbeiterbewegung, „gar nicht in Frage“.

Zu den Verlierern zählte die Landwirtschaft. Noch im Februar 1933 verbot die Hitler-Regierung Zwangsversteigerungen bäuerlicher Betriebe und unterband damit in populistischer Weise eine privatwirtschaftlich legale Maßnahme, die in den Jahren zuvor immer wieder für helle Empörung und sogar gewalttätigen Widerstand in der Bauernschaft gesorgt hatte. Mit dem Reichserbhofgesetz vom September 1933 erhielten rund eine Million Bauernhöfe, die rund 37 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, einen neuen Status: Sie wurden unteilbar, unverkäuflich und allein an den erstgeborenen Sohn vererbbar. Nur diese, durch „Rasse“, „Ehrbarkeit“ und Wirtschaftsführung ausgewiesenen Besitzer durften sich Bauern nennen, alle anderen hießen Landwirte. Doch wurde mit dem Erbhofgesetz das seit Jahrzehnten anstehende Problem einer Bodenreform, um die Diskrepanz zwischen den wenigen Gutshöfen, die über ein Viertel des Ackerlandes verfügten, und der großen Zahl kleiner Bauernhöfe, die weniger als ein Fünftel der Ackerfläche bewirtschafteten, zu schließen, keineswegs gelöst.

Zusätzlich wurde mit dem „Reichsnährstand“ unter Landwirtschaftsminister Darré eine staatlich gelenkte Landwirtschaftsorganisation geschaffen, die Erzeuger wie Verteiler einschloss, die Preise festsetzte und damit den freien Agrarmarkt aufhob. Damit wollte die NS-Führung die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sichern. Doch wurde trotz aller „Erzeugungsschlachten“, die zwar zu beachtlichen Produktionssteigerungen führten, weder die Autarkie in der Lebensmittelversorgung erreicht – nach wie vor blieb Deutschland auf Importe, insbesondere bei Futtermitteln und Fetten, angewiesen – noch konnte bei aller nationalsozialistischer „Blut und Boden“-Rhetorik, dass das Bauerntum die Grundlage der „Volksgemeinschaft“ bilde, der moderne Trend zur Landflucht aufgehalten werden.

Jungen Leuten boten sich in der Industrie, die dringend Arbeitskräfte benötigte, die weitaus besseren Arbeitsbedingungen. Im November 1938 musste Darré öffentlich eingestehen, dass der Landwirtschaft seit 1933 rund 500000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren, was einem Rückgang von 20 Prozent entsprach. Konsequentermaßen wurden Zehntausende von Jugendlichen zum „Ernteeinsatz“, die Mädchen anstelle des Wehrdienstes zum landwirtschaftlichen „Pflichtjahr“ abkommandiert, während sich zur selben Zeit die Bevölkerungszahlen in den neuen Industriestandorten in Mitteldeutschland

verdoppelten.

Auch für den Mittelstand erfüllten sich nicht die Erwartungen, die er in den Nationalsozialismus gesetzt hatte. Die vor 1933 heftigst bekämpften Kaufhäuser wurden nicht geschlossen, sondern bloß höher besteuert. Vielmehr mussten sogar viele kleine Geschäfte schließen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlten oder sie nicht mehr konkurrenzfähig waren. Nur die großen Handelsunternehmen konnten mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Zwar konnten auch 1937/38 viele kleine und mittlere Unternehmen von den Enteignungen der jüdischen Betriebe, der „Arisierung“, profitieren, aber nur ein kleiner Teil der jüdischen Vermögen geriet in private Hände. Es war insbesondere der nationalsozialistische Staat, der durch Liquidierungen, Abgabepolitik und drastische Besteuerung den Hauptanteil einstrich, um die Rüstungspolitik zu finanzieren.

Frauen

Nationalsozialistische Frauenpolitik hieß zuerst Familien- und Geburtenpolitik. Die „erbgesunde“ und rassenbiologisch „artgerechte“ Ehe und Familie stand als „Keimzelle der Volksgemeinschaft“ unter besonderem Schutz des NS-Staates. Allerdings wurde aus eben denselben erb- und rassenbiologischen Gründen auch die Ehetrennung gefördert. Der „Schutz der Familie“ bedeutete daher keineswegs die Achtung der privaten Sphäre oder ein moralisches Bekenntnis, sondern unterlag einem strikt rassistischen Zweckmäßigkeitsdenken. 1936 wurde erstmals ein Kindergeld von zehn Reichsmark pro Monat ab dem fünften Kind unter 16 Jahren für Familien eingeführt, deren Monatseinkommen 185 Reichsmark nicht überstieg. Diese Einschränkungen wurden im Laufe der nächsten Jahre mehr und mehr zurückgenommen, bis im Dezember 1940 alle Familien ein Kindergeld ab dem dritten Kind erhielten.

Zinsfreie Ehestandsdarlehen bis zu 1000 Reichsmark wurden an jung verheiratete Paare als Zuschuss für den Kauf der Haushaltseinrichtung gezahlt, wobei dieses Darlehen „abgekündert“ werden konnte, d. h. mit jedem Kind wurde die Rückzahlung um ein Viertel gekürzt. Bereits 1933 hatten 200000 junge Paare ein Ehestandsdarlehen in Anspruch genommen, 1935 waren es 370000 Darlehen. Den modernen Trend zur Kleinfamilie mit maximal zwei Kindern haben auch die geburtenorientierten Förderungsmaßnahmen des NS-Regimes indes nicht aufhalten können. Da mit den Darlehen zunächst die Auflage verbunden war, dass die Ehefrau zu Hause blieb, stellte diese Maßnahme nicht allein ein familien-, sondern gleichfalls ein arbeitsmarktpolitisches Instrument im nationalsozialistischen Sinn dar. Zudem war die Gewährung der Darlehen von einem erbgesundheitlichen Gutachten des jungen Paares abhängig. Behinderte oder „nicht-arische“ Ehepaare hatten keine Chance, in den Genuss eines solchen Ehestandsdarlehens zu kommen.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind“ der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die mit 16 Millionen Mitgliedern (1942) nach der DAF die größte nationalsozialistische Massenorganisation war, kümmerte sich ganz im Zeichen einer völkischen Geburtenpolitik um die Mütter, wobei auch die ledigen Mütter betreut wurden, denn „rassisch und erbbiologisch hochwertiger“ Nachwuchs durfte in rassistischer Perspektive dem Volk in keinem Fall verloren gehen. Neben Verschiebung von Müttern in Erholungsstätten baute das Hilfswerk Kindertagesstätten, bis 1941 annähernd 15000, über deren Größe und Qualität jedoch die Statistik nichts aussagt. Später, vor allem während des Krieges, wurde die sogenannte Kinderlandverschickung eine zentrale Einrichtung des Hilfswerkes.

Entgegen aller offiziellen Rhetorik hat auch die Zahl der erwerbstätigen Frauen im NS-Regime keineswegs abgenommen. 1933 gab es 11,6 Millionen, 1939 14,6 Millionen Frauen, die erwerbstätig waren. Das bedeutete, dass 52 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren in Deutschland einer Lohn- bzw. Gehaltsarbeit nachgingen, wobei die meisten Frauen nach wie vor in der Land- und Hauswirtschaft beschäftigt waren, erst danach im Dienstleistungssektor und die wenigsten in der Industrie. Erwartungsgemäß lag die Erwerbsquote bei ledigen Frauen mit 88 Prozent sehr viel höher als bei den verheirateten Frauen mit nur etwa einem Drittel. Noch 1943, als der Arbeitskräftemangel sehr dringlich war, sprach sich Hitler aus ideologischen Gründen gegen eine verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Rüstungsproduktion aus und verweigerte sich auch der Forderung, die Löhne der Frauen denen der Männer gleichzustellen. Dennoch setzten Frauen in einigen Bereichen, wo sie unentbehrlich geworden waren, wie zum Beispiel als Schaffnerinnen in den Verkehrsbetrieben, durch, dass sie in gleicher Höhe wie ihre männlichen Vorgänger bezahlt wurden. Aufgrund des deutlichen Ärztemangels fielen in den Kriegsjahren auch die Beschränkungen des Medizinstudiums für Frauen, so dass sich der Anteil der Ärztinnen an der Ärzteschaft insgesamt, der 1933 bloß 6,5 Prozent betragen hatte, bis 1944 mehr als verdoppelte.

Ohne Zweifel blieb das NS-Regime eine strikt patriarchalische Ordnung, die den Frauen eine ideologisch gleichwertige, aber keine gleichrangige Position zubilligte, sondern innerhalb der „Volksgemeinschaft“ eine funktionale Rolle zumaß. Doch reduzierte sich diese Funktion keineswegs auf die gehorsame Erfüllung von Mütterlichkeit und der Rolle als Ehefrau. Innerhalb der „volksgemeinschaftlichen“ Ordnung eröffneten sich nicht-jüdischen Frauen durchaus Handlungsoptionen und Aufstiegschancen, wie zum Beispiel in den zahlreichen NS-Organisationen, insbesondere im Bund Deutscher Mädel (BDM), der Nationalsozialistischen Frauenschaft oder der NSV. Die steigende Zahl derjenigen Frauen, die in den zahlreichen NS-Verbänden verantwortungsvolle Aufgaben übernahmen, hat auch Eigenständigkeit gefördert. Damit hatten diese Frauen auch aktiven Anteil an rassistischer und antisemitischer Politik, wie jene, vor allem junge Frauen, die in den besetzten Ostgebieten als engagierte Angehörige der Besatzungsverwaltung zu selbstständig handelnden Täterinnen wurden. Jüdische Frauen wurden indes ebenso verfolgt wie jüdische Männer; das KZ Ravensbrück war eigens für Frauen eingerichtet worden. Und ebenso teilten ausländische Zwangsarbeiterinnen das Schicksal von Ausbeutung und Verfolgung wie die Männer. Nicht zuletzt gab es gleichermaßen Frauen im Widerstand, Sophie Scholl ist dafür das hierzulande bekannteste Beispiel. Frauen lassen sich also weder pauschal als Opfer noch als Täterinnen kategorisieren, sondern waren sowohl Täterinnen als auch Opfer, Mitläuferinnen und Zuschauerinnen.

Jugend

Der „Jugend“ galt ein besonderes Augenmerk des Regimes, sollte doch mit der Erziehung und Ausbildung der jungen Generation der Grundstein für die rassistische „Volksgemeinschaft“ der Zukunft gelegt werden. Die Hitlerjugend (HJ), die seit der Machtergreifung alle übrigen Jugendverbände, bis auf die katholischen, entweder zerschlagen oder angegliedert hatte, wurde 1936 zur Staatsjugend erklärt und organisierte nunmehr alle Jugendlichen – 1939 waren es 8,7 Millionen – im Deutschen Reich: Von zehn bis 14 Jahren gehörten sie als „Pimpfe“ dem Jungvolk bzw. als „Jungmädel“ dem Jungmädelbund an, von 14 bis 18 Jahren als „Hitlerjugend“ der HJ bzw. als „Mädel“ dem Bund deutscher Mädel (BDM). Selbstverständlich galten für die Hitlerjugend die rassistischen Vorgaben des Regimes; jüdischen Jugendlichen war, selbst wenn sie es gewollt hätten, die Mitgliedschaft in der HJ verwehrt, was wiederum nichts anderes hieß, als dass sie öffentlich nicht zur „deutschen Jugend“ gezählt wurden.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der Pflichtmitgliedschaft gelang der HJ die Erfassung aller Jugendlichen nicht hundertprozentig. Die katholischen Jugendverbände versuchten ihre im Konkordat zubilligte Unabhängigkeit zu bewahren; Eltern bemühten sich, ihre Kinder von der Mitgliedschaft freizustellen; und etliche Jugendliche selbst verweigerten sich dem Zwang oder entzogen sich, indem sie gar nicht oder möglichst wenig zu den HJ-Treffen kamen. Im Krieg bildeten sich später sogar eigene Jugendbanden, die die HJ attackierten. Auf der anderen Seite eröffnete die HJ Jugendlichen neue Handlungsmöglichkeiten. Unter dem Motto „Jugend führt Jugend“ bot sich Jugendlichen die Gelegenheit, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Auch der BDM offerierte den jungen Mädchen Unabhängigkeit vom Elternhaus und Selbstständigkeit.

Die legendären Zeltlager, die in der Nachkriegserinnerung an die HJ einen so prominenten Raum einnahmen, dienten der Vorbereitung auf den Wehrdienst ebenso wie der Erziehung zur „Volksgemeinschaft“. Hier waren keineswegs alle gleich, aber jeder besaß seine Aufgabe und Verantwortung, die ihm – so der ideologische Anspruch – unabhängig von Herkunft, Stand oder Vermögen der Eltern zugeteilt wurden. Melitta Maschmann schilderte ihr Arbeitsdienstlager 1937 in Ostpreußen folgendermaßen: „Unsere Lagergemeinschaft war ein verkleinertes Modell dessen, was ich mir unter Volksgemeinschaft vorstellte. Sie war ein vollkommen gelungenes Modell. Niemals vorher oder nachher habe ich eine so gute Gemeinschaft erlebt, auch dort nicht, wo die Zusammensetzung in jeder Beziehung homogener war. Unter uns gab es Bauernmädchen, Studentinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, Friseurinnen, Schülerinnen, Büroangestellte usw. Geführt wurde das Lager von einer ostpreußischen Bauerntochter, die nie über ihre engere Heimat hinausgekommen war. [...] Dass ich dieses Modell einer Volksgemeinschaft damals mit so intensivem Glücksgefühl erlebt habe, hat einen Optimismus in mir entstehen lassen, an den ich mich bis 1945 eigensinnig klammerte.“

Quellentext Jugend

Das Lager bildete den zentralen Ort der Erziehung, wo eine formierte soziale Ordnung herrschte, in der Dienst, Disziplin und Kameradschaft oben an standen, aber auch jeder Standes- oder Bildungsdünkel geächtet war. Regionale, konfessionelle oder berufliche Unterschiede sollten mit Absicht in den Hintergrund treten zugunsten der Herstellung einer „Gemeinschaft der Ehre und Treue, des Gehorsams und der Kameradschaft“, wie es der Führer des Reichsarbeitsdienstes Konstantin Hierl ausdrückte, in der die (Hand-)Arbeit für das Volksganze den entscheidenden Wert darstellte.

Schon die Lager der Jugendbewegung der 1920er-Jahre waren Ausdruck einer Kritik an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gewesen und sollten das Erlebnis einer alternativen Gemeinschaft vermitteln. Jene zahlreichen Referendars-, Lehrer-, HJ-, BDM- und Reichsarbeitsdienstlager, die 1933 entstanden, zielten ebenso auf antibürgerliche Vergemeinschaftungsformen, auf Kameradschaft als Gefühl einer neuen, durchaus militarisierten Gemeinschaft. Ebenso wie der Terror gegen „Gemeinschaftsfremde“ keinem bürgerlich-staatlichem Reglement unterworfen sein sollte, so auch die neue Kollektivität einer „Volksgemeinschaft“ nicht herkömmlichen gesellschaftlichen Gemeinschaftsformen wie Vereinen oder Interessensverbänden. Nationalsozialistische Lager waren nicht bloß Orte eines Gemeinschaftsgefühls, sie dienten zugleich einer gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung.

Quellentext Arbeitsdienst

„Gefühle Gleichheit“

Das NS-Regime unternahm viel, um die Einheit und Solidarität der „Volksgemeinschaft“ zu inszenieren. Schon im Winter 1933/34 organisierte die NSV das erste Winterhilfswerk unter dem Motto „Ein Volk hilft sich selbst“ mit einem spektakulären Erfolg: Über 358 Millionen Reichsmark wurden reichsweit gesammelt. Mit „Eintopfsonntagen“, an denen sich auch die NS-Spitze selbst propagandistisch ins Bild setzte, sollte das eingesparte Geld dem Winterhilfswerk gespendet werden; Beamten wurde für das Sammeln von Spenden Urlaub gewährt; bei den Arbeitern und Angestellten wurde eine alljährliche „Spende“ für das Winterhilfswerk in Höhe von zehn Prozent der Lohnsteuer gleich mit der Steuer eingezogen. Aber auch die Firmen selbst waren aufgefordert, sich mit größeren Beträgen an der Sammlung zu beteiligen. Über eine Million Helfer zogen mit Sammelbüchsen durch die Straßen und von Haustür zu Haustür; wer spendete, erhielt ein Abzeichen. 1934/35 wurden über 31 Millionen

solcher Winterhilfswerk-Abzeichen produziert, 1938/39 waren es nahezu 170 Millionen.

Im September 1939 gehörten der NSDAP über 5,3 Millionen Mitglieder an, mit weiteren knapp zwölf Millionen Angehörigen in den Parteigliederungen wie SA, SS, HJ u. a.. Rechnet man noch die angeschlossenen und betreuten Verbände wie Deutsche Arbeitsfront, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Deutsches Frauenwerk und andere hinzu, so waren insgesamt (Mehrfachmitgliedschaften unberücksichtigt) rund 68 Millionen Mitglieder in der nationalsozialistischen Organisationswelt integriert, also etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung. 1937 war die Zahl der Politischen Leiter der NSDAP auf rund 700000 angestiegen, im Krieg lag die Zahl des Führungskorps der Partei bei zwei Millionen. Kreis- und Ortsgruppenleiter, Block- und Zellenwarte waren zugleich Teil des Netzes sozialer Kontrolle durch die NSDAP und auch Teilhaber der Macht. Diese Amtsträger konnten auf das Leben ihrer Mitmenschen nachhaltig einwirken, von ihren Berichten hingehing das berufliche Weiterkommen und womöglich sogar Leib und Leben ab. Partizipation an der Macht bedeutete zugleich die Erfüllung der nationalsozialistischen Politik.



Die Organisation der NSDAP (© Bergmoser + Höller Verlag AG)

Die Sozialutopie des Nationalsozialismus war keine offene oder gar wohlfahrtsstaatliche Gesellschaft, sondern blieb stets rassistisch und antisemitisch bestimmt. Ohne Zweifel verlieh die „Verbreitung

des Gefühls sozialer Gleichheit“, so der Historiker Norbert Frei, dem Nationalsozialismus eine große Attraktivität und ein hohes Maß an Mobilisierungsbereitschaft. Die angestrebte „Volksgemeinschaft“ umfasste allerdings eine unmissverständlich erb- wie rassenbiologisch definierte Menschengruppe. Das nationalsozialistische Ziel bestand nicht in einer universell-egalitären Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind, sondern richtete sich stets auf die Leistungssteigerung einer rassistischen „Volksgemeinschaft“.



Quellentext

Der soziale Alltag der Ausgrenzung



< **Machteroberung 1933**

Verfolgung >

Informationen zur Bestellung

[AGB](#) [Bestellvorgang](#) [Lieferbedingungen und Versandkosten](#) [Widerrufsrecht](#) [Widerrufsformular](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern


[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)




Weimarer Republik

Zerstörung der Demokratie 1930-1933

Reinhard Sturm 
 23.12.2011 / 38 Minuten zu lesen



Der Börsencrash läutet das Ende der Weimarer Republik ein. 1928 noch eine Splitterpartei, wandelt sich die NSDAP unter der Führung Adolf Hitlers zur Massenbewegung, die 1933 die Macht in Deutschland übernimmt und fortan jede demokratische Grundlage vernichtet.



"Keine Arbeitsplätze ohne Nazizelle - Gebt Hitler die Macht, Deutschland erwacht!" steht auf großen Bannern bei einem Treffen einer Betriebszellenversammlung der NSDAP 1932. (© Bundesarchiv, B 145 Bild-P049480)

Wirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929 begann ein dramatischer Verfall der Aktienkurse an der New Yorker Börse ("Schwarzer Freitag"). Ursache waren jahrelange Überinvestitionen in der Industrie und damit ein Überangebot an Waren, mit dem die Nachfrage nicht Schritt gehalten hatte. Binnen kurzem weitete sich die amerikanische Krise aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftsverflechtungen zur größten Krise der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert aus. Sie hat die Errichtung der NS-Diktatur 1933 keineswegs verursacht, aber doch mit ermöglicht und beschleunigt.

Das Deutsche Reich war, nach den USA, am stärksten von der Krise betroffen. Trotz eines sich schon 1928 ankündigenden Nachfragerückgangs hatte die Industrie auch 1929 noch investiert. Dadurch entstanden Überkapazitäten, zumal bald alle Industrieländer die bereits bestehenden Zollschränken im Zuge der Krise erhöhten. Das Überangebot an Waren führte zu einer Produktionsdrosselung; Kurzarbeit und Entlassungen sowie Firmenzusammenbrüche waren die Folge. Von 1928 bis 1931 verdoppelte sich die Zahl der jährlichen Konkurse. Im Winter 1929/30 gab es bereits mehr als drei Millionen Arbeitslose, die materiell weitaus schlechter abgesichert waren als heute. Es entstand ein Teufelskreis aus sich verringernder Kaufkraft, zurückgehender Nachfrage, sinkender Produktion und weiteren Entlassungen. In der Landwirtschaft konnten viele kleine und mittlere Bauern ihre Schulden nicht mehr abbezahlen. Es kam zu Zwangsversteigerungen, gegen die sich ein verzweifelter bäuerlicher Protest formierte. Schon 1929 trat die schleswig-holsteinische "Landvolkbewegung" durch tätliche Angriffe auf Gerichtsvollzieher und Polizisten sowie durch Bombenattentate auf staatliche Gebäude in Erscheinung.

Bruch der Großen Koalition

Die Massenarbeitslosigkeit überforderte rasch die Finanzmittel der Arbeitslosenversicherung. In der Regierung kam es zu einem anhaltenden, erbitterten – durch die gemeinsame Verabschiedung des Young-Planes am 12. März nur kurz unterbrochenen – Koalitionsstreit über die Lösung des Problems. Im Kern ging es um die Frage: Sollten die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhöht oder die Leistungen für die Arbeitslosen gekürzt werden? Die industriennahe DVP wollte zusätzliche Kosten der Arbeitgeber infolge erhöhter Beiträge vermeiden. Die Arbeiterpartei SPD lehnte es ab, das ohnehin geringe Arbeitslosengeld zu kürzen. Nach mehreren gescheiterten Lösungsansätzen unterbreitete schließlich der Zentrums-Fraktionsvorsitzende Heinrich Brüning am 27. März 1930 einen Kompromissvorschlag, der die Hauptentscheidung – Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen – vorläufig vertagte. Die DVP stimmte zu, während die SPD ablehnte, weil sie mit der Arbeitslosenversicherung die Substanz des Sozialstaates in Gefahr sah. So blieb dem Kabinett Müller am 27. März 1930 nur der Rücktritt. Dem Anschein nach war die Große Koalition an der Unbeweglichkeit der SPD in einer an sich lösbaren Streitfrage zerbrochen. Als Hindenburg jedoch schon drei Tage später, ohne die üblichen Koalitionsverhandlungen, den neuen Reichskanzler – nämlich Heinrich Brüning – ernannte, lag der Rückschluss nahe, dass der Bruch der Großen Koalition auf langfristiger Planung beruhte, der die SPD allerdings mit ihrer kompromisslosen Haltung entgegengekommen war. Ihre bisherigen Koalitionspartner mussten eingeweiht gewesen sein, denn Brüning ersetzte lediglich die drei SPD-Minister durch Vertreter konservativer Kleinparteien sowie des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen, der sich Ende Juli als "Konservative Volkspartei" (KVP) von der DNVP abspaltete. Die Bereitschaft der DDP zur Mitarbeit im Kabinett Brüning und bald darauf ihr Zusammenschluss mit dem antisemitischen "Jungdeutschen Orden" zur "Deutschen Staatspartei" im Juli 1930 offenbarten den Rechtstrend auch bei den Linksliberalen.

Übergang zum Präsidialregime

Die Regierung Brüning besaß keine Mehrheit. Wie der Kanzler trotzdem seine Politik durchzusetzen gedachte, teilte er dem Reichstag am 1. April 1930 in seiner Regierungserklärung mit: Sein Kabinett – so laute Hindenburgs Auftrag – sei "an keine Koalition gebunden" und werde "der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen". Demnach wollte die neue Regierung notfalls ohne und gegen das Parlament arbeiten, und zwar mit Hilfe der Machtmittel des Reichspräsidenten: Notverordnungen nach Artikel 48 WV und Reichstagsauflösung nach Artikel 25 WV. Sie verstand sich als "Präsidialkabinett" oder "Hindenburg-Regierung". An den Sondierungen und Planungen für diese autoritäre, in der Verfassung nicht vorgesehene Regierungsweise waren, außer Hindenburg, vor allem seine Berater Schleicher und Meißner sowie – neben Brüning – die Fraktionsvorsitzenden im Reichstag Ernst Scholz (DVP) und Graf Westarp (DNVP) beteiligt. Seinen Memoiren zufolge erfuhr Brüning schon kurz nach Ostern 1929 von Schleicher, der Reichspräsident sehe die Gefahr, "dass die ganze Innen- und Außenpolitik im Sumpfe verlaufe". Er wolle daher "das Parlament im gegebenen Augenblick für eine Zeit nach Hause schicken und in dieser Zeit mit Hilfe des Artikels 48 die Sache in Ordnung bringen". Weiter berichtet Brüning, Schleicher und er hätten sich damals auf das Ziel der Wiedereinführung der Monarchie verständigt; manche Historiker halten dies jedoch für eine nachträgliche Selbststilisierung. Nach Meißners Erinnerungen ließ Hindenburg Ende Dezember 1929 Brüning mitteilen, er möge sich für das Amt des Reichskanzlers zur Verfügung stellen. Der angesehene Konservative galt in der Umgebung des Reichspräsidenten als möglicherweise sogar der SPD vermittelbare Integrationsfigur. Aus den Aufzeichnungen des Grafen Westarp vom 15. Januar 1930 gehen Hindenburgs Leitlinien für die Regierung Brüning hervor: "a) antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsverhandlungen und Vereinbarungen, b) antimarxistisch [...]" (also ohne die SPD); "c) Wandlung in Preußen [...]" mit Hilfe des Zentrums – die in Preußen regierende Weimarer Koalition sollte ebenfalls gesprengt werden. Parallel zu diesen Planungen nahmen Wirtschaftskreise verstärkt Einfluss auf die industriennahe DVP unter ihrem Vorsitzenden Ernst Scholz, um deren Austritt aus der Großen Koalition zu erreichen. Im Dezember 1929 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in einer Denkschrift mit dem Titel "Aufstieg oder Niedergang?" Steuererleichterungen für Unternehmer, Abschaffung der Zwangsschlichtung, Senkung der Staatsausgaben und Reform der Arbeitslosenversicherung durch "Ersparnismaßnahmen, nicht aber durch erhöhte Beiträge". Diesen SPD- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs machte sich die DVP zu eigen. Am 5. Februar 1930 schrieb der DVP-Abgeordnete Erich von Gilsa dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Stahlindustrieller, Paul Reusch, vertraulich, Scholz wolle "bewusst auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten". Der Bruch der Großen Koalition erfolgte also im Zusammenspiel einflussreicher Vertreter autoritärer politischer – wenn nicht monarchistischer – Bestrebungen und wirtschaftlicher Interessen. Vor diesem Hintergrund erscheint Brünings Vermittlungsvorschlag vom 27. März 1930 in einem anderen Licht: der künftige Reichskanzler gedachte die Große Koalition "vor der Öffentlichkeit an der Kompromisslosigkeit der SPD und nicht an der Intransigenz des kommenden Koalitionspartners DVP zu Schanden gehen zu lassen" (Volker Hentschel).

Reichstagsauflösung

Die ersten Gesetzesvorlagen der neuen Regierung – Finanzhilfen für die ostelbische Großlandwirtschaft, Steuererhöhungen zur Deckung des Reichshaushaltes 1930 – wurden vom Reichstag mit knapper Mehrheit angenommen. Da die Arbeitslosigkeit weiter zunahm, beschloss die Regierung im Juni eine zusätzliche Deckungsvorlage: Reform der Arbeitslosenversicherung durch Beitragserhöhung auf 4,5 Prozent (der jetzt auch die DVP zustimmte) und Leistungskürzungen; Ledigensteuer; Notopfer für Beamte und Angestellte; einheitliche Kopfsteuer. Als der Reichstag Teile dieses sozial unausgewogenen Programms am 16. Juli ablehnte, setzte Brüning die gesamte Vorlage in Form zweier Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Abs. 2 WV in Kraft.



Die Umwandlung eines vom Reichstag abgelehnten Gesetzentwurfs in eine Notverordnung war eindeutig verfassungswidrig. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18. Juli, Brünings Notverordnungen nach Artikel 48 Abs. 3 WV aufzuheben, wurde daher vom Parlament mit großer Mehrheit (bei gespaltenen DNVP) angenommen. Unmittelbar danach löste der Reichspräsident nach Artikel 25 WV

den Reichstag auf. Die Notverordnungen wurden in einer sogar noch verschärften Fassung wieder in Kraft gesetzt. Bis zur Neuwahl nach 60 Tagen konnte jetzt mit Notverordnungen regiert werden.

Wahlsieg der NSDAP

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930, an der sich 82 Prozent der Wähler beteiligten, endete mit einer Katastrophe für die Demokratie. Die NSDAP, noch 1928 mit 2,6 Prozent und zwölf Mandaten eine Splitterpartei, erzielte 18,3 Prozent, konnte die Zahl ihrer Sitze fast verdreifachen und stellte mit 107 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion (hinter der SPD, vor der KPD). Die SPD verzeichnete erhebliche Verluste, die KPD starke Gewinne; Zentrum und BVP registrierten einen leichten Zuwachs. Auch der Anteil der "Sonstigen", das heißt der Kleinparteien, nahm etwas zu. Demgegenüber mussten DDP und DVP schwere Verluste hinnehmen; der Stimmenanteil der DNVP wurde sogar halbiert. Wenngleich Art und Ausmaß damaliger Wählerwanderungen nicht exakt bestimmbar sind, lässt sich schließen, dass überwiegend protestantische nationalkonservative und liberale Mittel- und auch Oberschichtwähler zur NSDAP gewandert waren. Besonders starken Anklang hatte Hitlers Partei offenbar bei den Mittelschichten ("alter" und "neuer Mittelstand") gefunden. Auch von der um sieben Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung hatte sie stärker als andere Parteien profitiert, das heißt Jungwähler und bisherige Nichtwähler gewonnen. Dem entsprach die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der NSDAP: Arbeiter bildeten zwar die stärkste Einzelgruppe, waren jedoch im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen deutlich unterrepräsentiert, während die verschiedenen Mittelschichten einen überproportional hohen Anteil stellten. Ferner zog die NSDAP besonders die jüngere Generation an: Das Durchschnittsalter ihrer 130.000 Mitglieder und Funktionäre lag 1930 beträchtlich unter dem der übrigen Parteien. Im Wahlergebnis vom 14. September 1930 spiegeln sich die materiellen und psychologischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wider. Bereits seit Jahresbeginn lag die Arbeitslosenquote über 14 Prozent; hinter dieser Zahl verbargen sich die Schicksale von mehr als drei Millionen schlecht versorgten Arbeitnehmern und ihren Familien. Die Folge war eine politische Polarisierung: Arbeitslose Arbeiter wählten zum Teil erstmals kommunistisch. Der "alte Mittelstand" hingegen, der die sinkende Kaufkraft seiner Kunden zu spüren bekam, sah sich nach 1923 ein weiteres Mal von Verarmung und sozialem Abstieg bedroht. Er reagierte darauf mit einer Radikalisierung nach rechts zur NSDAP. Vergleichbares gilt auch für den "neuen Mittelstand". Denn Hitlers Partei war als einzige politisch unverbraucht – ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenz hatten noch keinen Test bestehen müssen. In Programm und Propaganda ging sie geschickter als jede andere Partei auf die speziellen Nöte und Bedürfnisse der eigentumsorientierten, "standesbewussten" Mittelschichten ein. Entsprechend der doppelten Frontstellung des alten Mittelstandes gegen KPD/SPD/Gewerkschaften einerseits und Banken/Industrie/Warenhäuser andererseits enthielten die politischen Aussagen der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" sowohl antimarxistische als auch antikapitalistische Elemente. Ihr begrenzter Antikapitalismus war – anders als der marxistische – für die Mittelschichten akzeptabel, weil "die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht", wie Hitler 1928 öffentlich klarstellte. Er richtete sich nicht, wie es in der NS-Ideologie hieß, gegen das "schaffende", sondern nur gegen das "raffende Kapital", das heißt gegen Banken (zu hohe Kredit-, zu niedrige Sparzinsen), Börsen (undurchschaubare Gewinnchancen und Verlustrisiken) und Warenhäuser (bedrohliche Konkurrenz). Hinter dem "raffenden Kapital" verbargen sich, so behauptete die NS-Propaganda, die Machenschaften eines "internationalen Finanzjudentums". Dadurch wurde der Antikapitalismus in die NS-Rassenideologie integriert und gegen die Juden als Sündenböcke gerichtet. Aber auch "der Marxismus" (das heißt Organisationen und Politik der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterschaft) und die aus dem "Dolchstoß" hervorgegangene Weimarer Republik galten den Nationalsozialisten als schändliche jüdische Machwerke. Wer die inneren und äußeren Bedrohungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft abwenden wolle, müsse die Juden bekämpfen – so lautete, zusammengefasst, die politische Botschaft der NSDAP. Wegen ihrer Einfachheit und Eingängigkeit fiel sie in Deutschland – einem der Länder mit langer antijudaistischer und antisemitischer Tradition – unter den Bedingungen der unbewältigten Kriegsniederlage und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden.

Politik der Krisenverschärfung

Dass die KPD jetzt über 77, die NSDAP über 107 Reichstagsitze verfügte, hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Ausländische Kapitalanleger, insbesondere die bereits unter der Krise leidenden amerikanischen und französischen Banken, die um die politische Stabilität der Weimarer Republik fürchteten, begannen mit dem Abzug ihrer kurzfristigen Kredite. Dadurch verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Deutschland; die Arbeitslosigkeit nahm weiter zu. Ein Versuch Brünnings, die Nationalsozialisten zur Tolerierung seiner Politik zu bewegen und sich so eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, scheiterte am Machtwillen Hitlers. Der NSDAP-Führer hatte aber aus seinem fehlgeschlagenen Münchner Putschversuch von 1923 gelernt: Als geladener Zeuge in einem Leipziger Reichsgerichtsprozess, in dem drei junge Offiziere wegen nationalsozialistischer Betätigung in der Reichswehr angeklagt wurden, erklärte er am 25. September 1930 unter Eid, seine Bewegung kämpfe "nicht mit illegalen Mitteln"; aber "noch zwei bis drei Wahlen", dann werde sie "in der Mehrheit sitzen" und "den Staat so gestalten, wie wir ihn haben wollen".

Tolerierungspolitik der SPD

Die oppositionelle SPD geriet durch das Wahlergebnis in ein Dilemma. Bekämpfte sie weiterhin Brünnings autoritäre und unsoziale Politik, dann bestand die Gefahr einer erneuten Reichstagsauflösung und -neuwahl. Dabei konnte die NSDAP so stark werden, dass Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernennen würde. Was aber eine NS-Regierung bedeuten musste, hatte bereits das Beispiel des Faschismus in Italien gezeigt: ein schnelles Ende der Demokratie und des Rechtsstaates, der Linksparteien und der Gewerkschaften. Vor diesem Hintergrund beschloss die SPD, Brüning als das kleinere Übel zu tolerieren. "Sie sagte nicht ja zu seinen Gesetzesvorschlägen und sagte nicht nein, wenn sie deshalb als Notverordnungen erlassen wurden." (Volker Hentschel) In den Augen der Öffentlichkeit galt sie bald als Teil des "Brüning-Blocks", der vom Zentrum bis zum gemäßigten Teil der

DNVP reichte, aber keine Mehrheit besaß. Da die SPD weder sozialdemokratische Politik durchzusetzen noch sich als politische Alternative zu profilieren vermochte, wurden ihre Mitglieder und Wähler zunehmend unzufriedener. Das Ansehen des Parlamentes nahm weiter ab. Denn es verlor nicht nur faktisch seine demokratische Kontrollfunktion gegenüber der Regierung, sondern wurde auch als Zentrum der Gesetzgebung zunehmend funktionslos. Das Präsidialregime griff immer öfter zu Notverordnungen, der Reichstag trat immer seltener zusammen. Diese Aushöhlung des Parlamentarismus hat der NSDAP 1933 die Errichtung der Diktatur wesentlich erleichtert.

Deflationspolitik und Massenarbeitslosigkeit

Die Regierung Brüning erhöhte die direkten Steuern (auf Löhne, Einkommen und Umsätze), besonders aber die indirekten (Massenverbrauchssteuern, unter anderem auf Zucker, Tabak und Bier). Sie baute die staatlichen Sozialausgaben ab und kürzte die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme der Reichswehr). Auf diese Weise wollte Brüning das krisenbedingte Sinken des Steueraufkommens abfangen, Einnahmen und Ausgaben des Staates im Gleichgewicht halten und die im Zuge des Produktionsrückganges überschüssig werdende Kaufkraft abschöpfen. Diese "Deflationspolitik" zielte vor allem auf die Sicherung der Geldwertstabilität, die nicht nur den Vorschriften des Young-Plans, sondern – nach der traumatischen Inflationserfahrung von 1923 – durchaus auch den Interessen der Bevölkerung entsprach. Die Deflationspolitik war jedoch kein Mittel gegen die Krise, sondern verschärfte diese sogar noch. Denn durch Kürzung der Staatsausgaben und Senkung der privaten Einkommen verringerte sich die kaufkräftige Nachfrage; dadurch ging die Produktion noch weiter zurück, während die Arbeitslosigkeit rapide anstieg. Je länger die Krise anhielt, desto mehr Arbeitslose fielen spätestens nach 26, als über 40-jährige nach 39 Wochen aus der Arbeitslosenversicherung mit ihren bescheidenen, nach Lohnklassen gestaffelten Leistungen heraus. Danach erhielten sie bis zu 39 bzw. 52 Wochen deutlich geringere (bedürftigkeitsgebundene) Leistungen der Krisenfürsorge; schließlich noch knappere (rückzahlungspflichtige) Zuwendungen der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung. Von den 4,7 Millionen Arbeitslosen im Frühjahr 1931 bezogen 43 Prozent Arbeitslosengeld, 21 Prozent Krisenfürsorge und 23 Prozent Wohlfahrtsunterstützung. Die übrigen 13 Prozent bekamen überhaupt keine Unterstützung. Demgegenüber wurde die ostelbische Großlandwirtschaft auf Wunsch Hindenburgs weiterhin subventioniert. Im Verlaufe des Jahres 1931 führten zwei einschneidende Ereignisse zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Zunächst scheiterte am 18. Mai, vor allem am Einspruch Frankreichs, der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, die für beide Länder wirtschaftlich vorteilhaft gewesen wäre. Ausländische Kapitalanleger riefen daraufhin zahlreiche fällige Kredite zurück, statt sie zu verlängern. In beiden Ländern gerieten viele Banken in Schwierigkeiten, zumal viele in Panik versetzte Sparer ihre Einlagen abheben wollten. Am 13. Juli stellte eine renommierte Großbank, die "Darmstädter und Nationalbank", ihre Zahlungen ein. Die deutschen Banken wurden für zwei Tage geschlossen; das Reich musste sie mit einer Milliarde RM stützen. Bankkunden konnten nur noch eingeschränkt über ihre Guthaben verfügen; die Kapitalknappheit der Unternehmen verschärfte sich. Da die Bankenkrise unabsehbare Gefahren barg, setzte der amerikanische Präsident Herbert Hoover durch, die deutschen Reparationszahlungen an die Siegermächte und ebenso die Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden an die USA ab 6. Juli 1931 für ein Jahr zu unterbrechen ("Hoover-Moratorium"), um die betreffenden Länder zu entlasten. Sodann koppelte Großbritannien am 21. September das Pfund Sterling vom Goldstandard ab und wertete es um 20 Prozent ab. Durch eine entsprechende Verbilligung seiner Waren auf dem Weltmarkt wollte das Land seinen Export fördern und den Arbeitsmarkt beleben. Zahlreiche Länder folgten dem Beispiel; das internationale Währungssystem mit festen Wechselkursen auf der Basis des Goldpreises brach zusammen. Der Wert der Reichsmark stieg; deutsche Produkte verteuerten sich auf dem Weltmarkt; die Auslandsnachfrage ging zurück. Brüning reagierte darauf mit einer weiteren Verschärfung der Deflationspolitik: Per Notverordnung vom 6. Oktober 1931 senkte er den Bezug des Arbeitslosengeldes von 26 auf 20 Wochen. Am 8. Dezember verordnete er allgemeine Lohn-, Miet-, Zins- und Preissenkungen, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft auszugleichen. Diese marktwirtschaftswidrige Maßnahme führte jedoch nur zu einer Verunsicherung von Herstellern und Verbrauchern; die Inlandsnachfrage nahm weiter ab. Bankenkrise, Pfundabwertung und deflationspolitische Notverordnungen bewirkten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt des Jahres 1932 gab es 5,6 Millionen registrierte Arbeitslose (29,9 Prozent). Ende Februar lag die Zahl der "sichtbaren" Arbeitslosen bei 6,1 Millionen; rechnet man schätzungsweise 1,5 Millionen "unsichtbare" (Menschen, die sich aus Scham über ihre Armut nicht meldeten) hinzu, so ist tatsächlich von 7,6 Millionen Beschäftigungssuchenden auszugehen.

Rolle Brünings

Manche Historiker sehen in Brüning den letzten Reichskanzler, der mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchte, die Weimarer Republik durch die Weltwirtschaftskrise hindurchzusteuern. Brünings Politik lässt jedoch erkennen, dass er die Wirtschafts- und Finanzpolitik seinen außen- und innenpolitischen Plänen (Überwindung des Versailler Vertrages, autoritäre Umgestaltung des Staates, wenn nicht gar Rückkehr zur Monarchie) unterordnete. Sein erstes Etappenziel war die Aufhebung der Reparationsverpflichtungen. Brüning wollte den Siegermächten demonstrieren, dass das Reich trotz größter Anstrengungen die Auflagen des Young-Plans (Zahlung der Jahresraten bei stabiler Währung und ausgeglichenem Staatshaushalt) nicht erfüllen konnte. Neuverhandlungen sollten dann zu einer Abschlussregelung führen. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die um sich greifende soziale Verelendung breiter Massen nahm Brüning bewusst in Kauf. Deshalb wies er auch alle Expertenvorschläge für eine aktive Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik zurück. Prompt machte sich die NSDAP diese Vorschläge zu eigen und betrieb damit 1932 eine geschickte und wirkungsvolle Wahlpropaganda.

Politische Radikalisierung

In dem Maße, wie sich die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigte und Millionen Familien verarmten und

verelendeten, eskalierten die politischen Auseinandersetzungen und kam es zu Zusammenstößen zwischen den Wehrverbänden der großen rechten und linken Parteien:

- Der "Stahlhelm – Bund der unbesiegt heimgekehrten Frontsoldaten" organisierte schon seit Ende 1918 bis zu eine Million Mitglieder und war der DNVP zuzurechnen.
- Die von der NSDAP 1921 geschaffene "Sturmabteilung" (SA) umfasste Anfang 1932 etwa 420.000 Mitglieder; ihr unterstand (bis 1934) die 1925 gebildete SS ("Schutzstaffel") mit rund 52.000 Mann.
- Das 1924 gegründete SPD-nahe "Reichsbanner Schwarz Rot Gold – Bund der republikanischen Frontsoldaten" war der einzige verfassungstreue Wehrverband und besaß ca. eine Million Mitglieder.
- Dem ebenfalls 1924 entstandenen "Roten Frontkämpferbund" (RFB) der KPD gehörten 1927 rund 130.000 Mitglieder an.

Alle Verbände waren mehr oder weniger uniformiert, traten militant auf und besaßen geheime Waffenlager. Während "Stahlhelm", SA und SS kooperieren konnten, waren "Reichsbanner" und RFB verfeindet. In den Jahren 1931 und 1932 führten zunehmend blutiger verlaufende Straßenkrawalle und Saalschlachten, vor allem zwischen SA und RFB, in den großen Städten nicht selten zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Auch politische Mordanschläge wurden wieder begangen, sowohl von Nationalsozialisten als auch von Kommunisten. Die Polizei erschien oft zu spät; auch sympathisierten immer mehr Polizisten mit den Rechtsverbänden. Dass in Preußen noch immer der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun mit einer Weimarer Koalition regierte, war der politischen Rechten seit langem ein Dorn im Auge. Im Frühjahr 1931 leitete der "Stahlhelm" ein (auch auf Länderebene zulässiges) Volksbegehren für die sofortige Auflösung des Preußischen Landtages ein. Es wurde unterstützt von DNVP, NSDAP und KPD – die Kommunisten schreckten bei ihrem verblendeten Kampf gegen die Sozialdemokraten nicht einmal vor einem Bündnis mit den "Faschisten" zurück. Die Aktion schlug jedoch fehl: Beim Volksbegehren kam die erforderliche Mindestzahl von Unterschriften nur knapp zusammen; beim Volksentscheid am 9. August 1931 fehlten rund 3,4 Millionen Stimmen. Am 7./9. Oktober 1931 wurden mehrere Minister der Regierung Brüning ausgetauscht. Der Reichskanzler übernahm selbst das Auswärtige Amt, Reichswehrminister Groener erhielt zusätzlich das Innenministerium – eine gefährliche Machtkonzentration. Dieses zweite Kabinett Brüning sollte nach Hindenburgs Wunsch noch unabhängiger von den Parteien und vom Parlament sein; es signalisierte einen weiteren Rechtsruck bei den Machttägern des Präsidialregimes.

Harzburger Front

Am 11. Oktober 1931 veranstaltete die nationalistische Rechte – NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutscher Verband – in Bad Harzburg eine Tagung, verbunden mit einem Aufmarsch ihrer Verbände, um Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren. Prominenteste Gäste waren der Kaiser-Sohn und SA-Gruppenführer August Wilhelm Prinz von Preußen ("Auwil"), der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und General a. D. von Seeckt. Ein Misstrauensvotum von DNVP und NSDAP gegen das zweite Kabinett Brüning, dem sich auch die DVP und die KPD anschlossen, scheiterte am 16. November 1931 knapp – ausschlaggebend waren die Gegenstimmen der SPD. Ende November wurden konkrete Umsturzpläne der hessischen NSDAP ("Boxheimer Dokumente") bekannt. Brüning spielte jedoch den Vorfall herunter, um mögliche Koalitionen des Zentrums mit der NSDAP nicht zu verbauen. Als Antwort auf die "Harzburger Front" gründeten SPD, ADGB, AfA-Bund, "Reichsbanner" und Arbeitersportorganisationen am 16. Dezember 1931 gemeinsam die "Eiserne Front". Sie veranstaltete unter dem Fahnsymbol der drei Pfeile – als Gegensymbol zum Hakenkreuz – politische Umzüge und Kundgebungen und trat äußerlich militant auf, um Stärke zu demonstrieren und Gegner von Übergriffen abzuschrecken.

Reichspräsidentenwahl 1932

In dieser angespannten Situation ging Anfang 1932 die siebenjährige Amtsperiode des Reichspräsidenten zu Ende. Der mittlerweile 85-jährige Hindenburg stellte sich zur Wiederwahl. Anders als 1925 trat ein aussichtsreicher rechter Gegenkandidat an: Adolf Hitler, dem eine DNVP-NSDAP-Regierung in Braunschweig Ende Februar 1932 zu der für die Kandidatur notwendigen deutschen Staatsbürgerschaft verhalf. Hinzu kamen Theodor Duesterberg ("Stahlhelm"), Ernst Thälmann (KPD) sowie einige Kandidaten von Splitterparteien. Hindenburgs Wiederwahl wurde zunächst von Zentrum und BVP, DDP und DVP unterstützt. Da alles auf eine Entscheidung zwischen Hitler und Hindenburg hindeutete, hielt die SPD an ihrer Politik des kleineren Übels fest: Sie verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und gab die Parole aus: "Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" Für ihre Anhänger war das eine irritierende Zumutung, die sie aber überwiegend diszipliniert befolgten. Im 1. Wahlgang am 13. März 1932 verfehlte Hindenburg mit 49,6 Prozent die erforderliche absolute Mehrheit nur knapp, in weitem Abstand gefolgt von Hitler (30,1 Prozent), Thälmann (13,2 Prozent), Duesterberg (6,8 Prozent) und den übrigen Kandidaten. Duesterberg gab auf und unterstützte Hindenburg. Im 2. Wahlgang am 10. April wurde der amtierende Reichspräsident mit 53 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Hitler brachte es auf 36,8 Prozent, Thälmann nur noch auf 10,2 Prozent. Gemessen an der prahlerischen Ankündigung seines Wahlkampfleiters Joseph Goebbels "Hitler wird unser Reichspräsident!" hatte sich der NSDAP-Führer blamiert. Gleichwohl zeigte sein Abschneiden, dass das nationalsozialistische Wählerpotenzial seit September 1930 um fünf Millionen Stimmen angewachsen war. Aber auch der Wahlsieger sah wenig Grund zur Freude. Der Reichspräsident empfand es als Schmach, dass er seine zweite Amtsperiode ausgerechnet seinen Gegnern von 1925, den Sozialdemokraten und den Katholiken, verdankte. Groteskerweise richtete Hindenburg seinen Groll gegen Brüning, der sich wie kein anderer im Wahlkampf für ihn engagiert und dabei auch die NSDAP scharf angegriffen hatte. Brünings Sturz war jetzt nur noch eine Frage der Zeit.

Brünings Entlassung

Im Laufe seiner Kanzlerschaft hatte sich Brüning die Sympathien der Präsidentenberater und der hinter ihnen stehenden autoritär-monarchistisch gesinnten Teile der militärischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Eliten immer mehr verschert, weil er sich nicht als Marionette benutzen ließ, sondern seinen eigenen politischen Kurs steuerte, noch dazu toleriert von der SPD, die diesen Eliten besonders verhasst war. Zum entscheidenden Konflikt kam es, als Brüning und Groener auf Wunsch zahlreicher Länder (darunter Bayern ebenso wie Preußen) beim Reichspräsidenten ein Verbot der SA und der SS erwirkten, um die Hauptsache der politischen Gewalt zu bekämpfen; es trat am 13. April 1932 in Kraft. Der Reichspräsident und seine Berater störten sich daran, dass das (republiktreue) "Reichsbanner" nicht ebenfalls verboten werden sollte. Zudem sah Schleicher seine Planung in Gefahr, Brüning zu stürzen und die NSDAP entweder an der Regierung zu beteiligen oder zumindest für eine Tolerierungspolitik zu gewinnen. Am 7. Mai trafen Schleicher und Hitler eine geheime Absprache: Schleicher würde für Brünings Ablösung, die Wiederezulassung von SA und SS sowie Reichstagsneuwahlen sorgen. Im Gegenzug würde die NSDAP die nächste Präsidentschaft im Reichstag tolerieren. Auf Betreiben Schleichers musste Groener am 12. Mai zurücktreten. Auch für Brünings Entlassung war bald ein Grund gefunden. Der Reichskanzler wollte im Mai den ostelbischen Gutsbesitzern eine weitere kräftige Finanzhilfe zukommen lassen. Jedoch sollte der Staat Güter, die nicht mehr sanierungsfähig waren, aufkaufen bzw. ersteigern und in Bauernstellen für Arbeitslose aufteilen. Es fiel der "Kamarilla" leicht, den Reichspräsidenten, der selbst Gutsbesitzer war, gegen diesen "Agrarbolshewismus" aufzubringen. Hindenburg entzog Brüning am 29. Mai das Recht auf Anwendung des Artikels 48 WV; daraufhin musste die Reichsregierung am nächsten Tag zurücktreten – nach Ansicht Brünings "hundert Meter vor dem Ziel", wie er schon am 11. Mai im Reichstag geäußert hatte. Tatsächlich wurde bald darauf das Reparationsproblem in seinem Sinne gelöst. Die vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 in Lausanne tagende Konferenz aller betroffenen Staaten einigte sich auf die völlige Streichung der deutschen Reparationsschuld; selbst eine eher symbolisch geforderte Abschlusszahlung wurde nicht mehr geleistet. Doch der Preis für diesen Erfolg war hoch: Er bestand in einer Aushöhlung des Parlamentarismus, einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, einer Steigerung des sozialen Elends von Millionen Familien und einer bis dahin nicht gekannten politischen Radikalisierung. Brünings Politik beschleunigte den Aufstieg der rechtsextremen, gewaltbereiten NSDAP zu einer staatsgefährdenden Massenbewegung.

Regierung von Papen

Neuer Reichskanzler wurde überraschend der katholisch-westfälische Adelige, monarchistische Zentrumspolitiker und preußische Landtagsabgeordnete Franz von Papen. Er verfügte als Hauptaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Zentrumszeitung "Germania" sowie als Mitglied des konservativ-elitären Berliner "Herrenklubs" über gute Kontakte zu Industrie, Großlandwirtschaft, Banken und Bürokratie. Da er gegen den Willen der über Brünings Sturz verärgerten Zentrumsführung die Kanzlerschaft annahm, musste er aus der Partei austreten. Auf den Vorwurf "Der Papen ist doch kein Kopf!" antwortete Schleicher ungerührt: "Das soll er ja auch nicht sein. Aber er ist ein Hut." Papen gewann jedoch rasch das Vertrauen Hindenburgs und entzog sich Schleichers Bevormundung. Dem am 1. Juni 1932 vereidigten Kabinett gehörten sieben adlige und nur drei bürgerliche, nationalkonservative, aber überwiegend parteilose Minister an. Schleicher trat erstmals selbst als Reichswehrminister ins politische Rampenlicht. Dieses "Kabinett der Barone" unter "Herrenreiter" Papen, wie seine Kritiker spotteten, repräsentierte überwiegend die Interessen der ostelbischen Großagrarier und der militärischen Führungsschicht; die Industrie war nur durch Wirtschaftsminister Warmbold vertreten, Mittelschichten und Arbeitnehmerschaft überhaupt nicht. Die Öffentlichkeit traute der Regierung Papen eine Überwindung der Wirtschaftskrise noch weniger zu als dem Kabinett Brüning; prompt fielen die Aktienkurse. Parlamentarische Unterstützung erhielt Papen lediglich von der DVP und der DNVP. Die SPD beendete sofort ihre Tolerierungspolitik und plante einen Misstrauensantrag, dem die Regierung jedoch zuvorkam: Am 4. Juni 1932 löste der Reichspräsident – wie zwischen Schleicher und Hitler besprochen – den Reichstag auf, denn dieser entspreche nicht mehr "dem politischen Willen des deutschen Volkes". Damit spielte Hindenburg darauf an, dass die NSDAP am 24. April bei den Landtagswahlen in Preußen, Württemberg, Hamburg und Anhalt stärkste, in Bayern zweitstärkste Partei geworden war. Im Juni und Juli 1932 fand, nachdem Schleicher die Wiederezulassung von SA und SS durchgesetzt hatte, der blutigste Wahlkampf in der deutschen Geschichte statt. Zwischen rechten und linken Wehrverbänden kam es zu Straßenkrawallen, Schießereien, Saalschlachten und Mordanschlägen, bei denen etwa 300 Menschen starben und über 1100 verletzt wurden. Allein am 17. Juli, dem "Altonaer Blutsonntag", gab es 18 Tote und 68 zum Teil schwer Verletzte, als ein nationalsozialistischer Demonstrationmarsch durch die kommunistischen Wohnviertel von Altona zu einem stundenlangen Feuergefecht zwischen RFB und SA ausartete. Unterdessen nahmen die in der Umgebung des Reichspräsidenten gehegten autoritären Verfassungspläne konkrete Gestalt an. Papen entwickelte die Idee eines "Neuen Staates" mit folgenden Prinzipien:

- Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten,
- Unabhängigkeit des Reichskanzlers vom Vertrauen des Reichstages,
- Einrichtung eines dem Parlament übergeordneten, aristokratisch und berufsständisch zusammengesetzten "Oberhauses", dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten ernannt wurden.

Die Ähnlichkeit mit den Strukturen des Kaiserreiches ist unübersehbar – am Ende der Entwicklung sollte denn auch die Rückkehr zur Monarchie stehen. Der erste Schritt auf dem Weg zum "Neuen Staat" lag nahe: die Ausschaltung der "roten Festung" Preußen. Denn die Regierung Braun hatte in der Landtagswahl vom 24. April 1932 ihre Mehrheit verloren. Die neue Sitzverteilung im preußischen Landtag (KPD 57, SPD 94, Zentrum 67, DVP 7, DNVP 31, NSDAP 162) ergab eine "negative Mehrheit" der rechts- und linksradikalen Parteien. Da eine Zentrum-NSDAP-Koalition nicht zustande kam, blieb das bisherige Kabinett als "geschäftsführende Regierung" mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit im Amt. Braun war überdies gesundheitlich angeschlagen und besaß keinen Kampfgeist mehr.

Absetzung der preußischen Regierung

Als Vorwand diente der "Altonaer Blutsonntag". Am 20. Juli 1932 erließ Hindenburg zwei Notverordnungen "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in Preußen. Durch die erste trat Papen als "Reichskommissar" an die Stelle des Ministerpräsidenten; er übertrug dem rechtsstehenden (parteilosen) Essener Oberbürgermeister Franz Bracht die Geschäfte des Innenministers. Durch die zweite Verordnung wurde die vollziehende Gewalt in Groß-Berlin und Brandenburg auf die Reichswehr übertragen. Die Reichsexekution gegen Preußen war ein reiner Willkürakt und sogar ein "Staatsstreich" (Heinrich August Winkler). Die Regierung Braun protestierte und klagte gegen ihre Absetzung mit Unterstützung der süddeutschen Länder, die den Föderalismus verletzt sahen, vor dem Staatsgerichtshof. Im Oktober 1932 erklärte das Gericht eine vorübergehende Einsetzung von Reichskommissaren für zulässig, deren Beauftragung mit der Vertretung Preußens im Reichsrat hingegen für verfassungswidrig. An der Absetzung der Regierung Braun änderte das Urteil also nichts. Demokraten, insbesondere SPD-Mitglieder, hatte Papen bereits aus allen Führungspositionen des preußischen Staatsapparates entfernen lassen. Durch den "Preußenschlag", in den man Hitler vorher eingeweiht hatte, erhielt die an die Macht strebende NSDAP starken Auftrieb. Denn die Sozialdemokratie hatte vor einem scheinlegalen Angriff auf ihre letzte Machtbastion im Weimarer Staat quasi kapituliert; SPD und KPD blieben zerstritten. Demnach war auch gegen die Errichtung einer Diktatur, die sich rechtmäßig gab, kein kämpferischer Widerstand der Linken zu erwarten. So schrieb die NSDAP-Zeitung "Völkischer Beobachter" am 21. Juli 1932 auf ihrer Titelseite: "Liquidierung der Novemberherrschaft!" – "Der Anfang ist gemacht, wir werden sie zu Ende führen." In den folgenden Wochen begann Hitler mit der Planung eines "Ermächtigungsgesetzes", das einer von ihm geführten Regierung die allgemeine und die verfassungsändernde Gesetzgebung übertragen sollte. Wegen dieser strategischen Bedeutung des "Preußenschlages" im Prozess der Demokratisierung stellt sich die Frage, ob am 20. Juli 1932 ein erfolgreicher Widerstand der demokratischen Kräfte – in erster Linie der SPD, der Gewerkschaften und der "Eisernen Front" – möglich gewesen wäre. Sie wird von den Historikern überwiegend verneint. In den Reihen der "Eisernen Front", insbesondere im "Reichsbanner", existierte eine beträchtliche Kampfbereitschaft, doch war sie regional unterschiedlich ausgeprägt. Auch bedeutete Kampfbereitschaft nicht schon Bürgerkriegsfähigkeit. Denn ein Konzept für bewaffnete Aktionen zur Rettung der Demokratie hatten SPD und Gewerkschaften – trotz Gründung des Reichsbanners und der "Eisernen Front" – nie entwickelt. Schon gar nicht besaßen sie die skrupellose Gewaltbereitschaft der NSDAP oder der KPD. Vielmehr hatte die sozialdemokratische Führung aus dem abschreckenden Beispiel der Russischen Revolution und aus ihren eigenen Erfahrungen die Lehre gezogen, ihre Politik an den Prinzipien Legalität, Humanität und Gewaltlosigkeit auszurichten. Einen Generalstreik, wie ihn vor allem die KPD forderte, lehnten die Gewerkschaften ab. Anders als beim Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 hielten sie ihn diesmal für eine stumpfe Waffe, denn mehr als sechs Millionen Arbeitslose standen bereit, um die Plätze der Streikenden einzunehmen. So beschränkte sich die Sozialdemokratie auf Proteste und konzentrierte sich auf den Reichstagswahlkampf.

Reichstagswahlen 1932

Am 31. Juli 1932 gingen mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahl als je zuvor (84,1 Prozent). Die SPD verlor abermals Stimmen an die KPD. Zwei Jahre Tolerierungspolitik gegenüber Brüning, der Ausschluss prominenter linker Kritiker des Parteikurses (im September 1931), die Mitwahl Hindenburgs und das Stillhalten in Preußen hatten Teile der SPD-Wählerschaft enttäuscht. Während Zentrum und BVP leichte Gewinne erzielten, wurden die protestantischen bürgerlichen Mittelparteien fast völlig aufgerieben. Auch die DNVP musste erneut – diesmal leichtere – Verluste hinnehmen. Überraschender Wahlsieger wurde erwartungsgemäß die NSDAP. Weil sie wohl allen Parteien, außer KPD und Zentrum, in unterschiedlichem Umfang Wähler abspenstig machte, konnte sie ihren Anteil an Stimmen (13,7 Millionen = 37,3 Prozent) und Mandaten (230) mehr als verdoppeln. Damit stellte sie die weitaus stärkste Reichstagsfraktion – und nach parlamentarischem Brauch den Reichstagspräsidenten (Hermann Göring). Die anhaltende krisenbedingte Polarisierung und Radikalisierung großer Teile der Bevölkerung und ein überaus geschickter, moderner (vorwiegend aus Eigenmitteln, zum Teil auch aus Wirtschaftsspenden finanzierter) Wahlkampf hatten der NSDAP neue Wählermassen zugeführt. Hitler hatte als erster deutscher Politiker ein Flugzeug benutzt, um möglichst viele Wahlreden halten zu können.

Aus taktischen Gründen – man wollte seriöser wirken als bisher – war der Antisemitismus im Wahlkampf in den Hintergrund getreten. Hitlers Partei bildete jetzt "das große Auffangbecken für alle Gegner des demokratischen Systems, für alle Enttäuschten, Verbitterten und Fanatisierten" (Eberhard Kolb), soweit diese nicht der KPD zuneigten. Nach wie vor kamen bei der NSDAP etwa 60 Mittelschichtwähler auf 40 Wähler aus Arbeiterhaushalten (Jürgen W. Falter). Manche Historiker sehen in ihr die erste moderne "Volkspartei" unter den Weimarer Klassen-, Interessen- und Konfessionsparteien; dafür fehlten ihr jedoch wichtige Merkmale wie innerparteiliche Demokratie und konstruktive politische Ziele. Sie blieb eine rechtsextreme "schichtenunspezifische Protestbewegung mit Mittelschichtenschwerpunkt" (Helga Grebing). Wie im Preußischen Landtag gab es jetzt auch im Reichstag eine "negative Mehrheit" der radikalen Flügelparteien. Gestützt auf seinen Wahlerfolg, widerrief Hitler seine Tolerierungszusage. Schleichers Angebot, die NSDAP an der Regierung Papen zu beteiligen, schlug er aus und verlangte für seine Partei am 13. August 1932 von Hindenburg "die Führung einer Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange". Der Reichspräsident erteilte ihm eine öffentliche Abfuhr: Er könne es nicht verantworten, "die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei". Da der Regierung ein Misstrauensvotum des neuen Reichstages bevorstand, Papen aber längere Zeit im Amt bleiben sollte, ermächtigte Hindenburg den Kanzler am 30. August 1932 zur Auflösung des

Parlamentes ohne fristgemäße Neuwahl. Vor einem derart schweren Verfassungsbruch schreckte Papen jedoch zurück. So sprach ihm der Reichstag in seiner ersten Arbeitssitzung mit 512 gegen 42 Stimmen das Misstrauen aus. Noch während der Abstimmung löste Papen durch eine bereits vorbereitete Order des Reichspräsidenten den Reichstag wieder auf. Hatte die Regierung Papen anfänglich die Brüning'sche Deflationspolitik noch verschärft (weitere Beschneidungen des Arbeitslosengeldes, der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung), so setzte sie bis zur Neuwahl noch einige kräftige wirtschaftspolitische Akzente. Im Juli gründete sie einen "Freiwilligen Arbeitsdienst", dem Ende 1932 bereits 250000 Arbeitslose angehörten. Am 4. September 1932 stellte sie 135 Millionen RM für staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereit. 700 Millionen RM sollten in Form von beleihbaren Steuergutscheinen in die Unternehmen fließen und der Finanzierung von Investitionen und Neueinstellungen dienen. Mit weiteren Steuergutscheinen im Umfang von 1,5 Milliarden RM sollten die Betriebe in den kommenden Jahren einen Teil ihrer Steuern und Zölle bezahlen können. Unternehmen, die Arbeitslose einstellten, durften die Tariflöhne teilweise um bis zu 20 Prozent unterschreiten. Die staatliche Zwangsschlichtung war bereits am 15. Juni 1932 abgeschafft worden. Insgesamt bedeuteten diese Maßnahmen (die zunächst eher zur Längerbeschäftigung von Kurzarbeitern als zu Neueinstellungen führten) den vorsichtigen Übergang zu einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Papens Programm fand große Zustimmung in der Industrie, während die geplanten Tarifunterschreitungen bei Gewerkschaften und Arbeitnehmern auf heftige Kritik stießen. Vom 3. bis 7. November kam es bei den Berliner Verkehrsbetrieben zu einem "wilden" Streik, der den gesamten öffentlichen Nahverkehr der Hauptstadt lahmlegte. Organisiert wurde er von Kommunisten und Nationalsozialisten (zum Teil gemeinsam!). Auseinandersetzungen mit der Polizei forderten drei Tote.



Aus dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 schöpften die Demokraten erstmals wieder Hoffnung. Zwar erzielte die KPD wiederum einen beträchtlichen Stimmenzuwachs auf Kosten der SPD und brachte es auf 100 Mandate; auch war die Lage der bürgerlichen Mittelparteien (mit Ausnahme des Zentrums) weiterhin desolat; aber im rechten Lager gab es eine beträchtliche Veränderung. Die "Papen-Parteien" DVP und DNVP verzeichneten leichte Gewinne, während die NSDAP erstmals seit 1928 Verluste hinnehmen musste: Sie verlor gut zwei Millionen Stimmen (4,2 Prozent) bzw. 34 Mandate. Die nationalsozialistische Welle hatte ihren Höhepunkt erreicht und begann wieder abzuflauen – so urteilte die seriöse Presse. In der Tat setzte sich der Abwärtstrend der NSDAP am 4. Dezember bei den Kommunalwahlen in Thüringen fort.



Wo lagen die Ursachen für die Stimmenverluste der NSDAP? Offenbar war ein Teil ihrer Wählerschaft mit Hitlers erfolgloser Alles-oder-nichts-Strategie und mit der punktuellen Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD unzufrieden. Darüber hinaus hatte Hitlers öffentliche Solidarisierung mit brutalen Mördern auf rechtsstaatlich gesinnte Bürger abstoßend gewirkt. Am 10. August 1932 hatten fünf angetrunkene SA-Leute im ober-schlesischen Dorf Potempa einen KPD-nahen Arbeitslosen brutal getötet. Als die Täter am 22. August zum Tode verurteilt wurden, schickte Hitler ihnen ein Telegramm: "Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht!" Papen, der als Reichskommissar in Preußen auch das Begnadigungsrecht ausübte, wandelte am 2. September das Todesurteil in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe um. Im März 1933 wurden die Täter auf freien Fuß gesetzt.

Rücktritt der Regierung Papen

Am 17. November 1932 trat die Regierung Papen zurück, blieb jedoch geschäftsführend im Amt. Ihre politische Lage war aussichtslos geworden. Auch der neue Reichstag würde ihr das Misstrauen aussprechen oder ihre Notverordnungen aufheben. Schließlich wurde im Kabinett ein "Kampfplan" erwogen: Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen, Ausschaltung der Parteien mit Hilfe von Polizei und Reichswehr, autoritärer Umbau der Verfassung und spätere Billigung dieser Maßnahmen durch eine Volksabstimmung oder eine Nationalversammlung. Hindenburg gefiel der Plan; er akzeptierte aber Schleichers Warnung vor einem Bürgerkrieg. Am 21./22. November bot er Hitler die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung an; der NSDAP-Führer forderte jedoch erneut die Präsidialkanzlerschaft, die ihm Hindenburg abermals verweigerte. In einem Brief an Staatssekretär Meißner vom 23. November 1932 skizzierte Hitler unverblümt seine politischen Absichten: "Es ist daher in der Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der [...] die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein aufgabenmäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz zu sichern. Die Aussicht auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird umso größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die [...] schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt." Am 2. Dezember entließ Hindenburg die Regierung mit großem Bedauern und ernannte Schleicher zum neuen Reichskanzler. Papen blieb aber ein enger Vertrauter des Reichspräsidenten.

Reichskanzlerschaft Schleichers

Schleicher behielt auch als Kanzler das Amt des Reichswehrministers und tauschte lediglich zwei Minister aus. Mit der Ernennung eines "Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung" setzte er jedoch einen arbeitnehmerfreundlichen Akzent. Dies veranlasste den Reichstag, der vorläufig keine erneute Auflösung befürchtete, auf ein sofortiges Misstrauensvotum zu verzichten. Vom 6. bis 9. Dezember 1932 beschloss er die Aufhebung der von Papen ermöglichten Tarifunterschreitungen sowie eine dem sozialen Frieden dienliche Amnestie für politische Straftaten, ausgenommen für Tötungsdelikte. Außerdem änderte er Artikel 51 WV dahingehend, dass künftig nicht der Reichskanzler, sondern der Präsident des Reichsgerichts den Reichspräsidenten vertrat. Starb der greise Hindenburg, so sollte Schleicher nicht die drei mächtigsten Staatsämter auf sich vereinen. Danach vertrat sich

das Parlament.

Scheiternde Bündnispläne

Mit seiner Regierungserklärung vom 15. Dezember 1932 sorgte Schleicher für eine Überraschung, indem er sich vom Kapitalismus ebenso distanzierte wie vom Sozialismus. Er sei der "überparteiliche Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten", ein "sozialer General". Er kenne nur ein Ziel: "Arbeit schaffen!" Senkungen der Arbeitseinkommen werde es nicht geben. Im Rahmen einer "Winterhilfe" sollten Fleisch und Kohle billiger werden (was einer Forderung der SPD entsprach). Mit "allen gutwilligen Kräften" im Parlament wolle er zusammenarbeiten. Der Drahtzieher der "Kamarilla" war offenbar zu der Einsicht gelangt, dass die bisherige Regierungsweise mit dem Artikel 48 WV in eine Sackgasse geführt hatte. Stabile autoritäre Verhältnisse hatten sich nicht eingestellt. Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Präsidialkabinette war bei den in immer kürzeren Abständen abgehaltenen Reichstagswahlen allein der NSDAP und der KPD – zuletzt sogar nur noch den Kommunisten – zugute gekommen. Deshalb warb Schleicher jetzt bei den Arbeitnehmerflügeln von SPD, Zentrum, DNVP und NSDAP um eine parlamentarische (Tolerierungs-)Basis in Form einer "Querfront". Dafür stellte er eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten in Aussicht. Hinsichtlich der Nationalsozialisten lief dieser Vorstoß auf eine Abspaltung ihres "linken" Flügels um den Reichsorganisationsleiter und "zweiten Mann" der NSDAP, Gregor Strasser, hinaus. Tatsächlich war Strasser dazu bereit, als Vizekanzler in die Regierung Schleicher einzutreten. Als Hitler jedoch – mit großer Mühe – die Mehrheit der Parteifunktionäre hinter sich brachte, musste Strasser am 8./9. Dezember 1932 von allen Ämtern zurücktreten. Auch bei den Gewerkschaften aller Richtungen hatte die "Querfront" Interesse geweckt. Aber die SPD, die Schleicher stark misstraute, brachte den ADGB Anfang Januar 1933 von einer Zusammenarbeit mit dem General ab. Dabei vertieften sich die bereits in der Frage der Arbeitsbeschaffungspolitik eingetretenen politischen Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften. Die Linke war jetzt gewissermaßen doppelt gespalten und demzufolge noch mehr geschwächt. Den großagrarischen Reichslandbund enttäuschte Schleicher, indem er nur die Milchwirtschaft förderte: Per Notverordnung vom 23. Dezember 1932 wurden die Hersteller von Margarine zur Beimischung von Butter gezwungen. Es folgten heftige Proteste: Kritisierten SPD und Gewerkschaften die absehbare Verteuerung des billigen pflanzlichen Grundnahrungsmittels, so bemängelten RDI und DVP die Bevorzugung der Landwirtschaft und fürchteten Lohnforderungen der Gewerkschaften. Allgemein begrüßt wurde dagegen ein außenpolitischer Fortschritt: Am 11. Dezember 1932 erkannten die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien Deutschlands militärische Gleichberechtigung im Grundsatz an – nach der Lösung des Reparationsproblems zeichnete sich eine weitere Teilrevision des Versailler Vertrages ab. Den breiten Protesten gegen seine Margarineverordnung zufolge musste Schleicher bei der nächsten Reichstagssitzung Anfang Januar mit einem Misstrauensvotum rechnen. Jetzt wollte er denselben verfassungswidrigen Weg beschreiten, den er Papen noch verbaut hatte. Unter strenger Geheimhaltung ließ Schleicher eine Serie von Notverordnungen für den "Staatsnotstand" vorbereiten: Reichstagsauflösung ohne Neuwahl; Verhängung des Ausnahmezustandes und Übertragung der vollziehenden Gewalt auf die Reichswehr im Falle eines Generalstreiks; Streikverbot für den öffentlichen Dienst sowie für lebenswichtige Betriebe unter Androhung harter Strafen; Unterdrückung der Gewerkschaften; Verstärkung des Katastrophenschutzverbandes "Technische Nothilfe", einer bewährten Streikbrecherorganisation. Dies alles lief auf eine befristete Militärdiktatur bis zum Abflauen der Wirtschaftskrise und des politischen Extremismus hinaus. Ob das die letzte Chance der Weimarer Republik war, Hitler zu vermeiden, ist unter Historikern umstritten und wegen der schillernden, politisch fragwürdigen Figur Schleicher zumindest zweifelhaft. Der Reichspräsident lehnte den Staatsnotstandsplan ab, denn er wollte keine Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen Amtsmissbrauchs riskieren. Auch eine Reichstagsauflösung mit verfassungsgemäßer Neuwahl (sie hätte der NSDAP – ohne den Kanzlerbonus – weitere Verluste beschert) genehmigte er nicht. Am 28. Januar 1933 blieb Schleicher nur noch der Rücktritt. Letztlich scheiterte er an den politischen Folgen des Präsidialregimes, das er selbst in hohem Maße mitzuverantworten hatte. Sein Nachfolger stand schon kurz vor der Ernennung: Adolf Hitler, der die "Querfront"-Strategen Schleicher und Strasser 1934 ermorden ließ.

Regierungsübertragung auf die NSDAP

"Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne", schrieb Joseph Goebbels am 25. Dezember 1932 in sein (1934 veröffentlichtes) Tagebuch, "man muss es in Scherben schlagen [...]. Die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten vollends verschwunden." Nach drei großen Anläufen – Reichspräsidentenwahl im April, Reichstagswahlen im Juli und November – stand die NSDAP wegen Hitlers Alles-oder-nichts-Politik noch immer vor den Toren der Macht. Ihr Massenanhang hatte abzubrockeln begonnen; die Parteikasse war leer. Schleichers Spaltungsversuch und Gregor Strassers Rücktritt hatten die NSDAP so schwer erschüttert, dass Hitler sich vorübergehend mit Selbstmordgedanken trug. Goebbels besaß also allen Grund zum Pessimismus. Nur fünf Wochen später jedoch, am 30. Januar 1933, notierte er begeistert: "Es ist fast wie ein Traum. Die Wilhelmstraße gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei." Diese erstaunliche Wendung lässt sich nur erklären, wenn man die Ziele und Aktivitäten derjenigen Teile der Eliten in Militär, Bürokratie und Wirtschaft in den Blick nimmt, die sich 1932/33 für Hitler einsetzten.

Befürworter Hitlers

Einzelne Schwerindustrielle wie Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat) und Fritz Thyssen (Vereinigte Stahlwerke) unterstützten bereits seit 1927 bzw. 1929 die NSDAP. Am 27. Januar 1932 hielt Hitler im Düsseldorfer Industrie-Club einen Vortrag, mit dem er die meisten anwesenden Wirtschaftsvertreter stark beeindruckte. Denn er verglich die auf das Privateigentum gegründete freie Unternehmerinitiative in der Wirtschaft mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip in der Politik und führte beide auf das Leistungsprinzip zurück. Den Zuhörern wurde klar, dass die "sozialistischen" Forderungen im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 (Gewinnbeteiligung der Arbeiter in

Großbetrieben, Bodenreform, Kommunalisierung der Warenhäuser) lediglich die Partei auch für Arbeiter und kleine Mittelständler wählbar machen sollten, während Hitler in Wirklichkeit nicht daran dachte, die Stellung der Unternehmer oder gar das Privateigentum an Produktionsmitteln anzutasten. Seither flossen der NSDAP auch von dieser Seite erhebliche Spenden zu. Hitler und seine Vertrauten Hermann Göring und Heinrich Himmler bemühten sich um gute Beziehungen zu Unternehmerkreisen, weil sie wussten, dass die NSDAP ohne Zustimmung zumindest eines Teils der Wirtschaft nicht an die Macht gelangen konnte. Ihre Kontakte führten im Juni 1932 zur Bildung zweier Arbeitsstäbe, in denen einige einflussreiche Bankiers, Industrielle und Großagrarien als wirtschaftspolitische Berater der NSDAP mitarbeiteten: Der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht leitete die nach ihm benannte "Arbeitsstelle Dr. Schacht", der Chemie-Industrielle Wilhelm Keppler den "Studienausschuss für Wirtschaftsfragen". Vor allem der "Keppler-Kreis" bildete im Herbst und Winter 1932 die "Keimzelle für wichtige Grundsatzentscheidungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, und zwar im Sinne der Großwirtschaft" (Dirk Stegmann). Als das Institut für Konjunkturforschung Ende Oktober erste Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung meldete und die NSDAP bei der Novemberwahl erhebliche Verluste erlitt, schien eine Regierung Hitler in weite Ferne zu rücken. Dies veranlasste 22 NSDAP-nahe Vertreter von Schwerindustrie, Großlandwirtschaft, Handel, Schifffahrt und Banken (darunter acht Mitglieder des Keppler-Kreises) am 19. November 1932 zu einer Eingabe an den Reichspräsidenten. Darin forderten sie, endlich "dem Führer der größten nationalen Gruppe" die "Leitung eines mit den besten sachlichen und personellen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts" zu übertragen. Die Eingabe blieb jedoch erfolglos. Im Dezember 1932 alarmierte Schleichers "Querfront"-Politik vollends diejenigen nationalkonservativen Kreise in Wirtschaft, Militär und Bürokratie, die glaubten, ihre antidemokratisch-monarchistischen Ziele nur noch mit Hilfe der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen zu können. Schleicher wirkte auf sie wie ein verkappter "Sozialist in Generalsuniform" (Eberhard Kolb). Dass Hitler keine Monarchie, sondern einen "Führerstaat" anstrebte, und dass auch er sozialpolitische Interessen der Arbeitnehmer nicht gänzlich ignorieren konnte, nahmen sie in Kauf. Sie glaubten, die NSDAP so "einrahmen" und "zähmen" zu können, dass sie im Sinne ihrer konservativen Bündnispartner regieren und sich selbst dabei politisch "abnutzen" musste.

Bündnis zwischen Papen und Hitler

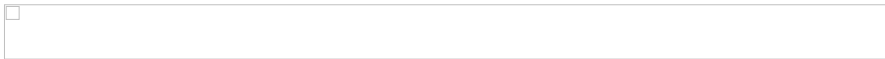
Hitlers Fürsprecher besaßen keinen direkten Zugang zum Reichspräsidenten. Dieses Problem lösten sie mit Hilfe Papens, der als einziger in der Lage war, Hindenburgs Misstrauen gegenüber Hitler zu zerstreuen. Trotz seiner schlechten Erfahrungen mit dem NSDAP-Führer wechselte Papen nach dem Ende seiner Kanzlerschaft in das Lager der Hitler-Befürworter, weil er darin eine Chance sah, in die Regierung zurückzukehren. Umgekehrt überwand Hitler jetzt seine Abneigung gegen Papen, da er erkannte, dass sich die NSDAP in einer desolaten Lage befand und er taktische Kompromisse machen musste, wenn er noch an die Macht gelangen wollte. Mitte Dezember 1932 bot der Kölner Bankier Kurt Freiherr von Schröder, Mitglied des "Keppler-Kreises" und der "Arbeitsstelle Dr. Schacht", Papen die Vermittlung eines Gesprächs mit Hitler an. Am 4. Januar 1933 trafen sich Papen und Hitler in Schröders Privathaus zu einer Unterredung, die als "Geburtsstunde des Dritten Reiches" (Karl Dietrich Bracher) gelten kann. Denn wie Schröder 1947 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess eidesstattlich erklärte, erzielten der NSDAP-Führer und der Hindenburg-Vertraute "ein prinzipielles Abkommen" über Personal und Politik einer Regierung Hitler-Papen-Hugenberg (letzterer musste dafür erst noch gewonnen werden), die möglichst schnell das Kabinett Schleicher ablösen sollte. Als Reichskanzler wollte Hitler unter anderem für "die Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen" und für die "Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben" sorgen. Papen sollte Vizekanzler werden. Einzelheiten sollten in weiteren Besprechungen geklärt werden. Folgt man Schröder, so zielten zu diesem Zeitpunkt die "allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft" auf einen "starken Führer", der dauerhaft regieren, ihnen die "Angst vor dem Bolschewismus" nehmen und eine "beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland" schaffen sollte. Auch seien von ihm umfangreiche Staatsaufträge erwartet worden. Demgegenüber hat die neuere historische Forschung ergeben, dass Ende 1932/Anfang 1933 keineswegs die gesamte Wirtschaft hinter Hitler stand. Während sich große Teile der besonders krisengeschüttelten Schwerindustrie an Rhein und Ruhr (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung) der NSDAP zuwandten, stimmten die übrigen Industrien (Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik, Chemie, Pharmazie und andere) weitgehend der Politik des Reichskanzlers Papen zu. Auch die Banken nahmen keine einheitliche Haltung ein. Hitlers Ernennung zum Regierungschef erfolgte also "bei gespaltener Industriefront" (Reinhard Neebe).

Sondierungsgespräche

Am 9. Januar 1933 erteilte Hindenburg (hinter dem Rücken des Kanzlers Schleicher) Papen die Genehmigung, Verhandlungen über eine von ihm geführte Regierung unter Beteiligung der NSDAP aufzunehmen. In diversen Sondierungsgesprächen, unter Mitwirkung einiger Industrieller, kam es in dem machtsstrategischen Dreieck NSDAP – Papen/Hindenburg/"Kamarilla" – DNVP/Stahlhelm schrittweise zu einer politischen Verständigung. Gleichzeitig wandten sich immer mehr Personen, die Hindenburg persönlich schätzte – darunter der ehemalige Kronprinz Wilhelm, Gutsnachbar Oldenburg-Januschau und der alte Regimentskamerad General Werner von Blomberg – an den Reichspräsidenten und empfahlen ihm die Bildung einer von Hitler geführten Regierung aus Stahlhelm, DNVP und NSDAP. Strittig zwischen NSDAP und DNVP blieb Hitlers Forderung nach einem nationalsozialistischen Reichskommissar im preußischen Innenministerium (um die preußische Polizei zu kontrollieren) und nach Reichstagsneuwahlen im Anschluss an die Regierungsbildung (um mit dem Kanzlerbonus eine Mehrheit für das geplante "Ermächtigungsgesetz" zu erhalten). Währenddessen wurde Schleichers politische Stellung immer schwächer: Da er im Osten ähnliche Siedlungspläne wie Brüning hegte, geriet er in Konflikt mit Hindenburg und verlor die parlamentarische Unterstützung der DNVP; am 28. Januar musste er zurücktreten. Der Reichspräsident erwog jetzt ernsthaft eine Kanzlerschaft Hitlers; seine Bedingung, Blomberg müsse Reichswehrminister werden, war dem NSDAP-Führer nur recht, denn der General stand (ohne Hindenburgs Wissen) schon seit längerem den Nationalsozialisten nahe.

Hitler wird Reichskanzler

Am Vormittag des 29. Januar 1933 einigten sich Hitler, Göring und Papen darauf, dass Papen Reichskommissar für Preußen, Göring kommissarischer preußischer Innenminister werden sollte. Der frühere thüringische NSDAP-Minister Wilhelm Frick war als Reichsinnenminister vorgesehen. Am Nachmittag sprach Papen mit Hugenberg und den Stahlhelm-Führern Seldte und Duesterberg. Hugenberg war noch immer gegen Neuwahlen; aber das Angebot Hindenburgs, Doppelminister für Wirtschaft und Landwirtschaft im Reich und in Preußen zu werden, fand er verlockend. Seldte wünschte sich das Arbeitsministerium; Duesterberg blieb distanziert. Nachdem auch mehrere Mitglieder des Schleicher-Kabinetts ihre Mitarbeit angeboten hatten, war die Ministerliste fast komplett. Zwei Ereignisse beschleunigten die Entwicklung. Zum einen wünschte Hindenburg eine rasche Regierungsbeteiligung der Zentrumsparlei, damit diese nicht länger im Haushaltsausschuss die Untersuchung des peinlichen "Osthilfe-Skandals" forcierte. Ostelbische Gutsbesitzer, darunter Hindenburgs Freund Oldenburg-Januschau, hatten offenbar mehr wirtschaftliche Subventionen erhalten, als ihnen zustanden, und diese zum Teil für private Zwecke ausgegeben. Mit der Zusage, den Eintritt des Zentrums in eine parlamentarische Mehrheitsregierung Hitler-Papen-Hugenberg (ohne den Artikel 48 WV) anzustreben, kam Papen Hindenburgs Vorstellungen entgegen und zerstreute zugleich dessen letzte Bedenken gegen Hitlers Kanzlerschaft. Für die Zentrumsparlei wurde das Justizressort offen gehalten. Zum anderen führten am Abend des 29. Januar 1933 verbreitete Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch Schleichers dazu, dass der am nächsten Morgen in Berlin eintreffende designierte Reichswehrminister Blomberg sofort zu Hindenburg gebracht und noch vor dem Reichskanzler vereidigt wurde – ein verfassungswidriger Vorgang. Die künftigen Regierungsmitglieder waren um 10.45 Uhr zum Reichspräsidenten bestellt. Noch immer wehrte sich Hugenberg gegen eine Reichstagsauflösung. Papen verwies eindringlich auf den (angeblich) drohenden Militärputsch; Hitler versprach, auch nach Neuwahlen keinen Minister zu entlassen. Hugenberg blieb bei seinem Nein, ging aber doch mit den anderen mit, als Meißner drängte, man könne den Reichspräsidenten nicht länger warten lassen. Um 11 Uhr leisteten Hitler, Göring und Frick, Papen, Hugenberg, Seldte und weitere vier (parteilose) konservative Minister den Amtseid auf die Weimarer Verfassung.

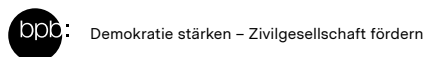


Am "Tag von Potsdam" verliest der neue Reichskanzler Adolf Hitler die Reichstagsbotschaft. (© AP)

Oberflächlich betrachtet waren die drei Nationalsozialisten in der Regierung tatsächlich "eingerahmt": durch den Reichspräsidenten, Vertreter des Stahlhelm (Seldte), der DNVP (Hugenberg) und durch die parteilosen Fachminister. Aber die NSDAP besaß strategisch wichtige Schlüsselstellungen: Reichskanzler Hitler leitete die Kabinettsitzungen und bestimmte die "Richtlinien der Politik" (Art. 56 WV), Innenminister Frick war unter anderem für die Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen bzw. Notverordnungen zur inneren Sicherheit (zum Beispiel Zeitungs-, Versammlungs- und Parteienverbote) zuständig. Dem Minister ohne Geschäftsbereich Göring unterstand als Reichskommissar das preußische Innenministerium – und demzufolge die größte deutsche Landespolizei. Hinzu kam die NSDAP-Nähe des Reichswehrministers von Blomberg. Es zeugt daher von einem beträchtlichen Realitätsverlust, wenn Papen gegenüber einem konservativen Kritiker äußerte: "Was wollen Sie denn? Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler so in die Ecke gedrückt, dass er quietscht." Tatsächlich konnte die NSDAP ihre "Einrahmung" schon am nächsten Tag durchlöchern, als Reichskanzler Hitler die ihm auferlegten Verhandlungen mit dem Zentrumsführer Kaas mit seiner unannehmbaren Forderung nach einer einjährigen Vertagung des Reichstages absichtlich zum Scheitern brachte. Danach bat er Hindenburg um Auflösung des Parlamentes, da er mit dem gegenwärtigen Reichstag nicht regieren könne. Der Präsident möge sich keine Sorgen machen – diese Neuwahlen, so versprach er doppeldeutig, würden "die letzten" sein. Hindenburg stimmte zu und erteilte am 1. Februar 1933 die Auflösungsorder.

Ohnmacht der Hitler-Gegner

Die Gegner der NSDAP waren über Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bestürzt, aber eine gemeinsame Aktion brachten sie nicht zustande. Die KPD rief zum Generalstreik auf und schlug der SPD die Bildung einer "Einheitsfront" vor. Doch die Sozialdemokraten sahen auch jetzt keine Basis für eine Zusammenarbeit – frühere kommunistische Einheitsfrontangebote hatten stets das erklärte Ziel verfolgt, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer "sozialfaschistischen" Führung zu trennen; auch kämpfte die KPD nach wie vor für ein "Sowjetdeutschland". Die SPD beschränkte sich darauf, ihre Mitglieder und Anhänger zur Bewahrung von "Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin und Einigkeit" aufzurufen und die neue Regierung vor Verfassungsbrüchen zu warnen. Für die Gewerkschaften kam ein Generalstreik so wenig infrage wie im Juli 1932. Von der Zentrumsparlei, die ja Koalitionen mit der NSDAP durchaus wünschte, war Widerstand nicht zu erwarten. Die bürgerlich-liberalen Parteien spielten aufgrund ihrer Schwäche kaum noch eine Rolle. Vor allem zahlte sich jetzt Hitlers Legalitätstaktik aus. Die NSDAP hatte die politische Macht nicht erobert, sondern sie war ihr, scheinbar verfassungskonform, in die Hände gelegt worden. Stattgefunden hatte keine "Machtergreifung", wie die NS-Propaganda später prahlte, sondern eine begrenzte Machtübertragung, nämlich die Beauftragung Hitlers mit der Führung einer parlamentarischen Regierung. Wenn es der NSDAP gelang, binnen eineinhalb Jahren ihre Gegner auszuschalten, ihre Koalitionspartner abzuschütteln und einen diktatorischen "Führerstaat" zu errichten, so vor allem deshalb, weil sie – im Sinne der Lehren des "Preußenschlages" – diesen Prozess als eine "legale Revolution" inszenierte: nämlich als "tiefgreifende Änderung aller Dinge", die aber "im Rahmen von Recht und Verfassung" erfolgte – freilich kombiniert mit kaum verhülltem Terror. Das hat "jeden Widerstand rechtlicher, politischer oder auch geistiger Art so schwierig, ja – wie viele meinen – praktisch fast unmöglich gemacht" (Karl Dietrich Bracher). Denn wer die Entwicklung zur Diktatur aufhalten wollte, musste sich in die Illegalität begeben – das schreckte ab. Als aber das "Dritte Reich" errichtet war und die Unmenschlichkeit seiner Herrschaftsziele und -methoden alles Dagewesene in den Schatten stellte, war es für einen breiten, erfolgreichen Widerstand zu spät.



[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



≡ Zweiter Weltkrieg

Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit

Dr. habil. Jörg Echternkamp 

30.04.2015 / 7 Minuten zu lesen



Bis zum Herbst 1944 blieb das Niveau der Versorgung der Menschen im Dritten Reich hoch. Dies erreichte das NS-Regime aber nur durch die menschenverachtende Ausbeutung von Arbeitskräften: zwölf Millionen Menschen aus fast ganz Europa mussten Zwangsarbeit leisten, etwa zweieinhalb Millionen kamen dabei zwischen 1939 und 1945 im Reich ums Leben, vor allem sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.



Zwangsarbeiterinnen des Daimler-Werkes im weißrussischen Minsk im September 1942. (© Mercedes-Benz Classic, Archive, Stuttgart)

Als das NS-Regime den Krieg vom Zaun brach, war es auf eine Kriegswirtschaft eingestellt. Mit seiner Denkschrift zum Vierjahresplan hatte Hitler bereits 1936 die Weichen gestellt. Im Gegensatz zum Kriegsbeginn 1914 führte der Übergang zu einer Wirtschaftsordnung, in der die eigene Volkswirtschaft und die der eroberten Gebiete auf die Kriegführung optimal abgestimmt wird, 1939 nicht zu einer Krise. Um innere Unruhen zu vermeiden, nahm das NS-Regime soweit es ging Rücksicht auf den Lebensstandard der "Volksgenossen" im Kriegsalltag.

Versorgung und Finanzierung

Damit alle ähnliche Konsummöglichkeiten hatten, lenkte das Regime den Markt für Verbrauchsgüter: Ab dem 1. September 1939 waren Fleisch, Fett, Butter, Käse, Vollmilch, Zucker und Marmelade nur noch auf Lebensmittelkarten erhältlich. Zwei Wochen später wurden auch Brot und Eier rationiert. Die militärische Expansion sorgte dann dafür, dass die Versorgung der "Volksgemeinschaft" bis 1944 dauerhaft gesichert war. Dass sich die Wehrmacht in der eroberten Sowjetunion weitgehend "aus dem Lande" ernährte, das heißt die dort produzierten Lebensmittel an die Besatzungstruppen abgegeben oder ins Deutsche Reich geliefert werden mussten, wirkte sich für die Deutschen ebenfalls günstig aus. Auch wenn von schwerwiegenden Problemen keine Rede sein konnte, verschlechterte sich die Versorgung mit Konsumgütern vorübergehend im April 1942, als die Rationen für Brot, Fleisch und Fett sowie ab Juni auch für Kartoffeln erstmals deutlich gekürzt wurden. Mit dem Vormarsch in Russland verbesserte sich die Situation dann jedoch wieder.

Dagegen war die Rohstoffversorgung auf den Import angewiesen. Weil die Deutschen ab April 1940 zu "Metallspenden" für die Rüstungsbetriebe aufgerufen wurden, sammelten Angehörige der Hitler-Jugend oder der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) immer wieder Alt- und Rohstoffe. Die Versorgungslage besserte sich durch den steigenden Import aus den südosteuropäischen Ländern nach Kriegsbeginn. Hinzu kam die Einfuhr von Futtergetreide, Hülsenfrüchten, Erdöl, Baumwolle und Erzen aus der UdSSR im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes. Insbesondere die Erweiterung des Wirtschaftsraums sicherte nun die (eigene) Versorgung mit Eisenerz unter anderem aus Schweden, Norwegen und Frankreich. Bezahlt wurden die westeuropäischen Lieferanten durch die jeweiligen staatlichen Kreditinstitute; abgerechnet werden sollte erst nach Kriegsende.



Bekanntmachung eines Todesurteils wegen "Plünderung" in Leipzig vom 13. Dezember 1943. (© Deutsches Historisches Museum)

Die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) vom 4. September 1939 sah einen Zuschlag auf Bier, Tabakwaren und Branntweinerzeugnisse vor. Sie setzte zudem für Kriegswirtschaftsverbrechen drakonische Strafen fest. Mit der Todesstrafe musste im schlimmsten Fall rechnen, wer lebenswichtige Güter vernichtete, beiseite schaffte oder zurückhielt. Kostendeckend war all das nicht. Der Krieg wurde daher erneut durch Staatsverschuldung finanziert, bis die Finanzpolitik im Sommer 1944 zusammenbrach. Die Verschuldung verzehnfachte sich: von 33 Mrd. RM am 1. September 1939 auf 393 Mrd. RM Anfang 1944. Weil die Kaufkraft der privaten Haushalte relativ stabil blieb, das Warenangebot aber immer weiter abnahm, verlor die Reichsmark drastisch an

Wert. Die Folge war eine Inflation, die erst nach dem Krieg durch die Währungsreform 1948 aufgefangen werden konnte.

Produktivität durch Planung?

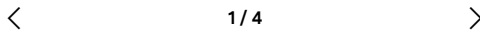
Das NS-Regime versuchte, die Produktion zu steuern. Im Februar 1942, nach dem Unfalltod des Vorgängers Todt, beauftragte Hitler damit Albert Speer. Der junge Architekt erweiterte den Zuständigkeitsbereich des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, wie es ab September 1943 hieß. Die "Zentrale Planung", ein gesamtwirtschaftlicher Planungsausschuss unter Hans Kehrl (1900-1984), steuerte binnen Kurzem die Verteilung von Rohstoffen, Kohle und Energie, Arbeitskräften und Transportkapazitäten. Tatsächlich stieg zwischen Anfang 1942 und Juli 1944 der Rüstungsindex von 100 auf 322. Auf dem Gipfel der Produktivität im Juli 1944 wurden fünfmal so viele Panzer hergestellt wie zweieinhalb Jahre zuvor. Und das, obwohl der alliierte Bombenkrieg zur selben Zeit am intensivsten war.

→ Grafiken: "Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit"

Grafiken: "Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit"

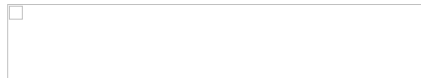
(bpb) Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Das "Ministerium Speer".



Sollte man deshalb von einem "Rüstungswunder" sprechen? Wirtschaftshistoriker weisen diesen Mythos von Speers Einfluss auf die Rüstung zurück. Das vermeintliche Wunder, das die NS-Propaganda im Zeichen des

"totalen Krieges" feierte, ereignete sich nicht von heute auf morgen. Es resultierte vielmehr aus einer längerfristigen Entwicklung. Schaut man nämlich genauer hin, wurden die Speer zugeschriebenen Rationalisierungsmaßnahmen deutlich früher oder später getroffen, oder sie verpufften. Zugespißt formuliert: Auch ohne Speer wäre es zu einem Anstieg der Produktivität gekommen. Er zeigt freilich auch, wie wenig das Potenzial des Reiches und der besetzten Gebiete bis dahin genutzt worden waren.



Auf einer Großveranstaltung im Berliner Sportpalast rief Joseph Goebbels am 18. Februar 1943, nach der Niederlage in Stalingrad, den "Totalen Krieg" aus. Auf dem Höhepunkt der Rede zitierte er den Dichter Theodor Körner, der Befreiungskrieg gegen Napoleon gefallen war: "Nun, Volk, steh auf und Sturm brich los!". Goebbels appellierte mit diesen Worten an die "Volksgenossen", sich mit aller Kraft für den Kampf gegen den Feind einzusetzen. Vor dem Hintergrund einer Industrieanlage, die ungebrochene Wirtschaftskraft signalisiert, vereinen sich Arbeiter und Soldat, Heimat und Front, zu einer Volksgemeinschaft im "totalen Krieg". NS-Propagandabroschüre zum "Totalen Krieg", herausgegeben von der Reichspropagandaleitung der NSDAP im Jahr 1943. (© Deutsches Historisches Museum)

Zwangsarbeit – Grundlage der Kriegswirtschaft

Sicher ist: Das bis zum Herbst 1944 hohe Niveau der Versorgung im Dritten Reich setzte die menschenverachtende Ausbeutung von Arbeitskräften voraus. Der Krieg hätte nicht so lange geführt werden können ohne die zwölf Millionen Menschen aus fast ganz Europa, die für das Dritte Reich Zwangsarbeit geleistet haben: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Häftlinge aus Gestapo- und "Arbeitserziehungslagern", Juden, Sinti und Roma. Allein im Sommer 1944 gab es 7,6 Mio. ausländische Arbeitskräfte, darunter mehr als 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Mio. zivile Arbeiterinnen und Arbeiter, zumeist aus Polen und der Sowjetunion. Etwa zweieinhalb Millionen dieser "Zwangsarbeiter" (wie die erst später gängige Bezeichnung lautet) sind zwischen 1939 und 1945 im Reich ums Leben gekommen, vor allem sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Im Verlauf des Krieges nahm die Zwangsarbeit zu; ab 1941/42 wurden die Bedingungen immer radikaler. Vertreter deutscher Unternehmen hielten in den besetzten Gebieten, vor allem in Polen und der UdSSR, Ausschau nach geeigneten Betrieben, die sie sich einverleiben konnten, bauten eigene Filialen auf und beuteten Einheimische als billige Arbeitskräfte aus. In Minsk zum Beispiel betrieb die Daimler-Benz AG ein Reparaturunternehmen für Wehrmacht-Kraftfahrzeuge. Mit 5000 Beschäftigten, darunter Kriegsgefangene, Einheimische und Menschen, die aus Weißrussland verschleppt worden waren, galt die mit Unterstützung der Organisation Todt (OT) errichtete Firma als eine der größten Osteuropas.

Millionen Menschen wurden von den deutschen Besatzern, teils mit Hilfe von Kollaborateuren, zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt. Die meisten stammten aus Polen, der UdSSR und Frankreich. Firmen, die billige Arbeitskräfte benötigten, meldeten ihren Bedarf bei den Arbeitsämtern an. Zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" (GBA) ernannte Hitler im März 1942 den Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel. Er gab der Arbeitsverwaltung und der Besatzungsverwaltung die jeweiligen Quoten vor. Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren für die Zwangsarbeit zunächst nicht infrage gekommen. Nach der NS-Ideologie schien die Vorstellung geradezu absurd, die „rassisch minderwertigen slawischen Untermenschen“ aus Ost- und Südosteuropa ins Kernland der deutschen Volksgemeinschaft zu bringen und deren "Reinheit" und Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Erst Ende 1941 wurde das Verbot aus schierer wirtschaftlicher Notwendigkeit aufgehoben.



Quellentext

Bericht der Gestapo über die "Stimmung" in der polnischen Bevölkerung vom 18. Juli 1941

Die "Fremdarbeiter" arbeiteten in der Landwirtschaft, in Bauunternehmen, im Bergbau, in Rüstungsbetrieben, im Handwerk und in Privathaushalten. In der Landwirtschaft lebten die Zwangsarbeiter – vor allem polnische und sowjetische Zivilarbeiter/innen und französische Kriegsgefangene – auf den Höfen in engem Kontakt zu den Bauern. Ausländer machten ab 1943 über die Hälfte der Arbeitskräfte auf dem Lande aus. Besonders hart war die Arbeit in der Bauwirtschaft, wo Baufirmen Bunker errichteten oder für Rüstungsfabriken arbeiteten. Ein Drittel der Beschäftigten bestand 1944 aus Zwangsarbeitern. 12.000 schufteten allein in Thüringen bei der Errichtung eines unterirdischen Flugzeugwerkes.



Quellentext

Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44

Im Reich entwickelte sich schon bald eine Stufenordnung der Ausländer nach rasseideologischen Kriterien. Ganz oben – unterhalb der deutschen "Herrenmenschen" – standen die Nord- und Westeuropäer, weiter unten die Polen und sowjetische Arbeitskräfte (die "Ostarbeiter"), am Ende "Zigeuner" und Juden. Der einzelne Volksgenosse hatte durchaus einen Handlungsspielraum im Umgang mit Zwangsarbeitern. Das Propagandaplakat etwa, das die Deutschen aufforderte, mit den Fremden nicht am selben Tisch zu speisen, zeigte sowohl den rigiden Ausgrenzungswillen als auch den offenkundigen Regelungsbedarf. Die Bandbreite möglichen Handelns reichte von aktiver Beteiligung an Verbrechen bis zur offenen Auflehnung.

Zwangsarbeit stand nur auf den ersten Blick in der Tradition des späten 19. Jahrhunderts, ausländische Saisonarbeiter anzuwerben. Sie war auch nicht bloß eine Folge- oder gar Randerscheinung des Krieges, sondern nachgerade ein Element der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Zwangsarbeit ließ die nach völkischem Ordnungsdenken formierte Gesellschaft erahnen, in der die arische Herrenrasse auf Millionen entrechteter Sklavenarbeiter zurückgreift. Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen prägten den Kriegsalltag der Deutschen und waren spätestens ab 1942 nicht zu übersehen, weder im Reich noch in den besetzten Gebieten. Die Demütigung, Ausbeutung und "Vernichtung" rechtloser Menschen durch aufgezwungene Arbeit war ein öffentliches Verbrechen.

Weiterführende Literatur:

- Alltag Zwangsarbeit 1938-1945. Hg. Stiftung Topographie des Terrors /Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide. Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide, Berlin 2013.
- Ralf Ahrens, Norbert Frei, Jörg Osterloh, Tim Schanetzky (Hrsg.), Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.
- Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2007.
- Ralf Banken, Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors und die Degussa AG 1933-1945, Berlin 2009.
- Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006.
- Neil Gregor, Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997.
- Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der deutschen Arbeiterfront 1933-1945. Göttingen 2012.
- Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, 2. Aufl. München 2005.
- Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin 1985.

- Ludolf Herbst, Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004.
- Andreas Heusler, Mark Spoerer und Helmuth Trischler (Hrsg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im "Dritten Reich", München 2010.
- Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau und Jens-Christian Wagner (Hrsg.), „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ (Ausstellungskatalog), Essen 2012.
- Stephan H. Lindner, Hoechst. Ein I.G. Farbenwerk im Dritten Reich. München 2005
- Rolf-Dieter Müller, Der Manager der Kriegswirtschaft. Hans Kehrl – Ein Unternehmer in der Politik des Dritten Reichs, Essen 1999.
- Richard Overy, War and Economy in the Third Reich, Oxford 1995.
- Hans-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter. Essen 2010.
- Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart 2001.
- [Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Wanderausstellung "Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg".](#)
- [H.-U. Thamer, Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz.](#)
- Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus Siedler, München 2007.

Links

➤ www.dz-ns-zwangsarbeit.de

➤ www.alltag-zwangsarbeit.de



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)" veröffentlicht.
 Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.
[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)

[< Vorheriger Inhalt](#)

[Nächster Inhalt >](#)

Kriegsideologie, Propaganda und Massenkultur ☆

Die Wehrmacht: Struktur, Entwicklung, Einsatz ☆



[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



☰ Nationalsozialismus

Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz

Hans-Ulrich Thamer ⓘ
06.04.2005 / 29 Minuten zu lesen



Massive Rüstungswirtschaft und vorgeschriebene Arbeitsdienste senkten die Zahl der Erwerbslosen von sechs auf knapp eine Million 1937. Die "totale" Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft durch Wirtschaftslenkung und Zwangsorganisation der Arbeiter und Angestellten diente noch einem anderen Zweck: Sie schuf die Voraussetzungen für den geplanten Krieg.



Hitlerjugendliche bei einer Kundgebung im Jahr 1935. (© AP)

Zu den Inhalten springen

- ↓ Einleitung
- ↓ **Krisenüberwindung und Aufrüstung**
- ↓ Wirtschaftslenkung
- ↓ Scheitern der Autarkiepolitik
- ↓ Arbeiter- und Volksgemeinschaft
- ↓ Deutsche Arbeitsfront
- ↓ Führerprinzip im Betrieb
- ↓ Lebensstandard
- ↓ Landwirtschaft
- ↓ Mittelstand
- ↓ Rolle der Frauen

Einleitung

Auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik diente der Mobilisierung und Kontrolle der Gesellschaft. Es galt, die gesellschaftlichen Interessen und Organisationen nach ihrer Gleichschaltung neu zu formieren. Zugleich waren die Konsum- und Lebensansprüche der Bevölkerung zu befriedigen, von deren Erfüllung die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda abhing. Neben der Stabilitätssicherung der Diktatur sollte die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen mit der Rüstungspolitik der Aufstellung und Ausrüstung einer kriegsfähigen Wehrmacht bzw. der Kriegsvorbereitung dienen. Butter und Kanonen sollten darum gleichzeitig produziert werden. Aus dieser Doppelaufgabe entwickelte sich mehr und mehr ein Zielkonflikt. Denn die nationalsozialistische Führung trieb die Aufrüstung weit über das Leistungsvermögen von Wirtschaft und Gesellschaft hinaus. Das führte immer wieder zu Engpässen und Widersprüchen, auf die das Regime nicht etwa mit einer Drosselung des Rüstungstempos, sondern mit dem Ausbau des staatlichen Lenkungssystems reagierte. Mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Prioritäten auf die Rüstungsproduktion wurden die

industriewirtschaftlichen Strukturen wie die Lohn- und Beschäftigungssituation verzerrt und die Marktmechanismen zunehmend außer Kraft gesetzt.

Das macht Aussagen über Produktion und Gewinne sowie über Arbeit und Lohn in besonderer Weise branchenabhängig und verbietet Verallgemeinerungen. Zugleich tat sich eine Kluft zwischen den Verheißungen der Propaganda und der sozial-ökonomischen Wirklichkeit auf. Die nationalsozialistischen Ideologen hatten zum Kampf gegen die Herrschaft der Großindustrie und der Großbanken, der Warenhäuser und der großen Gewerkschaften aufgerufen; für die Sicherheit der Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden und Bauern wollten der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand und der Agrarpolitische Apparat der NSDAP eintreten. Doch bis zum Kriegsbeginn stieg der Anteil der Industrie am Sozialprodukt kontinuierlich, die Zahl der selbständigen Handwerker ging hingegen zurück und auch die Frauenerwerbstätigkeit nahm zu. Ebenso ging der Anteil der Landbevölkerung zurück; die Städte wurden nicht kleiner, sondern größer. Es gab kaum eine Großstadt, die nicht Erweiterungs- und Urbanisierungsprogramme entwickelte. Die säkularen Entwicklungslinien von Wirtschaft und Gesellschaft waren nicht gestoppt, sondern hatten sich beschleunigt.

Krisenüberwindung und Aufrüstung

Hitler hatte seinen Wählerinnen und Wählern Arbeit und Brot versprochen und sehr wohl gewußt, wie wichtig ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik für die Etablierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sein würde. Tatsächlich gelang es innerhalb von vier Jahren, die Arbeitslosigkeit fast vollständig zu beseitigen. Betrug die Zahl der Arbeitslosen im Januar – auch saisonbedingt – die Rekordziffer von sechs Millionen, so zeigte die Statistik im Jahresdurchschnitt 1933 noch 4,8 Millionen Erwerbslose, 1934 nur noch 2,7 Millionen, 1936 dann nur noch 1,6 Millionen, und 1937 schließlich lag ihre Zahl unter einer Million. In einigen Erwerbsbereichen gab es 1935 bereits einen Mangel an Facharbeitern.

Der Gewinn an Zustimmung und Legitimation, den Hitler aus dieser Entwicklung von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung ziehen konnte, sollte nicht unterschätzt werden. Er verdeckte in der zeitgenössischen öffentlichen Wahrnehmung auch eine Reihe von Unzuträglichkeiten wie eine sehr ungleichmäßige Lohnentwicklung und häufige Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die Tatsache, daß Wirtschaft und Arbeitsmärkte der übrigen Industrienationen sich längst nicht so schnell von der schweren Depression (vgl. auch Informationen zur politischen Bildung Nr. 261, "Weimarer Republik", S. 48 ff.) erholten, wurde vom Regime zusätzlich als Erfolg nationalsozialistischer Sozialpolitik reklamiert.

Tatsächlich hat ein ganzes Bündel von Maßnahmen das nationalsozialistische "Wirtschaftswunder" herbeigeführt. Daran hatten die eigentlichen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorkehrungen den geringeren, die rüstungswirtschaftlichen den größeren Anteil. Die Nationalsozialisten hatten bei ihrem Machtantritt ein Erbe vorgefunden, das neben den katastrophalen Rekordziffern von Arbeitslosen auch positive Ansätze erkennen ließ: Die Konjunktur hatte die Talsohle bereits durchschritten und Aufwärtstendenzen waren erkennbar. Die Krise hatte durchaus reinigende und einem Aufschwung förderliche Tendenzen mit sich gebracht, von denen nun die Nationalsozialisten profitieren konnten: Die Produktionskosten hatten sich beispielsweise erheblich verringert, weil vor allem die Löhne in der großen Krise dramatisch gesunken waren. Staatsinterventionistische Maßnahmen im Bereich der Preis- und Beschäftigungspolitik waren schon sehr weit vorgeprägt, genauso wie einige konjunkturpolitische Programme und Instrumente, die in Abkehr von der klassischen liberalen Wirtschaftstheorie auch um den Preis einer zunehmenden Staatsverschuldung auf eine erhöhte Staatsintervention zur Belebung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen setzten.

Diese antizyklische Politik, die von John Maynard Keynes (1883–1946) wirtschaftswissenschaftlich begründet wurde, hatte als Forderung nach einem staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm schon 1932 in das "Sofortprogramm der NSDAP" Eingang gefunden und wurde nun nach der Machtübernahme im September 1933 weitergeführt. Weil die wirtschaftlichen Auftriebstendenzen sich schon ankündigten, gab es unter Fachleuten starke Zweifel, ob noch zusätzliche staatliche Programme notwendig wären. Das Regime setzte jedoch andere politische Prioritäten. Die Beschäftigungspolitik sollte nicht länger primär wirtschaftspolitischen Zwecken dienen, sondern, so Hitler bereits am 8. Februar 1933 im Kabinett, unter dem "Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes" behandelt werden. Wollte man diese Funktionsverlagerung rasch verwirklichen, dann mußte jedoch sehr bald die kleine 100.000 Mann starke Reichswehr ausgeweitet werden. Noch gab es jedoch Begrenzungen durch die internationale Vertrags- und Machtsituation, die im Interesse der Absicherung der Machtergreifung im Innern vorerst nicht in Frage gestellt werden konnten. Daher wirkte das Bündel an konjunkturfördernden Maßnahmen zunächst in fast allen Wirtschaftssektoren, und die ersten Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs 1933/34 hatten äußerlich einen zivilen Charakter. Zu nennen sind folgende Maßnahmen, die den Aufschwung begünstigten:

- staatliche Investitionen bei Reichsbahn, Reichspost und beim Autobahnbau,
- Steuererleichterungen für Landwirtschaft, Wohnungsbau und Automobilindustrie,
- staatliche Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten im zunächst noch freiwilligen Arbeitsdienst und bei kommunalen Notstandsarbeiten,
- Ehestandsdarlehen für Arbeitnehmerinnen, die heiraten und ihren Arbeitsplatz aufgeben wollten.

Infrastrukturmaßnahmen

Das Schwergewicht der staatlich finanzierten Ausgaben lag bei den Verkehrsunternehmungen (1,684 Milliarden) sowie im Wohnungsbau (1,28 Milliarden) und in öffentlichen Bauten (1 Milliarde). Der Autobahnbau, in der Weimarer Republik bereits planerisch vorbereitet, war nicht nur der

spektakulärste, sondern auch ein besonders charakteristischer Teil der öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen. Es waren vorrangig die technikgläubigen, modernistischen Bestrebungen im Nationalsozialismus, die hinter den propagandistisch ins Gigantische gesteigerten Autobahnplänen standen. Aber auch rüstungspolitische Gesichtspunkte vor allem im Bezug auf die Streckenführung und die Vorbereitung auf den Mobilmachungsfall, wollte Hitler nicht ausschließen, obwohl eine Mitsprache von militärischer Seite bei der Planung nicht vorgesehen war. Zunächst hatte der Autobahnbau jedoch eine eindeutige arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Der geringe Einsatz von Baumaschinen hatte die nicht unerwünschte Nebenwirkung, daß bei den stattdessen bevorzugten Gerätschaften von Hacke und Schaufel noch mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen waren. Seit 1936 gab es allerdings angesichts der knapper werdenden Rohstoffe und Arbeitskräfte zunehmend Konflikte zwischen Rüstungswirtschaft und Autobahnbau. Nicht minder wichtig für den Rückgang der Arbeitslosigkeit waren Maßnahmen, bei denen die politisch-ideologische Absicht schon unverhüllt hervortrat. Im Juni 1935 wurde die sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht eingeführt und mit der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht die Wehrmacht aufgebaut.

Das Volumen der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme seit 1933 belief sich auf etwa sechs Milliarden Reichsmark. Vergleicht man diese Summe mit den Rüstungsausgaben des NS-Regimes, die von 720 Millionen Reichsmark im Jahre 1933 auf 10,8 Milliarden Reichsmark bereits im Jahre 1937 angestiegen waren, so wird das Übergewicht der Rüstungsförderung deutlich, die entscheidend zu dem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit beitrug.

Finanzierung

Finanziert wurden die gewaltigen Ausgaben längst nicht mehr aus dem Steueraufkommen und auch bald nicht mehr aus Mitteln der Arbeitsbeschaffungsprogramme. Die Vorfinanzierung auf Wechselbasis bot sich vielmehr als Verfahren an, um privates Kapital zu mobilisieren. Zunächst arbeitete die Regierung noch mit dem 1932 unter den Regierungen Franz von Papen und Kurt von Schleicher (1882–1934) entwickelten Arbeitsbeschaffungswechseln, die über Vorfinanzierungsinstitute und die Rediskontierung der Wechsel durch die Reichsbank ähnlich funktionierten wie dann später die sogenannten "Mefo-Wechsel". Damit entwickelte der renommierte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877–1970) ein System der Finanzwechsel, das eine "geräuschlose" und "verdeckte" Form der Finanzierung im Vorgriff erlaubte. Wenn die Wirtschaftskonjunktur wieder auflebte, so Schachts Überlegungen, dann könnten mit den entsprechend sprudelnden Steuereinnahmen die Wechselschulden zurückgezahlt werden.

Auf Veranlassung der Reichsbank und des Reichswehrministeriums gründeten im Mai 1933 vier bedeutende deutsche Unternehmen (Krupp, Siemens, Gutehoffnungshütte und Rheinmetall) eine "Metallurgische Forschungsgemeinschaft" (Mefo), die mit dem Grundkapital von einer Million Reichsmark ausgestattet wurde. Diejenigen Unternehmen, die vom Staat Rüstungsaufträge erhielten, zogen zur Bezahlung der Aufträge auf diese Firma die sogenannten Mefo-Wechsel, für die das Reich die Bürgschaft übernahm, ohne formell als Wechselschuldner zu erscheinen. Die Reichsbank rediskontierte diese Wechsel und gab ihnen damit den Charakter von Zahlungsmitteln. Die Lieferanten konnten ihre auf fünf Jahre laufenden Wechsel sofort bei den Banken einlösen. Zwischen 1934 und 1936 ließen sich auf diese Weise etwa 50 Prozent der Wehrmachaufträge decken.

Politisch war dieses Verfahren dem Regime sehr willkommen, ließ sich doch auf diese Weise der wahre Umfang der Aufrüstung verschleiern. Denn die Wechsel galten als Handelswechsel und tauchten darum nicht unter den staatlichen Rüstungsausgaben auf. Die finanzpolitisch bedenkliche Seite war Schacht sehr bewußt, und er hatte darum die Wechsel auf das Jahr 1938 terminiert. Denn mit dem Verfahren der Mefo-Wechsel war die Gefahr einer großen Inflation unausweichlich. Auch schien ein Konflikt mit Hitler für den Fall vorprogrammiert, daß er von seinen rüstungspolitischen Prioritäten nicht ablassen und eine termingerechte Einlösung der Wechsel mit Haushaltsmitteln verweigerte. Genau das trat 1938 ein. Das Regime tat trotz Drängen Schachts nichts, um den Bestand der Wechsel zu begrenzen, sondern ersetzte das Instrument der Wechsel schließlich durch andere Methoden einer noch geräuschloseren Finanzierung: durch Lieferschätzanweisungen, Steuergutscheine, erzwungene Reichsanleihen bei Sparkassen und durch die Abschöpfung von Spar- und Versicherungsgeldern. Dadurch wurden auch die nichtsahnenden Sparer zu mittelbaren Gläubigern des Reiches.

Das Reichsbankgesetz vom Februar 1937 bzw. vom Juni 1939 beseitigte schließlich alle Möglichkeiten der Reichsbank, weiteren Einfluß auf die Geldversorgung des Staates zu nehmen, der seinen Kreditbedarf nun hemmungslos zum alleinigen Maßstab für die Notenausgabe und die Kreditschöpfung machte. Produziert wurden dafür vor allem Rüstungsgüter (zwischen 1933 und 1939 verschlang das die Riesensumme von etwa 90 Milliarden Reichsmark), was vom "Standpunkt der volkswirtschaftlichen Reproduktion her gesehen einen reinen Verlust bedeutete" (Willi A. Boelcke).

Wirtschaftslenkung

Es spricht vieles dafür, daß 1935 ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gekommen war, der eine weitere staatliche Ausgabenpolitik und Verschuldung zum Zwecke der Krisenbekämpfung überflüssig gemacht hätte. Mitte 1935 hatte die Industrieproduktion wieder den Vorkrisenstand von 1928 erreicht und auch der Beschäftigungsstand näherte sich dem Niveau von 1928. Dennoch wurde die staatliche Ausgabenpolitik nun aus eindeutig rüstungspolitischen Motiven weitergeführt und auch die Selbstabkapselung vom Weltmarkt wurde – ebenfalls aus rüstungswirtschaftlichen Gründen – weiter betrieben. Der Devisen- und Rohstoffmangel verhinderte, daß die positive wirtschaftliche Konjunktur sich auch zu einer Stärkung des Massenkonsums entwickelte. Was in dieser Situation wirtschafts- und währungspolitisch notwendig gewesen wäre, stand den militärpolitischen Zielen Hitlers entgegen. Damit war in der Wirtschaftspolitik eine Wegmarke erreicht, an der sich entscheiden mußte, ob die bisherigen Ansätze zu einer staatlichen Reglementierung der Wirtschaft weiter zu einer Autarkiepolitik ausgebaut oder ob wieder eine Rückkehr zu einer liberalen Binnen- und Außenwirtschaft angestrebt werden sollte. Einschneidender

Ausdruck dieser Richtungsentscheidung war die Verkündung des Vierjahresplanes im September 1936, der als Folge einer erneuten und verschärften Devisenknappheit den endgültigen Übergang zur Kommandowirtschaft und zur Autarkiepolitik brachte.

Nach einer Phase des Experimentierens und Kampfes widerstreitender Interessen, die noch eine Mehrgleisigkeit verschiedener Wirtschaftsformen erlaubt hatte, wurden nun die Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik erkennbar. Nicht die Formel vom Ständestaat oder dem ständischen Aufbau der Wirtschaft, die die nationalsozialistische Propaganda eifrig verbreitet hatte, wurde zum Maßstab, sondern die staatliche Lenkung nach wie vor privatwirtschaftlicher Unternehmen. Die kapitalistische Wirtschaftsstruktur wurde nicht abgeschafft, sondern auf ein vorrangiges Ziel ausgerichtet, um vor allem eine kurzfristige Leistungssteigerung zu erreichen.

Begonnen hatte der staatliche Interventionismus im landwirtschaftlichen Bereich. Fortgesetzt wurde er mit Maßnahmen zum Aufbau einer Ersatzstoffproduktion seit 1934, um durch die Entwicklung der Benzin- und Kautschuksynthese unabhängig von Importen zu werden. Hermann Görings Vierjahresplanbürokratie realisierte dann in viel stärkerem Umfang die Lenkung von Teilbereichen der Wirtschaft wie etwa der Mineralöl- und Treibstoffproduktion, der Bunaherstellung (synthetischer Kautschuk), der Eisen- und Stahlerzeugung, der landwirtschaftlichen Produktion sowie der Preise, des Arbeitskräfteeinsatzes und der Devisenbewirtschaftung.



Quellentext

Vierjahresplan



Staat, Partei und Wirtschaft

Damit hatten sich – und das ist ebenso charakteristisch für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik – auch die Gewichte zwischen Privatwirtschaft, Wirtschaftsministerium und NS-Regime verschoben. Die Wirtschaftseliten und die staatliche Ministerialbürokratie im Wirtschaftsministerium hatten deutlich an Gestaltungskraft verloren, während Göring als Exponent des NS-Komplexes die Rolle eines Wirtschaftsdictators einnahm. Dies führte schließlich zum Ausscheiden von Schacht als Wirtschaftsminister 1937 und als Reichsbankpräsident 1939. Görings Lenkungspolitik bediente sich einer neuen Bürokratie, in der militärisches und industrielles Führungspersonal mit Exponenten der NS-Bewegung in Gestalt von Gau- und Reichsleitern zusammenwirkten. So wurde etwa das Vorstandsmitglied der IG Farben Carl Krauch zum Generalbevollmächtigten Chemie, hohe Offiziere aus dem Reichsluftfahrtministerium wurden zuständig für die Mineralöl- und Energiewirtschaft und die Gauleiter Walter Köhler und Adolf Wagner standen den Geschäftsgruppen Rohstoffverteilung und Preisbildung vor.

Mit der Ernennung von Carl Krauch erreichte die Verflechtung von NS-Politik und Wirtschaft eine neue Qualität. Durch seinen Einzug in die staatliche Wirtschaftslenkung erhielten nun ältere Konzepte der Chemieindustrie ein bestimmendes Gewicht, die unter Umgehung des Weltmarktes und ohne Rücksicht auf die Kosten synthetische Ersatzstoffe produzieren oder heimische Rohstoffe nutzen wollten. Zugleich war Krauch vom privatwirtschaftlichen Berater des Luftfahrtministeriums zum Vorsitzenden eines Quasi-Monopols mit staatlicher Lenkungs- und Kontrollkompetenz geworden. Dank seiner Tatkraft hatte er es auch geschafft, die Wirtschaftspolitik des Regimes von einer privatwirtschaftlichen Bürokratie organisieren zu lassen und damit ein Stück weit zu privatisieren, ohne daß er damit über die allgemeine Zielsetzung der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik bestimmen konnte.

Durch diese personelle Verflechtung wurde die Privatwirtschaft stärker an den NS-Staat gebunden und erlebte in ihren rüstungswirtschaftlich relevanten Sektoren eine starke Zunahme der Unternehmensgewinne. Für andere Unternehmen – vor allem im Konsumsektor – brachte die staatliche Wirtschaftslenkung eine deutliche Beschränkung ihrer Produktion. Denn das Regime besaß sowohl durch die Preis- und Lohnkontrolle sowie durch die Bewirtschaftung der Arbeitskräfte und die Verteilung bzw. Kontingentierung von Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln ein dirigistisches Instrumentarium.

Scheitern der Autarkiepolitik

Anspruch und Wirklichkeit des Vierjahresplanes klappten mitunter weit auseinander. Das galt sowohl für die Lenkungsvollmachten, von denen in bestimmten Sektoren nur zögernd Gebrauch gemacht wurde, als auch für die Autarkieziele, die bei Kriegsbeginn auch deshalb nur annähernd erreicht wurden, weil durch die forcierte Aufrüstung der Bedarf sprunghaft anstieg. So sank bei der Mineralölproduktion die Auslandsabhängigkeit zwischen 1936 und 1938 nur geringfügig von 66 auf 60 Prozent, auch die Buna-Produktion deckte trotz großer Anstrengungen bei Kriegsbeginn nur 50 Prozent des Bedarfs an Kautschuk.

Propagandistisch besonders spektakulär und wirtschaftspolitisch umstritten waren die Bemühungen um eine Steigerung der heimischen Eisenerzproduktion. Durch den Abbau und die Verhüttung heimischer minderwertiger Eisenerze sollte die Abhängigkeit von Exporten reduziert werden. Da dieses Verfahren äußerst kostspielig und wenig rentabel erschien, wollte die Schwerindustrie sich daran nicht beteiligen. Der daraus erwachsende Konflikt führte schließlich zur Gründung der "Reichswerke Hermann Göring für Erzbergbau und Eisenhütten", die den Abbau und die Verhüttung übernahmen und die Privatwirtschaft zur Übernahme von Aktien zwangen. Trotz dieser Anstrengungen und trotz der Einverleibung der österreichischen Erzproduktion (sie erreichte allein 23 Prozent des Eisenbedarfs) ergab sich bei Kriegsbeginn ein Selbstversorgungsgrad von nur knapp über 50 Prozent. Noch größer war und blieb die Auslandsabhängigkeit bei hochwertigen Stahlveredlern wie Mangan, Chrom und Wolfram. Auch die Selbstversorgung bei den wichtigsten Nahrungsmitteln, die bereits

1933/34 insgesamt bei etwa 80 Prozent lag, konnte nicht wesentlich gesteigert werden. Besonders bei der Fettversorgung klaffte eine Lücke von 40 bis 50 Prozent, während Grundnahrungsmittel wie Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch mit 90 bis 100 Prozent hinreichend vorhanden waren.

Die ökonomischen und sozialen Folgekosten der Autarkiepolitik waren beträchtlich. Die Verzerrung der ökonomischen Strukturen verschärfte sich, die Handlungsspielräume der Wirtschaft wurden immer enger. Es entstanden vielfach unrentable Produktionsstandorte, die an anderen Orten dringend benötigte Arbeitskräfte banden. "Die Decke wurde knapper und der Staat gezwungen, in wachsendem Maße zu entscheiden, wer die knapper werdenden Ressourcen bekommen würde" (Ludolf Herbst). Das verstärkte nicht nur die Tendenz zu Lenkung und Kontrolle, sondern auch zu Manipulation und Propaganda.

So versuchte das Regime mit einigem Erfolg, die Nachfrage der Bevölkerung nach Konsumartikeln auf solche Güter umzulenken, die reichlich vorhanden waren und im Inland produziert wurden. Das bedeutete meist, daß man hochwertige Produkte durch solche von minderer Qualität ersetzen mußte. Nicht Butter und Kanonen, sondern Kanonen und Vierfruchtmarmelade konnte das Regime bieten, keine feinen englischen Tuche, sondern Anzüge mit Zellstoffzusätzen. So kam es, daß die deutschen Ernährungs- und Konsumgewohnheiten trotz des erstaunlichen ökonomischen Aufschwunges eher bescheiden blieben und daß der Fleischverbrauch 1938 noch unter dem Niveau von 1929 lag, während sich der Absatz von Marmelade verdreifachte. Diesen Zustand nahm die Bevölkerung zwar nicht ohne Murren, aber doch ohne größeren Protest nicht zuletzt deswegen hin, weil sie sich noch allzu gut an die entbehrungsreichen Jahre der großen Krise erinnerte und die Propaganda solche Enthaltensamkeit und Sparsamkeit zu "deutschen Tugenden" erklärte. So konnte das Regime seinen riskanten Balanceakt zwischen der Befriedigung des privaten Konsums und der Steigerung der Rüstungsausgaben im großen und ganzen erfolgreich durchstehen.

Arbeiter- und Volksgemeinschaft

Im Jahre 1933 hatten die Nationalsozialisten nur unbestimmte Vorstellungen davon, wie die neue Gesellschaftsordnung unter dem Hakenkreuz beschaffen sein sollte. Eine Volksgemeinschaft wollten sie schaffen. Eine Alternative zur pluralistisch-demokratischen Gesellschaft und zur konfliktreichen sozialen Wirklichkeit der Weimarer Republik sollte entstehen: Nicht der offene und institutionalisierte Konflikt sozialer Interessen, nicht Koalitionsrecht und Tarifvertrag, sondern die Versöhnung von Individuum und Masse, von Kapital und Arbeit in einer klassenübergreifenden Gemeinschaft, die soziale Sicherheit und Integration versprach.

Das waren soziale Verklärungen und Erwartungen, die ihre Wurzeln in den verschiedensten Gemeinschaftsideologien hatten, die im frühen 20. Jahrhundert in der Lebensreformbewegung und in der Jugendbewegung verkündet wurden, die aber auch in der Agitation von völkisch-nationalistischen Massenverbänden gegen das liberale und demokratische Gesellschaftskonzept der Weimarer Republik ihren Platz hatten. Aber auch im katholischen und sozialistischen Sprachhaushalt fanden sich solche Bilder von Gemeinschaft und sozialer Harmonie, die als Kontrast zu Klassenkampf und sozialer Spaltung eingesetzt wurden. Die Burgfriedensformel von 1914, mit der das kaiserliche Deutschland zur politischen Geschlossenheit jenseits aller Parteigrenzen aufrief, sowie das publizistisch verklärte Erlebnis der "Frontgemeinschaft" des Ersten Weltkrieges hatten den Gemeinschaftsparolen zusätzlichen Auftrieb gegeben. Auch die nationalsozialistische Ideologie von der Gesellschaft als einer Gesinnungs- und Willensgemeinschaft leitete sich aus dem Mythos der Schützengraben-Gemeinschaft ab. Daß diese Utopie durch das Zusammenbrechen der propagandistisch überhöhten "Inneren Front" in der Revolution vom November 1918 zerstört wurde, stellte den traumatischen Schock und das ideologische Gegenbild dar, die die nationalsozialistische Führungsriege umtrieb. Sie glaubte deshalb, sich an denjenigen rächen zu müssen, die sie für die Zerstörung dieser Illusion verantwortlich machte: an den "Novemberverbrechern", "Juden" und "Marxisten". Gleichzeitig galt es, für den Fall eines zukünftigen Krieges alles zu vermeiden, was eine erneute innere soziale Krise heraufbeschwören und die Massenloyalität gefährden könnte. Volksgemeinschaft in diesem Sinne mußte darum das Versprechen auf Integration und die Ausgrenzung von "Gemeinschaftsfremden" zugleich bedeuten.

Der Arbeiter- und Sozialpolitik kam in diesem Denkschema eine besondere Bedeutung zu: Sie sollte die soziale Kontrolle sichern und durch soziale Verlockungen die Massenzustimmung gewinnen. Die Arbeiterschaft, immerhin die größte Gruppe in der Gesellschaft, wurde deshalb von den Nationalsozialisten gleichermaßen gefürchtet und umworben. Sie wurde ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung beraubt und dadurch politisch entmündigt. Das Regime verlangte ihr in den "Arbeitsschlachten" der Kriegswirtschaft immer höhere Produktionsleistungen ab, versuchte sie aber umgekehrt durch Volksgemeinschaftsparolen propagandistisch zu ködern und durch sozialpolitische Fürsorge und Vergünstigungen zu gewinnen. Es charakterisierte einmal mehr das NS-Regime, daß es bei der Vernichtung des politisch-ideologischen Gegners ungleich größere Energien entfaltete als bei der Konzeption einer in sich schlüssigen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Arbeiterpolitik. Diese blieb von ständigen Improvisationen und Widersprüchen begleitet, die durch Phrasen vom "Sozialismus der Tat" und anderen erklärenden Parolen nicht ohne Erfolg verdeckt wurden. Damit wurden die sozialen Spannungen in die Kompetenzkonflikte der vielen nationalsozialistischen Massen- und Sonderorganisationen umgelenkt. Andererseits wurden die für alle Industriegesellschaften typischen sozial-kulturellen Nivellierungstendenzen durch soziale legale und propagandistische Versprechungen sowie durch soziale und materielle Verbesserungen für Arbeiter beschleunigt.



Quellentext

Zwangsgesellschaft der Arbeiterschaft



Deutsche Arbeitsfront

Die Nationalsozialisten hatten überraschend schnell die politischen und sozialen Organisationen der Arbeiterbewegung am 1. und 2. Mai 1933 in der für die nationalsozialistische Gleichschaltungstechnik charakteristischen Doppelstrategie eines betäubenden Massenfestes und einer anschließenden Gewaltaktion (vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 251, "Nationalsozialismus I", S. 47 f.) zerschlagen. Die Gründung einer nationalsozialistischen Massenorganisation, die an die Stelle der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft treten und diese kontrollieren sollte, zeigte dementsprechend alle Merkmale der Improvisation und eines internen Machtkompromisses. Der Auftrag der neuen Organisation war rasch bestimmt: Sie sollte die Arbeiter durch eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche gewinnen und kontrollieren. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 10. Mai 1933 unter der Schirmherrschaft von Adolf Hitler gegründet und durch den bisherigen Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley geführt wurde, erwuchs zwar bald zu einer gigantischen bürokratischen Konstruktion und wurde innerhalb des Regimes zu einem beträchtlichen Machtfaktor. Die Definition der sozial- und tarifpolitischen Kompetenzen der Massenorganisation blieb jedoch lange ebenso ungeklärt wie die Ausbildung arbeits- und sozialpolitischer Konzepte. Als Ziel seiner Massenorganisation verkündete Ley sehr vage die "Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat". Ein "absolutes Chaos von Gedanken", so gestand Ley später, sei ihm bei der Gründung der DAF begegnet. Er umschrieb damit einerseits die Verworrenheit der ständischen Gesellschaftsmodelle, die in den Jahren 1933/34 von Parteiaktivisten aus dem Arsenal der Propagandaformeln hervorgeholt wurden, andererseits aber auch die heftigen Auseinandersetzungen zwischen NSDAP, Reichsministerium und wirtschaftlichen Interessenvertretern über die Aufgaben der Arbeitsfront. Zunächst schien es, als könnten sich die versprengten Reste der NS-Linken, die sich in der nationalsozialistischen Gewerkschaftsbewegung, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), zusammengefunden hatten, mit ihrem Traum einer nationalsozialistisch geführten Einheitsgewerkschaft durchsetzen.

Die DAF wurde mit ihren zwei "Säulen", Arbeitern und Angestellten, als ständische Einrichtung aufgebaut. Später sollten als dritte und vierte Säule noch industrielle Unternehmer sowie der gewerbliche und handwerkliche Mittelstand hinzukommen. Die NSBO-Männer, die nach dem 2. Mai 1933 die provisorische Leitung der ehemaligen Gewerkschaftseinrichtungen übernommen hatten, versuchten über ihre formale Zuständigkeit hinaus Informationen über Löhne, Arbeitsplatzkapazitäten und Beschäftigtenzahlen zu bekommen, um arbeits- und tarifpolitische Ansprüche zu formulieren.

Daraufhin kam es bald zu Klagen der Unternehmer über den antikapitalistischen Radikalismus einzelner NSBO- und DAF-Obmänner. Ihnen wurde vorgeworfen, sie beharrten auf der Fortführung kollektiver Tarifverträge und hätten auch mit Gewaltmaßnahmen gedroht. Seit dem Sommer 1933 bemühte sich das Regime daraufhin schrittweise um eine "Entgewerkschaftlichung" der DAF: Im Juni 1933 wurden sogenannte "Treuhänder der Arbeit" eingesetzt, die der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstanden. Sie sollten sowohl über die Tarifordnungen und über Betriebsordnungen entscheiden als auch in Streitfällen schlichten. Die Treuhänder kamen in der Regel aus der privatwirtschaftlichen und staatlichen Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung bzw. aus den Industrie- und Handelskammern. Die nationalsozialistische Propaganda feierte diese Einrichtung als "Überwindung des Klassenkampfes". Jedoch gaben allein schon die Herkunft, aber auch die dienstliche Stellung der Treuhänder die Garantie dafür, daß sie meistens den Interessen der Unternehmer bzw. der staatlichen Arbeitsverwaltung näherstanden als denen der Arbeiterschaft.

Im November 1933 mußte Ley sich endgültig der Zähmung der DAF fügen und in einen wohlklingenden "Aufruf an alle schaffenden Deutschen" einwilligen, der außerdem von Reichsarbeitsminister Seldte, Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt (1886–1950) sowie dem Parteibeauftragten für Wirtschaftsfragen Wilhelm Keppler (1882–1960) unterzeichnet wurde. Damit wurden endgültig alle Hoffnungen auf eine berufsständische oder gewerkschaftliche Interessenvertretung bzw. Kompetenzen in der Arbeits- und Sozialpolitik durch die DAF begraben. Statt dessen wurde sie auf die Erziehungs- und Betreuungsfunktion verwiesen, und es war kein Zufall, daß die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF) als Unterorganisation der DAF beinahe zur selben Zeit, nämlich am 27. November 1933 gegründet wurde. Damit sollte von dem gesellschaftspolitischen Kompetenzverlust abgelenkt und mit einer umfassenden Betreuung der Arbeiter im Alltag bis in die Freizeit hinein ein neues attraktives und populäres Betätigungsfeld eröffnet werden. Die verschiedenen Ämter der KdF-Organisation boten ein vielfältiges Programm, das Theateraufführungen ebenso umfaßte wie Weiterbildungskurse, Sportveranstaltungen und vor allem die sehr beliebten Wanderfahrten und Fernreisen. Damit knüpften die Freizeitorganisatoren der KdF nicht nur an die Tradition der Arbeiterbildungsvereine an, sondern nutzten und verstärkten auch die kulturellen Bedürfnisse einer modernen Massenzivilisation.

Nachdem der DAF mit dem Abkommen vom November 1933 die letzten gewerkschaftlichen und klassenkämpferischen Ansprüche genommen worden waren, gab auch der "Führer" des "Reichsstandes der deutschen Industrie" Gustav Krupp von Bohlen und Halbach am folgenden Tag seine Zustimmung zum Beitritt der Unternehmer zur DAF. Deren neue Organisationsstruktur vom Frühjahr 1934 und das "Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit" besiegelten die neuen Machtverhältnisse und Kompetenzregelungen. Die DAF wurde innerhalb der vier Säulen nach Branchen und Produktionssparten organisiert. In ihrer Struktur war sie parallel zu den Gliederungen der Politischen Organisation der NSDAP in einem vertikalen und zentralistischen Aufbau auf ein Zentralbüro ausgerichtet. Unter ihm entwickelte sich eine Hierarchie von 40.000 haupt- und 1,3 Millionen ehrenamtlichen Funktionären bis hin zu den Betriebszellen-, Straßen- und Blockwarten. Zuständig war die Großorganisation, die zuletzt etwa 25 Millionen Mitglieder zählte, für die soziale und kulturelle Betreuung der Arbeitnehmer, ihre fachliche Berufsausbildung und -förderung einschließlich der jährlichen "Reichsberufswettkämpfe" sowie für die politische Schulung. Auch wenn formal kein Beitrittszwang bestand, war es schwierig, sich dem Verband zu entziehen, zumal der DAF-Beitrag (1,5 Prozent) direkt vom Lohn abgezogen wurde.

Führerprinzip im Betrieb

Die tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen und -löhne war in die alleinige Zuständigkeit der

Treuhänder gefallen. Parallel dazu besiegelte die neue Arbeitsordnung das Ende der betrieblichen Mitbestimmung, die Unternehmer waren (vorerst) wieder Herren im Haus. In einer für das Regime charakteristischen pathetischen Sprache übertrug das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" das Führerprinzip auf die Betriebe. An der Spitze der "Betriebsgemeinschaft" stand der "Betriebsführer", dem die "Gefolgschaft" Treue und Gehorsam zu leisten hatte. Um das "gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft" zu vertiefen, wurden die Mitbestimmung durch die "Beratung", die Betriebsräte durch "Vertrauensräte" ersetzt. Als sich 1935 in den Wahlen zu den Vertrauensräten eine starke Opposition in Gegenstimmen abzeichnete, ging die Berufung der "Vertrauensmänner" auf die "Treuhänder" über. "Soziale Ehrengerichte", denen formal auch die "Betriebsführer" unterstanden, sollten unter Vorsitz eines "Treuhänders" im Streitfall die Harmonie der "Betriebsgemeinschaft" wiederherstellen. Die Rücknahme sozialer Rechte, wie sie der soziale Rechtsstaat der Weimarer Republik gewährt hatte, ging noch einige Schritte weiter. 1935 wurde das "Arbeitsbuch" eingeführt, das die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkte und den Weg zur staatlichen Kontrolle des "Arbeitseinsatzes" öffnete. Durch weitere Verordnungen war zu Kriegsbeginn die staatliche Lenkung der Arbeitskräfte in allen kriegswichtigen Wirtschaftszweigen eingeführt.

Dieser Verlust an politischen und sozialen Rechten wurde in der mehrheitlichen Wahrnehmung der Arbeiterschaft von dem raschen, wenn auch ungleichmäßigen Abbau der Arbeitslosigkeit und der Sicherung einer auskömmlichen materiellen Existenz aufgewogen. Das allein erklärt aber noch nicht die erstaunlich schnelle und weitgehend widerstandslose Unterordnung der Arbeiter unter den Nationalsozialismus. Hinzu kam nämlich die Auflösung alter Solidaritätsmuster durch die Wirtschaftskrise und die Erfahrung langer Arbeitslosigkeit, die viele Arbeiter von betrieblicher Solidarität und Disziplin ebenso entfremdete wie sie ihnen die Ohnmacht von Arbeiterorganisationen demonstrierte. Dieser Eindruck war in der autoritären Endphase der Weimarer Republik durch die massiven Kampagnen der politischen Rechtsparteien noch verstärkt worden. Durch diese Faktoren wurde die traditionelle Einbindung der Einzelnen in das proletarische Sozialmilieu, das aus Vereinen, Nachbarschaften und Selbsthilfeorganisationen bestand, zwar nicht völlig aufgelöst. Es verlor aber seine Orientierungskraft und identitätsstiftende Wirkung, als die Organisationen der Arbeiterbewegung in der Gleichschaltungspolitik von 1933 zerschlagen wurden. Die Folge davon war wiederum eine weitgehende Entpolitisierung der Arbeiterschaft. Ihre zunächst nur widerwillige Hinnahme der gewaltsam veränderten Situation verwandelte sich dann zunehmend in Zustimmung und Loyalität, als seit 1935 die Erfahrung eines nunmehr sicheren Arbeitsplatzes und sozialpolitischer Verlockungen auch die materielle und soziale Situation vieler Arbeiter veränderte.

Lebensstandard

Anfänglich hatte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt branchenspezifisch und regional sehr unterschiedlich verbessert: Die Arbeitslosenzahlen sanken in den Produktionszentren von Schwerindustrie und metallverarbeitender Industrie schneller als in der Textilindustrie und im übrigen Konsumgüterbereich; überdies ging die Arbeitslosigkeit bei Facharbeitern rascher zurück als bei Hilfsarbeitern; ältere und ganz junge Arbeitskräfte hatten es schwerer als die Generation der Familienväter.

Als die Rüstungskonjunktur zum Tragen kam, erhöhten sich auch die Einkommen der Arbeiterschaft und erreichten zwischen 1936 und 1939 wieder das Niveau der Jahre 1928/29. Das geschah aber nicht durch eine Anhebung des Stundenlohnes. Vielmehr ging der Lohnzuwachs meist auf die Überstunden zurück, die den Arbeitern bei anziehender Konjunktur aufgezwungen wurden.

Ein Teil von dem Lohnzuwachs wurde gleich wieder von scheinbar "freiwilligen" Abzügen vom Bruttolohn für DAF, Winterhilfswerk und ähnliche Spenden- und Sparaktionen aufgebraucht, so daß die Nettowochenverdienste erst in den Kriegsjahren 1941/42 das Vorkrisenniveau erreichten. Doch solche Berechnungen interessieren mehr die Statistik als die Wahrnehmung der Zeitgenossen, denen noch vor allem die Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit und damit die Vergleichsdaten der Krisenjahre in Erinnerung waren. Auch die Engpässe in der Versorgung und auf dem Wohnungsmarkt konnten den Eindruck greifbarer Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und die davon genährten Erwartungen weiterer, langfristiger Aufwärtsbewegungen nicht trüben. Hinzu kamen Leistungsanreize in Form von ausgeklügelten Staffelungen von Lohngruppen, die ebenso den Leistungswillen ansportelten wie die "Reichsberufswettkämpfe".

Landwirtschaft

Zu den Verlierern nationalsozialistischer Politik gehörten die beiden Gruppen, aus denen die NSDAP vor der Machtergreifung die größte Unterstützung bekommen hatte: die Bauern und in noch stärkerem Maße der gewerbliche Mittelstand. Weder konnte der Mittelstand seine protektionistischen Wünsche wirklich realisieren, noch fand eine Reagrarisierung der deutschen Gesellschaft statt. Die industrielle Produktion mit den politisch gesetzten Prioritäten erlangte den absoluten Vorrang vor allen anderen Sektoren der Wirtschaft. Während der "Ackermann" neben dem "Krieger" zu den herausgehobenen Symbolfiguren in der Propaganda des Dritten Reiches wurde und die Landwirtschaft als "Nährstand" zur tragenden Säule neben dem Wehrstand erklärt wurde, litten die Bauern unter den Zwängen der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung und Agrargesetzgebung. Doch sie blieben die Lieblingskinder der NS-Propaganda.

Lautstärkster Propagandist der "Blut- und Bodenideologie" war der Diplomkolonialwirt Walter Darré, der in seinen Büchern pathetisch ein neues "Adelsbauerntum" als "biologischen Kern" der künftigen Geschichte definiert hatte. Das Bauerntum als "Hauptquell des deutschen Volkes" sollte durch seine Verwurzelung im heimatlichen Grund und Boden ein gemeinschaftliches Bollwerk gegen die "Wurzellosigkeit" des großstädtischen Proletariats bilden. Damit wurde der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land ideologisch überhöht und in der NS-Propaganda mit scharfen antimodernistischen Ressentiments radikalisiert. Dieses ideologisch-propagandistische Gebräu zusammen mit Verheißungen eines wirkungsvollen Bauernschutzes hatte ausgereicht, um in der Aufstiegsphase der

NSDAP eine große Anhängerschaft unter den Bauern zu sichern.

Aufbau des Reichsnährstandes

Das NS-Regime knüpfte an traditionelle protektionistische Maßnahmen zugunsten der Großlandwirtschaft an und versuchte überdies durch eine ausufernde Propaganda, der Landwirtschaft das Gefühl zu vermitteln, daß ihre Nöte gesehen und ernst genommen würden. Diese auf die Großlandwirtschaft ausgerichtete Agrarpolitik von Ernährungsminister Alfred Hugenberg (1865–1951) bot Darré die Chance, die landwirtschaftlichen Organisationen unter seine Kontrolle zu bringen: die berufsständischen agrarischen Interessenorganisationen, das Genossenschaftswesen und die Landwirtschaftskammern. Nachdem bis Anfang Juni 1933 diese Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände abgeschlossen war und Darré zum Reichsbauernführer ernannt worden war, stand nach Hugenbergs Rücktritt Ende Juni 1933 und Darrés Ernennung zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft der Gleichschaltung der staatlichen Landwirtschaftspolitik nichts mehr im Wege. Dadurch konnte Darré eine im Vergleich zu anderen NS-Führern scheinbar ungewöhnliche Machtfülle auf sich vereinigen.

Mit der Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Organisation war die Möglichkeit zur Steuerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gegeben, die nicht nur alle Betriebe, sondern auch alle dort tätigen Personen umfaßte. Sie wurden unter dem Zwangsverband des Reichsnährstandes zusammengefaßt. Dieser zählte Mitte der dreißiger Jahre etwa 17 Millionen Mitglieder und versuchte mit einer strengen hierarchischen Gliederung einen umfassenden Kontrollanspruch durchzusetzen. Die Organisation umfaßte drei Hauptabteilungen, die einen allumfassenden Regulierungsanspruch anmeldeten. Gelenkt werden sollten erstens der Mensch, zweitens der Hof und drittens der Markt. Der Reichsnährstand gab sich nach außen weiterhin als eine Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts und eine berufsständische Einheitsorganisation, tatsächlich war er jedoch als Ausführungsorgan der staatlichen Wirtschaftslenkung ein Instrument zur Sicherung der Ernährung und zur Steigerung der Erzeugung.

Hauptbetätigung des Reichsnährstandes und des Reichsbauernführers waren die ideologische, sozialpolitische und kulturelle Betreuung seiner Mitglieder. Auch wurde versucht, das Marktgefüge und die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch ein dichtes Geflecht von Vorschriften und Verboten zu regeln. Es entstand ein Mammutsyndikat von Genossenschaften, Wirtschaftsvereinigungen und Fachämtern, die alle ernährungswirtschaftlichen Betriebe erfaßten.

Kaschiert wurde die Überbürokratisierung durch eine völkische Rhetorik, die ihren besonderen Ausdruck im jährlichen Ritual der Reichs-Erntedankfeste auf dem Bückeberg fand. Mit solchen Ereignissen sollte von der ständigen Ausdehnung des Festpreissystems auf Brotherstellung, Getreidewirtschaft, Milchprodukte, Viehhaltung und Viehprodukte abgelenkt werden.

Als Krönung der agrarromantischen Ideologie galt das Reichserbhofgesetz vom September 1933. Es sollte den landwirtschaftlichen Besitz vor dem Ausverkauf an nichtbäuerliche Kapitalbesitzer schützen und umgekehrt den Bauern an seine Scholle binden. Es blieb auf mittelbäuerlichen Landbesitz bis zur Größe von 125 Hektar begrenzt und nahm auch den Großgrundbesitz aus. Der erhielt dadurch zwar weniger Schutz, aber um so mehr ökonomische Freiheiten. Bauer konnte nur sein, wer "deutschen oder stammesgleichen Blutes" war (§ 13). Dies war durch den großen Abstammungsnachweis zu belegen. Der Erbhof durfte nur ungeteilt auf einen Nachkommen vererbt werden. Miterben hatten nur ein Recht auf Berufsausbildung und Aussteuer.

Die Bilanz der Agrarpolitik war widersprüchlich. Der säkulare Trend einer Entagrarisierung wurde auch in der NS-Zeit nicht aufgehalten und hielt unvermindert an: Die dramatische Landflucht, der Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zwischen 1933 und 1939 um 440.000 und der auch durch den Wehrdienst bedingte Ausfall an Arbeitskräften ließen sich weder durch HJ-Landdienst noch durch Arbeitsdienst, Erntehilfe oder Pflichtjahr für Mädchen wettmachen. Erst der kriegsbedingte Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen schaffte eine nennenswerte Abhilfe. Auch konnten die sozialen Spannungen innerhalb des Dorfes und der Bauernschaft nicht überwunden werden. Für das Regime war jedoch das ideologische Moment letztlich weniger entscheidend als das machtpolitische Ziel der Eigenversorgung und Nahrungssicherheit. Darum wurden alle Experimente einer Bodenreform vermieden. Der mittel- und großbäuerliche Hof und der Gutsbesitz blieben das prägende Strukturelement.

Die Bilanz der agrarpolitischen Anstrengungen war teilweise positiv, auch wenn die hochgesteckten Erwartungen nicht erreicht wurden. Der Anteil der Selbstversorgung konnte von 68 Prozent auf 83 Prozent erhöht werden. Steigerungen wurden bei der Produktion von Brot, Getreide, Hülsenfrüchten, Eiern und Kartoffeln erzielt. Die Ernährungsbilanz bei Fetten, Futtermitteln und pflanzlichen Ölen blieb defizitär. Die Abschottung vom Weltmarkt mußten die Verbraucher mit erheblich überhöhten Preisen bezahlen.

Mittelstand

Noch größer waren die Enttäuschungen des alten Mittelstandes. Alle ständestaatlichen Träume waren spätestens 1934 ausgeträumt und auch alle Hoffnungen, sich der verhaßten Konkurrenz der Warenhäuser zu entledigen. Diese wurden zwar höher besteuert, blieben aber unentbehrlich. Statt dessen kam es zur Aufgabe vieler kleingewerblicher Unternehmen, da ihnen die Arbeitskräfte fehlten oder sie vom zunehmenden Wirtschaftsdirigismus wegrationalisiert wurden. Die schon seit Jahrzehnten herrschende relative Konzentrationstendenz blieb ungebrochen. Nur die größeren Geschäfte konnten von der ökonomischen Aufstiegsentwicklung der späten dreißiger Jahre profitieren. Eine Entschädigung für manche Enttäuschung, die der alte Mittelstand in Handwerk und Einzelhandel erleben mußte, sollte die Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz seit 1938 bringen. So manches ehemals jüdische Einzelhandelsgeschäft und Warenhaus wechselte auf dem widerrechtlichen Weg von Erpressung, Ausplünderung und einem scheinlegalen Erwerb den Besitzer.

Die Kriegswirtschaft brachte neue Gefährdungen für den Mittelstand und hier insbesondere für die leistungsschwachen Kleinbetriebe, waren doch nun vermehrt Schließungen von Geschäften und Betrieben an der Tagesordnung. Das Regime verstärkte damit, was es zu bekämpfen versprochen hatte: den gesellschaftlichen Wandel von einer kleingewerblich mittelständischen Ordnung zu einer großwirtschaftlichen Struktur.



Quellentext

Frauen im Nationalsozialismus



Rolle der Frauen

Auch in der nationalsozialistischen Frauenpolitik gab es den tiefen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die NS-Führer und Ideologen waren frauenpolitisch extreme Traditionalisten und überdies voller sozialdarwinistischer Vorurteile. Sie förderten die traditionellen Verhaltensmuster, nach denen Frauen sich auf Familie, Kinder und Haushalt zu konzentrieren hätten. Dazu gehörte auch ein energisches Einschreiten gegen die weibliche Erwerbsarbeit. Hinzu kamen spezifische Elemente der nationalsozialistischen Ideologie: Die ideologiebewußte Frau habe sich dem selbstlosen Dienst für Volk und Regime unterzuordnen. "Du gehörst dem Führer", lautete die Parole. Gewollte Kinderlosigkeit galt als eine Art "Fahnenflucht", schrieb man doch der Frau dann die Verantwortung für den angeblich "drohenden Volkstod" zu. Doch bald wurden die Spannungen zwischen der Ideologie und den Anforderungen der Wirtschaft, die im Zeichen der Rüstungskonjunktur zunehmend Arbeitsplätze benötigte, immer größer. Das von den Wirtschaftsbürokratien geforderte Instrument einer allgemeinen Frauendienstpflicht wurde jedoch auch im Krieg nicht überall umgesetzt. Dagegen standen die genannten ideologischen Voreingenommenheiten und die Sorge um eine allzu große Belastung der Familien durch den Krieg, die durch eine allgemeine Frauenarbeit nicht noch erhöht werden sollten.

Trotz verschiedener familien- und arbeitsmarktpolitischer Gesetzgebungsmaßnahmen gelang es den Nationalsozialisten jedoch nicht, den säkularen Trend zur Ein- oder Zweikinder-Familie und zu einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit zu stoppen oder umzudrehen. Die Steigerung der Geburtenrate von 14,7 pro 1.000 Einwohner im Jahre 1932 auf 18,6 im Jahre 1936 hatte keine familienpolitischen oder ideologischen Gründe, sondern vor allem wirtschaftliche. Es bestand ein gewisser Nachholbedarf im Bereich der Familienplanung seit der schweren ökonomischen Depression, der nun im Zeichen des Wirtschaftsaufschwunges zur Geltung kam. Auch kam es entgegen allen Versprechungen nicht zu einer Verringerung der Frauenerwerbstätigkeit, sondern im Zeichen der Hochkonjunktur zu einer Steigerung um 1,3 Millionen zwischen 1933 und 1939. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten stieg von etwa 4,6 Millionen 1932 auf 4,75 Millionen im Jahre 1933 und betrug 1934 5,5 Millionen. Das war trotz der Ehestandsdarlehen, die den Ausstieg aus dem Erwerbsleben fördern sollten, eine Steigerung von knapp zehn Prozent. Tatsächlich war dieser Anstieg auf den vermehrten Einsatz von unqualifizierten weiblichen Arbeitskräften zurückzuführen, die als Billiglohnarbeiterinnen besonders begehrt waren. Dagegen war in qualifizierten Berufsgruppen der Trend gegenläufig. Das zeigt auch die Statistik: Während bei weiblichen Selbständigen und Beamtinnen in den genannten Jahren ein Rückgang um 14 Prozent bzw. 5,5 Prozent zu verzeichnen war, vergrößerte sich der Anteil der Industriearbeiterinnen in derselben Zeit um über 20 Prozent, der Haushaltshilfen um 7,4 Prozent, der weiblichen Angestellten um 18,9 Prozent. Ein deutlicher Rückgang von Frauenbeschäftigung trat vor allem in den akademischen Berufen ein, nachdem Akademikerinnen per Gesetz aus ihren Berufen verdrängt bzw. am Studium gehindert wurden. Frauen durften überdies erst nach dem 35. Lebensjahr verbeamtet werden. Sie durften weder Richterinnen noch Anwältinnen werden.

Mit dem kriegsbedingten wachsenden Arbeitskräftebedarf wurde das Beschäftigungsverbot für Ehefrauen aufgehoben und das weibliche Pflichtjahr in Haus- und Landwirtschaft im Jahre 1938 eingeführt. Die "totale Mobilmachung" für Frauen blieb aus. Nur ledige Frauen wurden im Krieg dienstverpflichtet. Es gab jedoch weiterhin über 5,4 Millionen nicht erwerbstätige, aber erwerbsfähige verheiratete Frauen ohne Kinder. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nahm nach Kriegsbeginn zunächst sogar ab und erreichte erst 1942 wieder den Vorkriegsstand. Das war in der hohen Unterstützungsleistung für die Angehörigen der Soldaten begründet. Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften wurde überdies durch millionenfach zwangsverpflichtete ausländische Arbeitskräfte, sogenannte Fremdarbeiter gedeckt. Auch die sozialen Trennlinien wurden bei der Frauenarbeit trotz des schließlich verstärkten Kriegseinsatzes eingehalten: Die Dienstverpflichtung traf vor allem Frauen aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu, was zu einer wachsenden öffentlichen Kritik an der Privilegierung der bürgerlichen Frauen führte. Nach der Wende des Krieges 1943 wurden nur etwa 900.000 Frauen zusätzlich zur Arbeit verpflichtet. Aufgrund des Männermangels ließ man in den Hochschulen Frauen wieder verstärkt zum Studium zu, ebenso wie sie auch im Schulbereich nun als Lückenbüsserinnen dienen durften.

Frauen aus höheren sozialen Schichten wurden nicht selten von der allgemeinen Dienstverpflichtung freigestellt. Die Ressentiments gegen diesen Personenkreis, der sich durch Scheinarbeitsverhältnisse, Atteste und gute Beziehungen Vergünstigungen verschaffte, nahmen bei den weniger Privilegierten zu. Auch die verstärkten Kampagnen der nationalsozialistischen Frauenorganisationen gegen diese Zwei-Klassen-Behandlung führten allenfalls zu der resignierten Feststellung, daß die nationalsozialistische Frauenpolitik wenig Einfluß in NS-Partei und -Staat hatte.

Trotz ihrer 3,3 Millionen Mitglieder im Jahre 1939 blieben die NS-Frauenorganisationen unter der "Reichsführerin" Gertrud Scholtz-Klink, die an der Spitze der "Nationalsozialistischen Frauenschaft" sowie des "Deutschen Frauenwerkes" stand, ein kleines Häuflein von Ideologinnen, deren Kompetenz auf soziale Betreuung und Propaganda beschränkt blieb. Das lag in dem grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem traditionellen Frauenbild begründet, das vom Nationalsozialismus vertreten wurde, und den auch für eine Frauenorganisation geltenden Mobilisierungs- und Organisationsgesetzen, wollte sie sich politisch-organisatorisch behaupten. Denn es war kaum miteinander vereinbar, daß nach der NS-Ideologie einerseits die eigentliche Berufung von Frauen in der Erziehung von Kindern und im Haushalt

lag, daß andererseits aber die eigene Frauenorganisation öffentlich und politisch wirksam werden sollte. Hinzu kamen die schweren Belastungen für die Frauen bei der Bewältigung der alltäglichen häuslichen und familiären Probleme und Sorgen während des Krieges, die kaum Raum für politische und soziale Aktivitäten ließen. Schließlich erwuchs noch ein weiterer Widerspruch aus einer bürgerlichen Sexualmoral als Grundmuster der Familienpolitik und des sozialen Verhaltens einerseits und dem vor allem in der SS propagierten rassistischen NS-Züchtungsdenken andererseits, das zwischen ehelicher und nicht-ehelicher Mutterschaft keinen Unterschied mehr machte.

Die nationalsozialistische Frauenpolitik zeigt noch einmal die ganze Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik: den Widerspruch zwischen der Propaganda von der Volksgemeinschaft und dem Fortbestand sozialer Barrieren und Ungleichheit; den Widerspruch zwischen bürgerlich-traditionellen Leitbildern und rassistischen Ideologien; schließlich den Widerspruch zwischen den frauenpolitischen Vorurteilen bzw. Vorgaben und der sich verändernden sozialen Wirklichkeit. Denn nicht nur die Tatsache der politisch-organisatorischen Aktivitäten von Repräsentantinnen der NS-Frauenorganisation war allen ideologischen Aussagen zum Trotz ein kleines Stück sozialer und öffentlicher Existenzweiterung und Mobilität. Auch die Kriegswirtschaft und der Zusammenbruch brachten entgegen den ideologischen Prämissen des Regimes vor allem im Bereich von Dienstleistungsberufen, in denen Frauen immer unentbehrlicher wurden, ein weiteres Stück von sozialer Mobilität. Das gilt trotz der Tatsache, daß viele der Frauen Arbeit und Anerkennung nur als Lückenbüsserinnen fanden und daß sie zunächst nur auf Zeit diese sozialen Rollen übernehmen konnten.

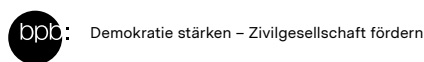
Das heißt aber nicht, daß die eindeutig rückwärtsgewandten frauen- und familienpolitischen Maßnahmen des Regimes, die einen Rückschritt für die Frauen bedeuteten, übersehen werden können. Das novellierte Ehe- und Scheidungsrecht, das 1938 eine eindeutige Verschlechterung des Rechtsstatus der Frau bedeutete, ist nur ein Beispiel unter vielen für die rechtliche Entmündigung und tatsächliche Schlechterstellung der Frauen. Hier kamen traditionelle Verhaltensmuster und Vorurteile, die die Rolle des Mannes stärken sollten, zusammen mit bevölkerungspolitischen Ideologien des Regimes, die zutiefst menschenverachtend und von einem rassistischen Materialismus geprägt waren.

Auszug aus: **Informationen zur politischen Bildung (Heft 266) - Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz**

[< Vorheriger Inhalt](#)

[Nächster Inhalt >](#)

Ausbau des Führerstaates ☆ **Machteroberung** ☆



[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



☰ Nationalsozialismus

Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz

Hans-Ulrich Thamer ⓘ
06.04.2005 / 29 Minuten zu lesen



Massive Rüstungswirtschaft und vorgeschriebene Arbeitsdienste senkten die Zahl der Erwerbslosen von sechs auf knapp eine Million 1937. Die "totale" Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft durch Wirtschaftslenkung und Zwangsorganisation der Arbeiter und Angestellten diente noch einem anderen Zweck: Sie schuf die Voraussetzungen für den geplanten Krieg.



Hitlerjugendliche bei einer Kundgebung im Jahr 1935. (© AP)

Zu den Inhalten springen

- ↓ Einleitung
- ↓ **Krisenüberwindung und Aufrüstung**
- ↓ Wirtschaftslenkung
- ↓ Scheitern der Autarkiepolitik
- ↓ Arbeiter- und Volksgemeinschaft
- ↓ Deutsche Arbeitsfront
- ↓ Führerprinzip im Betrieb
- ↓ Lebensstandard
- ↓ Landwirtschaft
- ↓ Mittelstand
- ↓ Rolle der Frauen

Einleitung

Auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik diente der Mobilisierung und Kontrolle der Gesellschaft. Es galt, die gesellschaftlichen Interessen und Organisationen nach ihrer Gleichschaltung neu zu formieren. Zugleich waren die Konsum- und Lebensansprüche der Bevölkerung zu befriedigen, von deren Erfüllung die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda abhing. Neben der Stabilitätssicherung der Diktatur sollte die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen mit der Rüstungspolitik der Aufstellung und Ausrüstung einer kriegsfähigen Wehrmacht bzw. der Kriegsvorbereitung dienen. Butter und Kanonen sollten darum gleichzeitig produziert werden. Aus dieser Doppelaufgabe entwickelte sich mehr und mehr ein Zielkonflikt. Denn die nationalsozialistische Führung trieb die Aufrüstung weit über das Leistungsvermögen von Wirtschaft und Gesellschaft hinaus. Das führte immer wieder zu Engpässen und Widersprüchen, auf die das Regime nicht etwa mit einer Drosselung des Rüstungstempos, sondern mit dem Ausbau des staatlichen Lenkungssystems reagierte. Mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Prioritäten auf die Rüstungsproduktion wurden die

industriewirtschaftlichen Strukturen wie die Lohn- und Beschäftigungssituation verzerrt und die Marktmechanismen zunehmend außer Kraft gesetzt.

Das macht Aussagen über Produktion und Gewinne sowie über Arbeit und Lohn in besonderer Weise branchenabhängig und verbietet Verallgemeinerungen. Zugleich tat sich eine Kluft zwischen den Verheißungen der Propaganda und der sozial-ökonomischen Wirklichkeit auf. Die nationalsozialistischen Ideologen hatten zum Kampf gegen die Herrschaft der Großindustrie und der Großbanken, der Warenhäuser und der großen Gewerkschaften aufgerufen; für die Sicherheit der Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden und Bauern wollten der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand und der Agrarpolitische Apparat der NSDAP eintreten. Doch bis zum Kriegsbeginn stieg der Anteil der Industrie am Sozialprodukt kontinuierlich, die Zahl der selbständigen Handwerker ging hingegen zurück und auch die Frauenerwerbstätigkeit nahm zu. Ebenso ging der Anteil der Landbevölkerung zurück; die Städte wurden nicht kleiner, sondern größer. Es gab kaum eine Großstadt, die nicht Erweiterungs- und Urbanisierungsprogramme entwickelte. Die säkularen Entwicklungslinien von Wirtschaft und Gesellschaft waren nicht gestoppt, sondern hatten sich beschleunigt.

Krisenüberwindung und Aufrüstung

Hitler hatte seinen Wählerinnen und Wählern Arbeit und Brot versprochen und sehr wohl gewußt, wie wichtig ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik für die Etablierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sein würde. Tatsächlich gelang es innerhalb von vier Jahren, die Arbeitslosigkeit fast vollständig zu beseitigen. Betrug die Zahl der Arbeitslosen im Januar – auch saisonbedingt – die Rekordziffer von sechs Millionen, so zeigte die Statistik im Jahresdurchschnitt 1933 noch 4,8 Millionen Erwerbslose, 1934 nur noch 2,7 Millionen, 1936 dann nur noch 1,6 Millionen, und 1937 schließlich lag ihre Zahl unter einer Million. In einigen Erwerbsbereichen gab es 1935 bereits einen Mangel an Facharbeitern.

Der Gewinn an Zustimmung und Legitimation, den Hitler aus dieser Entwicklung von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung ziehen konnte, sollte nicht unterschätzt werden. Er verdeckte in der zeitgenössischen öffentlichen Wahrnehmung auch eine Reihe von Unzuträglichkeiten wie eine sehr ungleichmäßige Lohnentwicklung und häufige Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die Tatsache, daß Wirtschaft und Arbeitsmärkte der übrigen Industrienationen sich längst nicht so schnell von der schweren Depression (vgl. auch Informationen zur politischen Bildung Nr. 261, "Weimarer Republik", S. 48 ff.) erholten, wurde vom Regime zusätzlich als Erfolg nationalsozialistischer Sozialpolitik reklamiert.

Tatsächlich hat ein ganzes Bündel von Maßnahmen das nationalsozialistische "Wirtschaftswunder" herbeigeführt. Daran hatten die eigentlichen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorkehrungen den geringeren, die rüstungswirtschaftlichen den größeren Anteil. Die Nationalsozialisten hatten bei ihrem Machtantritt ein Erbe vorgefunden, das neben den katastrophalen Rekordziffern von Arbeitslosen auch positive Ansätze erkennen ließ: Die Konjunktur hatte die Talsohle bereits durchschritten und Aufwärtstendenzen waren erkennbar. Die Krise hatte durchaus reinigende und einem Aufschwung förderliche Tendenzen mit sich gebracht, von denen nun die Nationalsozialisten profitieren konnten: Die Produktionskosten hatten sich beispielsweise erheblich verringert, weil vor allem die Löhne in der großen Krise dramatisch gesunken waren. Staatsinterventionistische Maßnahmen im Bereich der Preis- und Beschäftigungspolitik waren schon sehr weit vorgeprägt, genauso wie einige konjunkturpolitische Programme und Instrumente, die in Abkehr von der klassischen liberalen Wirtschaftstheorie auch um den Preis einer zunehmenden Staatsverschuldung auf eine erhöhte Staatsintervention zur Belebung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen setzten.

Diese antizyklische Politik, die von John Maynard Keynes (1883–1946) wirtschaftswissenschaftlich begründet wurde, hatte als Forderung nach einem staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm schon 1932 in das "Sofortprogramm der NSDAP" Eingang gefunden und wurde nun nach der Machtübernahme im September 1933 weitergeführt. Weil die wirtschaftlichen Auftriebstendenzen sich schon ankündigten, gab es unter Fachleuten starke Zweifel, ob noch zusätzliche staatliche Programme notwendig wären. Das Regime setzte jedoch andere politische Prioritäten. Die Beschäftigungspolitik sollte nicht länger primär wirtschaftspolitischen Zwecken dienen, sondern, so Hitler bereits am 8. Februar 1933 im Kabinett, unter dem "Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes" behandelt werden. Wollte man diese Funktionsverlagerung rasch verwirklichen, dann mußte jedoch sehr bald die kleine 100.000 Mann starke Reichswehr ausgeweitet werden. Noch gab es jedoch Begrenzungen durch die internationale Vertrags- und Machtsituation, die im Interesse der Absicherung der Machtergreifung im Innern vorerst nicht in Frage gestellt werden konnten. Daher wirkte das Bündel an konjunkturfördernden Maßnahmen zunächst in fast allen Wirtschaftssektoren, und die ersten Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs 1933/34 hatten äußerlich einen zivilen Charakter. Zu nennen sind folgende Maßnahmen, die den Aufschwung begünstigten:

- staatliche Investitionen bei Reichsbahn, Reichspost und beim Autobahnbau,
- Steuererleichterungen für Landwirtschaft, Wohnungsbau und Automobilindustrie,
- staatliche Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten im zunächst noch freiwilligen Arbeitsdienst und bei kommunalen Notstandsarbeiten,
- Ehestandsdarlehen für Arbeitnehmerinnen, die heiraten und ihren Arbeitsplatz aufgeben wollten.

Infrastrukturmaßnahmen

Das Schwergewicht der staatlich finanzierten Ausgaben lag bei den Verkehrsunternehmungen (1,684 Milliarden) sowie im Wohnungsbau (1,28 Milliarden) und in öffentlichen Bauten (1 Milliarde). Der Autobahnbau, in der Weimarer Republik bereits planerisch vorbereitet, war nicht nur der

spektakulärste, sondern auch ein besonders charakteristischer Teil der öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen. Es waren vorrangig die technikgläubigen, modernistischen Bestrebungen im Nationalsozialismus, die hinter den propagandistisch ins Gigantische gesteigerten Autobahnplänen standen. Aber auch rüstungspolitische Gesichtspunkte vor allem im Bezug auf die Streckenführung und die Vorbereitung auf den Mobilmachungsfall, wollte Hitler nicht ausschließen, obwohl eine Mitsprache von militärischer Seite bei der Planung nicht vorgesehen war. Zunächst hatte der Autobahnbau jedoch eine eindeutige arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Der geringe Einsatz von Baumaschinen hatte die nicht unerwünschte Nebenwirkung, daß bei den stattdessen bevorzugten Gerätschaften von Hacke und Schaufel noch mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen waren. Seit 1936 gab es allerdings angesichts der knapper werdenden Rohstoffe und Arbeitskräfte zunehmend Konflikte zwischen Rüstungswirtschaft und Autobahnbau. Nicht minder wichtig für den Rückgang der Arbeitslosigkeit waren Maßnahmen, bei denen die politisch-ideologische Absicht schon unverhüllt hervortrat. Im Juni 1935 wurde die sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht eingeführt und mit der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht die Wehrmacht aufgebaut.

Das Volumen der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme seit 1933 belief sich auf etwa sechs Milliarden Reichsmark. Vergleicht man diese Summe mit den Rüstungsausgaben des NS-Regimes, die von 720 Millionen Reichsmark im Jahre 1933 auf 10,8 Milliarden Reichsmark bereits im Jahre 1937 angestiegen waren, so wird das Übergewicht der Rüstungsförderung deutlich, die entscheidend zu dem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit beitrug.

Finanzierung

Finanziert wurden die gewaltigen Ausgaben längst nicht mehr aus dem Steueraufkommen und auch bald nicht mehr aus Mitteln der Arbeitsbeschaffungsprogramme. Die Vorfinanzierung auf Wechselbasis bot sich vielmehr als Verfahren an, um privates Kapital zu mobilisieren. Zunächst arbeitete die Regierung noch mit dem 1932 unter den Regierungen Franz von Papen und Kurt von Schleicher (1882–1934) entwickelten Arbeitsbeschaffungswechseln, die über Vorfinanzierungsinstitute und die Rediskontierung der Wechsel durch die Reichsbank ähnlich funktionierten wie dann später die sogenannten "Mefo-Wechsel". Damit entwickelte der renommierte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877–1970) ein System der Finanzwechsel, das eine "geräuschlose" und "verdeckte" Form der Finanzierung im Vorgriff erlaubte. Wenn die Wirtschaftskonjunktur wieder auflebte, so Schachts Überlegungen, dann könnten mit den entsprechend sprudelnden Steuereinnahmen die Wechselschulden zurückgezahlt werden.

Auf Veranlassung der Reichsbank und des Reichswehrministeriums gründeten im Mai 1933 vier bedeutende deutsche Unternehmen (Krupp, Siemens, Gutehoffnungshütte und Rheinmetall) eine "Metallurgische Forschungsgemeinschaft" (Mefo), die mit dem Grundkapital von einer Million Reichsmark ausgestattet wurde. Diejenigen Unternehmen, die vom Staat Rüstungsaufträge erhielten, zogen zur Bezahlung der Aufträge auf diese Firma die sogenannten Mefo-Wechsel, für die das Reich die Bürgschaft übernahm, ohne formell als Wechselschuldner zu erscheinen. Die Reichsbank rediskontierte diese Wechsel und gab ihnen damit den Charakter von Zahlungsmitteln. Die Lieferanten konnten ihre auf fünf Jahre laufenden Wechsel sofort bei den Banken einlösen. Zwischen 1934 und 1936 ließen sich auf diese Weise etwa 50 Prozent der Wehrmachaufträge decken.

Politisch war dieses Verfahren dem Regime sehr willkommen, ließ sich doch auf diese Weise der wahre Umfang der Aufrüstung verschleiern. Denn die Wechsel galten als Handelswechsel und tauchten darum nicht unter den staatlichen Rüstungsausgaben auf. Die finanzpolitisch bedenkliche Seite war Schacht sehr bewußt, und er hatte darum die Wechsel auf das Jahr 1938 terminiert. Denn mit dem Verfahren der Mefo-Wechsel war die Gefahr einer großen Inflation unausweichlich. Auch schien ein Konflikt mit Hitler für den Fall vorprogrammiert, daß er von seinen rüstungspolitischen Prioritäten nicht ablassen und eine termingerechte Einlösung der Wechsel mit Haushaltsmitteln verweigerte. Genau das trat 1938 ein. Das Regime tat trotz Drängen Schachts nichts, um den Bestand der Wechsel zu begrenzen, sondern ersetzte das Instrument der Wechsel schließlich durch andere Methoden einer noch geräuschloseren Finanzierung: durch Lieferschätzanweisungen, Steuergutscheine, erzwungene Reichsanleihen bei Sparkassen und durch die Abschöpfung von Spar- und Versicherungsgeldern. Dadurch wurden auch die nichtsahnenden Sparer zu mittelbaren Gläubigern des Reiches.

Das Reichsbankgesetz vom Februar 1937 bzw. vom Juni 1939 beseitigte schließlich alle Möglichkeiten der Reichsbank, weiteren Einfluß auf die Geldversorgung des Staates zu nehmen, der seinen Kreditbedarf nun hemmungslos zum alleinigen Maßstab für die Notenausgabe und die Kreditschöpfung machte. Produziert wurden dafür vor allem Rüstungsgüter (zwischen 1933 und 1939 verschlang das die Riesensumme von etwa 90 Milliarden Reichsmark), was vom "Standpunkt der volkswirtschaftlichen Reproduktion her gesehen einen reinen Verlust bedeutete" (Willi A. Boelcke).

Wirtschaftslenkung

Es spricht vieles dafür, daß 1935 ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gekommen war, der eine weitere staatliche Ausgabenpolitik und Verschuldung zum Zwecke der Krisenbekämpfung überflüssig gemacht hätte. Mitte 1935 hatte die Industrieproduktion wieder den Vorkrisenstand von 1928 erreicht und auch der Beschäftigungsstand näherte sich dem Niveau von 1928. Dennoch wurde die staatliche Ausgabenpolitik nun aus eindeutig rüstungspolitischen Motiven weitergeführt und auch die Selbstabkapselung vom Weltmarkt wurde – ebenfalls aus rüstungswirtschaftlichen Gründen – weiter betrieben. Der Devisen- und Rohstoffmangel verhinderte, daß die positive wirtschaftliche Konjunktur sich auch zu einer Stärkung des Massenkonsums entwickelte. Was in dieser Situation wirtschafts- und währungspolitisch notwendig gewesen wäre, stand den militärpolitischen Zielen Hitlers entgegen. Damit war in der Wirtschaftspolitik eine Wegmarke erreicht, an der sich entscheiden mußte, ob die bisherigen Ansätze zu einer staatlichen Reglementierung der Wirtschaft weiter zu einer Autarkiepolitik ausgebaut oder ob wieder eine Rückkehr zu einer liberalen Binnen- und Außenwirtschaft angestrebt werden sollte. Einschneidender

Ausdruck dieser Richtungsentscheidung war die Verkündung des Vierjahresplanes im September 1936, der als Folge einer erneuten und verschärften Devisenknappheit den endgültigen Übergang zur Kommandowirtschaft und zur Autarkiepolitik brachte.

Nach einer Phase des Experimentierens und Kampfes widerstreitender Interessen, die noch eine Mehrdeutigkeit verschiedener Wirtschaftsformen erlaubt hatte, wurden nun die Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik erkennbar. Nicht die Formel vom Ständestaat oder dem ständischen Aufbau der Wirtschaft, die die nationalsozialistische Propaganda eifrig verbreitet hatte, wurde zum Maßstab, sondern die staatliche Lenkung nach wie vor privatwirtschaftlicher Unternehmen. Die kapitalistische Wirtschaftsstruktur wurde nicht abgeschafft, sondern auf ein vorrangiges Ziel ausgerichtet, um vor allem eine kurzfristige Leistungssteigerung zu erreichen.

Begonnen hatte der staatliche Interventionismus im landwirtschaftlichen Bereich. Fortgesetzt wurde er mit Maßnahmen zum Aufbau einer Ersatzstoffproduktion seit 1934, um durch die Entwicklung der Benzin- und Kautschuksynthese unabhängig von Importen zu werden. Hermann Görings Vierjahresplanbürokratie realisierte dann in viel stärkerem Umfang die Lenkung von Teilbereichen der Wirtschaft wie etwa der Mineralöl- und Treibstoffproduktion, der Bunaherstellung (synthetischer Kautschuk), der Eisen- und Stahlerzeugung, der landwirtschaftlichen Produktion sowie der Preise, des Arbeitskräfteeinsatzes und der Devisenbewirtschaftung.



Quellentext

Vierjahresplan



Staat, Partei und Wirtschaft

Damit hatten sich – und das ist ebenso charakteristisch für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik – auch die Gewichte zwischen Privatwirtschaft, Wirtschaftsministerium und NS-Regime verschoben. Die Wirtschaftseliten und die staatliche Ministerialbürokratie im Wirtschaftsministerium hatten deutlich an Gestaltungskraft verloren, während Göring als Exponent des NS-Komplexes die Rolle eines Wirtschaftsdictators einnahm. Dies führte schließlich zum Ausscheiden von Schacht als Wirtschaftsminister 1937 und als Reichsbankpräsident 1939. Görings Lenkungspolitik bediente sich einer neuen Bürokratie, in der militärisches und industrielles Führungspersonal mit Exponenten der NS-Bewegung in Gestalt von Gau- und Reichsleitern zusammenwirkten. So wurde etwa das Vorstandsmitglied der IG Farben Carl Krauch zum Generalbevollmächtigten Chemie, hohe Offiziere aus dem Reichsluftfahrtministerium wurden zuständig für die Mineralöl- und Energiewirtschaft und die Gauleiter Walter Köhler und Adolf Wagner standen den Geschäftsgruppen Rohstoffverteilung und Preisbildung vor.

Mit der Ernennung von Carl Krauch erreichte die Verflechtung von NS-Politik und Wirtschaft eine neue Qualität. Durch seinen Einzug in die staatliche Wirtschaftslenkung erhielten nun ältere Konzepte der Chemieindustrie ein bestimmendes Gewicht, die unter Umgehung des Weltmarktes und ohne Rücksicht auf die Kosten synthetische Ersatzstoffe produzieren oder heimische Rohstoffe nutzen wollten. Zugleich war Krauch vom privatwirtschaftlichen Berater des Luftfahrtministeriums zum Vorsitzenden eines Quasi-Monopols mit staatlicher Lenkungs- und Kontrollkompetenz geworden. Dank seiner Tatkraft hatte er es auch geschafft, die Wirtschaftspolitik des Regimes von einer privatwirtschaftlichen Bürokratie organisieren zu lassen und damit ein Stück weit zu privatisieren, ohne daß er damit über die allgemeine Zielsetzung der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik bestimmen konnte.

Durch diese personelle Verflechtung wurde die Privatwirtschaft stärker an den NS-Staat gebunden und erlebte in ihren rüstungswirtschaftlich relevanten Sektoren eine starke Zunahme der Unternehmensgewinne. Für andere Unternehmen – vor allem im Konsumsektor – brachte die staatliche Wirtschaftslenkung eine deutliche Beschränkung ihrer Produktion. Denn das Regime besaß sowohl durch die Preis- und Lohnkontrolle sowie durch die Bewirtschaftung der Arbeitskräfte und die Verteilung bzw. Kontingentierung von Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln ein dirigistisches Instrumentarium.

Scheitern der Autarkiepolitik

Anspruch und Wirklichkeit des Vierjahresplanes klappten mitunter weit auseinander. Das galt sowohl für die Lenkungsvollmachten, von denen in bestimmten Sektoren nur zögernd Gebrauch gemacht wurde, als auch für die Autarkieziele, die bei Kriegsbeginn auch deshalb nur annähernd erreicht wurden, weil durch die forcierte Aufrüstung der Bedarf sprunghaft anstieg. So sank bei der Mineralölproduktion die Auslandsabhängigkeit zwischen 1936 und 1938 nur geringfügig von 66 auf 60 Prozent, auch die Buna-Produktion deckte trotz großer Anstrengungen bei Kriegsbeginn nur 50 Prozent des Bedarfs an Kautschuk.

Propagandistisch besonders spektakulär und wirtschaftspolitisch umstritten waren die Bemühungen um eine Steigerung der heimischen Eisenerzproduktion. Durch den Abbau und die Verhüttung heimischer minderwertiger Eisenerze sollte die Abhängigkeit von Exporten reduziert werden. Da dieses Verfahren äußerst kostspielig und wenig rentabel erschien, wollte die Schwerindustrie sich daran nicht beteiligen. Der daraus erwachsende Konflikt führte schließlich zur Gründung der "Reichswerke Hermann Göring für Erzbergbau und Eisenhütten", die den Abbau und die Verhüttung übernahmen und die Privatwirtschaft zur Übernahme von Aktien zwangen. Trotz dieser Anstrengungen und trotz der Einverleibung der österreichischen Erzproduktion (sie erreichte allein 23 Prozent des Eisenbedarfs) ergab sich bei Kriegsbeginn ein Selbstversorgungsgrad von nur knapp über 50 Prozent. Noch größer war und blieb die Auslandsabhängigkeit bei hochwertigen Stahlveredlern wie Mangan, Chrom und Wolfram. Auch die Selbstversorgung bei den wichtigsten Nahrungsmitteln, die bereits

1933/34 insgesamt bei etwa 80 Prozent lag, konnte nicht wesentlich gesteigert werden. Besonders bei der Fettversorgung klaffte eine Lücke von 40 bis 50 Prozent, während Grundnahrungsmittel wie Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch mit 90 bis 100 Prozent hinreichend vorhanden waren.

Die ökonomischen und sozialen Folgekosten der Autarkiepolitik waren beträchtlich. Die Verzerrung der ökonomischen Strukturen verschärfte sich, die Handlungsspielräume der Wirtschaft wurden immer enger. Es entstanden vielfach unrentable Produktionsstandorte, die an anderen Orten dringend benötigte Arbeitskräfte banden. "Die Decke wurde knapper und der Staat gezwungen, in wachsendem Maße zu entscheiden, wer die knapper werdenden Ressourcen bekommen würde" (Ludolf Herbst). Das verstärkte nicht nur die Tendenz zu Lenkung und Kontrolle, sondern auch zu Manipulation und Propaganda.

So versuchte das Regime mit einigem Erfolg, die Nachfrage der Bevölkerung nach Konsumartikeln auf solche Güter umzulenken, die reichlich vorhanden waren und im Inland produziert wurden. Das bedeutete meist, daß man hochwertige Produkte durch solche von minderer Qualität ersetzen mußte. Nicht Butter und Kanonen, sondern Kanonen und Vierfruchtmarmelade konnte das Regime bieten, keine feinen englischen Tuche, sondern Anzüge mit Zellstoffzusätzen. So kam es, daß die deutschen Ernährungs- und Konsumgewohnheiten trotz des erstaunlichen ökonomischen Aufschwunges eher bescheiden blieben und daß der Fleischverbrauch 1938 noch unter dem Niveau von 1929 lag, während sich der Absatz von Marmelade verdreifachte. Diesen Zustand nahm die Bevölkerung zwar nicht ohne Murren, aber doch ohne größeren Protest nicht zuletzt deswegen hin, weil sie sich noch allzu gut an die entbehrensreichen Jahre der großen Krise erinnerte und die Propaganda solche Enthaltensamkeit und Sparsamkeit zu "deutschen Tugenden" erklärte. So konnte das Regime seinen riskanten Balanceakt zwischen der Befriedigung des privaten Konsums und der Steigerung der Rüstungsausgaben im großen und ganzen erfolgreich durchstehen.

Arbeiter- und Volksgemeinschaft

Im Jahre 1933 hatten die Nationalsozialisten nur unbestimmte Vorstellungen davon, wie die neue Gesellschaftsordnung unter dem Hakenkreuz beschaffen sein sollte. Eine Volksgemeinschaft wollten sie schaffen. Eine Alternative zur pluralistisch-demokratischen Gesellschaft und zur konfliktreichen sozialen Wirklichkeit der Weimarer Republik sollte entstehen: Nicht der offene und institutionalisierte Konflikt sozialer Interessen, nicht Koalitionsrecht und Tarifvertrag, sondern die Versöhnung von Individuum und Masse, von Kapital und Arbeit in einer klassenübergreifenden Gemeinschaft, die soziale Sicherheit und Integration versprach.

Das waren soziale Verklärungen und Erwartungen, die ihre Wurzeln in den verschiedensten Gemeinschaftsideologien hatten, die im frühen 20. Jahrhundert in der Lebensreformbewegung und in der Jugendbewegung verkündet wurden, die aber auch in der Agitation von völkisch-nationalistischen Massenverbänden gegen das liberale und demokratische Gesellschaftskonzept der Weimarer Republik ihren Platz hatten. Aber auch im katholischen und sozialistischen Sprachhaushalt fanden sich solche Bilder von Gemeinschaft und sozialer Harmonie, die als Kontrast zu Klassenkampf und sozialer Spaltung eingesetzt wurden. Die Burgfriedensformel von 1914, mit der das kaiserliche Deutschland zur politischen Geschlossenheit jenseits aller Parteigrenzen aufrief, sowie das publizistisch verklärte Erlebnis der "Frontgemeinschaft" des Ersten Weltkrieges hatten den Gemeinschaftsparolen zusätzlichen Auftrieb gegeben. Auch die nationalsozialistische Ideologie von der Gesellschaft als einer Gesinnungs- und Willensgemeinschaft leitete sich aus dem Mythos der Schützengraben-Gemeinschaft ab. Daß diese Utopie durch das Zusammenbrechen der propagandistisch überhöhten "Inneren Front" in der Revolution vom November 1918 zerstört wurde, stellte den traumatischen Schock und das ideologische Gegenbild dar, die die nationalsozialistische Führungsriege umtrieb. Sie glaubte deshalb, sich an denjenigen rächen zu müssen, die sie für die Zerstörung dieser Illusion verantwortlich machte: an den "Novemberverbrechern", "Juden" und "Marxisten". Gleichzeitig galt es, für den Fall eines zukünftigen Krieges alles zu vermeiden, was eine erneute innere soziale Krise heraufbeschwören und die Massenloyalität gefährden könnte. Volksgemeinschaft in diesem Sinne mußte darum das Versprechen auf Integration und die Ausgrenzung von "Gemeinschaftsfremden" zugleich bedeuten.

Der Arbeiter- und Sozialpolitik kam in diesem Denkschema eine besondere Bedeutung zu: Sie sollte die soziale Kontrolle sichern und durch soziale Verlockungen die Massenzustimmung gewinnen. Die Arbeiterschaft, immerhin die größte Gruppe in der Gesellschaft, wurde deshalb von den Nationalsozialisten gleichermaßen gefürchtet und umworben. Sie wurde ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung beraubt und dadurch politisch entmündigt. Das Regime verlangte ihr in den "Arbeitsschlachten" der Kriegswirtschaft immer höhere Produktionsleistungen ab, versuchte sie aber umgekehrt durch Volksgemeinschaftsparolen propagandistisch zu ködern und durch sozialpolitische Fürsorge und Vergünstigungen zu gewinnen. Es charakterisierte einmal mehr das NS-Regime, daß es bei der Vernichtung des politisch-ideologischen Gegners ungleich größere Energien entfaltete als bei der Konzeption einer in sich schlüssigen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Arbeiterpolitik. Diese blieb von ständigen Improvisationen und Widersprüchen begleitet, die durch Phrasen vom "Sozialismus der Tat" und anderen erklärenden Parolen nicht ohne Erfolg verdeckt wurden. Damit wurden die sozialen Spannungen in die Kompetenzkonflikte der vielen nationalsozialistischen Massen- und Sonderorganisationen umgelenkt. Andererseits wurden die für alle Industriegesellschaften typischen sozial-kulturellen Nivellierungstendenzen durch soziale legale und propagandistische Versprechungen sowie durch soziale und materielle Verbesserungen für Arbeiter beschleunigt.



Quellentext

Zwangsgesellschaft der Arbeiterschaft



Deutsche Arbeitsfront

Die Nationalsozialisten hatten überraschend schnell die politischen und sozialen Organisationen der Arbeiterbewegung am 1. und 2. Mai 1933 in der für die nationalsozialistische Gleichschaltungstechnik charakteristischen Doppelstrategie eines betäubenden Massenfestes und einer anschließenden Gewaltaktion (vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 251, "Nationalsozialismus I", S. 47 f.) zerschlagen. Die Gründung einer nationalsozialistischen Massenorganisation, die an die Stelle der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft treten und diese kontrollieren sollte, zeigte dementsprechend alle Merkmale der Improvisation und eines internen Machtkompromisses. Der Auftrag der neuen Organisation war rasch bestimmt: Sie sollte die Arbeiter durch eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche gewinnen und kontrollieren. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 10. Mai 1933 unter der Schirmherrschaft von Adolf Hitler gegründet und durch den bisherigen Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley geführt wurde, erwuchs zwar bald zu einer gigantischen bürokratischen Konstruktion und wurde innerhalb des Regimes zu einem beträchtlichen Machtfaktor. Die Definition der sozial- und tarifpolitischen Kompetenzen der Massenorganisation blieb jedoch lange ebenso ungeklärt wie die Ausbildung arbeits- und sozialpolitischer Konzepte. Als Ziel seiner Massenorganisation verkündete Ley sehr vage die "Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat". Ein "absolutes Chaos von Gedanken", so gestand Ley später, sei ihm bei der Gründung der DAF begegnet. Er umschrieb damit einerseits die Verworrenheit der ständischen Gesellschaftsmodelle, die in den Jahren 1933/34 von Parteiaktivisten aus dem Arsenal der Propagandaformeln hervorgeholt wurden, andererseits aber auch die heftigen Auseinandersetzungen zwischen NSDAP, Reichsministerium und wirtschaftlichen Interessenvertretern über die Aufgaben der Arbeitsfront. Zunächst schien es, als könnten sich die versprengten Reste der NS-Linken, die sich in der nationalsozialistischen Gewerkschaftsbewegung, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), zusammengefunden hatten, mit ihrem Traum einer nationalsozialistisch geführten Einheitsgewerkschaft durchsetzen.

Die DAF wurde mit ihren zwei "Säulen", Arbeitern und Angestellten, als ständische Einrichtung aufgebaut. Später sollten als dritte und vierte Säule noch industrielle Unternehmer sowie der gewerbliche und handwerkliche Mittelstand hinzukommen. Die NSBO-Männer, die nach dem 2. Mai 1933 die provisorische Leitung der ehemaligen Gewerkschaftseinrichtungen übernommen hatten, versuchten über ihre formale Zuständigkeit hinaus Informationen über Löhne, Arbeitsplatzkapazitäten und Beschäftigtenzahlen zu bekommen, um arbeits- und tarifpolitische Ansprüche zu formulieren.

Daraufhin kam es bald zu Klagen der Unternehmer über den antikapitalistischen Radikalismus einzelner NSBO- und DAF-Obmänner. Ihnen wurde vorgeworfen, sie beharrten auf der Fortführung kollektiver Tarifverträge und hätten auch mit Gewaltmaßnahmen gedroht. Seit dem Sommer 1933 bemühte sich das Regime daraufhin schrittweise um eine "Entgewerkschaftlichung" der DAF: Im Juni 1933 wurden sogenannte "Treuhänder der Arbeit" eingesetzt, die der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstanden. Sie sollten sowohl über die Tarifordnungen und über Betriebsordnungen entscheiden als auch in Streitfällen schlichten. Die Treuhänder kamen in der Regel aus der privatwirtschaftlichen und staatlichen Arbeits- und Wirtschaftsverwaltung bzw. aus den Industrie- und Handelskammern. Die nationalsozialistische Propaganda feierte diese Einrichtung als "Überwindung des Klassenkampfes". Jedoch gaben allein schon die Herkunft, aber auch die dienstliche Stellung der Treuhänder die Garantie dafür, daß sie meistens den Interessen der Unternehmer bzw. der staatlichen Arbeitsverwaltung näherstanden als denen der Arbeiterschaft.

Im November 1933 mußte Ley sich endgültig der Zähmung der DAF fügen und in einen wohlklingenden "Aufruf an alle schaffenden Deutschen" einwilligen, der außerdem von Reichsarbeitsminister Seldte, Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt (1886–1950) sowie dem Parteibeauftragten für Wirtschaftsfragen Wilhelm Keppler (1882–1960) unterzeichnet wurde. Damit wurden endgültig alle Hoffnungen auf eine berufsständische oder gewerkschaftliche Interessenvertretung bzw. Kompetenzen in der Arbeits- und Sozialpolitik durch die DAF begraben. Statt dessen wurde sie auf die Erziehungs- und Betreuungsfunktion verwiesen, und es war kein Zufall, daß die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF) als Unterorganisation der DAF beinahe zur selben Zeit, nämlich am 27. November 1933 gegründet wurde. Damit sollte von dem gesellschaftspolitischen Kompetenzverlust abgelenkt und mit einer umfassenden Betreuung der Arbeiter im Alltag bis in die Freizeit hinein ein neues attraktives und populäres Betätigungsfeld eröffnet werden. Die verschiedenen Ämter der KdF-Organisation boten ein vielfältiges Programm, das Theateraufführungen ebenso umfaßte wie Weiterbildungskurse, Sportveranstaltungen und vor allem die sehr beliebten Wanderfahrten und Fernreisen. Damit knüpften die Freizeitorganisatoren der KdF nicht nur an die Tradition der Arbeiterbildungsvereine an, sondern nutzten und verstärkten auch die kulturellen Bedürfnisse einer modernen Massenzivilisation.

Nachdem der DAF mit dem Abkommen vom November 1933 die letzten gewerkschaftlichen und klassenkämpferischen Ansprüche genommen worden waren, gab auch der "Führer" des "Reichsstandes der deutschen Industrie" Gustav Krupp von Bohlen und Halbach am folgenden Tag seine Zustimmung zum Beitritt der Unternehmer zur DAF. Deren neue Organisationsstruktur vom Frühjahr 1934 und das "Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit" besiegelten die neuen Machtverhältnisse und Kompetenzregelungen. Die DAF wurde innerhalb der vier Säulen nach Branchen und Produktionssparten organisiert. In ihrer Struktur war sie parallel zu den Gliederungen der Politischen Organisation der NSDAP in einem vertikalen und zentralistischen Aufbau auf ein Zentralbüro ausgerichtet. Unter ihm entwickelte sich eine Hierarchie von 40.000 haupt- und 1,3 Millionen ehrenamtlichen Funktionären bis hin zu den Betriebszellen-, Straßen- und Blockwarten. Zuständig war die Großorganisation, die zuletzt etwa 25 Millionen Mitglieder zählte, für die soziale und kulturelle Betreuung der Arbeitnehmer, ihre fachliche Berufsausbildung und -förderung einschließlich der jährlichen "Reichsberufswettkämpfe" sowie für die politische Schulung. Auch wenn formal kein Beitrittszwang bestand, war es schwierig, sich dem Verband zu entziehen, zumal der DAF-Beitrag (1,5 Prozent) direkt vom Lohn abgezogen wurde.

Führerprinzip im Betrieb

Die tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen und -löhne war in die alleinige Zuständigkeit der

Treuhänder gefallen. Parallel dazu besiegelte die neue Arbeitsordnung das Ende der betrieblichen Mitbestimmung, die Unternehmer waren (vorerst) wieder Herren im Haus. In einer für das Regime charakteristischen pathetischen Sprache übertrug das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" das Führerprinzip auf die Betriebe. An der Spitze der "Betriebsgemeinschaft" stand der "Betriebsführer", dem die "Gefolgschaft" Treue und Gehorsam zu leisten hatte. Um das "gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft" zu vertiefen, wurden die Mitbestimmung durch die "Beratung", die Betriebsräte durch "Vertrauensräte" ersetzt. Als sich 1935 in den Wahlen zu den Vertrauensräten eine starke Opposition in Gegenstimmen abzeichnete, ging die Berufung der "Vertrauensmänner" auf die "Treuhänder" über. "Soziale Ehrengerichte", denen formal auch die "Betriebsführer" unterstanden, sollten unter Vorsitz eines "Treuhänders" im Streitfall die Harmonie der "Betriebsgemeinschaft" wiederherstellen. Die Rücknahme sozialer Rechte, wie sie der soziale Rechtsstaat der Weimarer Republik gewährt hatte, ging noch einige Schritte weiter. 1935 wurde das "Arbeitsbuch" eingeführt, das die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkte und den Weg zur staatlichen Kontrolle des "Arbeitseinsatzes" öffnete. Durch weitere Verordnungen war zu Kriegsbeginn die staatliche Lenkung der Arbeitskräfte in allen kriegswichtigen Wirtschaftszweigen eingeführt.

Dieser Verlust an politischen und sozialen Rechten wurde in der mehrheitlichen Wahrnehmung der Arbeiterschaft von dem raschen, wenn auch ungleichmäßigen Abbau der Arbeitslosigkeit und der Sicherung einer auskömmlichen materiellen Existenz aufgewogen. Das allein erklärt aber noch nicht die erstaunlich schnelle und weitgehend widerstandslose Unterordnung der Arbeiter unter den Nationalsozialismus. Hinzu kam nämlich die Auflösung alter Solidaritätsmuster durch die Wirtschaftskrise und die Erfahrung langer Arbeitslosigkeit, die viele Arbeiter von betrieblicher Solidarität und Disziplin ebenso entfremdete wie sie ihnen die Ohnmacht von Arbeiterorganisationen demonstrierte. Dieser Eindruck war in der autoritären Endphase der Weimarer Republik durch die massiven Kampagnen der politischen Rechtsparteien noch verstärkt worden. Durch diese Faktoren wurde die traditionelle Einbindung der Einzelnen in das proletarische Sozialmilieu, das aus Vereinen, Nachbarschaften und Selbsthilfeorganisationen bestand, zwar nicht völlig aufgelöst. Es verlor aber seine Orientierungskraft und identitätsstiftende Wirkung, als die Organisationen der Arbeiterbewegung in der Gleichschaltungspolitik von 1933 zerschlagen wurden. Die Folge davon war wiederum eine weitgehende Entpolitisierung der Arbeiterschaft. Ihre zunächst nur widerwillige Hinnahme der gewaltsam veränderten Situation verwandelte sich dann zunehmend in Zustimmung und Loyalität, als seit 1935 die Erfahrung eines nunmehr sicheren Arbeitsplatzes und sozialpolitischer Verlockungen auch die materielle und soziale Situation vieler Arbeiter veränderte.

Lebensstandard

Anfänglich hatte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt branchenspezifisch und regional sehr unterschiedlich verbessert: Die Arbeitslosenzahlen sanken in den Produktionszentren von Schwerindustrie und metallverarbeitender Industrie schneller als in der Textilindustrie und im übrigen Konsumgüterbereich; überdies ging die Arbeitslosigkeit bei Facharbeitern rascher zurück als bei Hilfsarbeitern; ältere und ganz junge Arbeitskräfte hatten es schwerer als die Generation der Familienväter.

Als die Rüstungskonjunktur zum Tragen kam, erhöhten sich auch die Einkommen der Arbeiterschaft und erreichten zwischen 1936 und 1939 wieder das Niveau der Jahre 1928/29. Das geschah aber nicht durch eine Anhebung des Stundenlohnes. Vielmehr ging der Lohnzuwachs meist auf die Überstunden zurück, die den Arbeitern bei anziehender Konjunktur aufgezwungen wurden.

Ein Teil von dem Lohnzuwachs wurde gleich wieder von scheinbar "freiwilligen" Abzügen vom Bruttolohn für DAF, Winterhilfswerk und ähnliche Spenden- und Sparaktionen aufgebraucht, so daß die Nettowochenverdienste erst in den Kriegsjahren 1941/42 das Vorkrisenniveau erreichten. Doch solche Berechnungen interessieren mehr die Statistik als die Wahrnehmung der Zeitgenossen, denen noch vor allem die Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit und damit die Vergleichsdaten der Krisenjahre in Erinnerung waren. Auch die Engpässe in der Versorgung und auf dem Wohnungsmarkt konnten den Eindruck greifbarer Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und die davon genährten Erwartungen weiterer, langfristiger Aufwärtsbewegungen nicht trüben. Hinzu kamen Leistungsanreize in Form von ausgeklügelten Staffelungen von Lohngruppen, die ebenso den Leistungswillen ansportelten wie die "Reichsberufswettkämpfe".

Landwirtschaft

Zu den Verlierern nationalsozialistischer Politik gehörten die beiden Gruppen, aus denen die NSDAP vor der Machtergreifung die größte Unterstützung bekommen hatte: die Bauern und in noch stärkerem Maße der gewerbliche Mittelstand. Weder konnte der Mittelstand seine protektionistischen Wünsche wirklich realisieren, noch fand eine Reagrarisierung der deutschen Gesellschaft statt. Die industrielle Produktion mit den politisch gesetzten Prioritäten erlangte den absoluten Vorrang vor allen anderen Sektoren der Wirtschaft. Während der "Ackermann" neben dem "Krieger" zu den herausgehobenen Symbolfiguren in der Propaganda des Dritten Reiches wurde und die Landwirtschaft als "Nährstand" zur tragenden Säule neben dem Wehrstand erklärt wurde, litten die Bauern unter den Zwängen der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung und Agrargesetzgebung. Doch sie blieben die Lieblingskinder der NS-Propaganda.

Lautstärkster Propagandist der "Blut- und Bodenideologie" war der Diplomkolonialwirt Walter Darré, der in seinen Büchern pathetisch ein neues "Adelsbauerntum" als "biologischen Kern" der künftigen Geschichte definiert hatte. Das Bauerntum als "Hauptquell des deutschen Volkes" sollte durch seine Verwurzelung im heimatlichen Grund und Boden ein gemeinschaftliches Bollwerk gegen die "Wurzellosigkeit" des großstädtischen Proletariats bilden. Damit wurde der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land ideologisch überhöht und in der NS-Propaganda mit scharfen antimodernistischen Ressentiments radikalisiert. Dieses ideologisch-propagandistische Gebräu zusammen mit Verheißungen eines wirkungsvollen Bauernschutzes hatte ausgereicht, um in der Aufstiegsphase der

NSDAP eine große Anhängerschaft unter den Bauern zu sichern.

Aufbau des Reichsnährstandes

Das NS-Regime knüpfte an traditionelle protektionistische Maßnahmen zugunsten der Großlandwirtschaft an und versuchte überdies durch eine ausufernde Propaganda, der Landwirtschaft das Gefühl zu vermitteln, daß ihre Nöte gesehen und ernst genommen würden. Diese auf die Großlandwirtschaft ausgerichtete Agrarpolitik von Ernährungsminister Alfred Hugenberg (1865–1951) bot Darré die Chance, die landwirtschaftlichen Organisationen unter seine Kontrolle zu bringen: die berufsständischen agrarischen Interessenorganisationen, das Genossenschaftswesen und die Landwirtschaftskammern. Nachdem bis Anfang Juni 1933 diese Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände abgeschlossen war und Darré zum Reichsbauernführer ernannt worden war, stand nach Hugenbergs Rücktritt Ende Juni 1933 und Darrés Ernennung zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft der Gleichschaltung der staatlichen Landwirtschaftspolitik nichts mehr im Wege. Dadurch konnte Darré eine im Vergleich zu anderen NS-Führern scheinbar ungewöhnliche Machtfülle auf sich vereinigen.

Mit der Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Organisation war die Möglichkeit zur Steuerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gegeben, die nicht nur alle Betriebe, sondern auch alle dort tätigen Personen umfaßte. Sie wurden unter dem Zwangsverband des Reichsnährstandes zusammengefaßt. Dieser zählte Mitte der dreißiger Jahre etwa 17 Millionen Mitglieder und versuchte mit einer strengen hierarchischen Gliederung einen umfassenden Kontrollanspruch durchzusetzen. Die Organisation umfaßte drei Hauptabteilungen, die einen allumfassenden Regulierungsanspruch anmeldeten. Gelenkt werden sollten erstens der Mensch, zweitens der Hof und drittens der Markt. Der Reichsnährstand gab sich nach außen weiterhin als eine Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts und eine berufsständische Einheitsorganisation, tatsächlich war er jedoch als Ausführungsorgan der staatlichen Wirtschaftslenkung ein Instrument zur Sicherung der Ernährung und zur Steigerung der Erzeugung.

Hauptbetätigung des Reichsnährstandes und des Reichsbauernführers waren die ideologische, sozialpolitische und kulturelle Betreuung seiner Mitglieder. Auch wurde versucht, das Marktgefüge und die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch ein dichtes Geflecht von Vorschriften und Verboten zu regeln. Es entstand ein Mammutsyndikat von Genossenschaften, Wirtschaftsvereinigungen und Fachämtern, die alle ernährungswirtschaftlichen Betriebe erfaßten.

Kaschiert wurde die Überbürokratisierung durch eine völkische Rhetorik, die ihren besonderen Ausdruck im jährlichen Ritual der Reichs-Erntedankfeste auf dem Bückeberg fand. Mit solchen Ereignissen sollte von der ständigen Ausdehnung des Festpreissystems auf Broterstellung, Getreidewirtschaft, Milchprodukte, Viehhaltung und Viehprodukte abgelenkt werden.

Als Krönung der agrarromantischen Ideologie galt das Reichserbhofgesetz vom September 1933. Es sollte den landwirtschaftlichen Besitz vor dem Ausverkauf an nichtbäuerliche Kapitalbesitzer schützen und umgekehrt den Bauern an seine Scholle binden. Es blieb auf mittelbäuerlichen Landbesitz bis zur Größe von 125 Hektar begrenzt und nahm auch den Großgrundbesitz aus. Der erhielt dadurch zwar weniger Schutz, aber um so mehr ökonomische Freiheiten. Bauer konnte nur sein, wer "deutschen oder stammesgleichen Blutes" war (§ 13). Dies war durch den großen Abstammungsnachweis zu belegen. Der Erbhof durfte nur ungeteilt auf einen Nachkommen vererbt werden. Miterben hatten nur ein Recht auf Berufsausbildung und Aussteuer.

Die Bilanz der Agrarpolitik war widersprüchlich. Der säkulare Trend einer Entagrarisierung wurde auch in der NS-Zeit nicht aufgehalten und hielt unvermindert an: Die dramatische Landflucht, der Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zwischen 1933 und 1939 um 440.000 und der auch durch den Wehrdienst bedingte Ausfall an Arbeitskräften ließen sich weder durch HJ-Landdienst noch durch Arbeitsdienst, Erntehilfe oder Pflichtjahr für Mädchen wettmachen. Erst der kriegsbedingte Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen schaffte eine nennenswerte Abhilfe. Auch konnten die sozialen Spannungen innerhalb des Dorfes und der Bauernschaft nicht überwunden werden. Für das Regime war jedoch das ideologische Moment letztlich weniger entscheidend als das machtpolitische Ziel der Eigenversorgung und Nahrungssicherheit. Darum wurden alle Experimente einer Bodenreform vermieden. Der mittel- und großbäuerliche Hof und der Gutsbesitz blieben das prägende Strukturelement.

Die Bilanz der agrarpolitischen Anstrengungen war teilweise positiv, auch wenn die hochgesteckten Erwartungen nicht erreicht wurden. Der Anteil der Selbstversorgung konnte von 68 Prozent auf 83 Prozent erhöht werden. Steigerungen wurden bei der Produktion von Brot, Getreide, Hülsenfrüchten, Eiern und Kartoffeln erzielt. Die Ernährungsbilanz bei Fetten, Futtermitteln und pflanzlichen Ölen blieb defizitär. Die Abschottung vom Weltmarkt mußten die Verbraucher mit erheblich überhöhten Preisen bezahlen.

Mittelstand

Noch größer waren die Enttäuschungen des alten Mittelstandes. Alle ständestaatlichen Träume waren spätestens 1934 ausgeträumt und auch alle Hoffnungen, sich der verhaßten Konkurrenz der Warenhäuser zu entledigen. Diese wurden zwar höher besteuert, blieben aber unentbehrlich. Statt dessen kam es zur Aufgabe vieler kleingewerblicher Unternehmen, da ihnen die Arbeitskräfte fehlten oder sie vom zunehmenden Wirtschaftsdirigismus wegrationalisiert wurden. Die schon seit Jahrzehnten herrschende relative Konzentrationstendenz blieb ungebrochen. Nur die größeren Geschäfte konnten von der ökonomischen Aufstiegsentwicklung der späten dreißiger Jahre profitieren. Eine Entschädigung für manche Enttäuschung, die der alte Mittelstand in Handwerk und Einzelhandel erleben mußte, sollte die Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz seit 1938 bringen. So manches ehemals jüdische Einzelhandelsgeschäft und Warenhaus wechselte auf dem widerrechtlichen Weg von Erpressung, Ausplünderung und einem scheinlegalen Erwerb den Besitzer.

Die Kriegswirtschaft brachte neue Gefährdungen für den Mittelstand und hier insbesondere für die leistungsschwachen Kleinbetriebe, waren doch nun vermehrt Schließungen von Geschäften und Betrieben an der Tagesordnung. Das Regime verstärkte damit, was es zu bekämpfen versprochen hatte: den gesellschaftlichen Wandel von einer kleingewerblich mittelständischen Ordnung zu einer großwirtschaftlichen Struktur.



Quellentext

Frauen im Nationalsozialismus



Rolle der Frauen

Auch in der nationalsozialistischen Frauenpolitik gab es den tiefen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die NS-Führer und Ideologen waren frauenpolitisch extreme Traditionalisten und überdies voller sozialdarwinistischer Vorurteile. Sie förderten die traditionellen Verhaltensmuster, nach denen Frauen sich auf Familie, Kinder und Haushalt zu konzentrieren hätten. Dazu gehörte auch ein energisches Einschreiten gegen die weibliche Erwerbsarbeit. Hinzu kamen spezifische Elemente der nationalsozialistischen Ideologie: Die ideologiebewußte Frau habe sich dem selbstlosen Dienst für Volk und Regime unterzuordnen. "Du gehörst dem Führer", lautete die Parole. Gewollte Kinderlosigkeit galt als eine Art "Fahnenflucht", schrieb man doch der Frau dann die Verantwortung für den angeblich "drohenden Volkstod" zu. Doch bald wurden die Spannungen zwischen der Ideologie und den Anforderungen der Wirtschaft, die im Zeichen der Rüstungskonjunktur zunehmend Arbeitsplätze benötigte, immer größer. Das von den Wirtschaftsbürokratien geforderte Instrument einer allgemeinen Frauendienstpflicht wurde jedoch auch im Krieg nicht überall umgesetzt. Dagegen standen die genannten ideologischen Voreingenommenheiten und die Sorge um eine allzu große Belastung der Familien durch den Krieg, die durch eine allgemeine Frauenarbeit nicht noch erhöht werden sollten.

Trotz verschiedener familien- und arbeitsmarktpolitischer Gesetzgebungsmaßnahmen gelang es den Nationalsozialisten jedoch nicht, den säkularen Trend zur Ein- oder Zweikinder-Familie und zu einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit zu stoppen oder umzudrehen. Die Steigerung der Geburtenrate von 14,7 pro 1.000 Einwohner im Jahre 1932 auf 18,6 im Jahre 1936 hatte keine familienpolitischen oder ideologischen Gründe, sondern vor allem wirtschaftliche. Es bestand ein gewisser Nachholbedarf im Bereich der Familienplanung seit der schweren ökonomischen Depression, der nun im Zeichen des Wirtschaftsaufschwunges zur Geltung kam. Auch kam es entgegen allen Versprechungen nicht zu einer Verringerung der Frauenerwerbstätigkeit, sondern im Zeichen der Hochkonjunktur zu einer Steigerung um 1,3 Millionen zwischen 1933 und 1939. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten stieg von etwa 4,6 Millionen 1932 auf 4,75 Millionen im Jahre 1933 und betrug 1934 5,5 Millionen. Das war trotz der Ehestandsdarlehen, die den Ausstieg aus dem Erwerbsleben fördern sollten, eine Steigerung von knapp zehn Prozent. Tatsächlich war dieser Anstieg auf den vermehrten Einsatz von unqualifizierten weiblichen Arbeitskräften zurückzuführen, die als Billiglohnarbeiterinnen besonders begehrt waren. Dagegen war in qualifizierten Berufsgruppen der Trend gegenläufig. Das zeigt auch die Statistik: Während bei weiblichen Selbständigen und Beamtinnen in den genannten Jahren ein Rückgang um 14 Prozent bzw. 5,5 Prozent zu verzeichnen war, vergrößerte sich der Anteil der Industriearbeiterinnen in derselben Zeit um über 20 Prozent, der Haushaltshilfen um 7,4 Prozent, der weiblichen Angestellten um 18,9 Prozent. Ein deutlicher Rückgang von Frauenbeschäftigung trat vor allem in den akademischen Berufen ein, nachdem Akademikerinnen per Gesetz aus ihren Berufen verdrängt bzw. am Studium gehindert wurden. Frauen durften überdies erst nach dem 35. Lebensjahr verbeamtet werden. Sie durften weder Richterinnen noch Anwältinnen werden.

Mit dem kriegsbedingten wachsenden Arbeitskräftebedarf wurde das Beschäftigungsverbot für Ehefrauen aufgehoben und das weibliche Pflichtjahr in Haus- und Landwirtschaft im Jahre 1938 eingeführt. Die "totale Mobilmachung" für Frauen blieb aus. Nur ledige Frauen wurden im Krieg dienstverpflichtet. Es gab jedoch weiterhin über 5,4 Millionen nicht erwerbstätige, aber erwerbsfähige verheiratete Frauen ohne Kinder. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nahm nach Kriegsbeginn zunächst sogar ab und erreichte erst 1942 wieder den Vorkriegsstand. Das war in der hohen Unterstützungsleistung für die Angehörigen der Soldaten begründet. Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften wurde überdies durch millionenfach zwangsverpflichtete ausländische Arbeitskräfte, sogenannte Fremdarbeiter gedeckt. Auch die sozialen Trennlinien wurden bei der Frauenarbeit trotz des schließlich verstärkten Kriegseinsatzes eingehalten: Die Dienstverpflichtung traf vor allem Frauen aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu, was zu einer wachsenden öffentlichen Kritik an der Privilegierung der bürgerlichen Frauen führte. Nach der Wende des Krieges 1943 wurden nur etwa 900.000 Frauen zusätzlich zur Arbeit verpflichtet. Aufgrund des Männermangels ließ man in den Hochschulen Frauen wieder verstärkt zum Studium zu, ebenso wie sie auch im Schulbereich nun als Lückenbüsserinnen dienen durften.

Frauen aus höheren sozialen Schichten wurden nicht selten von der allgemeinen Dienstverpflichtung freigestellt. Die Ressentiments gegen diesen Personenkreis, der sich durch Scheinarbeitsverhältnisse, Atteste und gute Beziehungen Vergünstigungen verschaffte, nahmen bei den weniger Privilegierten zu. Auch die verstärkten Kampagnen der nationalsozialistischen Frauenorganisationen gegen diese Zwei-Klassen-Behandlung führten allenfalls zu der resignierten Feststellung, daß die nationalsozialistische Frauenpolitik wenig Einfluß in NS-Partei und -Staat hatte.

Trotz ihrer 3,3 Millionen Mitglieder im Jahre 1939 blieben die NS-Frauenorganisationen unter der "Reichsführerin" Gertrud Scholtz-Klink, die an der Spitze der "Nationalsozialistischen Frauenschaft" sowie des "Deutschen Frauenwerkes" stand, ein kleines Häuflein von Ideologinnen, deren Kompetenz auf soziale Betreuung und Propaganda beschränkt blieb. Das lag in dem grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem traditionellen Frauenbild begründet, das vom Nationalsozialismus vertreten wurde, und den auch für eine Frauenorganisation geltenden Mobilisierungs- und Organisationsgesetzen, wollte sie sich politisch-organisatorisch behaupten. Denn es war kaum miteinander vereinbar, daß nach der NS-Ideologie einerseits die eigentliche Berufung von Frauen in der Erziehung von Kindern und im Haushalt

lag, daß andererseits aber die eigene Frauenorganisation öffentlich und politisch wirksam werden sollte. Hinzu kamen die schweren Belastungen für die Frauen bei der Bewältigung der alltäglichen häuslichen und familiären Probleme und Sorgen während des Krieges, die kaum Raum für politische und soziale Aktivitäten ließen. Schließlich erwuchs noch ein weiterer Widerspruch aus einer bürgerlichen Sexualmoral als Grundmuster der Familienpolitik und des sozialen Verhaltens einerseits und dem vor allem in der SS propagierten rassistischen NS-Züchtungsdenken andererseits, das zwischen ehelicher und nicht-ehelicher Mutterschaft keinen Unterschied mehr machte.

Die nationalsozialistische Frauenpolitik zeigt noch einmal die ganze Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik: den Widerspruch zwischen der Propaganda von der Volksgemeinschaft und dem Fortbestand sozialer Barrieren und Ungleichheit; den Widerspruch zwischen bürgerlich-traditionellen Leitbildern und rassistischen Ideologien; schließlich den Widerspruch zwischen den frauenpolitischen Vorurteilen bzw. Vorgaben und der sich verändernden sozialen Wirklichkeit. Denn nicht nur die Tatsache der politisch-organisatorischen Aktivitäten von Repräsentantinnen der NS-Frauenorganisation war allen ideologischen Aussagen zum Trotz ein kleines Stück sozialer und öffentlicher Existenzweiterung und Mobilität. Auch die Kriegswirtschaft und der Zusammenbruch brachten entgegen den ideologischen Prämissen des Regimes vor allem im Bereich von Dienstleistungsberufen, in denen Frauen immer unentbehrlicher wurden, ein weiteres Stück von sozialer Mobilität. Das gilt trotz der Tatsache, daß viele der Frauen Arbeit und Anerkennung nur als Lückenbüsserinnen fanden und daß sie zunächst nur auf Zeit diese sozialen Rollen übernehmen konnten.

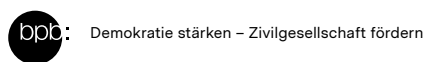
Das heißt aber nicht, daß die eindeutig rückwärtsgewandten frauen- und familienpolitischen Maßnahmen des Regimes, die einen Rückschritt für die Frauen bedeuteten, übersehen werden können. Das novellierte Ehe- und Scheidungsrecht, das 1938 eine eindeutige Verschlechterung des Rechtsstatus der Frau bedeutete, ist nur ein Beispiel unter vielen für die rechtliche Entmündigung und tatsächliche Schlechterstellung der Frauen. Hier kamen traditionelle Verhaltensmuster und Vorurteile, die die Rolle des Mannes stärken sollten, zusammen mit bevölkerungspolitischen Ideologien des Regimes, die zutiefst menschenverachtend und von einem rassistischen Materialismus geprägt waren.

Auszug aus: **Informationen zur politischen Bildung (Heft 266) - Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz**

[< Vorheriger Inhalt](#)

[Nächster Inhalt >](#)

Ausbau des Führerstaates ☆ **Machteroberung** ☆



[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)





Wintersachen-Sammlung
für die Front, 1941



> Der Zweite Weltkrieg

Alltagsleben

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges veränderte sich das Leben der Zivilbevölkerung entgegen weitgehenden Befürchtungen zunächst nicht grundlegend. Das [NS-Regime](#) scheute sich, der Bevölkerung allzu große Opfer abzuverlangen, und es bemühte sich auch durch Aufrechterhaltung eines

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1939 1940



☰ KAPITEL

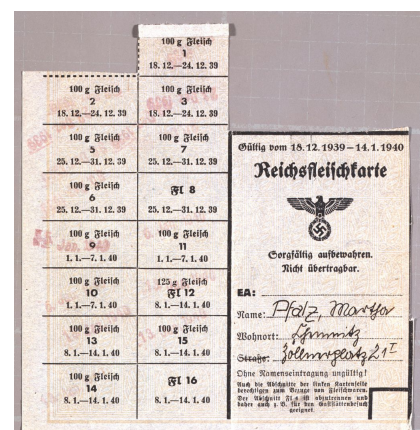


ausgedehnten [Kulturbetriebs](#) um Alltagsnormalität. Nahezu jede deutsche Familie hatte im [Verlauf des Krieges](#) einen Sohn, Bruder, Vater, Ehemann oder Verlobten an der Front. Eine auch unter moralischen Aspekten ständig propagierte "Heimatfront" sollte Verbundenheit, Zuversicht und vor allem Treue der deutschen Bevölkerung - besonders auch der weiblichen - gegenüber den Frontsoldaten dokumentieren, von deren Kriegsalltag sie zumeist in Feldpostbriefen und während des Heimaturlaubs erfuhren. Galt die alltägliche Sorge der Deutschen zunächst nur dem Leben des Familienmitgliedes an der Front, so wurde der Tod durch Ausweitung der alliierten [Luftangriffe](#) ab 1942 auch für die Großstadtbewohner zu einem ständigen Begleiter.

Lebensmittelrationierung

Von einer Kriegsbegeisterung konnte nach dem deutschen [Überfall auf Polen](#) am 1. September 1939 in Deutschland keine Rede sein. Zu frisch war die traumatische Erinnerung an den [Ersten Weltkrieg](#) ein Vierteljahrhundert zuvor mitsamt seinen katastrophalen Folgen. Die miserable Lebensmittelversorgung und die Hungerjahre 1916 bis 1919 waren im Bewusstsein vieler Erwachsener vor allem in den Städten noch zu präsent. Ähnlich bedrückt war die Stimmung auf dem Land, wo der Entzug von Arbeitskräften und Pferden Probleme aufwarf. Das NS-Regime war sich der mangelnden Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung bewusst, und es hatte aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges frühzeitig seine Lehren gezogen: Seit 1937 war die Rationierung von Lebensmitteln, Treibstoff, Kohle und anderen Versorgungsgütern im Reichsverteidigungsrat minutiös vorbereitet worden. Durch gute Ernten 1938 und 1939 waren die Vorratslager zudem reichhaltig gefüllt. Bei Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch war ein Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent erreicht worden.

Stufenweise wurde bei Kriegsbeginn die Zwangsrationierung eingeführt. Fett, Fleisch, Butter, Milch, Käse, Zucker und Marmelade waren ab dem 1. September 1939 nur noch gegen Lebensmittelkarten erhältlich; Brot und Eier folgten ab dem 25. September. Mitte Oktober 1939 wurde für die nicht Uniform tragende Bevölkerung die Rationierung von Textilien mittels einer ein Jahr gültigen "Reichskleiderkarte" eingeführt. Der Bezugsschein bestand aus 100 Punkten, die beim Kauf von

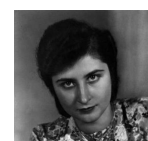


Lebensmittelkarte, 1939/40



ZEITZEUGIN

[Annelies Jandt:
Meine Hochzeit
im Krieg 1940](#)



ZEITZEUGIN

[Ilse Schier-
Weimann: Berlin
im Krieg](#)



Textilien abgerechnet wurden. Ein Paar Strümpfe "kostete" 4 Punkte, ein Pullover 25 Punkte, ein Damenkostüm 45 Punkte.

Trotz der von den Nationalsozialisten propagierten agrarischen "Erzeugungsschlacht" verlagerte sich der Ernährungsschwerpunkt während des Krieges auf Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Mehl und Zucker. Muckefuck, ein dünner Ersatzkaffee aus Gerste oder Eicheln, ersetzte zumeist den Bohnenkaffee. Ersatzkuchen wurden aus Mohrrüben oder Kartoffeln gebacken, die Ersatzmarmelade wurde aus Steckrüben hergestellt. Brot war nahezu im vorherigen Umfang erhältlich, wenn auch mit abnehmender Qualität. Ein "Normalverbraucher" erhielt in den ersten beiden Kriegsjahren pro Woche u.a. 2.250 Gramm Brot, 500 Gramm Fleisch und rund 270 Gramm Fett. Schwerarbeiter erhielten im Bezugssystem ebenso Sonderzulagen wie werdende Mütter oder Kinder. Nur sie kamen in den Genuss von Vollmilch, die übrigen Verbraucher erhielten Magermilch. Trotz Nahrungsmittelentbehren und eines kritischen Versorgungsjahres 1942 mit einer verschärften Rationierung und einem allmählich einsetzenden Mangel an Fett gab es im Deutschen Reich während des Kriegs keine ernsthaften Ernährungsprobleme. Zur Versorgung der deutschen Bevölkerung wurden die besetzten Gebiete rücksichtslos ausgebeutet und der "Tod durch Verhungern" in Osteuropa gezielt herbeigeführt.

Juden hingegen erfuhren auch im Bezugssystem von Nahrungsmitteln und Textilien starke Diskriminierungen und öffentliche Demütigungen; gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung erhielten Juden für ihre Lebensmittelkarten in den für sie bestimmten Läden deutlich weniger Kalorien zugeteilt. Verfolgung und Entrechtung von Juden hatten mit Kriegsbeginn in Deutschland an Schärfe deutlich zugenommen. Eine medizinische Versorgung existierte für Juden nur noch in Ansätzen. Schrittweise verboten wurde ihnen der Besitz von Radio- und Telefongeräten, Kraftwagen oder das Halten von Haustieren. Um sich als jüdischer "Reichsfeind" öffentlich zu erkennen zu geben, musste ab dem 19. September 1941 jeder Jude ab dem sechsten Lebensjahr einen gelben Stern deutlich sichtbar auf der Kleidung tragen.

Einsatz an der "Heimatfront"

Aus Sorge vor sozialen Unruhen und sinkender Kriegsmoral sollten den "arischen" Deutschen hingegen bewusst nur mäßige Opfer abverlangt und so lange wie möglich eine



Mann mit dem "Judenstern" am Mantel, 1941



"Normalität" des Alltagslebens aufrecht erhalten werden. Zur Befriedigung materieller Bedürfnisse wurde die Produktion der Konsumgüterindustrie kaum gedrosselt. Die vorbereitete wirtschaftliche Mobilmachung und generelle weibliche Dienstverpflichtungen unterblieben in den ersten Kriegsjahren. Das Arbeitspotential der Frauen blieb im Gegensatz zu Großbritannien und den USA relativ ungenutzt. Mit 14,9 Millionen erwerbstätigen Frauen im September 1944 wurde der Vorkriegsstand vom Sommer 1939 nur um 300.000 Frauen übertroffen. Der Arbeitskräftebedarf deckte sich vor allem durch allgegenwärtige [Zwangsarbeiter](#) und [Kriegsgefangene](#), jedoch auch durch Umschichtungen weiblicher Arbeiterinnen von stillgelegten oder kriegsunwichtigen Betrieben in die Land- und [Kriegswirtschaft](#) sowie junger Berufsanfängerinnen in den Verwaltungssektor. Für weibliche Jugendliche ab 18 Jahren wurde 1939 der sechsmonatige [Reichsarbeitsdienst](#) (RAD) verpflichtend. Ab August 1941 verlängerte sich der RAD um ein halbes Jahr "Kriegshilfsdienst" im [Luftschutz](#), in sozialen Einrichtungen, Krankenhäusern, kinderreichen Familien oder Verkehrsbetrieben. "Auf allen Lebensgebieten, wo es an Männern fehlt, hat die Frau den Mann zu vertreten", wie es offiziell hieß und propagandistisch dokumentiert wurde. Im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen waren dabei ab Oktober 1939 ihren männlichen Kollegen im Lohnniveau ebenso gleichgestellt wie Akkordarbeiterinnen in den Rüstungsbetrieben ab 1940. Höhere Löhne, verbesserte Arbeiter- und Mutterschutzgesetze oder massive staatliche Wohlfahrtsleistungen sollten die Stabilität der "Heimatfront" trotz stufenweiser Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 50 oder mehr Stunden und verschlechterter Lebensbedingungen aufrechterhalten.

Im Zweiten Weltkrieg verstärkte sich der Zugriff auf die Jugendlichen, deren Alltag immer weniger von der Schule an sich bestimmt wurde. Alljährlich wurden Kinder und Jugendliche während des Krieges klassenweise zum Ernteeinsatz verpflichtet. Zu ihrem Alltag gehörten nunmehr auch das Auflesen von Kartoffelkäfern oder von den von alliierten Flugzeugen abgeworfenen Brandplättchen sowie Verladedienste und die Verteilung von nationalsozialistischem Propagandamaterial. Vielfältigen Sammelaktionen waren über die Schulen oder die [Hitler-Jugend](#) (HJ) organisiert. Sie sollten die Opferbereitschaft der Deutschen und den Geist einer solidarischen "[Volksgemeinschaft](#)" beschwören. Alltägliche Erscheinungen im Straßenbild waren die Sammlungen für das



Zwangsarbeiter in Wernigerode, 1943



Straßenbahnschaffnerin beim Kriegshilfsdienst

[Kriegswinterhilfswerk](#) oder die "Schulaltstoffsammlungen", bei denen die Angehörigen der HJ Altpapier, Spinnstoffe oder Metalle sammelte. Ab April 1940 riefen die Behörden regelmäßig zur "Metallspende" für die Rüstungsbetriebe auf. Erfrierungen von Wehrmachtssoldaten an der [Ostfront](#) führten ab dem Winter 1941/42 zu Sammelaktionen von Winterbekleidung und Decken. Nicht jeder Deutsche gab seinen Mantel oder einen teuren Pelz dabei bereitwillig her.

Ablenkung vom Kriegsalltag

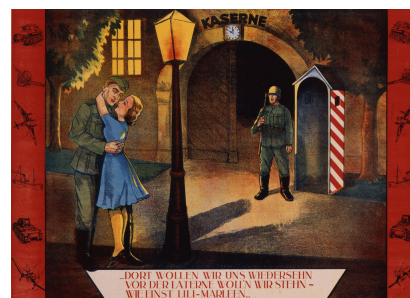
Radio hören und Lesen gehörten zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen von Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen. Eine Flut von kriegsverherrlichender Literatur erstreckte sich für sie in den Buchhandlungen. Über die Volksempfänger hörten die Deutschen neben den einseitigen Siegesmeldungen der Wehrmachtsberichte bekannte Schlager wie "Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern" und vor allem "Lili Marleen", das wie kein zweites Lied Emotionen weckte und in den Wunschkonzerten gespielt wurde. Der Unterhaltungsfilm "Wunschkonzert" wurde zu einem der erfolgreichsten Filme der NS-Zeit. Im Mittelpunkt des Films stand die äußerst populäre Radiosendung "Wunschkonzert für die Wehrmacht", das die Verbindung zwischen Heimat und Front aufrechterhalten sollte und in der Grüße und Musikwünsche ausgetauscht oder Geburten den fernen Vätern bekanntgegeben wurden. Jeden Sonntag wurde das "Wunschkonzert" von rund der Hälfte der deutschen Bevölkerung verfolgt.

Obwohl vollbesetzte Stadien geradezu ideale Ziele alliierter Bomber gewesen wären, gingen wöchentlich hunderttausende Menschen auf der Suche nach Freizeitvergnügen und Zerstreuung zu Fußballspielen, auch wenn diese wegen der Gefahr von Luftangriffen häufig verlegt und recht kurzfristig angesetzt wurden. Zu Zwecken der [Propaganda](#) diente der Fußball allerdings wenig, wie Propagandaminister [Joseph Goebbels](#) nach einer 2:3 Niederlage der deutschen Nationalmannschaft gegen Schweden im Berliner Olympiastadion am 20. September 1942 in seinem Tagebuch festhielt: Da 100.000 Zuschauer, denen das Spiel "mehr am Herzen lag als die Einnahme irgendeiner Stadt im Osten", das Stadion deprimiert verließen, "müßte man für die Stimmung im Inneren eine derartige Veranstaltung ablehnen".

Stattdessen sollten beliebte Filmstars der Zeit wie [Hans Albers](#), [Heinz Rühmann](#), [Willy Birgel](#), [Hans Moser](#) oder [Marika Rökk](#) die



Illustrierter Film-Kurier zum Spielfilm "Wunschkonzert", 1940



Plakat zum Lied "Lili Marleen", um 1943

Menschen von ihren Alltagsorgen ablenken.

Schauspielerinnen wie [Zarah Leander](#), [Kristina Söderbaum](#), Anna Dammann (1912-1993) und vor allem [Ilse Werner](#) - die "Traumfrau" in der ersten Hälfte der 40er Jahre - genossen Vorbildcharakter, denen viele Frauen trotz Rationierung von Textilien und Mangel an Kosmetikartikeln im Aussehen nachzueifern trachteten. Im ersten Kriegsjahr - in der Saison 1939/40 - wurde im Deutschen Reich erstmals die Grenze von einer Milliarde Kinobesucher überschritten. In den [Kinos](#) liefen zumeist bewusst unpolitische Unterhaltungsfilme, viele Publikumserfolge wie "...reitet für Deutschland" (1941) transportierten jedoch unterschwellig auch eine eindeutig politische Botschaft. Klassiker wie "Münchhausen" (1943) oder "Die Feuerzangenbowle" (1944) dienten in den letzten Kriegsjahren, als die vor dem Hauptfilm gezeigte "Wochenschau" für die Deutschen nur noch wenig Erfreuliches von den Fronten zu berichten hatte, immer häufiger der Zerstreuung.

Luftangriffe und Stimmung in der Bevölkerung

Die Luftsirenen in den Großstädten ertönten ab 1942 häufiger, Verdunklungen waren an der Tagesordnung, und immer öfter mussten Menschen in drangvoller Enge zermürende Nächte in Luftschutzräumen oder Hauskellern verbringen. Der nach den Luftangriffen anschließend tagelang über der Stadt liegende Geruch von Feuer, verbranntem menschlichem Fleisch und Fäulnis war ihnen auch Jahre nach Kriegsende noch präsent. Vom Luftschutz angebotene "Volksgasmasken" sollten Schutz vor der gefürchteten Rauchentwicklung nach Angriffen bieten. Die [Kinderlandverschickung](#) (KLV) und Evakuierungsmaßnahmen ganzer Familien nahmen ebenfalls an Ausmaß zu, allein 1943 verließen über 700.000 Berliner die Reichshauptstadt. Zehntausende Ausgebombter mussten in Notquartieren untergebracht und von der [NS-Volkswohlfahrt](#) (NSV) unterstützt werden. Um Papier zu sparen, erschienen zahlreiche Zeitungen und Illustrierte mit Durchhalteparolen nur noch in Sonderausgaben, oder ihr Erscheinen wurde vollständig eingestellt. Verschiedene Waren konnten allein auf dem Schwarzmarkt erworben werden, der als "Kriegswirtschaftsverbrechen" drastisch bestraft wurde, aber dennoch blühte. Missstimmungen gegen die als privilegiert geltenden "Parteibonzen" der [NSDAP](#) nahmen zu, und auch [Adolf Hitler](#) wurde davon nun nicht mehr ausgenommen. Den Weg in den aktiven [Widerstand](#) fanden allerdings nur wenige



Frau mit "Volksgasmaske" nach einem Luftangriff, 1944



ZEITZEUGE
[Jutta Schneider:](#)
[Im KLV-Lager](#)
[1941](#)

Deutsche.

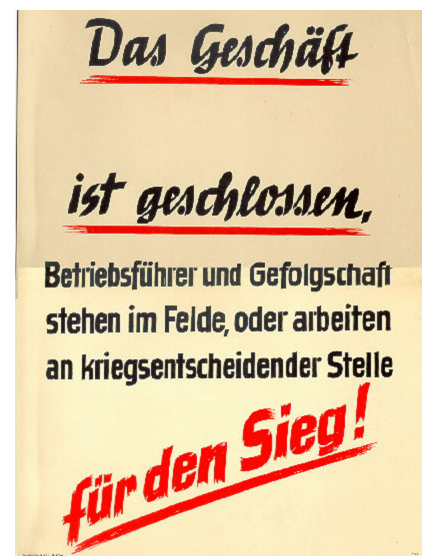
Wurden Hitler nach dem deutschen [Sieg über "Erbfeind" Frankreich](#) im Sommer 1940 von den meisten Deutschen geradezu abgöttische Sympathien zuteil, so zweifelten im weiteren Kriegsverlauf - als die Gefallenenlisten bisher unbekannte Ausmaße annahmen - immer mehr "Volksgenossen" am "Geschick des Führers". Nach der Kapitulation der 6. Armee in [Stalingrad](#) im Februar 1943 und der sich unmittelbar anschließenden deutsch-italienischen Niederlage im [Afrikafeldzug](#) veränderte sich die Stimmungslage im Deutschen Reich dramatisch. Die Moral in der Bevölkerung sank rapide. Zweifel am "Endsieg" wurden lauter, die - wenn sie in der Öffentlichkeit fielen - mit drakonischen Strafen belegt wurden. Kriegsmüdigkeit und Defätismus nahmen spürbar zu, zugleich aber auch die Angst, dafür denunziert und drastisch bestraft zu werden.

Kriegswende und Kriegsende

Die Ausrufung des "[Totalen Krieges](#)" durch Goebbels wenige Tage nach der Niederlage in Stalingrad im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 sollte die Mobilisierung sämtlicher materiellen und personellen Ressourcen zur Folge haben. Ende Juli 1944 wurden alle "kriegsunwichtigen" Betriebe und Geschäfte geschlossen. Der NS-Staat verpflichtete nun große Teile der Bevölkerung zur Arbeit in der Rüstungsindustrie. Fast alle waffenfähigen Männer waren in der Wehrmacht, in der [Waffen-SS](#) oder bei Polizeieinheiten.

Die Sorgen der Deutschen galten nun nicht mehr allein dem Wohlergehen des erwachsenen Familienmitgliedes an der Front, sondern im zunehmenden Maße auch dem noch halbwüchsigen Sohn oder Bruder. Immer häufiger stellten Schulen das am 8. September 1939 eingeführte Notabitur aus, ein Abgangszeugnis, das bei Einberufung zum Militär als Reifezeugnis diente. 14- bis 18-jährige Hitlerjungen wurden in Wehrtüchtigungslagern in Militärtaktik unterrichtet und an Waffen ausgebildet. Mit der Erweiterung der Wehrpflicht ab August 1943 wurden auch Jungen unter 18 Jahren direkt aus den Lagern in die [Wehrmacht](#) eingezogen. Bereits 15-Jährige mussten ab 1943 die zur Front abkommandierten Flaksoldaten als "Luftwaffenhelfer" ersetzen, häufig mit tödlichem Ausgang. Mit Einberufung des [Volkssturms](#) im Herbst 1944 standen die Halbwüchsigen schließlich mit der Waffe in der Hand dem Feind auch unmittelbar gegenüber.

Angst bestimmte in den letzten Kriegsmonaten den Alltag von



Aushang zur Geschäftsschließung wegen Einberufung des Inhabers, um 1944

Millionen Deutschen, die einer ungewissen Zukunft entgegblickten. Die jahrelange hasserfüllte Propaganda gegen die "Bolschewisten" wirkte, und die Verbrechen schlugen zurück auf die Deutschen. Aus Angst vor der Roten Armee setzten sich ab Oktober 1944 aus Ostpreußen und Schlesien gewaltige [Flüchtlingstrecks](#) nach Westen in Bewegung, nachdem von Rotarmisten an der deutschen Zivilbevölkerung begangene Grausamkeiten wie Ermordung, Verschleppung oder Vergewaltigung bekannt geworden waren. Im Westen des Reiches hingegen wurden Briten und Amerikaner zumeist freundlich begrüßt, weniger als "Befreier" vom NS-Regime, sondern aus Erleichterung darüber, dass sie vor der Roten Armee als Besatzer einrückten und dass der verlustreiche Krieg, der rund 3,8 bis 4 Millionen deutschen Soldaten und 1,65 Millionen Zivilisten den Tod brachte, nun bald ein Ende haben würde. Angst aber hatten auch die Menschen im Westen, vor einem Frieden, der Deutschland diktiert werden könnte, und vor Strafen für begangene Verbrechen der Deutschen in Europa. "Genießt den Krieg, denn der Friede wird schrecklich", dieser in den letzten Kriegsmonaten vor allem unter NS-Funktionären kursierende Spruch brachte die Stimmung bei zahlreichen Deutschen zynisch zum Ausdruck. Nicht selten herrschte im Frühjahr 1945 eine sonderbar bizarre Weltuntergangsstimmung, und jene bis dahin auch materiell Privilegierten wie Funktionäre oder Offiziere zelebrierten sie mit Alkoholorgien, während ein Großteil der Bevölkerung vor allem in den Städten und Flüchtlinge Mühe hatten, satt zu werden oder ein Dach über den Kopf zu finden.

Das [Kriegsende](#) am 8. Mai 1945 verringerte die tägliche Not der Bevölkerung zunächst nur unwesentlich. Unter gewaltigen Kriegszerstörungen und Hunger hatte sie zum Teil noch Jahre zu leiden.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
13. Mai 2015
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)



NS-Durchhalteplakat



ZEITZEUGE

[Dorothea Günther: Kriegsende in Potsdam 1945](#)





Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**



Volksempfänger "VE 301
dyn"



> NS-Regime > Alltagsleben

Der Volksempfänger

Der im August 1933 auf der 10. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin vorgestellte Volksempfänger "VE 301" fand im [NS-Regime](#) rasche Verbreitung. Die Typenbezeichnung verwies auf den 30. Januar, den Tag der [Machtübernahme](#) der [Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei](#)

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



(NSDAP). Sämtliche Rundfunkfirmen im Deutschen Reich waren verpflichtet, den auf Veranlassung des Propagandaministeriums entwickelten Radioapparat baugleich zu produzieren. Durch Standardisierung und kostengünstige Serienfertigung sollte der technisch einfache und schlicht gestaltete Volksempfänger für jeden Haushalt finanziell erschwinglich sein.

Statt der üblichen 200 bis 400 Reichsmark (RM) für einen Radioapparat der gehobenen Klasse konnte der Volksempfänger für 76 RM erworben werden. Nur 35 RM kostete ab 1938 der "Deutsche Kleinempfänger". Trotz einer vergleichsweise hohen monatlichen Rundfunkgebühr von 2 RM erhöhte sich die Ausstattung der deutschen Haushalte mit Radiogeräten zwischen 1933 und 1941 von 25 auf 65 Prozent.

"Ganz Deutschland hört den Führer mit dem Volksempfänger", lautete die Parole der Nationalsozialisten. Für Propagandaminister [Joseph Goebbels](#) stellte der Rundfunk das effektivste Medium zur Beeinflussung der Massen dar. Die bereits 1932 von der Regierung unter [Franz von Papen](#) durchgesetzte Verstaatlichung des Rundfunks ermöglichte den Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 die zügige [Gleichschaltung](#) des Mediums. Genaue Instruktionen des Propagandaministeriums regelten bis ins kleinste Detail die Berichterstattung in den Medien. Um einer aus Überdross von der [NS-Propaganda](#) resultierenden Abwendung der Hörer entgegenzuwirken, nahmen auf Anweisung von Goebbels zahlreiche Wunschkonzerte, Unterhaltungssendungen, Hörspiele sowie im [Zweiten Weltkrieg](#) zusätzlich die Wehrmachtsberichte einen festen Platz in den Programmen ein.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
7. August 2014
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)





Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**



Herbert Schnürpel:
"Nachtschicht", 1938



> NS-Regime

Industrie und Wirtschaft

Die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik stand grundsätzlich unter den ideologischen Vorgaben des NS-Regimes, auch wenn die im 25-Punkte-Programm der [NSDAP](#) geforderte Verstaatlichung aller vergesellschafteten Betriebe und Warenhäuser sowie eine umfangreiche Bodenreform ausblieben. Bereits

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



☰ KAPITEL



im Februar 1933 erklärte Hitler, dass alle öffentlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung zugleich der "Wehrhaftmachung" zu dienen hätten und den Interessen des Staates untergeordnet seien. Mit dem Postulat "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wurden im Zuge der [Gleichschaltung](#) aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen auch die Gewerkschaften aufgelöst und ihre Funktionen der [Deutschen Arbeitsfront](#) (DAF) übertragen.

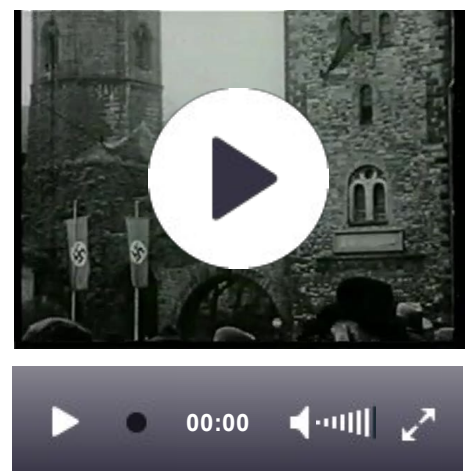
"Kraft durch Freude" und Arbeitsbeschaffung

Die [Zerschlagung der Gewerkschaften](#) beseitigte die selbstständigen Interessensvertretungen der Arbeitnehmer, das Streikrecht wurde abgeschafft. Die DAF hatte auf lohnpolitische Entscheidungen allerdings nur beratenden Einfluss: Arbeitsvertragsfragen und Tarifverhandlungen wurden vielmehr von den im April 1933 ernannten "Treuhändern der Arbeit" festgesetzt, die direkt dem Reichsarbeitsministerium unterstanden. Da Lohnerhöhungen aus Kostengründen vermieden werden sollten, stieg das durchschnittliche Realeinkommen eines Industriearbeiters kaum und lag bis 1939 deutlich unter dem Niveau von 1928. Demgegenüber veranlasste die Regierung zusätzliche soziale Verbesserungen: Der [1. Mai](#) wurde als staatlicher Feiertag bei voller Lohnfortzahlung eingeführt und die Organisation "[Kraft durch Freude](#)" (KdF) ermöglichte erstmalig großen Teilen der Arbeiterschaft kulturelle und touristische Freizeitbeschäftigungen. Ein 14-tägiger KdF-Sommerurlaub am Tegernsee kostete 54 Reichsmark und ein dreitägiger Kurzausflug zum Bodensee war mit 7,90 Reichsmark auch für Industriearbeiter erschwinglich, deren Mindesturlaub von 3 auf 6 Tage erhöhte wurde.

Im Mittelpunkt der NS-Wirtschaftspolitik stand zunächst die schnelle Durchsetzung umfangreicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Über 25 Prozent aller Erwerbstätigen verfügten Anfang 1933 offiziell über keine Arbeit, bei männlichen Industriearbeitern lag die Quote deutlich höher. Die NSDAP versuchte eine Belebung des Arbeitsmarkts mit Maßnahmen zur Stimulierung der Arbeitskräftenachfrage und durch die Minderung des Arbeitskräfteangebots zu erreichen. Neben dem Straßenbau senkte das NS-Regime die Arbeitslosigkeit insbesondere durch



Schild der „Deutschen Arbeitsfront“, nach 1933



Video: "Kraft durch Freude", 1935
© Chronos Film GmbH, aus:
"Berlin unterm Hakenkreuz"

Wohnungsbauprogramme, Steuererleichterungen, Durchführung von Fortbildungskursen und die Schaffung staatlich subventionierter Beschäftigungsmöglichkeiten zum Beispiel als Land- und Erntehelfer oder Fürsorgearbeiter. Zahlreiche Kampagnen zum bevorzugten Kauf in Deutschland hergestellter Produkte sollten zusätzlich Konsumbereitschaft und Binnennachfrage anregen.

Als 1936 mit 1,5 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder der Beschäftigungsgrad von 1928 erreicht wurde, herrschte vor allem in der Rüstungsindustrie bereits Arbeitskräftemangel, während bei der Konsumgüterindustrie noch ein deutlicher Überhang an qualifizierten Arbeitern zu verzeichnen war. Die konjunkturelle Wende Mitte der 1930er Jahre und der anschließende Wirtschaftsaufschwung schlug sich bei der Produktion von Erdöl, der Herstellung von [Rohstahl und Roheisen](#) und im rapide ansteigenden Stromverbrauch nieder. In der verarbeitenden Industrie stieg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 1935 bis 1936 von 44,4 auf 45,6 Stunden.

"Arisierung" jüdischen Besitzes

Die NSDAP forcierte von Beginn an die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus Wirtschaft, Handel und Gewerbe. Der staatlich geduldete [Boykott jüdischer Geschäfte](#) im April 1933 führte zu zahlreichen Geschäftsaufgaben und zerstörte das Vertrauen ausländischer Investoren. Durch das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" wurden Tausende jüdische Beamte und Angestellte aus dem öffentlichen Dienst entlassen und deren Stellen an Bewerber vergeben, die durch den "[Ariernachweis](#)" ihre "arische" Herkunft belegen konnten. Die traditionsreiche Warenhauskette Hermann Tietz mit über 10.000 Angestellten wurde als eines der ersten Unternehmen bereits im August 1934 zwangsenteignet. Große Finanzmittel erhielt der Reichshaushalt durch die ab 1938 ausgeweitete systematische Enteignung jüdischen Besitzes und Vermögens zugunsten von Nichtjuden im Rahmen der "[Arisierung](#)". Die nach dem [Novemberpogrom](#) 1938 der jüdischen Bevölkerung als Sühnezahlung auferlegte "Judenbuße" in Höhe von einer Milliarde Reichsmark erhöhte die Staatseinnahmen um gut sechs Prozent. Im Haushaltsjahr 1938/39 stammten insgesamt mindestens neun Prozent der laufenden Reichseinnahmen aus "Arisierungserlösen".

Vierjahresplan und Aufrüstung



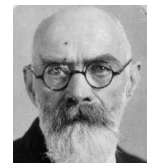
Plakat mit der Aufforderung, jüdische Geschäfte zu boykottieren, 1933

Im September 1936 kündigte Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg einen [Vierjahresplan](#) an. Zentrale Punkte waren die Aufrüstung und das Erlangen wirtschaftlicher Autarkie. Die Wehrmacht sollte "in vier Jahren einsatzfähig" und "die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein". Als "Beauftragter für den Vierjahresplan" war [Hermann Göring](#) gegenüber allen Wirtschaftsbehörden weisungsbefugt und kontrollierte den gesamten Devisenverkehr. Der Vierjahresplan beendete die Phase der relativen Autonomie der Wirtschaft. Staat und Partei griffen nun dirigierend in den Produktionsprozess ein. Die Privatwirtschaft passte sich den staatlichen Vorgaben an. Der Rüstungsboom brachte den Betrieben hohe Renditen. Während die Produktion von Rüstungsgütern stark anstieg, schränkte der Vierjahresplan die Konsumgüterindustrie deutlich ein. Lukrative Rüstungsaufträge und kontinuierliche Verbesserung der Arbeitgeberrechte gegenüber den Arbeitnehmern hatten der NS-Regierung die Zustimmung weiter Teile der Industrie gesichert. Vor allem Großunternehmer aus der Schwerindustrie wie Emil Kirdorf, [Albert Vögler](#), Fritz Thyssen, [Robert Bosch](#) und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach profitierten von der NS-Wirtschaftspolitik und der forcierten Aufrüstung. Der Anteil für Rüstung und Militär an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts stieg zwischen 1933 und 1936 von vier auf 39 Prozent. 1938 wurden schließlich die Hälfte aller Staatsausgaben für Rüstung und Kriegsvorbereitung verwendet.

Die intensive Aufrüstung war ab 1936 allerdings nicht mehr nur Garant für neue Arbeitsplätze, sondern auch eine Belastung für die wirtschaftliche Produktivität: Rohstoffengpässe im industriellen Sektor und zunehmende Versorgungsschwierigkeiten auf dem Agrarsektor waren die Folge. Die Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse und industrieller Rohstoffe erhöhte sich zwischen 1936 und 1937 um fast ein Drittel. Bereits 1933 hatte die Regierung erste Gesetze zur Koordinierung des Außenhandels mit dem Ziel der deutschen Selbstversorgung verabschiedet. Im September 1934 erweiterte Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister [Hjalmar Schacht](#) die staatliche Reglementierung des Außenhandels durch den "Neuen Plan", der zahlreiche Überwachungs- und Prüfungsstellen für Ein- und Ausfuhr vorsah. Zu Lasten von Fertigwaren sollten vor allem wichtige Rohstoffe eingeführt werden: Während die Rohstoffimporte zwischen 1933 und 1937 von 1,4 Milliarden auf zwei Milliarden Reichsmark anstiegen, verringerte sich die



Propagandistischer Sonderdruck über den Vierjahresplan, 1941



BIOGRAFIE

[Emil Kirdorf](#)



BIOGRAFIE

[Gustav Krupp von Bohlen und Halbach](#)



BIOGRAFIE

[Fritz Thyssen](#)

Fertigwareneinfuhr von 500 Millionen auf knapp 400 Millionen. Aufgrund der zunehmenden Devisennot sollte der Handel mit Skandinavien, Südosteuropa und Lateinamerika intensiviert und vorzugsweise bargeldlos durch Verrechnung und Warentausch abgewickelt werden. Dennoch blieb die deutsche Industrie nach wie vor auf Importe aus westeuropäischen Ländern und den USA angewiesen.

Ersatzstoffproduktion und Leistungskampf

Aus wehr- und devisenwirtschaftlichen Autarkiebestrebungen forcierte die Regierung ab 1935 den Aufbau einer Ersatzstoffproduktion vor allem auf den Gebieten der Benzin- und Kautschuksynthese sowie der Kunstfaserproduktion: Der in Leuna produzierte synthetische Treibstoff aus Kohle sollte die Abhängigkeit von Ölimporten vermindern und die Buna-Werke entwickelten synthetischen Kautschuk, um die Reifenindustrie von Rohgummiimporten unabhängig zu machen. Auch in der Konsumgüterproduktion wurde zunehmend auf Ersatzstoffe zurückgegriffen, zum Beispiel bei Radiogehäusen, Armaturengeräten und in der Bekleidungsindustrie: Wolle und Baumwolle wurden durch Kunstseide und Zellwolle ersetzt. Während bei der Ersatzstoffproduktion vor allem Privatunternehmen wie die IG Farben eingebunden wurden, übernahm der Staat mit der Gründung der "A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring" die Verarbeitung minderwertiger deutscher Erze aus der Umgebung von Salzgitter (Harz), die für die Industrie unrentabel erschien: Die 1937 gegründeten "Reichswerke Hermann Göring" sollten in 32 Hochöfen die sauren Erze verhütten, allerdings begann die Produktion von Roheisen erst nach Kriegsbeginn. Die "Reichswerke" zählten neben Krupp, Siemens und Rheinmetall zu den größten Rüstungskonzernen in Deutschland. Um die Mobilmachung der Industrie auch propagandistisch zu fördern und die Arbeitsbevölkerung zu größeren Leistungen zu motivieren, rief die DAF 1936 den Leistungskampf der deutschen Betriebe aus: Vorbildliche und effiziente Produktionsstätten verlieh Hitler jeweils am 1. Mai die Auszeichnung eines "nationalsozialistischen Musterbetriebs".

Der ["Anschluss" Österreichs](#) im März 1938 brachte dem Deutschen Reich für die militärische Aufrüstung neben zusätzlichen Arbeitskräften auch neue Gold- und Devisenreserven im Wert von über 1,4 Milliarden Reichsmark. Nach der "Zerschlagung der Rest-Tschechei" wurde die Praxis



Propagandistischer Sonderdruck über einen "nationalsozialistischen Musterbetrieb", 1938

der Nutzbarmachung ausländischer Ressourcen für die deutsche Rüstungsproduktion auch auf das sogenannte [Reichsprotectorat Böhmen und Mähren](#) ausgedehnt. Mit dem deutschen [Überfall auf Polen](#) 1939 begann die systematische Ausbeutung nahezu aller besetzten europäischen Länder für die deutsche [Kriegswirtschaft](#).

Johannes Leicht
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
25. September 2015
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)

KAPITELÜBERBLICK



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM



Das
Bundesarchiv



"Urteil des Paris", 1939



> NS-Regime

NS-Kunst und Kultur

Die Nationalsozialisten hatten für die als dekadent empfundene Kultur der Moderne nur tiefe Verachtung übrig. Avantgardistische Stilrichtungen in der Kunst lehnten sie pauschal als „undeutsch“ und „typisches Judenprodukt“ ab. Das NS-Regime bekämpfte alles „Artfremde“ in der Kunst und

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1933

1934



☰ KAPITEL



förderte eine „sittliche Staats- und Kulturidee“. Kunst und Kultur waren seit 1933 nicht mehr autonom, sondern sie standen im Dienst von Staat, Volk und Rasse. Makellose Frauen und Männer dienten den Nationalsozialisten als Propaganda für die Ästhetik des nordischen Menschen. Sie symbolisierten Schönheit, Reinheit, Anmut und Stärke und sollten die Überlegenheit des „arischen Herrenvolkes“ demonstrieren. Während moderne Kunstrichtungen in der Weimarer Republik weitgehend auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen waren, erhielt die NS-Kunst breite Zustimmung in der Bevölkerung. Trotz der angekündigten „neuen Kunst“ brachte die NS-Zeit in Form und Stil aber kaum originäre Werke hervor. Im wesentlichen knüpfte die NS-Kunst an die an Tradition und Geschichte orientierte Heimatkunst des Kaiserreiches an.

Nationalsozialistische Kulturpolitik

"Kunst ist immer die Schöpfung eines bestimmten Blutes, und das formgebundene Wesen einer Kunst wird nur von Geschöpfen des gleichen Blutes verstanden", schrieb Alfred Rosenberg in seinem 1930 erschienenen Buch "Der Mythos des 20. Jahrhunderts". Eine in der ganzen Welt beheimatete "Kunst an sich" lehnte er strikt ab. Als Führer des 1929 gegründeten "Kampfbund für deutsche Kultur" hetzte er gegen die abstrakte, experimentierfreudige Moderne und amerikanische Kultureinflüsse wie den "Niggerjazz". Rosenberg propagierte die von Adolf Hitler 1924 in seinem Buch "Mein Kampf" beschworene "sittliche Staats- und Kulturidee", die sich auf die "rassische Substanz" des Volks und auf ein die Bildhauerei, Malerei, Architektur, Literatur, Musik und den Film umfassendes, ästhetisch gestaltendes Schaffen gründen sollte.

Nach der gewaltsamen „Entfernung“ jüdischer, kommunistischer, liberaler und anderer „unerwünschter“ Künstler aus öffentlichen Ämtern sowie der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz wurde bereits in den ersten Monaten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten deutlich, dass die Vielfalt der Kunst und Kultur der Weimarer Republik unwiderruflich zu Ende war. Abgelehnt und verfolgt wurde die avantgardistische, großstädtische Kunst- und Kulturszene, die



Broschüre zu "Entartete Musik", 1939

als „artfremd“ galt. Die am 22. September 1933 gegründete Reichskulturkammer hatte unter dem Vorsitz von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels für die Neuordnung des künstlerischen Schaffens zu sorgen. Sie diente der Organisation, Gleichschaltung und Überwachung des gesamten deutschen Kunst- und Kulturlebens: Ihre zentrale Steuerung umfasste Bildende Kunst, Architektur, Film, Theater, Literatur, Musik, Presse und Rundfunk. Wer nicht „arischer“ Abstammung war oder mit seinen Werken in Widerspruch zu der offiziellen NS-Kulturpolitik stand, durfte seinen Beruf nicht weiter ausüben.



Audio: Rede von Joseph Goebbels zu "Malerei und Sport" anlässlich des Internationalen Kunstwettbewerbes während der Olympischen Spiele, 31. Juli 1936

© Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv

Bildende Kunst

Die prominentesten NS-Bildhauer [Arno Breker](#) und Josef Thorak (1889-1952) schufen idealisierte Monumentalfiguren muskulöser Männer nach Vorbild der klassischen Antike. Weibliche Aktbilder standen im Mittelpunkt der Malerei. Weitere bevorzugte Motive waren Landschaften, Stillleben, das Arbeitsleben der Menschen in Landwirtschaft und Industrie, Soldaten und Schlachten sowie kinderreiche Familien. Viele Maler mystifizierten in ihren Gemälden eine auf unvergängliche Werte, Tradition und vorindustrielles Kleinbauerntum gründende Blut- und Bodenideologie. Großen Anteil an der NS-Kunst nahmen Bilder von Adolf Hitler sowie von Kundgebungen und Feierlichkeiten des NS-Regimes ein. Die Gemälde waren Ausdruck der von den Nationalsozialisten propagierten Gemeinschaft von „Führer, Volk und Reich“. Sie wurden seit 1937 jährlich im „Haus der Deutschen Kunst“ auf der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ präsentiert. Demgegenüber erging 1936 ein totales Verbot jeglicher Kunst der Moderne. Der NS-Staat ließ Bilder und Skulpturen in den Museen beschlagnahmen, in das Ausland verkaufen oder zerstören, 650 konfiszierte Werke verfemter Künstlern zeigte 1937 die Ausstellung „Entartete Kunst“ in München. Maler, Schriftsteller und Komponisten erhielten - soweit sie nicht emigriert waren - Arbeits- und Ausstellungsverbot. Die Künstlerin Käthe Kollwitz blieb in Deutschland - bei ihrer regimekritischen Haltung. Sie drückte mit ihrer Plastik „Turm



Käthe Kollwitz: "Turm der Mütter", 1938

der Mütter" 1938 die Bedrohung aus, die vom NS-Regime für die Bürger ausging.

Alltags- und Unterhaltungskultur

Die bunte Vielschichtigkeit des kulturellen Lebens mit Menschen ganz unterschiedlicher Nationalität war 1933 unwiederbringlich dahin. Zwar feierten die Menschen in Berlin, Hamburg und anderen deutschen Großstädten auch danach wilde Nächte, doch beschwingte Leichtigkeit, pure Lebensfreude und künstlerische Freiheit waren auf der Strecke geblieben. Der in der Weimarer Republik begonnene Trend zur Massenkultur und Massenunterhaltung setzte sich nach 1933 aber unvermindert fort und umfasste alle Formen kulturellen oder sportlichen Lebens. Durch den Rundfunk oder die Wochenschau konnte der Sport einem Millionenpublikum übermittelt werden. Der berühmteste deutsche Sportler [Max Schmeling](#) genoss weltweite Popularität und in Deutschland den Status einer nationalen Identifikationsfigur. Millionen Menschen verfolgten an den Radiogeräten seine Kämpfe oder jede Woche die Fußballspiele in den verschiedenen Gauligen. Der Fußball mobilisierte Massen, vor allem im Ruhrgebiet. Populärste Mannschaft in Deutschland war die traditionsreiche „Arbeiterelf“ von FC Schalke 04, sechs ihrer sieben Deutschen Meisterschaften fielen in die Zeit des NS-Regimes. Die intellektuellenfeindlichen Nationalsozialisten feierten die Erfolge von Schalke 04 mit seinen Idolen Ernst Kuzorra (1905-1990) und Fritz Szepan (1907-1974) stets propagandistisch als „Sieg der Arbeiterklasse“.

Der „Verschönerung“ des Alltagslebens dienten vor allem der Rundfunk und der Film. Gleichzeitig setzte Goebbels beide Medien gezielt zur Verbreitung von Massenpropaganda ein. Zwischen 1932 und 1939 verdreifachte sich die Zahl der Rundfunkteilnehmer – besonders durch den massenhaften Verkauf des kostengünstigen Volksempfängers – von vier auf zwölf Millionen. Der Film war nach Ansicht von Goebbels „eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Masse“. In der Saison 1934/35 gingen rund 250 Millionen Menschen in die Kinos, fünf Jahre später waren es eine Milliarde Kinobesucher jährlich. Politische Propagandafilme oder propagandistische Rundfunksendungen waren dabei eindeutig in der Minderheit. Dem verbreiteten Unterhaltungsbedürfnis wurde von den Nationalsozialisten in beiden Medien bereitwillig Rechnung getragen. Um einer aus



Spieler von FC Schalke 04 nach dem Gewinn der Deutschen Meisterschaft, 1939

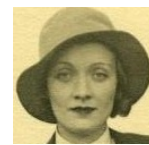


Überdross von der Propaganda resultierenden Abwendung der Hörer entgegenzuwirken, boten die Rundfunkprogramme überwiegend Unterhaltungsmusik und Tanzschlager. Auch Swing und Jazz wurden geduldet, wenn die Herkunft als „artfremde Niggermusik“ verleugnet wurde und sie „deutsch verpackt“ als „stark rhythmische Musik“ liefen. Für die Radiosendungen und besonders für das ab 1935 gesendete „Wunschkonzert für das Winterhilfswerk“ wurden berühmte Solisten wie [Heinz Rühmann](#) oder [Marika Rökk](#) aus Unterhaltungsfilm verpflichtet. Das filmbegeisterte Publikum konnte im Jahr zwischen rund 100 Komödien, Liebes- oder Abenteuerfilmen auswählen und neben Rühmann und Rökk weitere beliebte Stars der 1930er Jahre wie [Heinrich George](#), [Hans Albers](#), [Zarah Leander](#), [Emil Jannings](#), [Lil Dagover](#), [Lilian Harvey](#), [Kristina Söderbaum](#), [Otto Gebühr](#), [Willy Birgel](#), [Willy Fritsch](#), [Hans Moser](#), Hans Söhnker (1903-1981) oder Erich Ponto (1884-1957) erleben.

Plakat zum Unterhaltungsfilm
"Ich liebe alle Frauen", 1935

Emigration

Andere berühmte Schauspieler und Regisseure wie Marlene Dietrich oder [Fritz Lang](#) hatten es vorgezogen, aus Deutschland zu emigrieren. Zahlreiche deutsche Intellektuelle, Künstler oder Literaten wie Thomas Mann, sein Bruder Heinrich Mann, [Lion Feuchtwanger](#) oder [Arnold Zweig](#) gingen in die [Emigration](#). Ihre für die Nationalsozialisten "staatsgefährdenden" oder mit der nationalsozialistischen Weltanschauung unvereinbaren Werke wurden von der Zensur verboten. Andere Autoren wie [Hans Fallada](#) oder [Ricarda Huch](#) blieben in Deutschland und durften weiter veröffentlichen, obwohl sie dem NS-Regime distanziert gegenüberstanden. Sie suchten wie andere daheimgebliebene Schriftsteller wie [Werner Bergengruen](#), Elisabeth Langgässer (1899-1950), Marie Luise Kaschnitz (1901-1974), Reinhold Schneider (1903-1958) oder Frank Thieß (1896-1977) einen Rückzug ins Private und - wie es Thieß 1933 für die in Deutschland verbliebenen Literaten und Künstler ausdrückte - die "innere Emigration". Nach 1945 führte dieser Begriff zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Exilierten, die für sich in Anspruch nahmen, das "wahre Deutschland" repräsentiert zu haben.



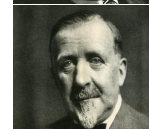
BIOGRAFIE

[Marlene Dietrich](#)



BIOGRAFIE

[Thomas Mann](#)



BIOGRAFIE

[Heinrich Mann](#)



[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM



Das
Bundesarchiv



Menschenmenge vor dem Reichstagsgebäude, 9. November 1918



> Weimarer Republik

Die Weimarer Republik

Aus den revolutionären Erschütterungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ging das Deutsche Reich als parlamentarische Demokratie hervor. Während viele Deutsche mit dem politischen Neubeginn die Hoffnung auf Überwindung von

☰ KAPITELÜBERBLICK

☰ KAPITEL

JAHRESCHRONIKEN



1918

1919



Nationalismus und gesellschaftlichen Normen verbanden, verbitterte und radikalisierte soziale Not Millionen Menschen. Als eine ebenso große Hypothek für die politische Stabilität erwiesen sich die häufigen Wechsel der insgesamt 16 Reichsregierungen innerhalb von 14 Jahren. In ihren schweren Anfangsjahren wurde die Republik von linken und rechten Extremisten bekämpft, die immer wieder gewaltsame Aufstände entfachten. Erst 1924 begann in Deutschland eine Phase relativer Stabilität. Für die Republik war es bis 1929 eine Zeit innenpolitischer Ruhe mit wirtschaftlichem Aufschwung und kultureller Blüte. Die "Goldenen Zwanziger" endeten mit der im Oktober 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise, in der Armut und Verzweiflung schnell um sich griffen. Mit Erfolg entfesselten die Gegner der Weimarer Republik von rechts und links eine beispiellose Agitation gegen den Staat, der keine Mittel gegen die wirtschaftliche und politische Krise fand.

Die schweren Anfänge der Republik

Träger der politischen Macht waren die Parteien, die vergleichsweise geschlossene gesellschaftliche Milieus repräsentierten. In der zerrissenen Parteienlandschaft herrschten höchst unterschiedliche Vorstellungen über die politische Gestaltung Deutschlands, wo sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), das Zentrum und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) uneingeschränkt zu den neuen demokratischen Verhältnissen bekannten. Aber die republikfeindlichen Parteien auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums gewannen immer mehr Einfluss. Die politische Instabilität der Republik und das [soziale Elend](#) waren zu Beginn der 1920er Jahre ein idealer Nährboden für radikale Parteien und extremistische Gruppierungen. Im März 1920 versuchten rechtsgerichtete Militärs mit einem [Putsch](#) in Berlin die Regierung zu übernehmen, im Ruhrgebiet und in [Mitteldeutschland](#) folgten 1920/21 revolutionäre Aufstandsbewegungen. Zudem erwies sich der [Versailler Vertrag](#) als ein ständiger Quell nationaler Enttäuschung. Seine harten Bedingungen hatten blankes Entsetzen hervorgerufen, die meisten Deutschen lehnten ihn als "Diktat- und Schandfrieden" ab. Den Kampf gegen die



George Grosz: "Hunger", 1924



"Fesseln von Versailles" fasste die nationale Rechte als eine Frage der Ehre auf. Sie betrieb eine hasserfüllte Hetze gegen die Republik und deren Repräsentanten, ihrer geschürten Feindseligkeit fiel u.a. Reichsaußenminister Walther Rathenau zum Opfer. Er war auch wegen seiner jüdischen Abstammung zu einem Symbol der verhassten "Judenrepublik" gemacht worden. Hunderttausende demonstrierten nach seiner [Ermordung](#) im Juni 1922 zwar für Republik und Demokratie, doch gegen den manifesten Antisemitismus des völkischen Lagers sowie gegen die demokratiefeindlichen Strömungen vermochten Demonstrationen allein nur wenig auszurichten.



Schießscheibe zur Ruhrbesetzung mit antifranzösischer Propaganda, 1923

Ruhrbesetzung und Inflation

In eine nahezu ausweglose Krise geriet die Weimarer Republik, als nach einer geringfügigen Verzögerung der deutschen [Reparationsleistungen](#) französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das [Ruhrgebiet](#) besetzten. Daraufhin proklamierte die Reichsregierung den "passiven Widerstand", ein Generalstreik lähmte die Wirtschaft. Die [Inflation](#) geriet nun völlig außer Kontrolle: Als sie im November 1923 den Höhepunkt erreichte, hatte die Währung ihre Funktion als Tauschmittel verloren. Die Ersparnisse ungezählter traumatisierter Menschen waren vernichtet – und mit ihnen das Vertrauen in den Staat: Für Republik und Demokratie waren Millionen Deutsche unwiederbringlich verloren. Von Sachsen und Thüringen aus bedrohten 1923 kommunistische Aufstände die Republik, im Westen strebten Separatisten die Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich an. Die ebenfalls zum Kampf gerüstete Rechte spann ihre Fäden zunehmend in München. Von hier aus wollte der Nationalsozialist Adolf Hitler zum "Marsch nach Berlin" ansetzen. Sein [Putschversuch](#) auf dem Höhepunkt der rasenden Inflation scheiterte am 9. November 1923 aber nach nur wenigen hundert Metern im Kugelhagel der Polizei. Damit war die schwerste Gefahr für den Staat abgewendet.

Die Phase relativer Stabilität

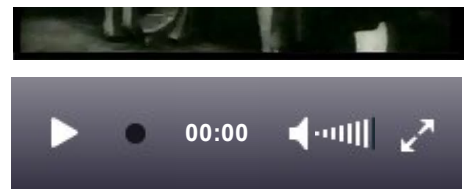
Den von Krisen und Aufständen gezeichneten Anfangsjahren der Republik folgte nach der Währungsreform im November 1923 eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Der Alltag breiter Bevölkerungskreise wurde immer mehr von einer konsum- und freizeitorientierten Massenkultur bestimmt. Mitte der 1920er Jahre gingen täglich etwa zwei Millionen Menschen in die Kinos, ein finanzkräftiges Bürgertum amüsierte sich gerne in den zahlreichen Revuen



der Großstädte. Der Sport zog in der Weimarer Republik ein Massenpublikum an. Zum Fußball, im Kaiserreich noch als "undeutsche Fußlümmelei" verspottet, strömten wöchentlich Hunderttausende in die Stadien. Rad- und Autorennen zogen ebenso wie Boxveranstaltungen riesige Zuschauermengen an. Das neue Medium Rundfunk trat ab 1923 unaufhaltsam seinen Vormarsch an, innerhalb von zehn Jahren erhöhte sich die Zahl der in Deutschland angemeldeten Rundfunkgeräte von knapp 10.000 auf über 5,4 Millionen. Auch Schallplatten förderten die Verbreitung schnell wechselnder Schlager und Tänze wie des Charleston oder des beliebten Shimmy. Das Tanzvergnügen gehörte zum Lebensstil der so genannten Goldenen Zwanziger, die allerdings so golden nur für wenige besser gestellte Deutsche waren.

Krise und Ende der Weimarer Republik

Die rauschenden Partys endeten mit der im Oktober 1929 beginnenden [Weltwirtschaftskrise](#). Anfang 1931 waren in Deutschland bereits fünf Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Das soziale System der Weimarer Republik war den Folgen der Wirtschaftskrise nicht gewachsen. Verelendung, Resignation und eine allgemeine Katastrophenstimmung prägten das Alltagsleben von breiten Bevölkerungsschichten. Die ausgedehnte Unzufriedenheit der Massen entlud sich bei den Reichstagswahlen: Am 31. Juli 1932 entfielen über 37 Prozent aller Stimmen auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die den Sturz des parlamentarischen Systems offen anstrebte. Die ebenfalls demokratiefeindliche Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) kam auf über 14 Prozent. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise hatten die Wähler den "bürgerlichen" Parteien und der parlamentarischen Demokratie eine klare Absage erteilt. Die demokratischen Stimmen der Vernunft gingen 1932 im Getöse der "Rot-Front"- und "Sieg-Heil"-Rufe zunehmend unter. Mit riesigen Protestmärschen demonstrierten die Nationalsozialisten ebenso entschlossen gegen die Republik wie die Kommunisten. Immer häufiger lieferten sie sich Saal- und Straßenschlachten, die eigene Stärke demonstrieren und den Willen zur Übernahme der politischen Macht festigen sollten. Den "Heilsversprechungen" der extremen Parteien von einem "Dritten Reich" und einem "Sowjet-Deutschland" konnte die demokratische Mitte nichts mehr entgegensetzen: Vor dem Hintergrund des Wirtschaftsverfalls und des Anstiegs der Arbeitslosenzahl verloren die gemäßigten Parteien zunehmend an Einfluss. Mit der [Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler](#) war das Ende der Weimarer Republik am 30. Januar 1933



Video: Mode und Tanz der 1920er Jahre
© Chronos Film GmbH, aus: "Weltbühne Berlin"



Hans Grundig : "Vor dem Tor", 1932

besiegelt.



Video: Vom Wesen und Wert der Demokratie
© Stiftung Deutsches Historisches Museum

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
6. September 2014
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)

KAPITELÜBERBLICK



[Kontakt](#) [Impressum](#)



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM



Das
Bundesarchiv



Abzeichen gegen den Dawes-Plan zur Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen, 1924



> Weimarer Republik > Außenpolitik

Der Dawes-Plan

Mit der [Währungsreform](#) vom November 1923 wurde die fiskalische Voraussetzung für die vom Deutschen Reich anvisierte Revision der [Reparationen](#) geschaffen. Ein internationaler Sachverständigenausschuss unter Leitung von

☰ KAPITELÜBERBLICK

JAHRESCHRONIKEN



1918

1919



[Charles Dawes](#) veröffentlichte am 9. April 1924 einen neuen Finanzierungsplan, der die Reparationszahlungen ausschließlich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Deutschen Reichs abhängig machen sollte. Eine zeitliche Begrenzung sowie die Gesamthöhe der Reparationen wurden nicht festgelegt. Die jährliche Belastung Deutschlands sollte eine Milliarde Reichsmark betragen und nach fünf Jahren auf 2,5 Milliarden Reichsmark anwachsen. Zur Sicherung der Zahlungen mussten die Reichsbahn und die Reichsbank unter internationale Kontrolle gestellt werden.

Obwohl der Dawes-Plan wegen der deutschen Souveränitätsbeschränkungen von der politischen Rechten im Deutschen Reich heftig kritisiert wurde, stimmte am 29. August 1924 im Reichstag auch die Hälfte der Abgeordneten der [Deutschnationalen Volkspartei](#) (DNVP) für dessen Annahme. Ausschlaggebend für das Abstimmungsverhalten waren neben ökonomischen Erwägungen das im Rahmen des Dawes-Plans von Frankreich zugesagte Ende der [Ruhrbesetzung](#). Die mit dem Dawes-Plan verbundenen ausländischen Kredite und Investitionen leiteten in der [Weimarer Republik](#) eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs ein. Als der Dawes-Plan 1929 durch den [Young-Plan](#) ersetzt wurde, hatte sich das deutsche Produktionsvolumen seit 1924 um 50 Prozent erweitert.

Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
2. September 2014
[Text: CC BY NC SA 4.0](#)

KAPITELÜBERBLICK



[Kontakt](#) [Impressum](#)

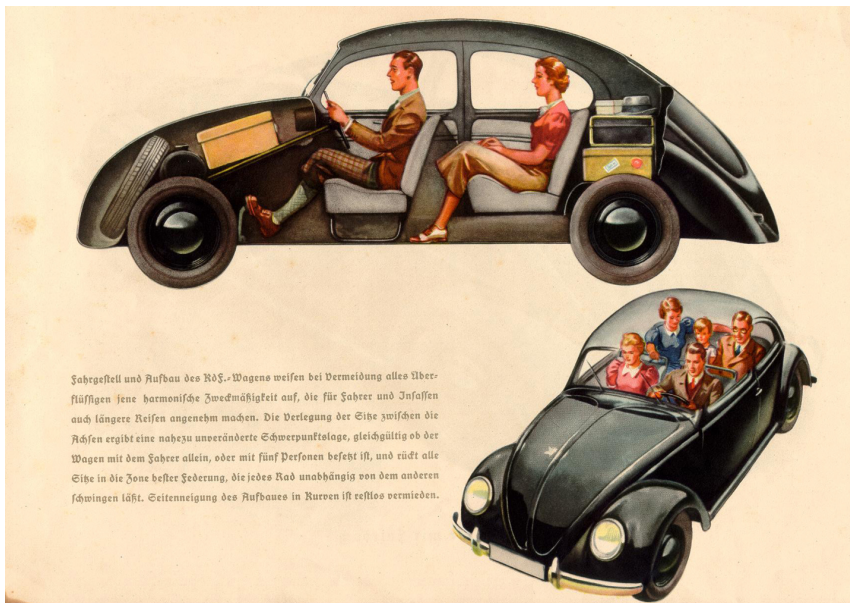




Design – Technik – Herrschaft

Mit Highspeed in eine bessere und bequemere Zukunft, das versprechen „Moderne Verkehrsmittel“ oder technische Neuerungen im Allgemeinen zu allen Zeiten. Mit diesem „Legespiel“ etwa aus dem Jahr 1935 konnten Jugendliche selbst an dieser glänzenden Zukunft mitpuzzeln.

Mobilität für alle?



Wäre das Puzzle 1938 in den Handel gekommen, dann hätten die Kinder vermutlich auch diesen KdF-Wagen zusammenbasteln können. Auf Wunsch Adolf Hitlers sollte Ferdinand Porsche ein Auto für das Volk bauen, einen Volkswagen (VW) also, der schnittig, kompakt, familientauglich, innovativ und gleichzeitig bezahlbar sein würde. Ganz so versprach es diese mehrseitige Werbebroschüre. Nebenbei wird hier auch allen gezeigt, welches Geschlecht in der Familie für Technik und Lenkung zuständig sein soll.

„Kraft durch Freude“ (KdF)

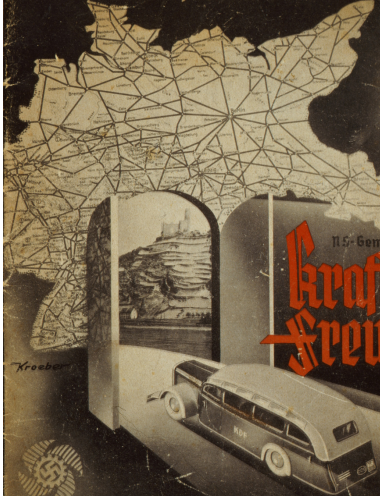
Die [Organisation Kraft durch Freude](#) der Nationalsozialisten sollte vor allem den Arbeitern attraktive Angebote machen und sie für den NS-Staat gewinnen. Durch den regelmäßigen Kauf von Sparmarken sollte jeder die Möglichkeit haben, sich einen KdF-Wagen zu ersparen und stolzer Autobesitzer zu werden. Ein sensationelles Versprechen in einer Zeit, in der es weniger als 500.000 Autos in Deutschland gab. Aber auch ein trügerisches Versprechen: Das auf Sonderkonten eingezahlte Geld nutzte die Regierung zur Herstellung militärischer Fahrzeuge, die zum Teil auf dem Vorläufer des VW Käfers basierten. Kein Sparer hat je einen KdF-Wagen erhalten.

„... Aber Hitler hat doch die Autobahnen gebaut!“

Diese Antwort bekam und bekommt man bisweilen immer noch zu hören, um Kritik am Nationalsozialismus zu

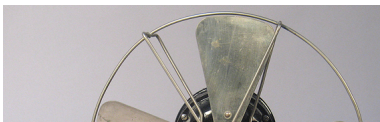
entkräften.

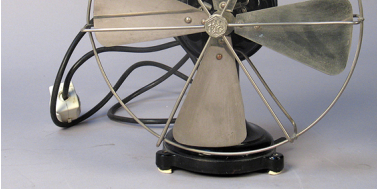
Jedoch: Vieles von dem, was zwischen 1933 und 1945 technisch verwirklicht und in Serie produziert wurde, schlummerte bereits zu Zeiten der Weimarer Republik ab 1919 als Prototyp in den Schubladen. Die Nationalsozialisten griffen Ideen und Innovationen aus dieser Epoche auf.



Das gilt exemplarisch für die Autobahnbauprojekte, von denen in der Weimarer Republik bedingt durch die Weltwirtschaftskrise bis 1932 nur ein kleiner Teil umgesetzt werden konnte. Als Modernisierer und Türöffner, wie hier im Jahresprogramm des hessischen KdF-Katalogs, präsentierte sich erfolgreich jedoch erst die nationalsozialistische Regierung. Und dies, obwohl auch sie nur rund die Hälfte der geplanten Autobahnkilometer in Beton umsetzen konnte.

Dies gilt aber auch für das Prinzip der kostengünstigen Serienproduktion und des funktionalen Designs. Beides hatte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) bereits in der Weimarer Republik zum Standard gemacht. Die AEG war außerdem eine der ersten Firmen, die einen eigenen Produktdesigner beschäftigte.





Der Architekt [Peter Behrens](#) war ab 1907 dafür zuständig, technische Funktion mit ansprechendem Design zu verbinden. Alle AEG-Produkte sollten einen Wiedererkennungseffekt haben, etwas, das wir heute Corporate Design nennen würden.



Corporate Design

Unter Corporate Design versteht man das einheitliche Auftreten einer Firma oder einer Organisation. Logo, Schriftzug und Farben werden außenwirksam verwendet und sollen die Wiedererkennbarkeit einer Marke sicherstellen. Dieses einheitliche Design ist wiederum nur ein Teil der *Corporate Identity*, die darüber hinaus auch bestimmte Inhalte einer Marke transportiert. Dies dient der Abgrenzung zu anderen Marken, der Schaffung einer Stammkundschaft und liefert Argumente, dieser Marke treu zu bleiben.

Was Peter Behrens für die AEG war, stellte [Edwin Redslob](#) für die Weimarer Republik dar. Als Reichskunstwart war er zuständig für die Gestaltung von Staatsakten und öffentlichen Bauten, dem Design von Staatssymbolen und der Währung sowie der staatlichen Kunst- und Kulturpolitik.



Die Nationalsozialisten bekämpften zwar vehement Werte und Freiheiten der Weimarer Republik, nicht jedoch die technischen Errungenschaften der Moderne. Den Gebrauch moderner Kommunikations- und Verkehrsmittel

professionalisierten sie in bis dahin einzigartiger Weise. Auch die Idee einer Corporate Identity entwickelte das Reichspropagandaministerium unter [Joseph Goebbels](#) zugunsten der NSDAP weiter: 1933 musste Redlob in den Ruhestand gehen und seine Aufgaben und Kompetenzen an Goebbels abgeben.

„[...] Der Reklame-Fetisch der Nazis ist das Hakenkreuz, das besser propagiert wird als je ein Fabrik- oder Handelszeichen.“

Ernst Growald, 1932 (zitiert in: Werbekunst, S.286)



Viele technische Neuerungen wurden zunächst von staatlichen Institutionen genutzt, bevor sie in der Bevölkerung Verbreitung fanden. Dies gilt beispielsweise für dieses Wandtelefon von ca. 1895, das hauptsächlich Behörden diente und erst später in Privathaushalten genutzt wurde. Ähnliches betraf auch das Medium Film, das seine Karriere in Deutschland nicht zuletzt dem Militär verdankte. Das Bild- und Filmamt produzierte und nutzte Filme im Ersten Weltkrieg zur Propaganda und Unterhaltung der Truppen an der Front. In den Zwanziger Jahren hatte sich der Film als Kunst- und Unterhaltungsform für ein breites Publikum etabliert.

Staats- und Regierungssysteme mit totalitärem Charakter haben den Anspruch, alle Lebensbereiche, auch das Private, einer möglichst umfassenden Kontrolle und Beeinflussung zu

unterziehen. Dazu braucht es entsprechende technische Voraussetzungen und Kommunikationsmittel. Unter anderem deshalb sind diese totalitären Systeme anders als reine Militärdiktaturen erst im Zwanzigsten Jahrhundert anzutreffen – als die entsprechende Technik zur Verfügung stand.

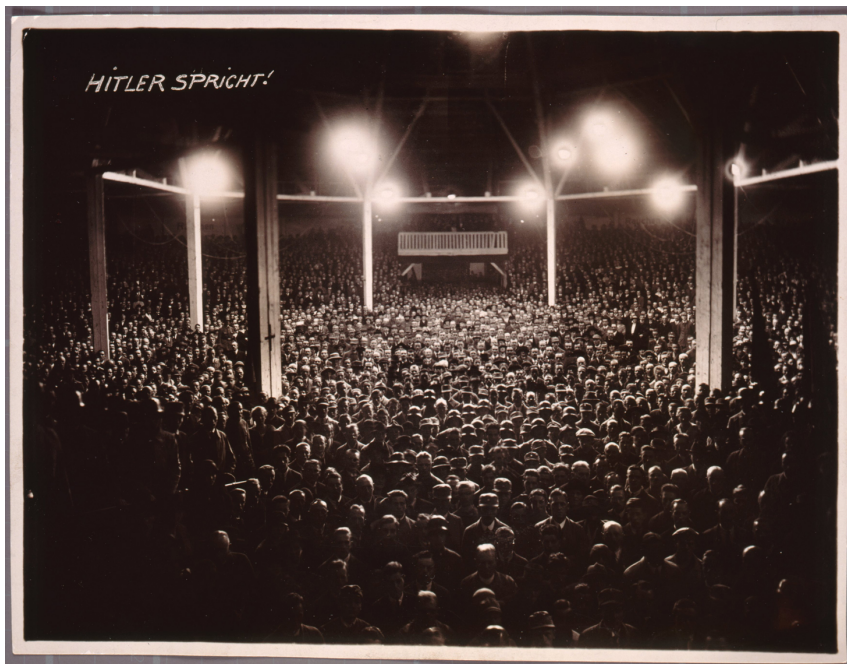
„Nur nicht langweilig werden. Nur keine Öde.“

„Ich halte den Rundfunk für das allermodernste und für das allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt. Der Rundfunk muss der Regierung die fehlenden 48 Prozent zusammentrommeln und haben wir sie dann, muss der Rundfunk die 100 Prozent halten, muss sie verteidigen, muss sie so innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, dass niemand mehr ausbrechen kann. [...] Nur nicht die Gesinnung auf den Präsentierteller legen. Der Rundfunk soll niemals an dem Wort kranken, man merkt die Absicht und wird verstimmt.“

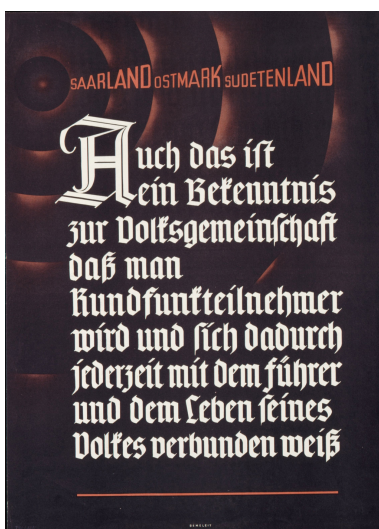
Joseph Goebbels, am 25. März 1933 (zitiert in: Werbekunst, S.289)

Hitler, Goebbels und sein Propagandaministerium wären jedoch weitgehend ungehört geblieben, hätte ihnen nicht ab 1933 dieses kleine, handliche Radio, der [Volksempfänger](#), zur Verfügung gestanden. Ab 1938 konnte bereits die hier gezeigte günstigere Version für etwa einen Wochenlohn erworben werden. Dass der Rundfunk bereits am Ende der Weimarer Republik 1932 durch Reichskanzler von Papen verstaatlicht worden war, erleichterte den Nationalsozialisten die exklusive Beherrschung dieses Mediums.





Ab 1922, elf Jahre bevor Hitler Reichskanzler wurde, kommunizierte er verbal hauptsächlich noch auf diese Weise mit seiner potenziellen Anhängerschaft. So hielt er, wie hier auf dem Foto von 1923 gezeigt, Reden im Bau des Zirkus Krone in München vor 2000 bis 5000 Menschen. Das Foto ist aus Sicht des Redners von Hitlers persönlichem Fotografen, [Heinrich Hoffmann](#), aufgenommen. Ein Menschenmeer steht vor und offensichtlich unterhalb des Redners. Beleuchtung, feierliche Stimmung, disziplinierte Aufmerksamkeit und das Gemeinschaftsgefühl der Zuhörerinnen und Zuhörer erinnern an eine gottesdienstähnliche Veranstaltung. Auch wenn es sich hierbei bereits um eine Massenveranstaltung handelt - Millionen von Zuhörerinnen und Zuhörern waren erst mit Radio und Film zu erreichen.



Selbst wenn dank Serienfertigung und Massenproduktion ein Radio auch für weniger Betuchte erschwinglich war, besaß noch 1941 etwa ein Drittel aller deutschen Haushalte keinen Volksempfänger. Es war durchaus üblich, mit Freunden zu Hause oder an öffentlichen Orten

gemeinsam Radio zu hören. Das ermöglichte auch eine Kontrolle, wer *nicht* zuhörte, wenn wichtige NS-Politiker sich an die Bevölkerung wandten. Das Plakat behauptet: wer Radio hört, steht auch in Kontakt zur Volksgemeinschaft und deren Anführer Hitler. Alle anderen machen sich jedoch verdächtig.

[Transkription: *"Auch das ist ein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft daß man Rundfunkteilnehmer wird und sich dadurch jederzeit mit dem Führer und dem Leben seines Volkes verbunden weiß"*]

Integration durch Ausgrenzung?

Diese unmissverständliche Einladung zur Teilhabe an der Volksgemeinschaft galt jedoch nicht für alle. Corporate Design, Uniformierung, und Kommunikationstechnik ermöglichen stets nicht nur die Herstellung von Gemeinschaft, sondern ebenso auch den Ausschluss aus ihr. Exklusivität wird dadurch erreicht, dass eben nicht jeder dazugehört und mitmachen darf. Beides, Integration und Exklusion, sollte nicht allein im Nationalsozialismus durch Aufmärsche und kollektive Großveranstaltungen allen vor Augen geführt werden.

„Die Massenveranstaltung stellte ein Mittel dar, um die Ideologie des Nationalsozialismus für die Bevölkerung sinnlich erfahrbar zu machen.“

Werbekunst, S.287

Genau hierfür war dieses Gebäude vorgesehen. Die „Halle des Volkes“ wurde nie gebaut, jedoch sollte sie das weltweit größte Gebäude werden und bis zu 180.000 Menschen Platz bieten. Doch sie war nur



ein Mosaikstein eines gigantischen Umbauprogramms, das ganz Berlin betraf.

Durch neue städtebauliche Konzepte sollte anhand von Sichtachsen, Aufmarschstraßen und Plätzen Berlin in „Germania“ umgestaltet, oder modern gesprochen, umdesignt werden. In dieser Form sollte die Stadt die Kulisse für die Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ und die Leistungsfähigkeit der nationalsozialistischen Regierung bieten.



Die kleine schwarze Figur entspricht maßstabsgetreu einem erwachsenen Menschen. So erhält man eine ungefähre Idee von der Größe des geplanten Bauwerks.

Ausschluss von Teilhabe an Kommunikation und Volksgemeinschaft fand im Nationalsozialismus auf verschiedenen Ebenen statt. Eine davon lässt sich an diesem Telefonbuch nachvollziehen:



In der Ausgabe des Berliner Fernsprechbuchs von 1941 sind die Telefonanschlüsse der jüdischen Gemeinde und ihrer Einrichtungen noch auf zwei Seiten verzeichnet. Im 1943 veröffentlichten Nachdruck sucht man sie vergebens; die wenigen zu diesem



Zeitpunkt noch in Berlin lebenden Juden waren damit nicht mehr erreichbar. Das galt auch für andere Kommunikationswege: Juden war der Besitz eines Führerscheins ebenso verboten wie der eines Bibliotheksausweises, eines Radios oder einer Brieftaube.

85 05 18 Emil Altd. Ball- 018 Lichtenberger Str 21	Bulowstr 34 22 58 10 Jüdes Ernst Adr.-Verlag SW 68 Annenstr 22 67 07 20	Gesundheits- verwaltg.: + Büro: N 65 Iranischestr 2 (46 44 46)
59 56 85 Erich Klemp. Install. Nkln r Str 41 62 61 37	Jüdicke Otto Bäck. u. Kondit. NW 87 Gotzkowskystr 7 39 35 76	+ Krankenh. N 65 Iranischestr 2 46 44 46
Franz Prok. Friedn Süd- rso 7 83 39 12	Jüdische Kultusvereinigung Jüdische Gemeinde zu Ber- lin eV. +	Krankenheim N 54 Elsasser Str 85 41 08 31
ndt Rudolf Konz.-Mstr. ürzburger Str 1 25 36 39	I. Verwaltg.-Gebäude N 4 Oranien- burger Str 28. 29 u. 31 * 42 59 21	Krankenhilfe C 2 Alexanderstr 1 51 26 66
ck Adolf Prof. Dr. Präs. eh. Reg.-Rat Chlb 4 Droy- 17 96 29 30	Die Zentr. verbindet mit folgen- den Dienstst.:	Kinderhilfe C 2 Blumenstr 97 51 41 50
chke Willy Gastw. Gast- »Bahnschlößchen« Chlb 9 tenburger Chanssee 38 99 49 95 99 18 44	Archiv — Baubüro — Beitrags- abt. — Einziehungsst. — Fi- nanzverwaltg. — Grundstücks- verwaltg. — Hauptbüro — Hauptbuchhaltung — Haupt- kasse — Kataster — Kultus- u. Frauungsbüro — Materialver- waltg. — Personalverwaltg. — Presseabt. — Rechtsabt. — Revisionsbüro — Schulbüro — Statistisches Büro — Vorstand	Schwesternheim N 65 Iranische- str 4 46 04 41
Gertrud SW 68 Git- Str 82 61 52 00		Kultus: Büro N 4 Oranienburger Str 31 42 44 50
Richard Dam.-u. Herr.- 7 Andreasstr 22 59 22 14		+ Büro N 4 Johannisstr 16 41 51 50
Richard Hesswkl Lin- 27 64 98 97		+ Synagoge C 2 Kaiserstr 29. 30 (über Schule zu erreichen) 52 07 85
		Möbelkammer NO 55 Greifswalder

Was darf der Staat?

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem totalitären NS-Staat stellte sich die Frage, welche technischen Möglichkeiten Staaten nutzen dürfen, um ihren Verwaltungsaufgaben nachzukommen oder für Sicherheit zu sorgen. In freiheitlichen politischen Systemen ist die Antwort auf diese Frage idealerweise das Ergebnis eines öffentlichen Aushandlungsprozesses. Dieser sollte Schaden und Nutzen sowie die Rechte des Individuums und die gemeinschaftlichen Interessen der Gesellschaft sorgfältig gegeneinander abwägen. Die Arbeit von Geheimdiensten oder die Verwendung einmal gesammelter Daten entziehen sich jedoch häufig der Kontrolle oder der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.



Unter dem Stichwort „Rasterfahndung“ wurde die Debatte um staatliche Befugnisse in der Bundesrepublik erbittert geführt. 1971 führte Horst

Herold im Bundeskriminalamt den Computer und die Digitalisierung von Fingerabdrücken ein. Damit sollte der Staat im Kampf gegen die terroristische Rote Armee Fraktion (RAF) die Oberhand gewinnen.

Ziel war es, auf diesen Platten und Bändern möglichst viele Daten abzuspeichern und zwar auch von unbescholtenen Personen. Mittels bestimmter Suchkriterien sollte der Computer dann die Personen herausfiltern, auf die entweder alle oder nur ganz bestimmte Kriterien zutrafen. Problem: verdächtig ist demnach grundsätzlich jeder und jede; konsultiert und gespeichert werden Daten aller Art.

Algorithmen

So wie die Rasterfahndung Daten und Informationen nur nach bestimmten, von Ermittlungsbeamten festgelegten Parametern und Kriterien verknüpfen konnte, so funktionieren auch personalisierte Werbung, von Facebook oder Amazon getätigte Kauf- oder Leseempfehlungen, mit solchen Algorithmen. Künftig wird künstliche Intelligenz dabei den Menschen immer mehr ersetzen und eigenständig, also unabhängig von menschlichen Erwägungen, Daten miteinander in Bezug setzen.

Eine sehr analoge Variante der Datenerhebung ermöglicht nebenstehendes Gerät. Der Aufdampftopf wurde in der DDR von Mitarbeitern der Stasi eingesetzt, um die Klebnaht von Briefen mit heißem Wasserdampf zu öffnen. So konnte der Staat die Post seiner Bürger mitlesen und den Brief im Anschluss wieder spurenlos verschließen.



Stasi

Eigentlich Ministerium für Staatssicherheit. Die Stasi war seit 1950 als Geheimpolizei und Nachrichtendienst für die breite Überwachung der DDR-Bürgerinnen und Bürger und die Auslandsspionage zuständig. Zuletzt arbeiteten ca. 91.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Geheimdienst. Es bestand in der DDR keine Möglichkeit, gerichtlich gegen Verfassungsverstöße, wie das Abhören von Wohnungen oder das Aufdampfen von Briefen, vorzugehen.



In solchen 535 Kilogramm schweren Umlaufkartenschränken archivierte die Stasi gesammelte Daten. Auf der Karteikarte F 16 fanden sich die Klarnamen aller bei der Stasi erfassten Personen. Detailliertere Informationen zu diesen Personen, dem Grund ihrer Erfassung und ihre Decknamen waren nur auf der Karteikarte F 22 zu erfahren.

Beide Kartentypen waren getrennt voneinander gelagert und nur mittels einer Registriernummer durch Stasi-Mitarbeiter einander zuzuordnen.

Technik und Design wurden in beiden deutschen Staaten zusammengedacht und in Abhängigkeit voneinander weiterentwickelt. Die Motivation hierfür war aber zumindest bis in die 1970er Jahre durchaus unterschiedlich. In der DDR machte häufig der Mangel an Rohstoffen oder Hilfsmitteln die Ingenieure erfinderisch und zwang sie zu möglichst effizienten und vielseitig einsetzbaren Produkten. In dem marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik kamen Design und Technik vor allem die Funktion zu, das jeweilige Produkt aus der unüberschaubaren Warenviefalt herausstechen zu lassen und zusammen mit dem Produkt einen bestimmten Lebensstil zu verkaufen.

Ist die DDR ist an ihrem Design gescheitert?

So lautet jedenfalls die These des Philosophen Harry Lehmann über die Rolle von staatlicher Produktgestaltung und Konsumlenkung in der DDR. Er meint damit keinesfalls, dass die DDR überwiegend schlecht designt hätte. Vielmehr sei das Versprechen, durch eine Kaufentscheidung zugleich auch eine individuelle Entscheidung für einen bestimmten Lebensstil treffen zu können, im Sozialismus nicht einlösbar gewesen: „Design als sozialistischer Grundwiderspruch“. (Lettre International 86, Herbst 2009, S.125 ff.)

1972 richtete die DDR das Amt für Industrielle Formgestaltung (AiF) ein. Qualitätskontrollen, die Vergabe der hier gezeigten Medaille für „gutes Design“ und Beeinflussung der Produktgestaltung gehörten zu den Aufgaben der Behörde.



Einerseits sollten die DDR-Bürgerinnen und Bürger durch attraktives Design mehr kaufen. Andererseits sollte eine ansprechende Gestaltung die Exportchancen der DDR-Produkte auf dem internationalen Markt verbessern.

„[...] to make the world more open and connected“

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg zur Frage nach den Errungenschaften von Facebook

Stilprägend zu sein, heißt, den Ton angeben zu können. Herrschaft über Kommunikationsmittel und Technik zu besitzen, bedeutet Macht und Einfluss auszuüben. Das gilt umso mehr im Zeitalter digitaler Speicherung und Verwertbarkeit von Daten. Wer Kommunikationsmittel nutzt, kann sich ins Gespräch bringen, macht sich aber auch verwund- und kontrollierbar. Wem sie entzogen werden, wird ausgegrenzt oder auch buchstäblich mundtot gemacht. Technische Neuerungen und das Design haben immer dazu beigetragen, Kommunikation und Zugehörigkeit attraktiv, bequem – und verführerisch – zu machen.

Literatur- und Lesetipp:

Kleberg, Lars: Stalin am Apparat. Macht und Mythologie des Telefonsystems in der Sowjetunion, in: Lettre International 103, Winter 2013.

Meißner, Jörg (Hg.): Strategien der Werbekunst 1850-1933, Berlin 2004.

Andreas Hawner

© Deutsches Historisches Museum, Berlin

25. September 2019

[Text: CC BY NC SA 4.0](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)



Stiftung
**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



**DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM**



**Das
Bundesarchiv**



Wir verwenden Cookies

Ihre Zustimmung können Sie jederzeit widerrufen.

[EINSTELLUNGEN](#)[ZUSTIMMEN](#)

Beim Besuch unserer Website verarbeiten wir oder unsere **Partner** Daten in Form von Cookies oder anderen Technologien. Dafür benötigen wir Ihre Zustimmung. **Ohne diese können bestimmte Funktionen und Inhalte der Website nicht zur Verfügung gestellt werden.**

Bitte beachten Sie, dass dabei pseudonyme Daten auch außerhalb des EWR, insbesondere den USA abgerufen oder gespeichert werden können. In diesen Ländern besteht möglicherweise kein so hohes Datenschutzniveau wie in Europa, sodass Ihre Daten dem Zugriff durch Behörden zu Kontroll- und Überwachungszwecken unterliegen können, gegen die weder wirksame Rechtsbehelfe noch Betroffenenrechte durchsetzbar sein können. Sie können durch diese Informationen nicht direkt identifiziert werden. Wir benutzen diese, um Ihnen redaktionellen Mehrwert durch Inhalte von Partnern (z.B. Social Plugins) zu bieten, personalisierte Anzeigen und Inhalte anzuzeigen sowie Anzeigen- und Inhaltsmessungen vorzunehmen, um Erkenntnisse über Zielgruppen zu gewinnen und die Produkte zu verbessern.

Mit Ihrem Recht auf selbst bestimmten Datenschutz können Sie selbst entscheiden, welche Arten von Technologien Sie abwählen möchten, solange es sich nicht um unbedingt erforderliche Technologien handelt. Mit dem Klick auf "Zustimmen" willigen Sie ein, dass Ihre Daten **wie beschrieben** verwendet werden. Wenn Sie alle optionalen Technologien ablehnen, können bestimmte Funktionen und Inhalte der Website nicht dargestellt werden. Sie können Ihre Auswahl jederzeit unter "Datenschutzeinstellungen" am Seitenende widerrufen oder anpassen.

[Impressum](#)[AGB](#)[Datenschutz](#)

Inlandsbedarf".

Die sächsische Landesregierung als Eigentümer war seit der W

Zeit mit der betriebswirtschaftlichen Sanierung der Manufaktur deren Ausrichtung auf künstlerisches Porzellan unter Max Ado Weltruhm einbrachte, aber auch viel Geld kostete. Noch nach der Machtübernahme der Nazis hielt Meissen an seinem neuen Stil. Zahlreiche Versuche des sächsischen Gauleiters Martin Mutschmann die Produktion auf den diffusen Begriff "deutsche Kunst" einzustellen. Ein Stein des Anstoßes waren vor allem expressionistische Figuren. Der Porzellangestalter Paul Scheurich, den Mutschmann als nicht "zeitgemäß" kritisiert hatte.

Die chronischen Verluste bereiteten den Beamten in Dresden größere Sorgen. Pfeiffer musste schließlich gehen. Einem künstlerischen Freigeist wollten die neuen Machthaber an der Spitze eines staatlichen Betriebs nicht dulden, meint Braun von der Meissener Manufaktur habe die Stunde der Parteigetreuen geschlagen, mit denen wirtschaftliche Positionen meist ohne Rücksicht auf deren Qualität besetzt worden seien. Geld verdiente die Meissener Manufaktur vor allem mit den klassischen Produkten und Mustern, allen voran "Zwiebelmuster" und "roter Drache".

Erst unter Wolfgang Müller von Baczko ab November 1936, für die Manufaktur für Keramik und Betriebswirtschaft, fasste die Manufaktur wie im Geschäftsbericht heißt. Dazu beigetragen hat wohl auch die gute konjunkturelle Entwicklung in einem Deutschland, das für den Export aufrüstete. Der Umsatz der Manufaktur legte um 28 Prozent auf 1,2 RM zu. Staatliche Zuschüsse, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, waren scheinbar nicht mehr nötig oder waren dadurch zumindest reduziert worden.

Mit dem Ausbruch des Krieges änderte sich die Lage dramatisch. Die Einberufungen zum Militärdienst rissen empfindliche Lücken in den Reihen der Mitarbeiter der Manufakturen. Bereits im Dezember 1939 wurden in Meissen 150 Mitarbeiter von insgesamt knapp 750 in die Wehrmacht eingezogen. Fremdarbeiter wurden beschäftigt, mit

eine Arbeiterin aus Osteuropa ist aktenkundig. In Nymphenburg seit Ende 1942 acht Zwangsarbeiter für einfache Hilfsarbeiten worden, wie Ziffer sagt. Sie wohnten zum Teil auch auf dem Fabrikgelände. "Wir haben laut Zeugenaussagen keine Zwangsbeschäftigt", sagte eine Sprecherin der KPM. Der Verlust gut ausgebildeter Porzellanmaler war aber damit nicht zu ersetzen

Auch die Rohstoffe wurden knapp. Bald gab es kein Gold mehr. Geschirre und Vasen wie gewohnt mit einem Goldrand zu verziern. 90 Prozent des Gesamtumsatzes entfielen auf goldverzierte Erzeugnisse. heißt es in einem Beschwerdebrief an die Reichsbanknebenstelle vom Oktober 1939. Aufträge mussten abgelehnt werden.

Unklar ist, warum Müller von Baczko, die Manufaktur im Juli 1939 verließ. Wahrscheinlich war er in Dresden in Ungnade gefallen. Möglicherweise hat ihn das Festhalten an dem umstrittenen Kurt Scheurich das Amt gekostet. Mit sechs Scheurich-Figuren (und Fischotter von Max Esser) wurde 1937 aber noch der Grand Prix Internationalen Ausstellung in Paris gewonnen. Überliefert ist ein Wutausbruch Mutschmanns während einer Kontroverse mit Müller von Baczko über Fragen von Kunst und Ökonomie: "Ich wünschte manchmal eine Fliecherbombe in die Manufaktur einschlagen würde, der Ächer uffhörte!".

Von Baczko Nachfolger, der Handelsvertreter Curt Panzer, seit 1939 der Manufaktur als leitender kaufmännischer Angestellter, war Mutschmanns Mann und sozusagen familiär verbunden. Der Curt war Patenonkel von Panzers Sohn (geb. 1919). Panzer kannte Mutschmann aus dessen Zeit als Textilfabrikant in Plauen in der jungen Weimarer Republik.

Hinweis an die F



Seite 1 2 3 4 5 6 Alles auf einer Seite anzeigen



Auch interessant:



Babbel

Die 15-Minuten-Methode. Eine Sprachexpertin erläutert, wie man am besten eine Sprache
Spare bis zu 50 % und lerne eine neue Sprache mit Babbel.





Raid: Shadow Legends

40세 이상의 남성들을 위한 현실적인 게임





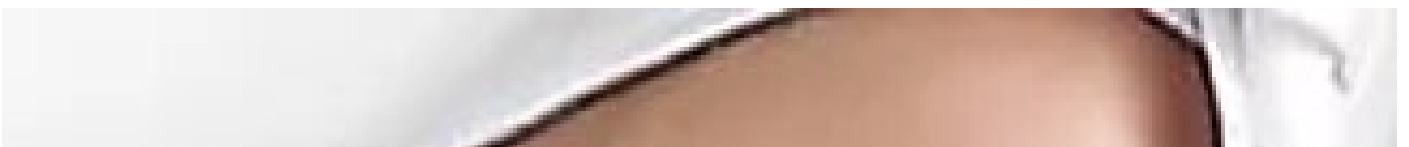
verbraucher-zeitung.de

Physiotherapeut: Guter Schlaf ab 50 kommt auf diese eine Sache an



Teeth Care

Vergessen Sie manuelle Zahnbürsten – Das ist die Zukunft





PodoCare

Endlich eine Korrektur für den Ballenzeh, oder auch Hallux valgus, die wirklich funktioniert!





짚요 | Search Ads

생각보다 저렴할 수 있는 **2023년 침대 매트리스, 거실 매트리스 가격**



Dubai-Villen | Gesponserte Links

Warum sind Häuser in Dubai so günstig? (Schau mal)



Elektroauto-Wende: Total verkauft alle Tankstellen in Deutschland





Flugverkehr: Beinahekollisionen auf Landebahnen: US-Flugaufsicht FAA schlägt Alarm



Volkswagen: Führungswechsel bei Traton – Osterloh verliert Amt als Personalchef



Dubai-Villen | Gesponserte Links

Der Besitz einer Villa in Dubai ist nicht so teuer, wie Sie denken!





consumer-focus.com

Kardiologe: Bauchfett ab 50? Diese simple Methode hilft

4 Kommentare zu "Porzellan-Manufaktur: Meissen und der braune Fleck"

Das Kommentieren dieses Artikels wurde deaktiviert.

Manfred Müller

06.02.2010, 00:34 Uhr

in diesem Jahr feiern noch weitere 47 deutsche Unternehmen ein mehr als 100-jähriges Firmenjubiläum. Dann können Sie doch die gleiche Nummer immer wieder abziehen und sich damit toll profilieren!

Und weil es dem Handelsblatt ja auch nicht mehr so gut gehen soll, verleihen Sie doch den Autor gegen Honorar als Jubiläums-Festredner ("xxx und der braune Fleck" - für xxx dann einfach den jeweiligen Firmennamen einsetzen). Das Grundgerüst steht ja schon, die Methodik bleibt die gleiche und die Wiederverwendung von Redakteuren und Textbausteinen führt zu immenser Kostenersparnis!

Sachkenntnis schadet nur!

[X Als Spam melden!](#)

Kleeberg

23.01.2010, 21:44 Uhr

Für diesen häßlichen Artikel sollte sich das Handelsblatt schämen. Diktaturen sind auch für Traditionsunternehmen eine schwierige Zeit. Aber von einer erfolgreichen Betriebsgeschichte von

300 Jahren nur 12 Jahre aufzuwärmen und verzerrt darzustellen ist äußerst schäbig und regelrecht bössartig. Wann hören diese Gemeinheiten in Deutschland endlich auf? Schande über das Handelsblatt!
Kleeberg

[X Als Spam melden!](#)

aruba

23.01.2010, 19:21 Uhr

Guten Tag,.....Sagen Sie mir wer von den industriellen nicht versuchte mit dem " Trend " zu gehen. Es war eine boese Zeit, heute ist es leicht zu sagen " ich an seiner Stelle haette "..... mir wahrscheinlich auch in die Hosen gemacht und mich geduckt. So ist das..... so und nicht anders..besten Dank

[X Als Spam melden!](#)

Rosemarie Vocht-Miolds

23.01.2010, 15:02 Uhr

Nicht nur M. A. Pfeiffer, sondern auch die technische Leitung musste unter dem Druck von Kurt Panzer und weiteren Nazi-Gesinnungsgenossen weichen, obwohl als Regierungsschemiker verbeamtet. Die Manufaktur nahm dadurch erheblichen Schaden durch Anstieg der Fehlerquoten. Das Problem wuchs sich desaströs besonders nach Demontage durch die sowjetische besatzungsmacht aus. Obwohl die Manufaktur in eine Sowjet AG umgewandelt wurde, gab es unter dem Direktor Neuhaus keinen Techniker, der der Manufaktur wieder zu einer normalen Produktion verhelfen konnte. Erst nachdem der sowjetische Manufakturdirektor Nikotin seine Möglichkeiten nutzte, über die "Rote Armee" den Technischen Leiter Dr. M. Miolds aus jugoslawischer Gefangenschaft zu repatriieren, schaffte es dieser mit z.T. gebrauchten Maschinen den betrieb wieder zu regenerieren und bereits Anfang der 60iger Jahre zum achtbesten Devisenbringer der DDR aufzubauen. Die sowjetische Führung hatte inzwischen den betrieb abgegeben, der danach als VEb Staatliche Porzellan Manufaktur Meissen firmierte.

[X Als Spam melden!](#)

SERVICEANGEBOTE

NEWSLETTER

Finance Briefing

NEWSLETTER

Energie Briefing

PODCAST

Economic Challenges

NEWSLETTER

Morning Brief

ÜBERSICHT

 Meine News

[Home](#)

[Politik](#)

[Unternehmen](#)

[Technologie](#)

[Finanzen](#)

[Mobilität](#)

[Karriere](#)

[Arts & Style](#)

[Meinung](#)

[Video](#)

[Service](#)

SERVICE

[Abo kündigen](#)

[Kontakt/Hilfe](#)

[Online-Archiv](#)

[Veranstaltungen](#)

[Handelsblatt-Shop](#)

[Netiquette](#)

[Sitemap](#)

[Nutzungsrechte erwerben](#)

[AGB](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutzeinstellungen](#)

[Impressum](#)

LINKS

[WirtschaftsWoche](#)

[Absatzwirtschaft](#)

[Morning Briefing](#)

[Finanzvergleiche](#)

[GBI-Genios](#)

[PMG](#)

[Kreditkarten-Vergleich](#)

[Infoseiten](#)

[Bellevue Ferienhaus](#)

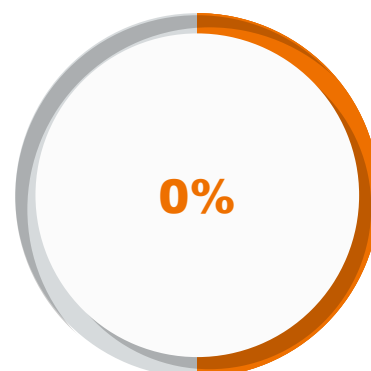
[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Flipboard](#)

Handelsblatt

© 2023 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG
Verlags-Services für Werbung: [iqdigital.de \(Mediadaten\)](#) | Verlags-Services für Content: [Digitale Unternehmens-Lösung](#)
Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: [Norkon Computing Systems, Live Center](#)
Datenbelieferung für alle Handelsplätze: [Morningstar \(außer Lang & Schwarz\)](#)
Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.
Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben.





RITTIG

FINDEN

 Neu seit 3 Tagen 7 Tagen

MA-ID: 15071806300062

Drittes Reich Weisse Porzellan-Medaille (Meissen) 1939 Selten, prägefrisch



Verkäufer

Münzenhandlung Wolfgang Rittig 

7812 Bewertungen, 100 % Positiv (seit 24 Monaten)

Weltweiter Versand

Preis

~~165,00~~ EUR**Der Artikel ist bereits ausverkauft.**

Ähnliche Artikel in allen Shops

Erhaltung: **Selten, prägefrisch** | [Abkürzungen](#)Katalognummer: **Scheuch 1864 w. Rand rot, HK schwarz, 48,2mm,**

Weisse Porzellan-Medaille (Meissen) 1939 'Besetzung der Tschechoslowakei' (Zwei verschlungene Hände zwischen Swastika // Landkarte von Großdeutschland). Scheuch 1864 w. Rand rot, HK schwarz, 48,2mm,

Ähnliche Artikel





Drittes Reich Bronze-Medaille
1887 Selten, vorzüglic...

Rittig

95,00 EUR



Drittes Reich Bronze-Medaille
13.3.1938 vorzüglic...

Rittig

185,00 EUR



Drittes Reich vorzüglich

Rittig

125,00 EUR



Drittes Reich Bronze 1935 Mit
Tragenadel, vorzügl...

Rittig

39,00 EUR

[Weitere Artikel](#) >

Da wir kein Internet-Banking haben, kann sich die Lieferung um 2-3 Tage verzögern da uns die Kontoauszüge per Post zugestellt werden. Wir danken für Ihr Verständnis!

Keine Zustellung an DHL-Packstationen!

Andere Artikel aus diesem Shop



Bronze-Medaille 1869
Schaumburg-Lippe Adolf Georg...

115,00 EUR



Medaille 1980 Deutsche
Demokratische Republik Wi...

25,00 EUR



1815 Krieg und Frieden
Befreiungskriege Mit ange...



AR-Medaille 1929
Schützenmedaillen Difturt am

165,00 EUR

165,00 EUR

Informationen zum Kauf bei MA-Shops

Bestellungen bei MA-Shops sind wie gewohnt möglich und werden innerhalb von 2-4 Tagen verschickt.

Ein über die MA-Shops abgesicherter Kauf findet niemals außerhalb von MA-Shops statt.

Bestellen Sie sicher online mit dem MA-Shops Warenkorb.

[Startseite des Shops](#) | [Ihr Warenkorb](#) | [AGB](#) | [Impressum](#) | [MA AGB](#) | [Datenschutzerklärung](#) | [Garantie](#) | [MA-Shops Neuzugänge](#)

Copyright © 2001-2023, [MA-SHOPS Muenzen](#) All Rights Reserved. Designated trademarks and brands are the property of their respective owners.



☰ Menü

[Startseite](#) > [Panorama](#) > [Edward VIII.](#) > Edward VIII: Ein König und die Nazis**Edward VIII**

Ein König und die Nazis

Als der Herzog und die Herzogin von Windsor im April 1941 in Florida anlegten, glaubten sie, sie könnten mitten während des Zweiten Weltkriegs ein paar entspannte Tage an Amerikas Sonnenküste verbringen.

18.11.2011, 16.29 Uhr



Aber: Am Vorabend hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt persönlich eine außerordentliche Geheimdienstoperation angeordnet. Die Überwachungsprotokolle wurden erst kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich.

Auf 227 Seiten zeichnet dieser FBI-Report über den abgedankten britischen König Edward VIII. ein unglaubliches Bild. Der Herzog und die Herzogin von Windsor haben kaum verhüllt Nazi-Sympathien gehegt und mit Adolf Hitlers Drittem Reich konspiriert.

Der Vorfahre von Königin Elizabeth II. war als Marionettenkönig vorgesehen, hätte Hitler England besiegt. Neben dem FBI-Report sind zahlreiche neue Dokumente aufgetaucht, etwa das private Tagebuch von Sir Alan Lascelles, dem Privatsekretär des Herzogs.

Alle neuen Dokumente gemeinsam beweisen, dass der frühere englische König tatsächlich zum Verrat an seiner Heimat bereit war und seine Sympathien bei Adolf Hitler und dem Nazireich lagen. Die Rolle seiner Ehefrau Wallis Simpson, einer amerikanischen Staatsbürgerin, wird überaus deutlich. Sie hatte eigene - auch intime Beziehungen - zu hohen Vertretern des NS-Regimes. Die Abdankung von Edward VIII. erscheint durch die jetzt freigegebenen Dokumente in einem neuen historischen Licht. **S**

Mehr lesen über

Edward VIII.

Kostenlose Online-Spiele >

[mehr Spiele](#)

Kreuzwörter-
sel

Solitaire

Sudoku

Mahjong

Bubble-
Shooter

Jackpot

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

[Top Gutscheine](#)

[Alle Shops](#)

Auto

Bußgeldrechner
Firmenwagenrechner

Job

Brutto-Netto-Rechner
Jobsuche
Kurzarbeitergeld-Rechner
Studienfächer erklärt

Finanzen

Gehaltsvergleich
Immobilienbewertung
Studium und Finanzen
Versicherungen
Währungsrechner

Freizeit

Bücher bestellen
Eurojackpot
Ferientermine

GlücksSpirale
Gutscheine
LOTTO 6aus49

Seniorenportal
Spiele
Das tägliche Quiz

Alle Magazine des SPIEGEL

[DER SPIEGEL](#)

[SPIEGEL GESCHICHTE](#)

[SPIEGEL GELD](#)

[SPIEGEL COACHING](#)

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Abo kündigen](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#) [Werbung](#) [Jobs](#)
[MANUFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Cookies & Tracking](#) [Newsletter](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)
[Text- & Nutzungsrechte](#)



[Facebook](#)



[Twitter](#)



[Wo Sie uns noch folgen können](#)

Datenschutz und Nutzungserlebnis auf WELT.de

Ohne Tracking und Cookies* nutzen

Nutzen Sie WELT.de ohne Tracking, Cookies und personalisierte Werbung für 3,99 EUR/Monat (rabattiert für WELTplus-Abonnenten 1,99 EUR/Monat). Informationen zur Datenverarbeitung im WELT Pur-Abo finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#) und in den [FAQ](#).

Wenn Sie WELT Pur abonnieren, können Sie die auf welt.de verfügbaren Inhalte ohne Tracking und Cookies* lesen. Sofern Sie bereits WELTplus-Abonnent sind und WELT Pur zusätzlich abonnieren, können Sie auch die WELTplus-Inhalte ohne Tracking und Cookies* lesen.

* In WELT Pur werden keine einwilligungspflichtigen Datenverarbeitungen vorgenommen und nur solche Cookies und ähnliche Technologien verwendet, die zur Erbringung dieses Dienstes unbedingt erforderlich sind.

Jetzt WELT Pur abonnieren

Sie haben bereits ein WELT Pur-Abo? [Jetzt anmelden](#)

WELT.de ohne Zusatzkosten mit Tracking und Cookies nutzen

Wir übermitteln personenbezogene Daten an [Drittanbieter](#), die uns helfen, unser Webangebot zu verbessern und zu finanzieren. In diesem Zusammenhang werden auch Nutzungsprofile (u.a. auf Basis von Cookie-IDs) gebildet, mit Daten von anderen Webseiten angereichert und auch außerhalb des EWR verarbeitet. Hierzu übermitteln wir an diese Drittanbieter auch Ihre Privatsphäreinstellungen bzw. Präferenz in Form einer codierten Zeichenfolge (sog. TC-String). Hierfür und um bestimmte Dienste zu nachfolgend aufgeführten Zwecken verwenden zu dürfen, benötigen wir Ihre Einwilligung. Indem Sie "Alle akzeptieren" klicken, stimmen Sie diesen (jederzeit widerruflich) zu. Dies umfasst auch Ihre [Einwilligung in die Übermittlung bestimmter personenbezogener Daten in Drittländer, u.a. die USA](#), nach Art. 49 (1) (a) DSGVO. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit unter "Widerruf Tracking" am Seitenende mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

- ▶ **Informationen auf einem Gerät speichern und/oder abrufen**
- ▶ **Personalisierte Anzeigen und Inhalte, Anzeigen- und Inhaltsmessungen, Erkenntnisse über Zielgruppen und Produktentwicklungen**
- ▶ **Fremdinhalte anzeigen (Soziale Netzwerke, Videos)**
- ▶ **Verwendung und Weitergabe von Nutzerkennungen zu Werbezwecken**

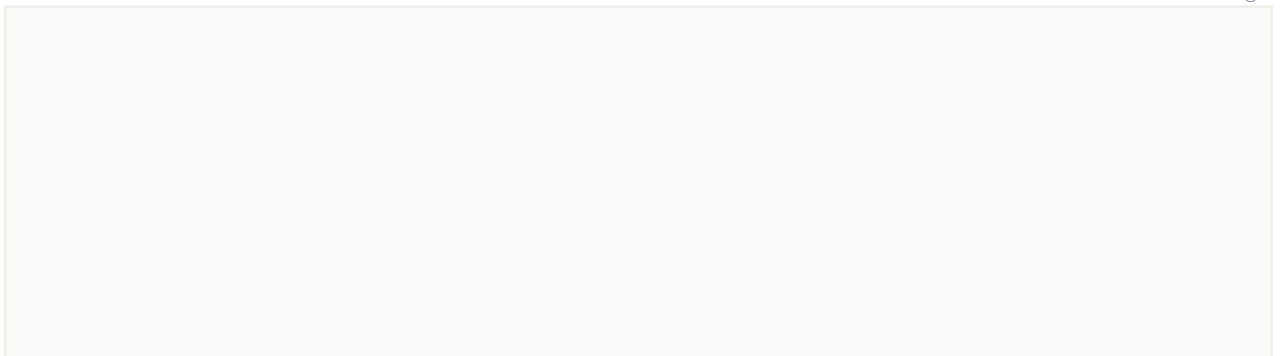
Alle akzeptieren

Details dazu finden Sie im [Privacy Center](#).

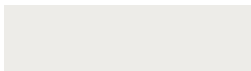


Eine Abkürzung, natürlich eine Abkürzung. „ARLZ-Maßnahmen“ – das klingt bürokratisch und kompliziert. Erst wenn das Kürzel aufgelöst wird, zeigt sich, worum es geht: „Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung“. Mit anderen Worten: verbrannte Erde.

Anzeige

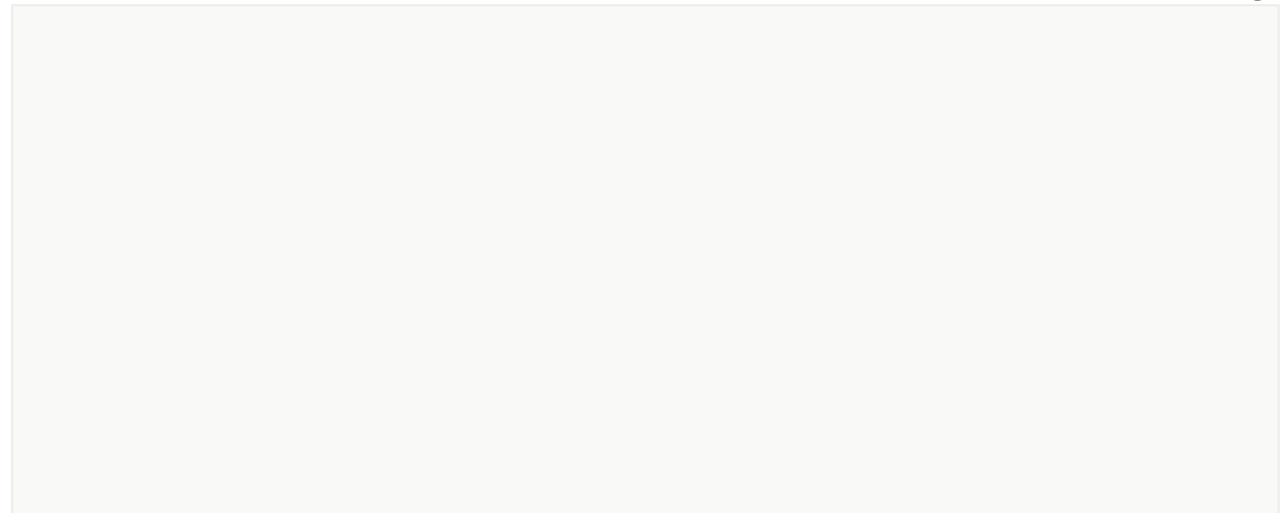


Anfang September 1943 erließ der „Wirtschaftsführer der Heeresgruppe Süd“, Generalmajor Hans Nagel als „geheime Kommandosache“ einen eindeutigen Befehl: „Bei allen nachstehend befohlenen Maßnahmen ist davon auszugehen, dass das gesamte Donez-Gebiet ostwärts der Schildkrötenstellung wirtschaftlich geräumt und restlos zerstört werden soll. Wirtschaftliche Aufgaben in diesem Gebiet scheiden für alle Zukunft aus.“



Die „Schildkrötenstellung“ war eine allerdings kaum ausgebaute Verteidigungslinie am Westufer des Flusses Kalmius südlich der heutigen Großstadt Donezk, damals Stalino genannt, in der Ostukraine. In der zweiten Augushälfte hatten sich die deutschen Truppen in der südlichen Ostukraine hinter diesen Fluss zurückgezogen.

Anzeige



Nagel ging davon aus, dass die Schildkrötenstellung längere Zeit gehalten werden könnte. Von hier aus sollte auf dem Ostufer alles zerstört werden, was an Infrastruktur erreichbar war. Dazu, so der Befehl weiter, sei jede Produktion umgehend einzustellen und abzutransportieren, was irgendwie beweglich war.

WELT HISTORY PODCAST

Wie wird ein Mensch zum Attentäter?

Dann allerdings fuhr der Befehl fort: „Alles, was nicht geräumt werden kann, ist zu zerstören, insbesondere Wasser- und Elektrizitätswerke, überhaupt sämtliche Kraft- und Umformerstationen, Bergwerke, Fabrikanlagen, Produktionsmittel aller Art, Ernte, die nicht abtransportiert werden kann, Dörfer und Häuser.“ Mit anderen Worten: Die südliche Ostukraine sollte zur unbewohnbaren Ruinensteppe gemacht werden.



Auch in Italien wurde der Schienenwolf beim Rückzug 1944 eingesetzt

Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-308-0799S-08/Fraß/CC-BY-SA 3.0 /FrafI

Es war nicht der erste derartige Befehl. Schon als Anfang Dezember 1941 die erste sowjetische Winteroffensive begonnen hatte, wies Hitler die Heeresgruppen an, „in dem zur Räumung freigegebenen Gelände sämtliche Unterkunftsmöglichkeiten rückhaltlos zu zerstören.“ Die Truppe müsse wissen, dass „jegliche Rücksichtnahme auf die Lage der Bevölkerung im Interesse der Kampfführung zu entfallen“ habe.

Dieser Befehl wurde tatsächlich umgesetzt, wie beispielsweise das Vorgehen der 253. Infanteriedivision zeigt, die „vorwärts der Stellungen bis auf eine Tiefe von mindestens 20, möglichst 30 Kilometern die Schaffung einer vollkommenen ‚Wüste‘“ vorbereitete. Die dort lebenden Einheimischen galten lediglich als „menschliches Hindernis“ für die vorrückende Rote Armee.

1943 – Der große Rückzug



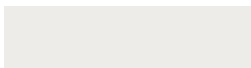


Nach der Niederlage von Stalingrad gerät die Wehrmacht an allen Fronten in die Defensive. Die letzte Großoffensive bei Kursk scheitert, die Alliierten landen auf Sizilien, Mussolini wird gestürzt.

Quelle: WELT

In seinem Befehl nahm Hitler Bezug auf ähnliche Weisungen seines Gegners Stalin. Tatsächlich hatte der sowjetische Diktator in seiner Rundfunkansprache vom 3. Juli 1941 zum Abtransport, notfalls zur Vernichtung aller Güter aufgerufen, die sich in den von der vorrückenden Wehrmacht bedrohten Gebieten befanden.

Dreieinhalb Monate später folgte der „Fackelmännerbefehl“ des sowjetischen Generalstabes, der Stawka, in dem es hieß: „Alle Siedlungspunkte im Hinterland der deutschen Truppen sind in einer Tiefe von 40 bis 60 Kilometern ab der Hauptkampflinie und 20 bis 30 Kilometer links und rechts der Straßen vollständig zu zerstören und niederzubrennen.“

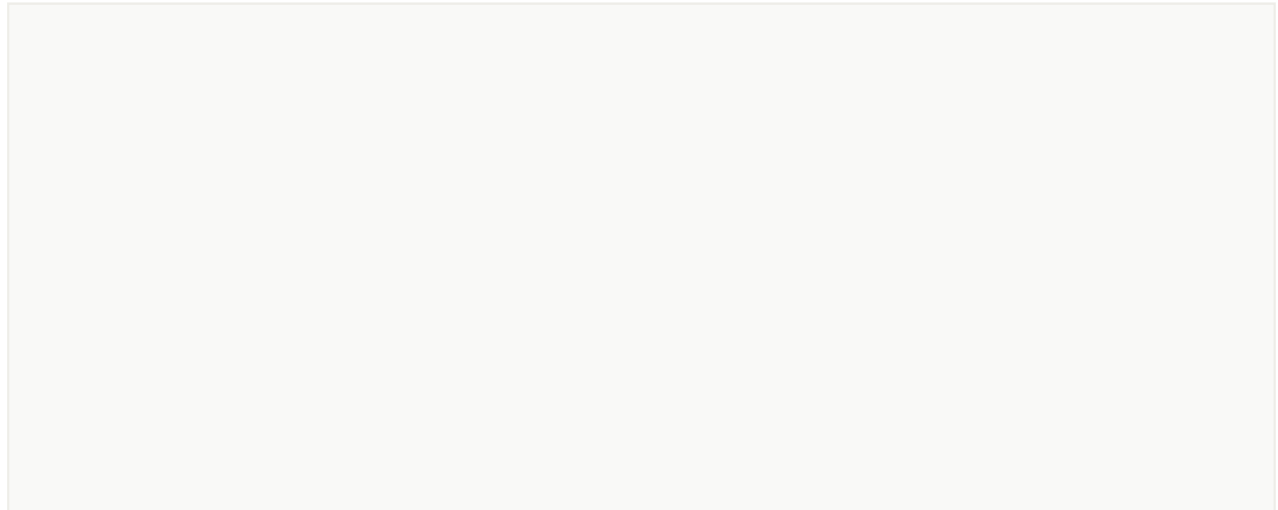




Wehrmachtssoldaten brennen 1943 ein Bauernhaus in der Ukraine nieder

Quelle: Bundesarchiv, Bild 101III-Zschaekkel-186-36 / Zschäckel, Friedrich / CC-BY-SA 3.0

Anzeige

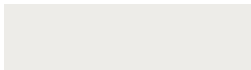


Der Militärhistoriker Bernd Wegner kommt jedoch im Standardwerk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ zum Ergebnis, dass diese Weisungen „weniger durch ihre Zerstörungen als aufgrund der umfangreichen Evakuierungen ökonomischer Infrastruktur zum Überleben der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg entscheidend beitrugen“.

Tatsächlich zerstörte die Rote Armee beim Rückzug 1941/42 ja gerade nicht sämtliche Lebensgrundlagen der Bevölkerung von Ort, denn was hätten dann die entsprechenden Befehle von Nagel und anderen Wirtschaftsoffizieren noch gesollt?

Trotzdem bezog sich Hitler nach der Niederlage von Stalingrad unverkennbar auf Stalins Befehl: „Der Russe hat uns das gezeigt.“ In Wirklichkeit gingen die

STANIS BELEM: „Der Russe hat uns das gezeigt. In Wirklichkeit gingen die deutschen Weisungen weit über die sowjetischen Vorbilder hinaus, sahen sie doch auch vor, „die Masse der Zivilbevölkerung“ zu späterem Arbeitseinsatz, also zur Zwangsarbeit, zu entführen.



Massenhaft zerstörte die Wehrmacht auf dem Rückzug Dörfer

Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-087-3693-07A/Koch/CC-BY-SA 3.0

Jetzt lernten die meisten Frontsoldaten die Abkürzung ARLZ kennen. In den meisten Einheiten ab der Division aufwärts wurde ein Offizier zum ARLZ- oder „Auflockerungskommissar“ ernannt. Er musste dafür sorgen, dass die Politik der verbrannten Erde möglichst vollständig umgesetzt wurde.

Dabei bedeutete „Auflockerung“, wertvolle Rohstoffe abzutransportieren und sämtliche Materiallager aufzulösen. Die zweite Stufe war die „Lähmung“, der Ausbau wichtiger Teile aus noch vorhandenen Industrieanlage, um sie außer Betrieb zu setzen, ohne sie sofort zu zerstören, weil man sich die Möglichkeit der Rückeroberung offenhalten wollte.

1944 – Niederlagen an allen Fronten



Während die Westalliierten in der Normandie landen, überrennt die Rote Armee die deutsche Ostfront. Die Luftoffensive legt Deutschlands Städte in Trümmer. Das Attentat auf Hitler scheitert.

Quelle: WELT

„Räumung“ war der dritte Schritt und hieß, alle irgendwie transportablen Güter sowie die Zivilbevölkerung aus dem vom Feind bedrohten Gebiet wegzuschaffen – wenn nötig mit brutaler Gewalt. Schließlich „Zerstörung“, also die Umsetzung der von Hitler bereits 1941 angeordneten Verwüstungen.

Zum Symbol der „verbrannten Erde“ wurde der „Schienenwolf“, ein spezieller Waggon zum Aufreißen von Gleisanlagen. Er bestand aus einer absenkenden Kralle, die von einer starken Lok über die Gleise gezogen wurde und hinter sich die hölzernen Schwellen aus dem Boden riss und die Schienen verbog. Ein derart „behandelter“ Gleisweg war nur nach manchmal wochenlangen Reparaturen wieder

benutzbar.



Beim Rückzug an der Westfront im Winter 1944/45 zerstörten deutsche Soldaten auch Häuser und Infrastruktur auf deutschem Boden

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-J28577/CC-BY-SA 3.0/Pospesch

Anzeige

Die Zerstörungsmaßnahmen gipfelten am 19. März 1945 im berüchtigten „Nero-Befehl“ Hitlers, in dem es hieß: „Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern.“ Deshalb mussten alle Möglichkeiten, „der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzufügen“ genutzt werden. Es sei ein

mittelbar den nachmaligsten Schäden zuzurufen , genutzt werden. Es sei „ein Irrtum“, nur „kurzfristig gelähmte“ Infrastruktur wieder für eigene Zwecke in Betrieb nehmen zu können.

Daher ordnete der Diktator vom Berliner Führerbunker aus an: „Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind zur Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“

Doch nur vergleichsweise wenige Wehrmachtskommandeure setzten diesen Befehl noch um oder konnten ihn noch umsetzen – zum Glück. Denn andernfalls wäre Deutschland tatsächlich zur Wüste geworden, verursacht von Adolf Hitler persönlich.

Sie finden „Weltgeschichte“ auch auf Facebook. Wir freuen uns über ein Like.

VERBRECHEN DER WEHRMACHT

1 von 8

Von der NS-Propaganda wurden Partisanen ab 1942 nur noch "Banden" genannt. Als Bandenkrieg wurden Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung kaschiert.

Quelle: picture alliance / ZB/dpa-Zentralbild

ANZEIGE

40세 이상의 남자들을 위한 현실적인 게임 **Raid: Shadow Legends**

ANZEIGE

Vergessen Sie manuelle Zahnbürsten – Das ist die Zukunft Teeth Care

ANZEIGE

Physiotherapeut: Guter Schlaf ab 50 kommt auf diese eine Sache an

verbraucher-zeitung.de

NEUES AUS DER REDAKTION

SACHSEN-ANHALT

Mann ersticht Kontrahenten im Streit

WELT | 25.03.2023

POLITIK (AUSLAND)

Russische Atomwaffen nach Belarus: Sofia will Verhandlungen

WELT | 26.03.2023

Zweiter Weltkrieg: So schaffte das Dritte Reich sein „Rüstungswunder“

Johann Althaus | 21.03.2023

FC Bayern: Nagelsmanns Vertragsklauseln und die skurrile Rolle der Klubbosse

Lutz Wöckener | 24.03.2023



LOCKHEEDS D-21

Drohne: Dieser überschallschnelle Aufklärer der USA provozierte einst China

Johann Althaus | 25.03.2023

SPONSORED

RATGEBER

Akkustaubsauger: Diese Dyson-Alternativen halten, was sie versprechen

AUCH INTERESSANT

Endlich eine Korrektur für den Ballenzeh, oder auch Hallux valgus, die wirklich funktioniert!

PodoCare

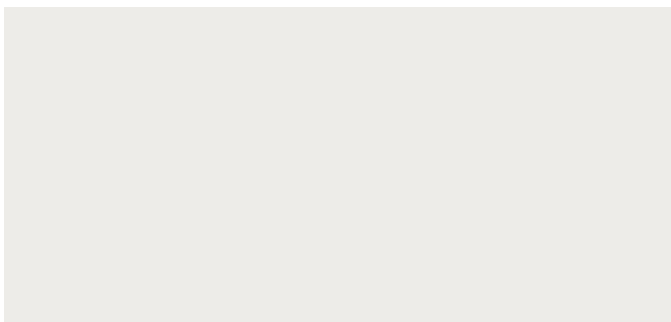
생각보다 저렴할 수 있는 **2023**년 침대 매트리스, 거실 매트리스 가격

짚 요 | **Search Ads**

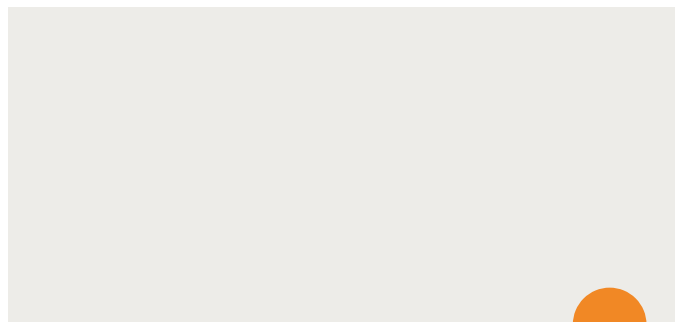
ANZEIGE

Miet- & Kaufspiegel deutscher Städte 2023 [immobilienwissen.info.de](https://www.immobilienvissen.info.de)

MEHR ZUM THEMA



ZWEITER WELTKRIEG KAMPF UM KURSK 1943

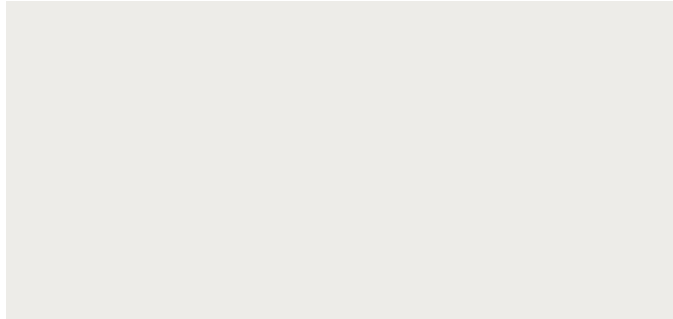


ZWEITER WELTKRIEG KAMPF IN RUSSLAND



War die größte Schlacht wirklich die Wende des Krieges?

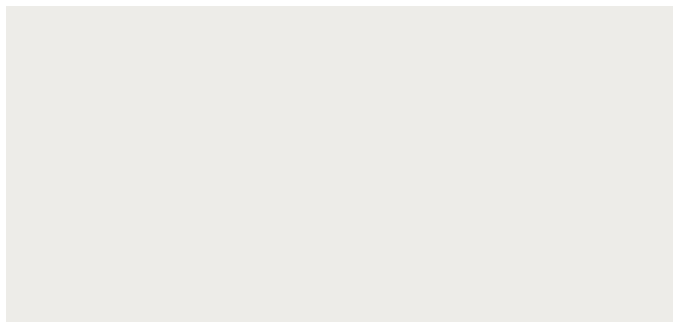
Sven Felix Kellerhoff



ZWEITER WELTKRIEG GEDENKPOLITIK

Die Ukraine – Opfer und Helfer der Sowjetunion

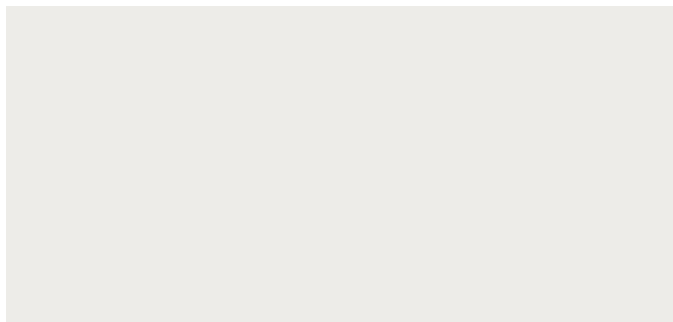
Berthold Seewald



„OPERATION UNTHINKABLE“

Als Churchill den „russischen Bären“ angreifen lassen wollte

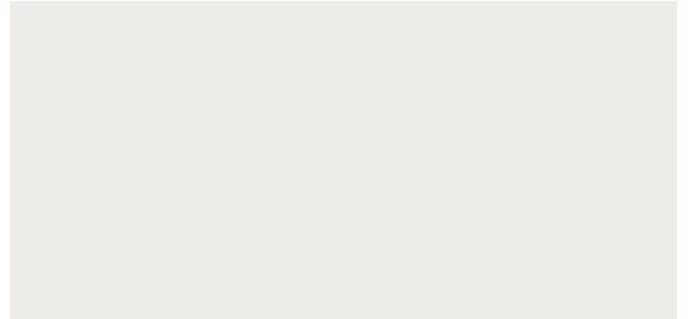
Thomas Kielinger



ZWEITER WELTKRIEG KRIEGSPPLAN ENTHÜLLT

Die Stalingrad-Katastrophe erwuchs aus einem Logistik-Desaster

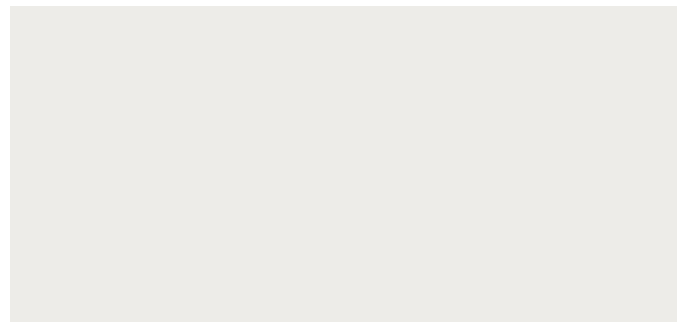
Johann Althaus



ZWEITER WELTKRIEG ZWEITER WELTKRIEG

Tscherkassy – Hitler und Stalin nannten es Sieg

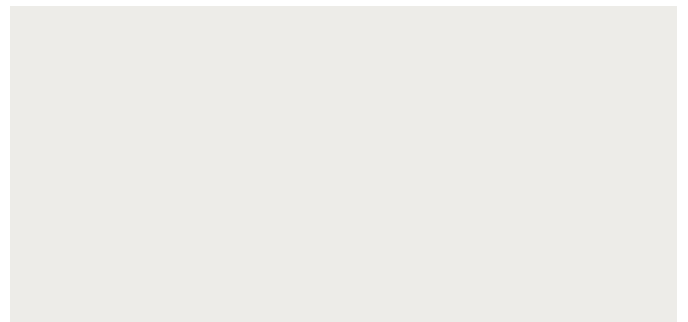
Berthold Seewald



WIRTSCHAFT IM KRIEG

So schaffte das Dritte Reich sein „Rüstungswunder“

Johann Althaus



ZWEITER WELTKRIEG SKANDAL ERSCHÜTTERT REGIME

Hitlers Ansprache hinterließ bei Zuhörern einen „erschütternden Eindruck“

Sven Felix Kellerhoff

Verschwenderisch ließ es sich die NS-Elite schmecken

Sven Felix Kellerhoff



Es tut uns leid. Es gab ein technisches Problem. Aus diesem Grund kann der Kommentarbereich im Moment nicht angezeigt werden. Bitte versuchen Sie es später erneut.

THEMEN

ZWEITER WELTKRIEG - KRIEGSENDE ZWEITER WELTKRIEG - AKTEURE

ZWEITER WELTKRIEG - KRIEGSVERBRECHEN JOSEF STALIN ZWEITER WELTKRIEG

ADOLF HITLER

WELT

[IMPRESSUM](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[AGB](#)

[KONTAKT](#)

[FEEDBACK](#)

[PRIVATSPHÄRE](#)

[WIDERRUF TRACKING](#)

[WIDERRUF NUTZERKENNUNGEN](#)

[KARRIERE](#)

[JUGENDSCHUTZ](#)

[WELTplus](#)

[Abo kündigen](#)

[Newsletter](#)

[FAQ](#)

[WELT-photo Syndication](#)

WIR IM NETZ

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

UNSERE APPS



Wir benötigen deine Zustimmung

Um dir eine optimale Website der ZDFmediathek, ZDFheute und ZDFtivi präsentieren zu können, setzen wir Cookies und vergleichbare Techniken ein. Einige der eingesetzten Techniken sind unbedingt erforderlich für unser Angebot. Mit deiner Zustimmung dürfen wir und unsere Dienstleister darüber hinaus Informationen auf deinem Gerät speichern und/oder abrufen. Dabei geben wir deine Daten ohne deine Einwilligung nicht an Dritte weiter, die nicht unsere direkten Dienstleister sind. Wir verwenden deine Daten auch nicht zu kommerziellen Zwecken.

[Zustimmen](#)[Einstellungen/Ablehnen](#)

Eng

Wid

Dok

Kön

Thron - mit Hitlers Hilfe.

09.03.2020

Video leider nicht mehr verfügbar

ra X

Doch war der Ex-König wirklich bereit, Hochverrat zu begehen, um Englands Krone zurückzuerhalten? Welche Rolle spielte Edwards Frau Wallis Simpson in diesem Spiel um Liebe und Macht?


Im Sommer 2016 veröffentlichte die "Sun" ein 17-Sekunden-Video, das die Welt schockierte: Die junge "Queen Mum", Gattin von König Georg VI., übte Anfang der 30er Jahre mit ihren Töchtern Elizabeth und Margaret den "Hitlergruß". Angeleitet wurde sie dabei vom Prince of Wales, dem späteren König Edward VIII. Nur ein unbedachter Scherz? Oder entspricht diese Geste womöglich der damaligen politischen Gesinnung?

Immer wieder gelangen Hinweise auf die bis heute gern verschwiegene Sympathie der Windsors für das NS-Regime an die Öffentlichkeit. In einem Auktionshaus ist ein Album mit bislang unbekanntem Fotos Edwards VIII. in Nazi-Deutschland aufgetaucht, die den abgedankten König wiederholt mit Hitlergruß zeigen. Jüngste Dokumentenfunde nähren den Verdacht, Edward könnte im Sommer 1940 kriegsrelevante Geheim-Informationen an das NS-Regime weitergeleitet haben, um als Gegenleistung mithilfe der Nazis wieder Britanniens Thron zu besteigen.

Der Film belegt anhand von Foto-, Film- und Textdokumenten die Sympathie der damaligen Royals - sowie führender britischer Aristokraten - für den Faschismus, insbesondere den Nationalsozialismus. Dabei untersucht der Film die Rolle Edwards, der offen mit der NS-Regierung sympathisiert und möglicherweise mit dem Gedanken des Landesverrats gespielt hat.

Treibende Kraft war dabei insbesondere seine Ehefrau Wallis Simpson, für die Edward 1936 als König abdankte. Die bürgerliche Amerikanerin, zweifach geschieden und von zweifelhaftem Ruf, wurde von der Royal Family entschieden abgelehnt. Doch mit der Rolle einer abgeschobenen Herzogin wollte sie sich nicht zufriedengeben - und brachte Edward mit nationalsozialistischen Kreisen in Kontakt.

[^ nach oben](#)

Mehr ZDF 

ZDF woanders 

[Service](#)



[Das ZDF](#)



[Partner](#)

[Nutzungsbedingungen](#)

[Datenschutz](#)

[Datenschutzeinstellungen](#)

[Impressum](#)